



# FORSCHUNGFRANKFURT

Das Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität



## Die 68<sub>er</sub>

1.2018

### MIT MARX IN DEN HÖRSAAL

Was 1968 an der Goethe-Uni geschah

### DAS PRIVATE IST POLITISCH

Herrschaft in den Kapillaren des Alltäglichen – damals und heute

### VOM WEIBERRAT ZUR PROFESSUR

Die neue Frauenbewegung

### DER SOUND DER REVOLTE

Rebellion und Institutionalisierung von Rockmusik

### POLITIK DES BEWUSSTSEINS

LSD und andere Drogen

### 1968 MEETS 2018

KD Wolff im Gespräch mit heutigen Studenten

[35. Jahrgang] [2018] [6 Euro] [ISSN 0175-0992]

»Ich bin bei den Freunden, weil hier  
Ideenreichtum und konkretes Engagement  
zusammenkommen. Das ist gut für den  
Wissenschaftsstandort Frankfurt.«

PROF. DR. ANNE BOHNENKAMP-RENKEN  
PROFESSORIN FÜR NEUERE DEUTSCHE LITERATURWISSENSCHAFT  
AN DER GOETHE-UNIVERSITÄT, DIREKTORIN DES FREIEN DEUTSCHEN  
HOCHSTIFTS/FRANKFURTER GOETHE-MUSEUMS



FREUNDE  
DER UNIVERSITÄT

## Machen Sie mit. Werden Sie ein Freund!

Werden Sie Mitglied bei den Freunden und unterstützen Sie mit uns Forschung und Lehre an der Goethe-Universität.

NAME, VORNAME

STRASSE, PLZ, ORT, STAAT

### Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied werden und die Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. unterstützen

- als Freund: Jahresbeitrag ab 70 Euro
- als Förderer: Jahresbeitrag ab 200 Euro
- als Donator: Jahresbeitrag ab 500 Euro
- als Firmenmitglied: Jahresbeitrag ab 500 Euro

### Einzugsermächtigung

Bitte buchen Sie den Jahresbeitrag von meinem Konto ab.

KONTOINHABER

IBAN

BANKINSTITUT

DATUM, UNTERSCHRIFT

Die Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich in vollem Umfang absetzbar. Mit meiner Unterschrift stimme ich der Speicherung meiner Angaben in einer nur zu Vereinszwecken geführten computergestützten Datei zu.

VEREINIGUNG VON FREUNDEN UND FÖRDERERN DER JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN E.V.

Goethe-Universität Frankfurt, Theodor-W-Adorno-Platz 1, Gebäude PA, 60323 Frankfurt, Telefon (069) 798-17237, E-Mail: [freunde@vff.uni-frankfurt.de](mailto:freunde@vff.uni-frankfurt.de), [www.vff.uni-frankfurt.de](http://www.vff.uni-frankfurt.de)  
Bankbindung: Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V., Deutsche Bank AG, IBAN DE76500700100700080500



# AUS DER REDAKTION

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

erwischt! Die Überraschung steht den jungen Leuten ins Gesicht geschrieben. Überraschung – und auch Abwehr: Sie wollen nicht fotografiert werden. Der Schnappschuss, den wir als Titelbild unserer Forschung-Frankfurt-Ausgabe zum Thema 1968 ausgewählt haben, ist am 30. Mai 1968 entstanden, nachdem Studierende im Zuge von Protesten das Rektorat von Rektor Walter Rüegg besetzt hatten. Die Personen auf dem Foto waren von der Anwesenheit des Fotografen offensichtlich nicht gerade angetan – als habe er sie in einem persönlichen, privaten Moment gestört. Zeugen sind da unerwünscht.

50 Jahre liegt das nun zurück. Der Moment ging in die Geschichte ein, als Teil der Studentenrevolte, als Teil der Geschichte der Goethe-Universität. Im Bild festgehalten, wird er heute im Universitätsarchiv aufbewahrt. Der Moment ist zur Zeitgeschichte geworden, persönlich und privat ist er immer noch. Denn jeder der abgebildeten Menschen wird seine eigene Erinnerung haben an den Mai 1968.

Etliche Rückblicke auf das Jahr 1968 sind in den vergangenen Monaten schon erschienen, Veranstaltungen zum Thema sind gerade in Frankfurt reich gesät. Wir haben das »Jubiläumsjahr« zum Anlass genommen, dem Thema ein ganzes Heft zu widmen. Dabei wollen wir den Fokus einerseits auf die Geschehnisse an der Goethe-Universität richten. Wirkten hier doch die Protagonisten der Frankfurter Schule, aus der viele der protestierenden Studenten ihren theoretischen Background ableiteten. Die Goethe-Uni war auch einer der Hauptschauplätze des Aufstands, die Auseinandersetzungen waren hier zum Teil besonders hart. Bei der Erinnerung daran sind Zeugen sehr erwünscht.

Wir lassen die Zeitzeugen der Studentenrevolte – ob sie selbst »68er« waren oder nicht – zu Wort kommen, mit all ihren, zum Teil auch sehr subjektiven Erinnerungen. Wir haben sie als Autoren gewonnen, haben sie interviewt oder mit heutigen Studierenden ins Gespräch gebracht. So hat diese Ausgabe von »Forschung Frankfurt« im Vergleich zu sonst einen durchaus speziellen Charakter insofern, als Emotionen und Meinungen eine größere Rolle spielen.

Aber natürlich geht es andererseits auch um Forschung. Priska Daphi und Jens Zimmermann von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung zum Beispiel haben in ihrem Projekt untersucht, welche Rolle die 68er-Bewegung im Selbstverständnis heutiger linker Protestbewegungen spielt, und fassen die Ergebnisse in ihrem Beitrag zusammen. Die Politologin Sandra Seubert geht der Frage nach, ob und welche kritische Relevanz der 68er-Slogan »Das Private ist politisch« in Zeiten von Facebook & Co noch hat. Und Bernd Wense hat Zeitzeugen mit qualitativen Methoden zum damaligen Drogenkonsum befragt.

Wir hoffen, die Vielfalt der Themen und der Blickwinkel in »Forschung Frankfurt« erlauben einen weiteren, frischen Blick auf 1968 und die Geschehnisse davor und danach. Wir wünschen Ihnen eine abwechslungs- und erkenntnisreiche Lektüre.

Ihre

**Dr. Anke Sauter, Dr. Dirk Frank und Dr. Anne Hardy**  
Redaktion Forschung Frankfurt

# INHALT



## MIT MARX IN DEN HÖRSAAL

Auch in Frankfurt waren die tödlichen Schüsse auf Benno Ohnesorg der Auslöser dafür, dass eine ganze Generation auf die Straße ging. Eine besondere Rolle spielte hier die Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie.



## ZEITZEUGEN ERINNERN SICH

Wie haben damalige Studierende die 68er Revolte an der Goethe-Universität erlebt? Das wollten wir von Zeitzeugen unterschiedlicher Fächer wissen. Wir fragten einen Physiker, einen Pharmazeuten und zwei Juristen – mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen.



## DER SOUND DER REVOLTE

Frankfurt war politisch gesehen 68 einer der spannendsten Orte der Republik. Doch die rebellische Rockmusik wurde zunehmend institutionalisiert, neue musikalische Bewegungen wurden vom linken Establishment ausgegrenzt, wie der Popjournalist Klaus Walter ausführte.

## 1968 JUGEND AUFSTAND

- 5 Als Studenten Goethe mit Marx vertrieben  
Was 1968 an der Universität Frankfurt geschah  
Rudolf Walther
- 13 50 Jahre Uni-Report
- 14 »Max: so weit haben wir's gebracht«  
1968 in Frankfurt und das Verhältnis von studentischer Protestbewegung und kritischen Theoretikern  
Rolf Wiggershaus
- 20 Die Welt in Bewegung  
Nationale Akteure als transnationale Ikonen eines globalen Phänomens  
Steffen Bruendel

## INNENANSICHTEN

- 27 Schmerzhafter Umbruch  
1968 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität  
Bernhard Diestelkamp
- 35 »Reformer unter den 68ern sind heute in Vergessenheit geraten«  
Dirk Frank
- 40 »Unser Streik war eine Sensation«  
Ökonomie-Professor und Zeitzeuge Reinhard »Harry« Schmidt über die Ereignisse im Fachbereich 02  
Interview von Stefan Terliesner

## KULTUR, SPRACHE, GESELLSCHAFT

- 47 Steine & Scherben,  
Onkelz & Türen  
Ist 68 schuld an Frankfurts verheerender Poplosigkeit?  
Klaus Walter
- 53 Kunst der Revolte –  
Revolte der Kunst  
Die Goethe-Universität als Schauplatz des ästhetischen Aufbruchs  
Michaela Filla-Raquin
- 58 Politik des Bewusstseins  
LSD und andere Drogen bei den »68ern«  
Bernd Werse
- 62 Vom Weiberrat zur Frauenprofessur  
Die Neue Frauenbewegung und der 1968er Aufbruch  
Ulla Wischermann
- 70 Mit »Sit-in« und »Teach-in«  
zur Weltrevolution  
Erinnerungen an den Sprachgebrauch der »68er«  
Horst Dieter Schlosser



62

### VOM WEIBERRAT ZUR FRAUENPROFESSUR

Die Frauenbewegung war eine Revolte innerhalb der Revolte. Den Kampf um Selbstbestimmung, den § 218 und die Auswirkungen für die Frauen- und Geschlechterforschung beschreibt Ulla Wischermann, langjährige Direktorin am »Cornelia Goethe Centrum«.



85

### GENERATION 1968 UND GENERATION 2018 IM GESPRÄCH

»Es ist schon interessant, dass heute eher Linke in der Defensive sind«, sagt der frühere Studentenführer und heutige Verleger Karl Dietrich »KD« Wolff im Gespräch mit zwei heutigen Studierenden und den Redakteuren von »Forschung Frankfurt«.



104

### HERRSCHAFT IN DEN KAPILLAREN DES ALLTÄGLICHEN

Das Private ist politisch, wurde 68 skandiert. Inwieweit aber im Zeitalter von Facebook & Co eine neue kritische Theorie des Privaten die heutigen Rollenanforderungen in den Blick nehmen kann, fragt die Politikwissenschaftlerin Sandra Seubert in ihrem Beitrag.

75 »studiogalerie«

Das Museum Giersch zeigt Werke aus dem legendären studentischen Kunstprojekt

78 Von der Akademisierung der Erziehung

Die Erziehungswissenschaften kamen zur Zeit der Studentenbewegung an die Goethe-Uni

Anke Sauter

### 1968 – 2018

85 »Heute sind viel mehr Leute auf der Straße als früher«

KD Wolff im Gespräch mit Thomas Dumke und Jonas Pußel  
Interview von Dirk Frank und Anke Sauter

90 Weg mit den Talaren! Hoch die Doktorhüte!

Vom Wandel der Zeremonialität an deutschen Universitäten

Tilman Allert

94 Mehr Partizipation wagen

Einfluss der 68er-Studentenrevolte auf die politischen Strukturen deutscher Universitäten

Michael Dobbins

99 1968 als Gründungsmoment

Heutige linke Bewegungen beziehen sich vielfältig auf die Studentenrevolte

Priska Daphi und Jens Zimmermann

104 Das Private ist politisch!

Eine Re-Aktualisierung im Lichte von Facebook & Co

Sandra Seubert

108 Gegengegenkultur(en)

Kritik an »68« seitens der 78er-Generation und der Generation Golf

Dirk Frank

### ZEITZEUGEN

31 Alexander von Paleske

34 Walter E. Müller

38 Alwin Schempp

43 Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

67 Sibylla Flügge

112 Impressum/Abbildungsnachweis

113 Vorschau

1968

NEHMEN

JUGEND

Sie gehören

AUFSTAND

# Als Studenten Goethe mit Marx vertrieben

Was 1968 an der Universität Frankfurt geschah

von Rudolf Walther



Vor 50 Jahren probte die Studentenbewegung den Umsturz. Der Vietnamkrieg und die Forderung nach Emanzipation brachten weltweit junge Menschen auf die Straße, Bildungsmisere und Notstandsgesetze waren spezifisch deutsche Protestthemen. Für Frankfurt charakteristisch war die Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule und ihren Vertretern.

Die Protestbewegung von 1968 mag in ihren vielfältigen Aspekten unübersichtlich sein, eines ist gewiss: Eine lokale oder gar provinzielle Veranstaltung war sie nicht, sondern eine, die gleichzeitig fast die ganze Welt erfasste, einschließlich hermetisch abgedichteter Regionen wie den Ostblock oder China. Dies muss vorab festgestellt werden, auch wenn sich dieser Beitrag auf Ereignisse und Prozesse in Frankfurt konzentriert.

Lässt man sich darauf ein, Globales aus der Perspektive des Lokalen zu betrachten, ergibt sich, dass die Studentenbewegung in Frankfurt ganz wesentlich eine Auseinandersetzung mit Vertretern der Kritischen Theorie war. Diese Theorie zählen viele Autoren völlig zu Recht zu den intellektuellen und politischen Quellen der Bewegung weit über Frankfurt hinaus. Aber

**1** Am 30. Mai 1968 wurde die Goethe-Uni kurzerhand in »Karl-Marx-Universität« umbenannt, das Bild des bärtigen Gesellschaftstheoretikers prangte auch über dem Eingang zum Rektorat im Jügelhaus.



2 Adorno (v. l.), Krahl, KD Wolff und Habermas (stehend) auf der Buchmesse 1968.

3 Aus Protest gegen die Notstandsgesetze haben Studenten am 24. Mai 1968 die Uni blockiert. Rektor Prof. Walter Rüegg verlässt das Gebäude über den durch ein Sit-in blockierten Haupteingang, der laut Transparent für »NS-Befürworter und Fachidioten« freigehalten wird.



2

nirgends wird dies deutlicher als bei den Konflikten an der Goethe-Universität.

Die ersten Demonstrationen von Frankfurter Studenten am 22. Mai 1966 und am 11. Februar 1967 galten dem Protest gegen den Vietnamkrieg. Die beiden Veranstaltungen gingen dem großen internationalen Vietnam-Kongress vom 17. und 18. Februar 1968 in Berlin voraus, bei dem Delegationen aus 14 Staaten vertreten waren. Vom 19. Juni 1967 an organisierte der ASiA (Allgemeiner Studierenden-ausschuss) der Universität eine Protestwoche gegen die geplanten Notstandsgesetze. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte die IG Metall in Zusammenarbeit mit dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) den Kongress zum »Notstand der Demokratie« organisiert. Der SDS war ursprünglich die Studentenorganisation der SPD. Seit den 1950er Jahren gab es zwischen SDS und Partei wegen der Ostkontakte der Nachwuchsorganisation politische Spannungen und Konflikte. 1961,



3

einige Wochen nach dem Mauerbau, fasste die Parteiführung einen Unvereinbarkeitsbeschluss und schloss die SDS-Mitglieder aus der Partei aus. Die Parteitreuen gründeten den »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB), der SDS wurde zum Sammelbecken der undogmatischen »Neuen Linken« und der »Außerparlamentarischen Opposition« (APO). Demonstrationen gab es seit Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre gegen das atomare Wettrüsten und gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sowie gegen den Bildungsnotstand im »Wirtschaftswunderland«.

**Beginn der Protestbewegung: der Tod Benno Ohnesorgs**

Die Revolte im engeren Sinne begann jedoch nach den tödlichen Schüssen des Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Das Datum markiert nicht den Anfang der Studentenbewegung, aber sicher ein Schlüsselereignis. Am 5. Juni 1967 – dem Tag von Ohnesorgs Beerdigung – demonstrierten in Frankfurt rund 3000 Studenten. Rektor Walter Rüegg hatte angeordnet, die universitären Veranstaltungen an diesem Tag ruhen

**Der Protest in Daten**

**Mai 1966**

»Vietnam – Analyse eines Exempels«, Kongress in Frankfurt mit Herbert Marcuse und Rudi Dutschke

**Oktober 1966**

Kongress »Notstand in der Demokratie« von IG Metall und SDS in Frankfurt

**Februar 1967**

Opernplatz Frankfurt: Vietnam-Demonstration mit hartem Polizeieinsatz

**2.6.1967**

Benno Ohnesorg wird in Berlin von einem Polizisten erschossen

zu lassen zum Gedenken an den getöteten Kommilitonen.

Die Auseinandersetzung der Studenten mit der »Frankfurter Schule« stand in Frankfurt von Anfang an im Zentrum der Bewegung, die sich – wie ihre Lehrer Adorno, Horkheimer, Habermas – als gesellschaftskritisch und emanzipatorisch verstand. Nach der Beerdigung von Benno Ohnesorg in Hannover tagte hier am 9. Juni 1967 der Kongress »Student und Demokratie« des SDS. Jürgen Habermas intervenierte gegen Dutschkes ebenso langwierigen wie diffusen Redebeitrag zum Begriff »Gewalt«. »Herr Dutschke hat (...) nur vorgeschlagen, dass ein Sitzstreik stattfinden soll, das ist eine Demonstration mit gewaltlosen Mitteln. Ich frage mich, warum nennt er das nicht so, warum braucht er eine dreiviertel Stunde, um eine voluntaristische Ideologie zu entwickeln?«. Diese bezeichnete Habermas als »linken Faschismus«, Dutschke sprach von »organisierter Gegengewalt unserer-seits«.

### Habermas kritisiert Marcuse

Habermas bestand als einziger Frankfurter Professor im Juni 1967 öffentlich darauf, dass die Umstände der Erschießung Benno Ohnesorgs unabhängig ermittelt werden: »Die Bürger der Bundesrepublik haben (...) Anspruch darauf, durch beschleunigte und minutiöse Untersuchungen darüber Gewissheit zu erlangen, ob ihre Polizei Terror übt – oder ob dieser Verdacht zu Unrecht besteht. Wenn die Interpretation der Berliner Kriminalpolizei, die in dieser Sache Partei ist, ohne für die breite Öffentlichkeit überzeugende Kontrolle hingenommen würde, bestünde die Gefahr einer stillschweigenden Umwandlung unseres demokratischen Rechtsstaates in einen Polizeistaat.«

Habermas stellte später mehrmals klar, dass er die Studentenbewegung nicht pauschal in die Nähe eines links motivierten Faschismus rücken wollte, blieb aber bei seiner Kritik am leerlaufenden Aktionismus, der sich oft auf Herbert Marcuse (1898–1979) – den »Philosophen der Jugendrevolte« (Habermas) – berief, vor allem auf dessen Satz im Essay über »Repressive Toleranz«: »Wenn sie [unterdrückte Minderheiten, der Autor] Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen

sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigstens der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.« An den normativen Grundlagen dieses Satzes – rechtlichen wie politischen – ist sozusagen alles unklar und Habermas replizierte deshalb aus der Ferne: »Ich würde wünschen, dass Marcuse diesen Satz noch einmal erläuterte.«

### Go-in, Sit-in, Teach-in

Aus Berlin importierten die Frankfurter Studenten neue Demonstrationsformen, wie sie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung praktizierte. Der Berliner Doktorand Theodor Ebert untersuchte in seiner Dissertation von 1965 den gewaltfreien Widerstand des »Congress of Racial Equality« (CRE), eines Vorläufers der Bürgerrechts- und Free-Speech-Bewegung. Die vom CRE angewandte Strategie, Wirte zur Bedienung Schwarzer zu zwingen, beschrieb Ebert – das Wort »Sit-in« übersetzend – als »Sitz-Hinein-Methode«. Das Berliner SDS-Mitglied Michael Vester beschäftigte sich nach einem USA-Aufenthalt mit der »Wiederbelebung der Kategorie Aktion« durch die Bürgerrechtsbewegung. Zwei Jahre später berichtete er in einer SDS-Publikation über die »Strategie der direkten Aktion«. Die Methode der Aufklärung der Bevölkerung und der Selbstaufklärung der Protestierenden durch Aktionen hieß in den USA

4 Fest in der Hand der Studenten war das Rektorat vom 27. Mai 1968 an, dem Tag der großen Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze.



4

**5.6.1967**

Kundgebung anlässlich des Todes von Benno Ohnesorg in Frankfurt. Offener Brief von Jürgen Habermas

**8.6.1967**

Frankfurter AStA mobilisiert 5000 Studenten für einen Schweigemarsch

**19.6.1967**

Frankfurter AStA organisiert »Notstandswoche«

**16.11.1967**

SDS-Mitglieder sprengen die Vorlesung von Carlo Schmid im Hörsaal VI

**23.11.1967**

Der Frankfurter Rektor Prof. Walter Rüegg stellt Strafantrag gegen SDS-Aktivisten

**DIE PROTAGONISTEN IN FRANKFURT**



**Frank Wolff** (geb. 1945), SDS-Mitglied, 1967/1968 Bundesvorsitzender. Studierte zunächst Musik, ab 1966 Soziologie bei Adorno. 1969 nahm er das Musikstudium wieder auf und gründete 1981 das Frankfurter Kur-Orchester (zusammen mit Anne Bärenz und Carl Hegemann), das bis 1995 existierte.



**Karl Dietrich »KD« Wolff** (geb. 1943), Bruder von Frank Wolff. SDS-Mitglied, 1967/1968 Bundesvorsitzender. Studierte Jura und gründete 1969 den März Verlag und 1970 den Verlag Roter Stern, der seit 1979 als Verlag Stroemfeld/Roter Stern existiert. »Glauben Sie nicht, Herr Professor Adorno, dass es tatsächlich Bedeutung hätte, wenn (...) jemand wie Sie (beim) Sternmarsch auf Bonn mit uns zusammen, sagen wir, die Bannmeile durchbrochen hätte?«



**Hans-Jürgen Krahl** (1943–1970), SDS-Mitglied, brillanter Doktorand T.W. Adornos und wortgewandter Aktivist der Protestbewegung (»Robespierre von Bockenheimer«). 31.1.1969 eine Woche Haft wegen Hausfriedensbruch, angezeigt von Adorno, dem er im Prozess Paroli bot. Krahl starb am 13.2.1970 bei einem Autounfall. »Er war der Klügste von uns allen.« (Rudi Dutschke) »Und es ist nicht zufällig, dass der Wahlkampf zum Beispiel auf das Niveau einer Waschmittelreklame herabgekommen ist.« (Hans-Jürgen Krahl)



**Daniel Cohn-Bendit** (geb. 1945), Mai 1969 Sprecher der Studenten in Paris. Ausweisung nach Frankfurt als deutscher Staatsbürger. Engagierte sich im »Revolutionären Kampf« (Frankfurter »Spontis«) und bei den »Grünen«. Erster Dezernent des »Amts für multikulturelle Angelegenheiten« in Frankfurt. Mitglied im EU-Parlament (1994–2014). »Neulich sagte mir Herr Cohn-Bendit, ich hätte nur dann ein Recht, die Polizei zu holen, wenn man mich mit Stangen zusammenschlagen wollte; ich antwortete, dann sei es wohl zu spät.« (Adorno an Herbert Marcuse)

»Teach-in« und ging nun – zuerst in Berlin, dann auch in Frankfurt – in den studentischen Slang und in die Demonstrationspraxis ein. Das erste Sit-in im Namen der Demokratisierung der Universität fand am 22. Juni 1966 in Berlin statt. Im Wintersemester 1967/1968 kam es auch in Frankfurt zu mehreren Sit-ins und Teach-ins, also Aktionen zu Erzwingung von Diskussion über den Studienbetrieb, die Studieninhalte und die Demokratisierung der universitären Strukturen und Gremien.

Die Vorlesung des Politikwissenschaftlers und SPD-Politikers Carlo Schmid war am 16. November 1967 das Ziel des ersten Frankfurter Go-ins im Hörsaal VI in Bockenheimer. Die Studenten wollten Schmid nicht länger zuhören bei seinen Ausführungen über Außenpolitik, sondern mit ihm darüber diskutieren, was im Zeichen der Großen Koalition kurz vor der Entscheidung stand und viele beunruhigte: die Notstandsgesetze. Schmid nahm die Herausforderung gelassen – »Ich lasse mich zu Diskussionen nicht nötigen« – und brach die Vorlesung ab. Ein erheblicher Teil der Studenten war mit der Aktion von SDS-Mitgliedern nicht einverstanden, und der AstA distanzierte sich von dieser Aktion. Rektor Prof. Walter Rüegg suspendierte die SDS-Mitglieder unter den Studentenvertretern im Studentenparlament und heizte den Konflikt an mit der Erklärung, es handle sich bei den neuen Protestformen um die »Einübung faschistischer Terrormethoden« und »Hausfriedensbruch«. Wider Willen provozierte der Rektor damit einen »Flugblattkrieg«. Dem begegneten Rektorat und Senat mit einer Informationsoffensive und riefen den »UNI-Report« ins Leben, um Angriffe im »Flugblattkrieg« kommunikativ kontern zu können. Rektor Rüegg bedauerte sein Wort von »faschistischen Terrormethoden«, nachdem er von seinem Stab über die Herkunft der Demonstrationspraxis unterrichtet worden war. Die Professorenschaft war sich alles andere als einig. Neben Hardlinern gab es liberale, konservative und linke Professoren wie Habermas, der seinen konservativen Kollegen schlicht als »aktiver Parteigänger der Studenten« (Notker Hammerstein) galt.

**Die Fronten verhärten sich**

Einen Versuch, am 5. Februar 1967 das amerikanische Generalkonsulat, das damals noch in

**6.12.1967**

Der AstA distanziert sich von der »Sprengung« der Vorlesung Carlo Schmid

**ab Januar 1968**

Diskussionen über Drittelparität

**30.1.1968**

»Tet-Offensive« in Vietnam, Anti-Springer-Kampagne in Berlin

**5.2.1968**

»Vietnam-Teach-in« des SDS u.a. mit Rudi Dutschke in Frankfurt

**18.2.1968**

Vietnam-Kongress in Berlin u. a. mit Hans-Jürgen Krahl, Daniel Cohn-Bendit



5

Uni-Nähe an der Siesmayerstraße residierte, auf »friedlichem Weg« (Hans Jürgen Krahl vom SDS) zu blockieren, vereitelten mehrere Hundertschaften Polizisten und 24 Polizisten zu Pferd. Nicht zuletzt durch diese »fast gewaltsame Aktion« (FAZ) verhärtete sich die Situation spürbar.

Die Ambivalenz und Vieldeutigkeit in der Terminologie des SDS wurde deutlich mit der Übernahme des Begriffs »Stadtguerilla« in den Reden Dutschkes und Krahls auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967. Beide sprachen von der »Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit«, von »revolutionären Bewusstseinstruppen«, also realitätsfern-voluntaristischen Konstrukten. Die vage Schwärmerei über »Stadtguerilla« fand in den Strukturen der Berliner Subkultur (»Tupamaros Westberlin«, »Bewegung 2. Juni«) mehr Resonanz als in Frankfurt.

Vom Januar 1968 an bestimmten drei Themen die politischen Debatten und Aktionen: der Krieg in Vietnam, die Hochschulreform (Drittel-

parität) und die Notstandsgesetze. In Frankfurt verübte eine durch Zufall zustande gekommene Gruppe – Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Thorwald Proll von der West-Berliner APO und Horst Söhnlein vom »Action-Theater« München – am 3. April 1968 zwei Brandanschläge auf Kaufhäuser. Der Sachschaden betrug 1,2 Millionen DM. Die Täter verhielten sich so dilettantisch, dass sie am folgenden Tag verhaftet wurden. Sie erhielten mit dem Urteil vom 31. Oktober 1968 drakonische Strafen von drei Jahren Haft und flohen ins Ausland, nachdem die Berufung abgelehnt worden war. Der SDS bezeichnete die Brandstiftung als »unbegründbare Terroraktion«, Ulrike Meinhof hielt diese für »eher systemerhaltend, konterrevolutionär«. Später konzidierte ein Richter am Landgericht Frankfurt den vier Tätern »gewisse ideelle Motive«.

#### **Blockade der Societäts-Druckerei**

Einen Radikalisierungsschub der Protestbewegung, wie er sich in Berlin nach dem Attentat

**5** Rund 12 000 Menschen zogen beim Ostermarsch im April 1968 auf den Römerberg und sangen die Hymne der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung »We shall overcome«. Andreas Buro von der hessischen Kampagne für Demokratie und Abrüstung warnte vor gewalttätigen Aktionen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke: »Es soll kein Wasser auf die Mühlen der Notstandsgesetze gegossen werden.«

**19.2.1968**

Vietnam-Demonstration in Frankfurt. Polizei verhindert Sturm auf Polizeipräsidium

**16.3.1968**

Massaker von My Lai (wird erst im November bekannt)

**2.4.1968**

Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern; Urteil gegen die vier Brandstifter am 31.10.68: drei Jahre Gefängnis

**11.4.1968**

Attentat auf Rudi Dutschke in Berlin

**10.5.1968**

Nacht der Barrikaden in Paris. 460 Festnahmen, 250 verletzte Polizisten

**6** Protestdemonstration von Schülern, Studenten und Gewerkschaftern in der Innenstadt von Frankfurt am Main gegen die geplanten Notstandsgesetze der Bundesregierung.

auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 in den Blockaden gegen das Springer-Hochhaus abzeichnete, gab es in Frankfurt zwar nicht. Aber der Versuch, die Societäts-Druckerei zu blockieren und damit die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern, führte am Karfreitag (12. April) zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen sieben Polizisten und 25 Demonstranten verletzt wurden. Für den Ostermontag (15. April) hatte die Ostermarschbewegung 12000 Demonstranten auf dem Römerberg mobilisiert, wo Andreas Buro (1928–2016), einer der Sprecher, vor »gewaltsamen Aktionen« der Demonstranten und Wolfgang Abendroth vor der Springer-Presse als einer »gefährlichen Waffe gegen das Volk« warnten.

Gegen deren Willen und Rat bestanden Frank und Karl Dietrich – »KD« – Wolff vom

SDS auf einer weiteren Blockade der Societäts-Druckerei, bei der es zu den schwersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten kam. Die Polizeiführung kündigte an, »den Einsatz Berittener zukünftig« zu begrenzen und einen Diplom-Psychologen einzustellen, um Polizisten auf Demonstrationseinsätze mental vorzubereiten, weil es unbestreitbar vonseiten der Polizei zu Überreaktionen gekommen war.

**Streik gegen Notstandsgesetze**

Mitte Mai 1968 fand die zweite Lesung der Notstandsgesetze statt, womit – parallel zu den Protesten und dem Generalstreik in Paris – die heiße Phase der Studentenbewegung auch in Frankfurt begann. Für den 15./16. Mai rief der SDS alle deutschen Universitäten zum Streik auf. In Frankfurt blockierten Studenten den



6

**13.5.1968**

1 Million Demonstranten auf der Champs-Élysées, Streiks, Fabrikbesetzungen

**14.5.1968**

Besetzung des Hauptgebäudes der Universität in Frankfurt. Zusammenstöße zwischen links- und rechtsgerichteten Studenten

**15.5.1968**

Streik an der Universität in Frankfurt; 1000 Arbeiter in 30 Frankfurter Betrieben legen die Arbeit nieder

**22.5.1968**

Sitzblockaden vor der Goethe-Universität

**24.5.1968**

Wiederaufnahme des Streiks. Senat beschließt Absage aller Vorlesungen für die Zeit vom 27.5. bis 1.6.

Zugang zur Universität mit Sitzstreiks. Am 16. Mai wurde der Streik abgebrochen und auf den 19. Mai vertagt, den Beginn der dritten Lesung der Gesetzesnovelle. Vom 24. Mai an sollte der gesamte Unibetrieb lahmgelegt werden, worauf die Universitätsleitung alle Lehrveranstaltungen vom 27. Mai bis 1. Juni absagen ließ. Am 27. Mai demonstrierten auf dem Frankfurter Römerberg 15 000 Studenten und Arbeiter im Rahmen der vom DGB Hessen organisierten Kundgebung gegen die Notstandsgesetze. Am gleichen Tag wurde das Rektorat besetzt. Am 30. Mai benannten die Studenten die Universität in »Karl-Marx-Universität« um und organisierten in 23 Seminaren und Podiumsdiskussionen einen eigenen Lehrbetrieb. Hans-Jürgen Krahl wandte sich gegen den Umbau »der Universität zu einer Ausbildungskaserne für Fachidioten«. Am 31. Mai wurden die Büroräume des SDS von der Polizei durchsucht, am 5. Juni die Universität geräumt. Damit endete der »heiße Sommer« in Frankfurt, an dem überwiegend Studierende sozial- und geisteswissenschaftlicher Fächer, darunter viele Lehramtsstudenten, beteiligt waren.



7

Eine Frankfurter Skurrilität waren die Auftritte des Clowns Hans Imhoff, der sich als Aktionskünstler verstand und sich darauf spezialisierte, Veranstaltungen im Kulturbetrieb und an der Universität durch Störungen zu verspotten. In den Feuilletons werden Imhoffs Aktionen bis heute maßlos überschätzt und zu »Szenen eines höheren Lustspiels« (Lorenz Jäger, FAZ vom 30. Mai 1998) hochgeschrieben. Habermas beschied die wurstige Zumutung eines Journalisten, seine Begegnung mit Imhoff vom 14. November 1968 zu beschreiben, dem nur einfiel, Habermas' Sprechbehinderung nachzuäffen, bündig mit dem Satz: »In jenen Tagen, als die Eier und Knallkörper im Hörsaal herumflogen, habe ich mich nur ein einziges Mal verletzt gefühlt: als Herr Imhoff unter die Gürtellinie schlug.«

7 Nach der polizeilichen Räumung des Instituts für Sozialforschung musste sich Hans-Jürgen Krahl wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht verantworten. Adorno trat als Zeuge auf, zur von Krahl erhofften Grundsatzdebatte zwischen Professor und Doktorand kam es nicht.

8 Aus dem durch Streikende blockierten Gelände der Societäts-Druckerei wird eine Notausgabe der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) mit dem Hubschrauber ausgeflogen.



8

#### Adorno holt die Polizei zu Hilfe

Das Wintersemester 1968/1969 stand im Zeichen des Protests gegen die Professoren der Frankfurter Schule und gegen die von technokratischen Hochschulpolitikern geplante Studienzeitverkürzung für Lehramtsstudierende. Anfang Dezember 1968 riefen diese zusammen mit Soziologiestudenten zum »aktiven Streik« auf, d.h. zum Boykott der offiziellen Lehrveranstaltungen und zur Selbstorganisation des Studiums. Friedeburg, Adorno und Habermas »begrüßten und unterstützten« die studentische Forderung nach selbstverantwortlicher Organisation des Studiums, lehnten aber die hybride Forderung

**27.5.1968**

Rektoratsbesetzung in Frankfurt; anderntags Räumung durch die Polizei

**30.5.1968**

Bundestag verabschiedet Notstandsgesetze mit 384:100 Stimmen

**5.6.1968**

Polizei verlässt die mit Stacheldraht gesicherte Universität

**16.9.1968**

Go-in mit Tortenschlacht im Café Laumer im Frankfurter Westend, weil Langhaarigen und Bärtigen der Zutritt verwehrt wird

**3.12.1968**

Heftige Proteste und »aktiver Streik« gegen die Verkürzung des Lehramtsstudiums

**Literatur**

A. Rohstock, Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«, Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen, München 2010.

N. Hammerstein, Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, Bd. 2: 1945–1972, Göttingen 1972.

W. Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung, 3 Bde., Hamburg 1998.

S. Demm, Die Studentenbewegung 1968 in Frankfurt. Eine Chronologie, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 67, Frankfurt 2001.

nach »Zerschlagung des herkömmlichen Wissenschaftsbetriebs« (Reimut Reiche) als Angriff auf »die Basis der Aufklärung« (Habermas) ebenso entschieden ab. Sie wurden in den Augen radikalierter Ideologen über Nacht zu »Bütteln des autoritären Staates« gestempelt, als sie nach der Besetzung des soziologischen Seminars und des Instituts für Sozialforschung ihr Hausrecht polizeilich durchsetzen ließen.

Der Bewegungsstrom der antiautoritären Revolte von 1967 bis 1969 scheiterte in Frankfurt wie weltweit mit seinen ausgreifenden Forderungen nach Emanzipation und Gesellschaftsveränderung. In Deutschland versickerte dieser Strom nach der Selbstauflösung des SDS am 21. März 1970 in Frankfurt in zahlreiche autonom agierende Bewegungen von beträchtlicher emanzipatorischer Nah- und Fernwirkung (Kinderläden, Frauenbewegung, Anti-Atom- und Umweltbewegung, Dritte-Welt-Organisationen,

Ausbruch in proletarische Fabrikarbeit, Wohngemeinschaften und einiges mehr), während parteimäßig politisierte Reste der Bewegung für kurze Zeit im leninistisch-maoistischen Politikarneval von K-Gruppen versumpften, die sich als »Parteien« aufspielten und bald verschwanden. Mehr moralisch als politisch radikalisierte Teile der Bewegung verliefen sich in die Sackgasse des terroristischen Aktionismus von »Roten Zellen«, »Bewegung 2. Juni« und »Roter Armee Fraktion« (RAF), wo sie auf eine gut gerüstete, unerbittliche Staatsgewalt trafen, die freilich nicht verhindern konnte, dass die von ihrer Hybris verblendeten, selbst ernannten Kämpfer noch jahrelang mordend durchs Land zogen.

**»68« erhitzt bis heute die Gemüter**

Mit der Protestbewegung haben diese Extremisten nur marginale Berührungspunkte. Trotzdem überleben Polemiken über »68«, in denen die globale Dimension des Protests von damals ebenso ausgeblendet wird wie Differenzen und Nuancen der Bewegungen in verschiedenen kulturellen, politischen und sozialen Kontexten und Milieus. Der Nationalkonservative Berthold Kohler, einer der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), sprach am 6. April 2016 vom »Entnationalisierungsprogramm« der Studentenbewegung als einer »Erblast«, und der Radikalnationale Jörg Meuthen von der AfD jüngst vom »moralisch verrotteten links-rot-grün-versifften 68er-Deutschland«, von dem man »weg« wolle. »Weg« wollte auch Peter Boenisch – nämlich von solchen national imprägnierten Ressentiments. Er war 1967/1968 noch einer der schärfsten Gegner der Protestierenden, dreißig Jahre später stellte er fest: »Bei manchen Zeilen [seiner damaligen Kommentare, der Autor] würde mir heute übel werden, wenn ich sie lesen müsste – aber die sind nur aus der Zeit heraus zu verstehen« (»Süddeutsche Zeitung« vom 19./20. Juli 1997). ●



**Der Autor**

**Rudolf Walther**, Jahrgang 1944, studierte 1968 in Basel (Schweiz), wo es damals eher ruhig zuzuging. Mehr als die Protestbewegungen in Paris, Frankfurt oder Berlin beeindruckte ihn die militärische Niederschlagung des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in Prag. Autoritäre, staatssozialistische Politik war für ihn nie eine Option. Von 1977 bis 1994 war Walther, der in Basel und Frankfurt Geschichte und Philosophie studiert hat, Redakteur und Mitautor des Lexikons »Geschichtliche Grundbegriffe« in Heidelberg. Seit 1994 arbeitet er als freier Autor und wohnt in Bad Soden am Taunus.

[rudolf.walther@t-online.de](mailto:rudolf.walther@t-online.de)

**6.12.1968**

Soziologiestudenten verabschieden eine neue Studienordnung und rufen »aktiven Streik« aus

**11.12.1968**

Habermas, Adorno und Friedeburg »begrüßen und unterstützen« die Initiative der Studenten zur Selbstorganisation

**18.12.1968**

Polizei »räumt« das (bereits leere) soziologische Seminar, das die Studenten in der Nacht auf den 9. Dezember besetzt hatten

**6.1.1969**

Rektor Rüegg schwört die Professoren auf harte Reaktionen gegen Störer ein; die Jura-Professoren Denninger, Wiethölter, Diestelkamp, Simon distanzieren sich vom Rektor und von militanten Aktionen

**31.1.1969**

Studenten verlassen das Institut für Sozialforschung. Anklage gegen Hans-Jürgen Krahl wegen Hausfriedensbruch. Krahl kommt für eine Woche in Haft

# DER ERFINDER DES »UNI-REPORT«

**E**nde 1967 ist er noch Pressereferent beim AStA der Goethe-Universität, da ereilt ihn zum Jahreswechsel der Ruf des Uni-Rektors Walter Rüegg: Klaus Viedebantt, Student der Volkskunde, übernimmt im Januar 1968 den Posten des »Pressereferenten der Akademischen Presse- und Informationsstelle der Universität«. Seine wichtigste Aufgabe: die erste Ausgabe der neuen Unizeitung »uni-report« auf den Weg zu bringen. Ein ereignisreiches Jahr wartet auf den 25-jährigen, der schon zu Schulzeiten seine journalistische Ader entdeckt hat. Viedebantt sieht sich 68 nicht als Revoluzzer, sicherlich aber als wohlwollenden Chronisten der Ereignisse. Er habe einen guten Draht zu Rektor Rüegg gehabt, betont er 50 Jahre später, beim Besuch der heutigen Pressestelle: »Damit ich ihn selbst in vertraulichen Gesprächen mit seiner Schweizer Sekretärin verstehen konnte, eignete ich mir sogar einige Worte Schwyzerdütsch an«, lacht der promovierte Volkskundler, der nach seiner Zeit an der Uni unter anderem das Reiseressort bei der ZEIT leitete und für die FAZ-Gruppe die publizistischen Aktivitäten in den neuen Bundesländern koordinierte. Für die Hochschulen sei der Aufbruch »ein Segen« gewesen, auch wenn die 68er »das fehlende Wissen wohl ab und zu auch mit Überzeugung wettmachen wollten.« Insgesamt zieht er ein positives Fazit: »Als Generation sind wir im Haben!«

(vgl. auch den Beitrag über den damaligen AStA-Vorsitzenden Hans-Jürgen Birkholz, S. 35ff.)



Klaus Viedebantt bei der Lektüre des neuen UniReport.

# »Max: so weit haben wir's gebracht«

1968 in Frankfurt und das Verhältnis von studentischer  
Protestbewegung und kritischen Theoretikern

*Von Rolf Wiggershaus*

Die Erinnerung an das Jahr 1968 kann nur eine Form annehmen: die der Collage. Ein halbes Jahrhundert nach jenen Ereignissen könnte das beispielsweise so aussehen: Manches, was inzwischen in Publikationen und Dokumentationen vorliegt, mit Selbsterlebtem verbinden, um auf diese Weise einen Eindruck von der Vielschichtigkeit und dem gelegentlich surrealistisch wirkenden Zusammen- und Gegeneinanderspiel von »Frankfurter Schule« und Studentenbewegung zu vermitteln.



### Ein versunkener Kontinent taucht auf – in Bruchstücken und Raubdrucken

Mit wenigen handschriftlichen Zeilen versehen schickte Theodor W. Adorno Anfang Dezember 1968 ein Flugblatt der Basisgruppe Soziologie an den seit längerem emigrierten und in der Schweiz lebenden Max Horkheimer, um ihn über den Stand der Dinge in Frankfurt zu informieren. »Max: so weit haben wir's gebracht. Ob wir was tun sollen, müssen wir beraten.« Das war mit melancholischem Witz formuliert und zeugte von bemerkenswerter Sympathie und viel Verständnis, bedenkt man, welchen Ton das Flugblatt anschlug, das zu einer Vollversammlung der Soziologen im großen Hörsaal VI aufrief.

An einigen Universitäten, hieß es darin, könnten die Studenten längst die Forschungs- und Lehrinhalte, die Finanzplanung etc. mitkontrollieren. »Doch die kritischen Theoretiker der Frankfurter Schule hocken auf der Freiheit von Forschung und Lehre wie auf ihrem Privateigentum, sie schließen die Lernenden aus der Freiheit von Forschung und Lehre aus.« Das Flugblatt schloss mit der Versicherung: »Wir haben keine Lust, die linken Idioten des autoritären Staates zu spielen, die kritisch in der Theorie sind, angepaßt in der Praxis. Wir nehmen den Ausspruch Horkheimers ernst: »Die revolutionäre Karriere führt nicht über Bankette und Ehrentitel, über interessante Forschungen und Professorengehälter, sondern über Elend, Schande, Undankbarkeit, Zuchthaus ins Ungewisse, das nur ein fast übermenschlicher Glaube erhellt. Von bloß begabten Leuten wird sie daher selten eingeschlagen.« (Heinrich Regius, Dämmerung. Zürich 1934, S. 73 f.)«

Damit wurde gegen die in Frankfurt lehrenden kritischen Theoretiker Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas und Ludwig von Friedeburg der ferne, inzwischen 73-jährige Horkheimer ins Feld geführt. Fern nicht nur räumlich. Unter dem Pseudonym Heinrich Regius und dem unverfänglich klingenden Titel »Dämmerung« hatte er 1934 in einem Schweizer Verlag »Notizen aus Deutschland« veröffentlicht. Angesichts des Erstarkens autoritärer und faschistischer Regime niedergeschrieben, verbanden sie gesellschaftskritische Beobachtungen und die Erwartung einer proletarischen Revolution mit dem Plädoyer für einen unakademischen und undogmatischen Marxismus.

Horkheimers »Dämmerung« wurde zu einer Fundgrube für Slogans wie »Bürgerliche Kritik am proletarischen Kampf ist eine logische Unmöglichkeit«. Rebellierende Studenten sahen sich damit gleichzeitig in einer proletarischen Situation und in Augenhöhe mit den Professoren. Von kritischen Professoren erwarteten sie, dass sie als Mitrebellierende agierten und gleichzeitig als gesellschaftlich anerkannte Autoritä-

ten die Rebellion absicherten. Sie verlangten einerseits eine Hochschulreform, die sie zu Mitkontrolleuren der Produktivkraft Wissenschaft machte. Andererseits wollten sie sich auf diese Weise auch schon in Stellung bringen gegen einen »autoritären Staat«.

Auch mit der Kategorie des »autoritären Staats« konnten die Studenten sich wieder auf einen Aufsatz Horkheimers aus der Zeit des US-Exils berufen. Ende der 30er Jahre hatte er sowjetischen Staatssozialismus, Faschismus und demokratischen Staatsinterventionismus als Varianten einer autoritären Staatsform interpretiert. Die marxistische Erwartung, die sich aus der Dynamik des Kapitalismus ergebende Verstaatlichung der Wirtschaft werde der Übernahme der Macht durch die Arbeiterklasse den Boden bereiten, war damit aufgegeben. »Aber«, so die von Horkheimer eröffnete Aussicht, »die materiellen Bedingungen sind erfüllt. Bei aller Notwendigkeit von Übergang, Diktatur, Terrorismus, Arbeit, Opfer hängt das andere einzig noch vom Willen der Menschen ab.«

### Nach Frankfurt lockte in den 60er Jahren vielerlei

Wer in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nach Frankfurt am Main kam, um dort Philosophie und Soziologie zu studieren, dem ging es höchstwahrscheinlich in erster Linie darum, zu begreifen, was – mit Adorno zu reden – »eigentlich diese ganze sonderbare Gesellschaft trotz ihrer Absonderlichkeit zusammenhält«.

Für den Sozialpsychologen Peter Brückner, den Merve-Verlag-Gründer Peter Gente, für Adornos Doktoranden Hans-Jürgen Krahl waren Adornos »Minima Moralia« mit den »Reflexionen aus dem beschädigten Leben« ein Schlüsselerlebnis. Für mich wurde Adornos 1964 in der Zeitschrift »Neue Rundschau« erschienener Aufsatz »Parataxis. Zur späten Lyrik Hölderlins« zu einem entscheidenden Motiv, das Studium in Frankfurt fortzusetzen. Bei Adorno ging es um das Gesellschaftliche im Werk und erst in zweiter Linie um das Werk in der Gesellschaft. Mit direkterer politischer Thematik lockte nach Frankfurt gleichzeitig Jürgen Habermas. Die zentrale Fragestellung seiner Bücher – darunter »Strukturwandel der Öffentlichkeit« – war: Wie steht es im Licht einer anspruchsvollen Idee von Demokratie um die Realität und die Aussichten wahrhafter politischer Partizipation?

### Dialoge über Revolution vor globalem Hintergrund

Texte aus der Zeit einer noch vom Gedanken an Revolution erfüllten kritischen Theorie Frankfurter Provenienz trafen 1968 auf aktuelle zeitgenössische Publikationen. »Nicht immer muß man warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, der aufständische Fokus

1 Horkheimer und Adorno (Bildmitte) während einer gemeinsamen Seminarsitzung.

kann solche Bedingungen selbst schaffen.« So lautete eine der Lehren Ernesto Che Guevaras aus den Erfahrungen der kubanischen Revolution für die revolutionären Bewegungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Den Abschluss des Bandes 9 der Rotbücher des

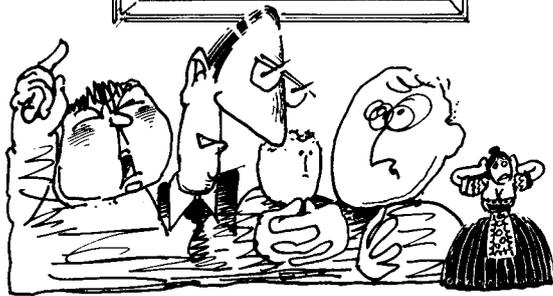
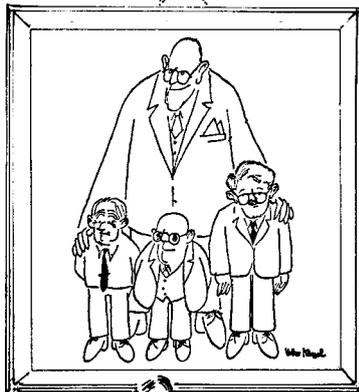
Dutschke und der 38-jährige Habermas aufeinander.

Dutschke forderte eine Neubestimmung des Voluntarismus. Habermas meine noch, wie Marx, es genüge nicht, dass der Gedanke zur Wirklichkeit dränge, die Wirklichkeit müsse auch zum Gedanken drängen. Doch das gelte nicht länger. Die Entwicklung der Produktivkräfte mache die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft möglich. »Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre Geschichte endlich bewußt zu machen. Das heißt, Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt.« Habermas seinerseits warnte: In einer Situation, die weder revolutionär noch nachrevolutionär sei, sei es »nur eine subjektive Anmaßung, für Studenten, die nichts anderes als Tomaten in den Händen haben, eine Strategie vorzuschlagen, die darauf angelegt ist, eine sublimale Gewalt, die notwendig in Institutionen impliziert ist, manifest werden zu lassen«. Formelle Regeln sollten »materiell eingelöst, aber nicht außer Kraft gesetzt werden«.

Ein Jahr später kam es bei dem vom Verband Deutscher Studentenschaften einberufenen Schüler- und Studentenkongress in der Mensa der Frankfurter Universität zu einer ähnlichen Auseinandersetzung zwischen Habermas und dem 25-jährigen Krahl vom Frankfurter SDS. Abermals war die Situation sehr angespannt. Die Mai-Revolte in Paris war gewaltsam niedergeschlagen worden, die Notstandsgesetze waren verabschiedet, die vorübergehend von Studenten besetzte und zur »Politischen Universität« erklärte Hochschule durch massiven Polizeieinsatz geräumt worden. Es gab Pläne studentischerseits, sie zurückzuerobern.

Die zentrale Diagnose von Habermas war: Die neuen, nur zu symbolischen Handlungen geeigneten Demonstrationstechniken verwandelten sich »in den Köpfen altgedienter SDSler« zu »Mitteln des unmittelbar revolutionären Kampfes«. Damit trete an die Stelle einer Strategie massenhafter Aufklärung eine »Taktik der Scheinrevolution«. Das werde nicht nur zu einer Isolation der Studenten und Schüler führen, sondern auch »alle auf Demokratisierung drängenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwächen«. Krahl hielt dagegen mit dem Argument, nicht der SDS verwechsle Wunsch und Wirklichkeit, sondern der Staat. Der Staat habe »auf den Protest unbewaffneter Gruppen mit dem Einsatz seiner Gewaltmaschine geantwortet, als handle es sich um den faktischen Kampf um die Macht im Staat«. Krahl sah eine neue weltgeschichtliche Konstellation gegeben, in der die internationale Einheit des antikapitalistischen Protestes keine sentimentale Fiktion sei.

Das unübertreffliche Bild aber —  
"Max Horkheimer und die Seinen" —  
ist von Volker Kriegel.



Zeichnung: F. W. Bernstein

Berliner Wagenbach-Verlags mit sämtlichen Schriften Guevaras zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerillero bildete der 1967 in La Habana veröffentlichte Beitrag »Mensaje a la Tricontinental«, gerichtet an das Exekutivsekretariat der »Organisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas«. Er hatte auf Deutsch den Titel »Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams«. Aus dem Spanischen übersetzt hatten ihn Rudi Dutschke und der deutsch-chilenische Schriftsteller Gaston Salvatore.

Dutschke war Kopf einer aktionistischen Fraktion des West-Berliner SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbundes). »Mit Provokationen«, so Dutschke 1965, »können wir uns einen öffentlichen Raum schaffen, in den wir unsere Ideen, unsere Wünsche und unsere Bedürfnisse hineinlegen können. Ohne Provokation werden wir überhaupt nicht wahrgenommen.« Nach der Beisetzung des von einem Polizisten erschossenen Studenten Benno Ohnesorg im Juni 1967 in Hannover stießen bei dem Kongress »Hochschule und Demokratie – Bedingungen und Organisation des Widerstandes« der 27-jährige



Ich nehme an, vielen von denen, die dichtgedrängt in der Mensa standen und den beiden aufmerksam zuhörten, ging es wie mir: Angesichts der durch Lektüre und Diskussionen eröffneten Horizonte und der Erfahrungen, die man als Student 1968 in Frankfurt machen bzw. machen konnte, klang Krahl überzeugender.

#### »Schlachten« mit Berittenen

Das Bild, das als erstes vor mir aufsteigt, wenn ich an 1968 denke, ist ein Polizist hoch zu Pferd. Er gehört zur Reiterstaffel der Polizei, die die Pferde ohne Vorwarnung mitten in die Menge der dicht gedrängten Demonstranten trieb. Das war am 5. Februar 1968.

Begonnen hatte der Tag mit einem Teach-in in der Frankfurter Universität unter dem Motto »Waffen für den Vietcong«. Zu den Rednern gehörten Krahl und Dutschke. Krahl sprach über den Zusammenhang zwischen revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und Protestbewegungen in den Metropolen. Dutschke leitete zur politischen Aktion über. Der weltweite Druck auf den US-Imperialismus

sollte in Frankfurt durch die Blockade und vielleicht sogar Besetzung des nahe gelegenen Generalkonsulats der USA verstärkt werden.

Zweitausend Demonstranten mit Vietcong-Fahne zogen los. Sperrgitter und Polizisten konnten die Voranmarschierenden nicht abschrecken. Polizisten zu Pferd wurden mit Knallkörpern beworfen. Erst nach heftigen Kämpfen und Polizei-Verstärkung gaben die Demonstranten auf und zogen weiter zum Amerika-Haus, wo sich Ähnliches wiederholte.

Um einiges erbitterter war die Stimmung Ostern 1968. Rudi Dutschke war am 11. April in West-Berlin bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt worden. In Frankfurt belagerten am nächsten Tag – Karfreitag, 12. April – zweitausend Studenten die in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegene Societäts-Druckerei, um die Auslieferung der dort gedruckten Bild-Zeitung zu verhindern. Dies Massenblatt der Springer-Presse hatte entscheidenden Anteil am dauernden Schüren einer Pogromstimmung gegen Studenten. Selbst als die Polizei nach stunden-

**2 Demonstranten am Campus Bockenheim, Ecke Gräferstraße, werden von einer Polizeikette zurückgedrängt (1968).**

**3 Juni 1968:** In der Mensa der Goethe-Universität begrüßt Jürgen Habermas während einer Diskussionsveranstaltung der studentischen Oppositionsbewegung die Versuche, die Öffentlichkeit durch neue Demonstrationstechniken zu politisieren, und kritisiert die Annahme, dass in Deutschland eine revolutionäre Situation existierte.

Gleichzeitig appellierte er an die Studierenden, die politische Situation, die keineswegs latent faschistisch sei, realistisch einzuschätzen – seine Ausführungen erscheinen drei Tage nach der Versammlung in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel »Die Scheinrevolution und ihre Kinder«.

langen gewalttätigen Auseinandersetzungen drei Fahrzeugen den Weg mit Wasserwerfern freizumachen suchte, gelang es den Blockierern, die Lastwagen zu stoppen. Sie blieben mit zerstochenen Reifen liegen. Ostermontag kam es erneut zu Blockadeaktionen, die mit der Verfolgung von Demonstranten durch berittene und prügelnde Polizisten endeten.

### Szenarios mit fast utopischen Qualitäten

Protest konnte in jenem Jahr leicht zur Hauptbeschäftigung werden, falls einen die Realität nicht dazu zwang, sich in mehreren Welten zu bewegen und ihnen gleichermaßen gerecht zu werden. Dazu gehörten für viele Studenten und vor allem für die auf Förderung nach dem Honnefer Modell Angewiesenen sowohl Kontinuität des Studiums, belegt durch Leistungsbescheinigungen, als auch Gelegenheitsjobs zum Geldverdienen.

Kontinuität des Studiums war in verschiedenen Formen möglich. Ende 1968 kam es zu

einem von der Vollversammlung der Soziologen beschlossenen unbefristeten »aktiven Streik zur Neuorganisation des Studiums«. Es traf das von Habermas, Friedeburg und Adorno, den wichtigsten Verbündeten der Studenten im Lehrkörper, geleitete Soziologische Seminar in der Myliusstraße. Es wurde besetzt und in »Spartakus-Seminar« umbenannt. In der Westend-Villa herrschte fortan eine ganz neue Atmosphäre. Man fühlte sich jederzeit willkommen, alle Räume standen offen und jeder war ansprechbar. Man konnte zum Beispiel bei der »Arbeitsgruppe Materialistische Erkenntnistheorie« mitmachen und parallel dazu beim Seminar »Probleme einer materialistischen Erkenntnistheorie« von Habermas, von dem 1968 u. a. der Band »Erkenntnis und Interesse« erschienen war. Anfangs verkehrten auch Habermas und Friedeburg weiterhin im besetzten Seminar, benutzten ihre Zimmer, arbeiteten dort. So erlebte man die Situation als Zeuge und Teilnehmer eines euphorisch stimmenden Experiments, bei dem



## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Die komplexe Realität von »1968« lässt sich am ehesten durch eine Collage mit teilweise surrealistisch wirkenden Zügen vergegenwärtigen.
- Zu 1968 in Frankfurt gehört die Entdeckung der faschismus- und kapitalismuskritischen Arbeiten des Instituts für Sozialforschung in einer von revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und Protestbewegungen in den Metropolen geprägten Gegenwart.
- Demonstrationen und Besetzungen machten neue Erfahrungen möglich: Straßen und Plätze wurden zu öffentlichen Räumen für politische Partizipation, universitäre Einrichtungen ermöglichten Experimente mit selbstbestimmtem studentischen Lernen und Diskutieren.
- Von den vielen damals kursierenden Slogans hat sich angesichts des Zerfalls der Protestbewegung und der Zerstreuung der zur »Frankfurter Schule« gerechneten Personen einer bewährt: Nicht Berufsrevolutionär kann das Ziel sein, sondern Revolutionär im Beruf.

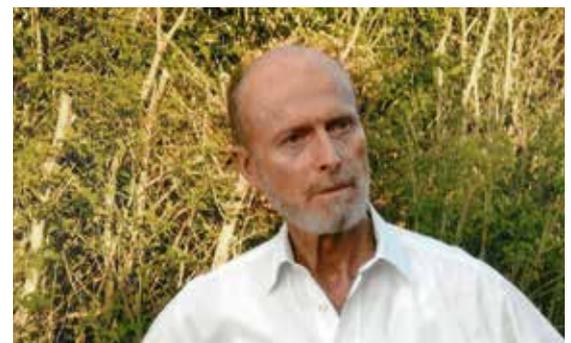
selbstbestimmtes Arbeiten und Diskutieren dazu ermutigte, auch gegenüber herausragenden Professoren eigene Fragestellungen und Interessen ins Spiel zu bringen. An der Wand des großen Seminarraums stand in roten Lettern einer der vielen Sätze aus dem Fundus wiederentdeckter Kritischer Theorie: »Die Revolutionen sind die Festtage der Unterdrückten«. Nach der Eroberung von Straßen und Plätzen als öffentlichen Räumen für politische Partizipation waren die Tage »Aktiven Streiks« Tage der Eroberung wissenschaftlicher Institutionen, in denen sie als Chance für selbstbestimmtes wissenschaftliches Arbeiten mit reflektierter gesellschaftlicher Relevanz erlebt werden konnten.

Ein Beispiel für die verzerrende Sicht der Dinge bildet die regelmäßige Erwähnung des spektakulären Auftritts dreier Frauen des Frankfurter »Weiberrats« in Adornos letzter Philosophie-Vorlesung »Einleitung in dialektisches Denken«. Zur endgültigen Absage der Vorlesung kam es erst Wochen später, als sie erneut gesprengt wurde. »Obwohl die Stimmung der Mehrheit so zu sein schien, daß man lieber die Vorlesung gehört hätte«, teilte Adorno dem Dekan der Philosophischen Fakultät mit, »war es nicht möglich, eine klare Artikulation zu erreichen.« Das zugehörige philosophische

Hauptseminar, schon von den räumlichen Gegebenheiten im alten Hauptgebäude her eine geradezu intime Angelegenheit, verlief ungestört und – so Adorno – »in durchaus sachlicher und fruchtbarer Weise«.

Der kontinuierlichen Teilnahme an diesen philosophischen Hauptseminaren war es vielleicht zu verdanken, dass meine letzte persönliche Begegnung mit Adorno so entgegenkommend verlief. Ich erlebte dabei zugleich, wie frei von jeglichen Aversionen gegen Studenten Adorno ebenso wie Habermas geblieben war ungeachtet des rüden Tons mancher Studenten und Flugblätter. Als ich Adorno im Direktorzimmer des Instituts für Sozialforschung gegenüber saß und den Wunsch äußerte, bei ihm zu promovieren, hatte ich nicht einmal Zeit, überrascht zu sein angesichts der Selbstverständlichkeit, mit der er sofort dazu überging, das Thema der Dissertation zu erkunden und zu formulieren. Ich nannte Hölderlin als Wunschthema und seinen, Adornos, Aufsatz »Parataxis« als das für mich Erhellendste dazu. Das war keine Schmeichelei und wurde auch nicht als solche aufgefasst. Ich war ohne genaue Vorstellung gekommen. Doch schon nach wenigen Minuten hatte Adorno den Titel für das gefunden, was mir vorschwebte: »Zum Verhältnis von Philosophie und poetischer Praxis bei Hölderlin«.

Adornos Tod im August 1969 bedeutete in mehrfacher Hinsicht eine große Zäsur. Adorno war seit den 1950er Jahren das, was Horkheimer seit den 1930er Jahren gewesen war: Zentrum und Ausgangspunkt einer gesellschaftskritischen Theorie mit inspirierender Wirkung weit über die Bereiche von Universität und Wissenschaft hinaus. Das wirkte fort, obwohl oder vielleicht eher noch weil innerhalb von zwei, drei Jahren viele, die an der Seite Adornos oder in seinem Umkreis gewirkt hatten, die Frankfurter Szene verließen. Auch von den vielen Slogans jener Jahre klingt zumindest einer immer noch überzeugend: Nicht Berufsrevolutionär sollte man werden, wohl aber Revolutionär im Beruf. ●



### Der Autor

**Dr. Rolf Wiggershaus**, Jahrgang 1944, studierte Philosophie, Soziologie und Germanistik in Tübingen und Frankfurt am Main. Neben der Frankfurter Schule und der Kritischen Theorie stehen im Zentrum seines Interesses Aspekte des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft.

[wiggersh.r@t-online.de](mailto:wiggersh.r@t-online.de)

# Die Welt in Bewegung

Nationale Akteure als  
transnationale Ikonen  
eines globalen Phänomens

*von Steffen Bruendel*





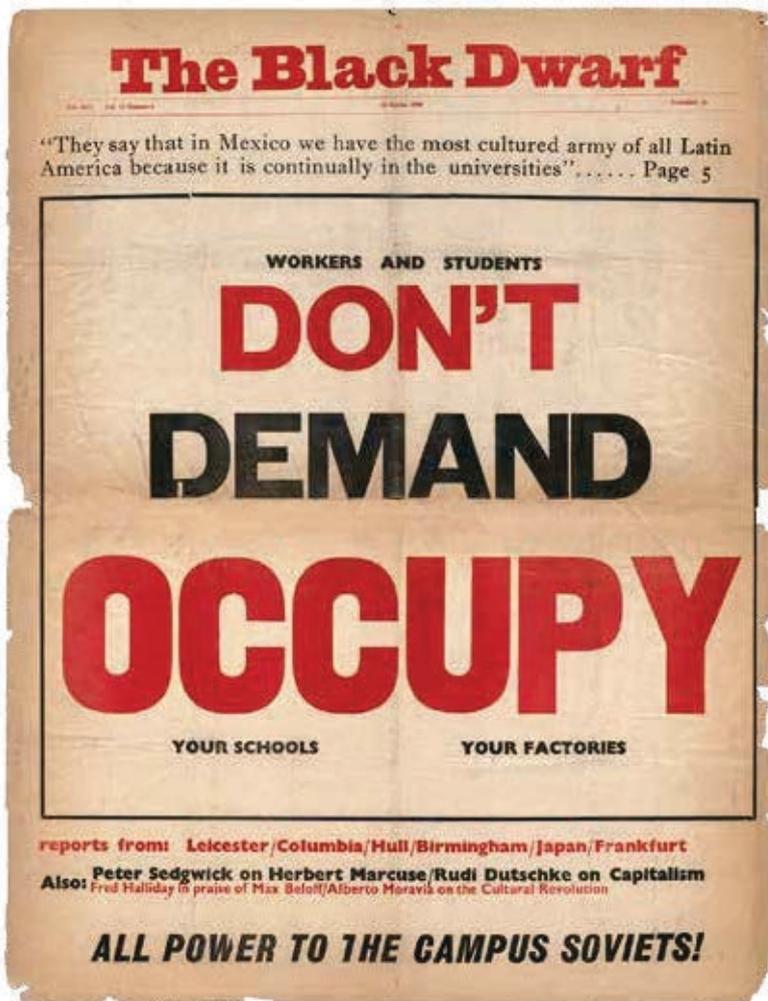
Die weltweiten Proteste von 1968 waren in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Geeint wurden sie durch einen Gesellschaftsentwurf, der sich nicht nur vom Kapitalismus unterschied, sondern auch vom Kommunismus und den Leitideen der Sozialdemokratie. Zu den wichtigsten Exponenten in Europa zählen Daniel Cohn-Bendit, Tariq Ali und Rudi Dutschke, die die Massen mobilisierten.

**C**ohn-Bendit als Rektor!« – mit diesem Slogan machte ein Leserbrief am 15. Oktober 1968 auf die Kandidatur Daniel Cohn-Bendits für die im Folgejahr stattfindende Rektoratswahl der Universität Glasgow aufmerksam. Der Brief erschien in der Zeitung *The Black Dwarf*, dem wichtigsten Medium der außerparlamentarischen Opposition Großbritanniens. Verfasst hatte ihn ein gewisser Keith Atkinson, Mitglied der *Cohn-Bendit Rectorial Campaign*. Unterstützt werde die Kandidatur, schrieb er, vom *Glasgow University Independent Socialist Club*, dem *Glasgow Communist Movement* und der landesweit agierenden, 1966 gegründeten *Radical Students' Alliance*.

Es gehe nicht darum, so Atkinson, »lediglich einen guten Rektor zu erhalten, sondern darum, das gesamte bestehende Erziehungssystem abzuschaffen und durch etwas Besseres zu ersetzen«. Deshalb sei es schwierig, Unterstützung zu finden, während die anderen vier Kandidaten als Repräsentanten des Establishments eine deutlich bessere Ausgangssituation hätten. Der Leserbrief sollte die Kandidatur Cohn-Bendits bekannt machen und um Unterstützung werben. Allerdings, so wandte sich Atkinson an die Herausgeber des *Black Dwarf*, liege bisher nur Cohn-Bendits mündliche Zusage zur Kandidatur vor, nicht jedoch die formal notwendige schriftliche. Da es nicht gelungen sei, Cohn-Bendit zu kontaktieren, bat Atkinson die Herausgeber: »Falls Ihr wisst, wo er sich aufhält oder wie man ihn kontaktieren kann, lasst es uns bitte wissen.«

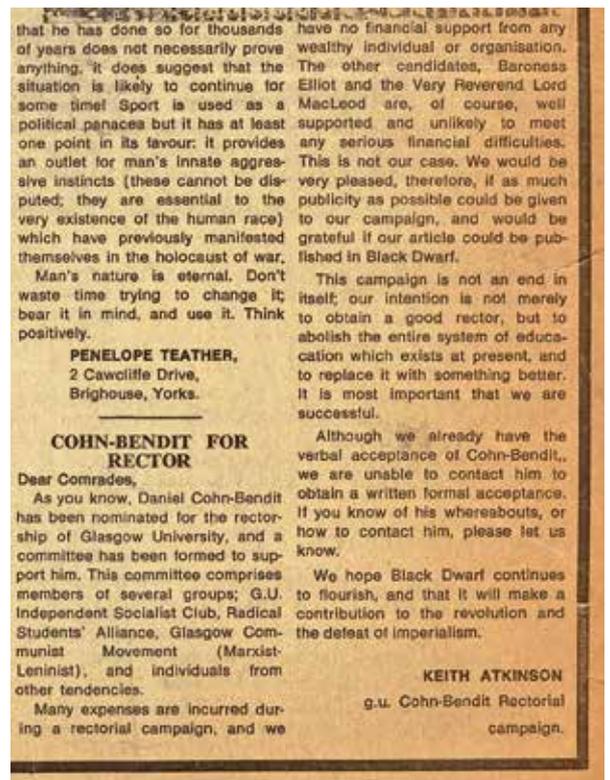
Was wie eine drollige Nachwirkung der Pariser Barrikadenkämpfe vom Mai 1968 wirkt, ist für das Verständnis des transnationalen Charakters der Proteste aufschlussreich. Denn der Wunsch von Studierenden der zweitältesten Universität

**1** Nachdem ihm am 24. Mai 1968 die Einreise nach Frankreich verweigert wurde, spricht Daniel Cohn-Bendit zu den Studenten, die ihn begleiteten. Es waren mehrere hundert.



2 Titelseite der Zeitung »The Black Dwarf« vom 15. Oktober 1968. Im Frühjahr desselben Jahres von Tariq Ali gegründet, wurde diese dezidiert transnational ausgerichtete Zeitung zum Leitmedium der britischen Protestbewegung.

3 Leserbrief von Keith Atkinson, Mitglied der »Cohn-Bendit Rectorial Campaign« an der Universität Glasgow, an die Herausgeber der Zeitung »The Black Dwarf«, veröffentlicht am 15. Oktober 1968.



3

Schottlands, der Repräsentant der französischen Bewegung möge ihr Rektor werden, zeigt, dass Cohn-Bendit von einem nationalen Akteur längst zu einer transnationalen Ikone geworden war. Gemeinsam mit den Protagonisten anderer europäischer Protestbewegungen war er zudem in ein grenzüberschreitendes Netzwerk eingebunden. Publizistisches Organ dieses Netzwerks war die Zeitung *Black Dwarf*, die auf dem Höhepunkt der Pariser Mai-Unruhen in London gegründet worden war, um der einseitig negativen Berichterstattung der britischen Massenmedien über die Proteste im In- und Ausland etwas entgegenzusetzen. »Gegenöffentlichkeit« hieß die Devise dieser Zeitung, von der teilweise bis zu 50 000 Exemplare verkauft wurden. Berichte aus Asien, Lateinamerika und Afrika vermittelten ebenso eine transnationale Perspektive wie Gastbeiträge ausländischer Aktivistinnen – darunter Daniel Cohn-Bendit und Rudi Dutschke –, die der Initiator des *Dwarf*, Tariq Ali, auch persönlich kannte.

### Protagonisten des Protests

Daniel Cohn-Bendit, den »Der Spiegel« im September 1968 verkürzte als »jüdische Vollwaise

mit deutschem Pass« bezeichnen sollte, wurde 1945 in Frankreich geboren und wuchs dort auf. Als Student in Nanterre forderte er schon 1967 Hochschulreformen und galt ab März 1968 als Anführer der studentischen *Bewegung 22. März*, die unter anderem Hörsäle besetzte, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren. Aufgrund seiner prominenten Rolle bei den Pariser Mai-Unruhen erließ die französische Regierung ein Aufenthaltsverbot, so dass sich Cohn-Bendit im Juli 1968 in Frankfurt am Main niederließ.

Diese Erfahrung teilte »Dany le rouge« – so nannten ihn französische Medien – mit dem führenden Repräsentanten der britischen Protestbewegung: Tariq Ali. 1943 in Lahore geboren und damit nur zwei Jahre älter als Cohn-Bendit, hatte Ali schon früh gegen die pakistanische Militärregierung protestiert, weshalb er des Landes verwiesen wurde. Er studierte daraufhin in Oxford und engagierte sich gegen den Vietnamkrieg. 1966 gründete er die *Vietnam Solidarity Campaign*, die zur Drehscheibe der Proteste werden sollte, und im Sommer 1968 die gegenkulturelle Zeitung *Black Dwarf*.

Auch Rudi Dutschke, der prominente deutsche Aktivist, hatte emigrieren müssen. 1940 bei Luckenwalde geboren, war er zunächst sowohl in der evangelischen Gemeinde als auch in der staatlichen Jugendorganisation aktiv, distanzierte sich aber zunehmend vom System der DDR. Da er den Wehrdienst verweigerte, wurde ihm das Studium verwehrt, weshalb Dutschke

kurz vor dem Mauerbau 1961 nach West-Berlin flüchtete. Als Student der Freien Universität forderete er Hochschulreformen und organisierte ab 1966 Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze.

### Mobilisierung und Gegenwind

Die Erfahrung der erzwungenen Migration und ihrer kritischen hochschulpolitischen Aktivitäten verband Daniel Cohn-Bendit, Tariq Ali und Rudi Dutschke ebenso wie ihr politisches Ziel, nämlich in Abgrenzung vom Ostblock und dem kapitalistischen Westen eine neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Zudem vereinte sie die Ablehnung des Vietnamkriegs. Der in den späten 1960er Jahren immer brutaler geführte Krieg in Fernost wurde zum übergreifenden Mobilisierungsfaktor der Protestbewegungen in den USA und Westeuropa.

Zudem förderten nationalspezifische Themen die Mobilisierung der Studierenden und weiterer Teile der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern: In den USA war es die Rassentrennung, gegen die die Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King aufbegehrte. In Großbritannien waren es Rassismus und Kolonialismus in afrikanischen Commonwealth-Staaten, deren Regime die Londoner Regierung unterstützte. Seit 1967 machte die *Nordirische Bürgerrechtsbewegung* »Antikolonialismus« auch zu einem innenpolitischen Thema, indem sie die englisch-protestantische Dominanz in Nordirland als quasikoloniale Herrschaft ablehnte. In Frankreich geriet die innerbetriebliche Mitbestimmung zur zentralen Forderung, die – da von Studierenden und Arbeitern gemeinsam erhoben – im Mai 1968 zur Ausweitung der Proteste und sogar zu einer Staatskrise führte. In der Bundesrepublik, wo die Mitbestimmung längst verwirklicht war, gelang der Schulterschluss von Arbeitern und Studierenden nicht. Hier führte die Ablehnung der Notstandsgesetze zur Bildung der Außerparlamentarischen Opposition, die nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg 1967 einen starken Mobilisierungsschub erhielt.

Ihre exponierte Position in der französischen, britischen beziehungsweise westdeutschen Bewegung machte Daniel Cohn-Bendit, Tariq Ali und Rudi Dutschke zu Ikonen des Protests, aber auch zur Zielscheibe heftigster Angriffe nationalkonservativer Kreise und Medien. So skandierten 300 000 Gaullisten auf einer Gegendemonstration Ende Mai 1968 in Paris nicht nur »Frankreich den Franzosen« und »Cohn-Bendit nach Deutschland«, sondern auch »Cohn-Bendit nach Dachau«. Die britische Boulevardpresse berichtete stets sehr negativ über Universitätsbesetzungen und die Londoner Großdemonstrationen gegen den Vietnamkrieg.

Dabei nannte sie die Protestierenden mit Blick auf die Herkunft Tariq Alis bevorzugt »ausländischer Abschaum«. Dutschke wiederum wurde zur Zielscheibe der Springer-Presse, die ihre Leser regelrecht gegen ihn aufhetzte. Im April 1968 wurde Dutschke von einem rechtsextremen Hilfsarbeiter angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Daraufhin kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen vor dem Springer-Hochhaus, weil die Demonstranten den Springer-Verlag für die Eskalation verantwortlich machten.

### Transnationale Zusammenarbeit

Daniel Cohn-Bendit, Tariq Ali und Rudi Dutschke waren zwar die Galionsfiguren der französischen, britischen beziehungsweise deutschen Protestbewegungen, aber keine nationalen Einzelkämpfer. Vielmehr waren sie eingebettet in ein transnationales Netzwerk. So traten sie mehrfach gemeinsam auf Veranstaltungen auf, wie beispielsweise dem von Dutschke und Karl-Dietrich Wolff, dem Bundesvorsitzenden des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes*, mitorganisierten *Internationalen Vietnam-Kongress* im Februar 1968 in Berlin. Delegationen aus mehr als zehn Ländern und mehrere Tausend Studierende nahmen daran teil. Sie solidarisierten sich mit der *Vietnamesischen Volksbefreiungsfront*, deren Kampf gegen die USA als Teil einer weltweiten Revolution gegen Unterdrückung und »Imperialismus« gedeutet wurde. In Berlin, Paris und

**4 Daniel Cohn-Bendit verhandelt mit französischen Grenzbeamten: Sein Versuch, am 24. Mai 1968 trotz des Einreiseverbots über den Grenzübergang »Goldene Bremm« bei Saarbrücken nach Frankreich zurückzukehren, scheitert jedoch.**



4

Literatur

Bruendel, S. (2017), Challenging British Sovereignty. Transnational Activism and Political Power in Northern Ireland, 1963–1973, in: Pieper Mooney, J. & Chaplin, T. (Hrsg.), *The Global Sixties*, London, Routledge, 72–95.

Bruendel, S. (2014), Global Dimensions of Conflict and Cooperation. Public Protest and the Quest for Transnational Solidarity in Britain, 1967–1973, in: Gilcher-Holtey (Hrsg.), *A Revolution of Perception? Consequences and Echoes of 1968*, New York, Oxford, Berghahn, 35–68.

Bruendel, S. (2005), 1968 in England – Ein vergessener Erinnerungsort?, in: *IWK*, 41 (3), 347–365.

Gilcher-Holtey, I. (2008), 1968. Eine Zeitreise, Frankfurt a.M., Suhrkamp.

Gilcher-Holtey, I. (2001, 4. Aufl. 2008), *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*, München, Beck.

Gilcher-Holtey, I. (1995, 2. Aufl. 2001), »Die Phantasie an die Macht«. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a.M., Suhrkamp.

François, E., et al. (Hrsg.) (1997), *1968 – ein europäisches Jahr?*, Leipzig, Universitätsverlag.

Frei, N. (2008), 1968, Jugendrevolte und globaler Protest, München, dtv.

Klimke, M. & Scharloth, J. (2008), *1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956–1977*, New York, London, Palgrave Macmillan.

Sievers, R. (2004), 1968. Eine Enzyklopädie, Frankfurt a.M., Suhrkamp.



5

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Die Protagonisten der 68er-Bewegung wirkten in einem grenzüberschreitenden Netzwerk zusammen. Daniel Cohn-Bendit, Tariq Ali und Rudi Dutschke teilten die Erfahrung der erzwungenen Migration. Zudem einte sie die Ablehnung des Vietnamkriegs und das Ziel, in Abgrenzung vom Ostblock und vom kapitalistischen Westen eine neue sozialistische Gesellschaft zu schaffen.
- Daneben gab es nationalspezifische Protestthemen: in den USA die Rassentrennung, in Großbritannien den Kolonialismus, in Frankreich die betriebliche Mitbestimmung, in der Bundesrepublik Deutschland die Notstandsgesetze.
- Von Nationalkonservativen gehasst und bekämpft, wurden die Aktivisten und ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen verunglimpft, ihre Forderungen und Kritikpunkte jedoch von Intellektuellen und einigen Leitmedien durchaus ernstgenommen und öffentlich diskutiert.
- Publizistische Organe der Protestbewegungen wie der Londoner »Black Dwarf« thematisierten die allgemeinen wie die nationalspezifischen Kritikpunkte und veranschaulichten so den transnationalen Charakter von »1968«.

London forderten die maßgeblich von Studierenden getragenen Protestbewegungen eine neue Gesellschaftsordnung. »Students in Revolt« betitelt die BBC ihre am 13. Juni 1968 ausgestrahlte Podiumsdiskussion, an der unter anderem Tariq Ali, Daniel Cohn-Bendit und Karl-Dietrich Wolff teilnahmen.

Wie diese Fernsehsendung zeigt, wurden die Aktivisten und ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchaus ernstgenommen. Im historischen Rückblick wird das zuweilen übersehen. Bezeichnungen wie »Jugendrevolte« (Norbert Frei) oder »Troubles« (Ralf Dahrendorf) erfassen den Charakter der Revolte jedenfalls nur unzureichend. Theoretisch an der *Nouvelle Gauche*, *New Left* beziehungsweise *Neuen Linken* orientiert, die sich seit Ende der 1950er Jahre in Abgrenzung von den Kommunistischen Parteien entwickelt hatte, standen die von Cohn-Bendit, Ali und Dutschke repräsentierten Bewegungen für einen gesellschaftlichen Gegenentwurf, der sich vom Kapitalismus ebenso unterschied wie vom Kommunismus und den Leitideen der Sozialdemokratie. Nicht mehr die Arbeiter waren das »revolutionäre Subjekt«, sondern Studierende, gesellschaftliche Randgruppen und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Da die Neuinterpretation bestehender Zustände eine wichtige Voraussetzung für Strukturveränderungen ist, sind die Proteste von 1968 auch als »Wahrnehmungsrevolution« (Ingrid Gilcher-Holtey) bezeichnet worden. Die globalen Zusammenhänge von Ausbeutung und Unterdrückung offenzulegen, gehörte 1968 zu den programmatischen Zielen der transnational aus-



**5 Freude auf dem Podium:** Der Politologe Johannes Agnoli (von links), die SDS-Mitglieder Christian Semler, Gaston Salvatore, Rudi Dutschke beim Vietnamkongress im Februar 1968 in Berlin.

**6 Tariq Ali spricht am 15. April 1968 auf einer Londoner Großdemonstration der von ihm mitgegründeten »Vietnam Solidarity Campaign«.** Die Demonstranten marschieren zur deutschen Botschaft, um sich nach dem Attentat auf Rudi Dutschke mit deutschen Studenten zu solidarisieren. Trotz des Polizeiaufgebots durfte eine vierköpfige Delegation eine Petition überreichen.

6

gerichteten Zeitung *Black Dwarf* und ihres bestens vernetzten Herausgeberkollektivs.

### Cohn-Bendit als Rektor?

Insofern vermutete Keith Atkinson von der *Cohn-Bendit Rectorial Campaign* in seinem Leserbrief vom Oktober 1968 richtig, dass die Herausgeber des *Black Dwarf* ihm bei der Kontaktvermittlung zu Cohn-Bendit behilflich sein könnten. Daniel Cohn-Bendit wurde tatsächlich einer von fünf Kandidaten der Glasgower Rektoratswahl vom Herbst 1969, die von Straßenschlachten und der Verhaftung von 15 Studierenden begleitet wurde. Zwar hatte Cohn-Bendit gegen den Favoriten des Establishments, den 73-jährigen Geistlichen George MacLeod, keine Chance, aber er erhielt immerhin den drittgrößten Stimmenanteil. Die Glasgower Universitätswebseite vermerkt dazu noch heute, MacLeod habe »starke Mitbewerber« gehabt, darunter »Daniel Cohn-Bendit (»Danny the Red«)«.

Interessanter als das Wahlergebnis ist aber, dass George MacLeod in seiner Antrittsrede vom Oktober 1969 die weltweiten Studentenproteste des Vorjahres thematisierte und die Ablehnung von Kriegen, die Überwindung sozialer Ungleichheit sowie die Kritik an rücksichtsloser Profitmaximierung als berechtigt bezeichnete. Die wahre Bedeutung der Studentenproteste liege darin, so die Wahrnehmung des frisch gewählten Rektors, dass die junge Generation – welche die künftigen Entscheider stellen werde – erstmals nicht mehr gewillt sei, die bestehenden politisch-militärischen Verstrickungen zu akzep-

tieren, sondern eine neue, menschliche Gesellschaft anstrebe.

Waren die Ideen der 68er damit im sogenannten Establishment angekommen? Nein, aber aus heutiger Sicht zeigen MacLeods Reflexionen, dass er die Bewegung zu treffend analysierte, ohne jedoch ihren Gesellschaftsentwurf zu teilen. Seine Definition der Proteste als Versuch einer »Kulturrevolution zur Wiederentdeckung der Menschlichkeit« erinnert an das Jahrzehnte später popularisierte Diktum, die 68er seien politisch gescheitert, aber kulturell erfolgreich gewesen. Warten wir ab, welches Fazit nach dem Jubiläumsjahr 2018 gezogen werden wird. Denn man kann die globalisierungskritischen Bewegungen von heute in der Tradition von »1968« verorten (vgl. Beitrag auf Seite 99). Ihre Protest- und Transformationsstrategien ähneln sich, und gemeinsam ist ihnen die Überzeugung, dass eine andere, bessere Welt möglich ist. ●



### Der Autor

**Dr. Steffen Bruendel**, Jahrgang 1970, studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Öffentliches Recht in Freiburg, London und Bielefeld. Von 1999 bis 2014 war er – ab 2006 in leitender Position – im internationalen Wissenschaftsmanagement tätig und hatte Lehraufträge an den Universitäten Bielefeld und Bochum. Seit 2014 ist er Forschungsdirektor des Forschungszentrums Historische Geisteswissenschaften der Goethe-Universität. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören der Erste Weltkrieg, Spanien unter Franco sowie Neue Soziale Bewegungen in Großbritannien.

[bruendel@em.uni-frankfurt.de](mailto:bruendel@em.uni-frankfurt.de)



# INNENANSICHTEN



# Schmerzhafter Umbruch

1968 im Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität

von Bernhard Diestelkamp

Auch im Fachbereich Rechtswissenschaft an der Goethe-Universität kam es 1968 zu heftigen Turbulenzen. Dabei zeigten die meisten jüngeren Professoren des Fachbereichs durchaus Verständnis für manche der studentischen Forderungen. Einige Reformansätze scheiterten, andere wurden erst durch feinere Nachjustierungen funktional.

**1968** – diese Jahreszahl steht nicht nur für ein einzelnes Jahr, sondern für eine Abfolge von Ereignissen bis in die 1970er Jahre, die die Gesellschaft der Bundesrepublik grundlegend verändert haben. Viele Menschen in Deutschland waren von diesem Geschehen irritiert und aufgebracht. Manche waren entsetzt darüber, dass die Studenten Tradiertes, das nach 1945 mühsam rekonstruiert worden war, angriffen und durch Neues ersetzen wollten. Andere fühlten sich durch die physische oder psychische Gewalt abgestoßen. Was ist von dem, was damals unter so heftigen Geburtswehen neu entstanden ist, geblieben? Schmerzen die Verluste von 1968 auch heute noch, oder inwieweit hat sich das damals neu Entstandene bewährt? Möglicherweise entschärft eine bilanzierende Betrachtung die damalige Polarisierung, die vielfach auch heute noch reflexartig das Urteil über die Folgen von 1968 prägt.

## Ein Rechtsphilosoph in Bedrängnis

Der Frankfurter Fachbereich Rechtswissenschaft eignet sich sehr gut als Objekt einer solchen Folgenanalyse. In Frankfurt war das Aufbegehren der Studierenden nämlich sehr heftig und führte bei vielen Betroffenen zu schmerzhaften Verletzungen. Dabei ging es keineswegs nur um Verstöße gegen Formen oder um Gewaltanwendung. Ich selbst wurde indirekt Zeuge einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung. Ich war mit Professor Helmut Coing, dem führenden Kopf der Fakultät, nach seiner Vorlesung Rechtsphilosophie verabredet. Da er

nicht pünktlich erschien, ging ich ihm entgegen. Ich traf ihn auf dem Flur – sichtlich gezeichnet von einem ihn zutiefst erschütternden Erlebnis. Später erfuhr ich von Hörern seiner Vorlesung, dass Studenten ihn in einer Diskussion um seine Positionen in der Rechtsphilosophie in arge Bedrängnis gebracht hatten. Dieses Ereignis hatte ihn so sehr verstört, dass er nicht nur unsere Besprechung absagen musste, sondern später seine *Venia Legendi* für Rechtsphilosophie zurückgab und niemals wieder eine rechtsphilosophische Veranstaltung mehr angeboten hat. Für die führenden Köpfe der rebellischen Studenten war der das äußere Bild bestimmende Krawall eben nur Mittel, um inhaltliche Veränderungen gegen den hartnäckigen Widerstand der widerstrebenden Professoren durchzusetzen.

Mit solchen inhaltlichen Reformbegehren stießen die Studenten bei dem sich damals gerade verjüngenden Lehrkörper durchaus auf Diskussionsbereitschaft. Die Generation der Professoren, die schon vor dem Krieg im Amt gewesen waren, sowie auch der kurz nach dem Krieg habilitierten Kriegsteilnehmer wurde in diesen Jahren emeritiert. Ihre Lehrstühle wurden mit frisch Habilitierten besetzt, die erst nach dem Krieg Abitur gemacht hatten und noch nicht im überkommenen System sozialisiert waren. Führende Köpfe dieser zunehmenden Zahl jüngerer Kollegen waren Rudolf Wiethölter und Erhard Denninger, die auch in der Hochschulpolitik maßgebende Funktionen übernahmen. Wiethölter hatte im Funkkolleg Rechtswissenschaft seine Vorstellungen von einer



**BERNHARD DIESTELKAMP**

Das Bild zeigt unseren Autor im Jahr 1967 als jungen Professor für Bürgerliches Recht und Deutsche Rechtsgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

modernen Rechtswissenschaft entwickelt. Das kleine Taschenbuch »FUNKKOLLEG RECHTSWISSENSCHAFT« war die Grundlage vieler Diskussionen mit den Studenten. Andere, wie auch ich, hatten gerade genug vom alten System miterlebt, um sich dessen Reform zu wünschen. Wer dies nicht so sah, verließ Frankfurt bei nächster Gelegenheit, so dass der Fachbereich bald mehrheitlich mit reformgeneigten Professoren besetzt war. Das milderte die studentischen Attacken nur unwesentlich, hinterließ bei den konservativen Kollegen aber unheilbare Wunden, so dass etwa die Rechtshistoriker des Fachbereichs nicht mehr zu den Vorträgen in Coings MPI eingeladen wurden. Auch verübelten auswärtige Kollegen diese Haltung den Frankfurter Professoren schwer. Aus Gründen methodischer Sauberkeit sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der Autor nicht außerhalb des Geschehens gestanden hat, sondern in die Ereignisse involviert war.

**Weg mit den professoralen Privilegien!**

Die Umbenennung der »Fakultät« in »Fachbereich« bedeutete keineswegs nur die Auswechslung eines Wortes. Es ging vielmehr um strukturell-organisatorische Veränderungen. Die Fakultät hatte nur aus Habilitierten bestanden und agierte streng nach Rang und Anciennität. Bei den Fakultätssitzungen saßen die ältesten Fakultätsmitglieder am nächsten beim Dekan; das hatte nicht nur protokollarische Gründe, sondern auch sehr praktische Folgen. Die Vorlesungen des kommenden Semesters wurden nämlich so »verteilt«, dass ein Buch herumgereicht wurde, in das die dem Dekan am nächsten Sitzenden zuerst ihre Wünsche eintrugen. Die Jüngeren und deshalb Rangniedereren mussten die Pflichtvorlesungen nehmen, die die Älteren nicht halten wollten. Das war nicht nur ein ideeller Vorteil, weil wegen der Hörgelder die Übernahme großer oder kleiner Vorlesungen die Höhe der flexiblen Gehaltsbestandteile bestimmte. Parallel zu einer von einem Älteren übernommenen Vorlesung eine Veranstaltung gleicher Thematik anzubieten, wäre ein grober Verstoß gegen die Regeln der Kollegialität gewesen. Coings überragende Stellung in der Fakultät zeigte sich auch daran, dass nichts beschlossen werden durfte, was nicht seine Billigung gefunden hatte. War ihm seine wissenschaftliche Arbeit wichtiger als eine Fakultätssitzung, so wurde bei wichtigen Punkten die Sitzung unterbrochen und Coing aus seinem Arbeitszimmer geholt, damit er seine Stellungnahme abgeben konnte.

Das Hessische Hochschulgesetz von 1970 reduzierte die ehemaligen Rangunterschiede zwischen ordentlichen und außerordentlichen oder außerplanmäßigen Professoren auf reine

Gehaltsstufen. Diese Egalisierung ging über die Beseitigung protokollarischer Differenzierungen weit hinaus. Fortan wurden etwa die Vorlesungen nicht mehr nach dem Prinzip der Anciennität verteilt. Stattdessen berieten nunmehr alle Vertreter einer Fachgruppe (Zivilisten, Strafrechtler, Öffentlichrechtler, Rechtshistoriker) unabhängig von ihrem Status darüber, wer welche Veranstaltung übernehmen sollte. Dabei konnten Belastung und Belastbarkeit anders als im alten System berücksichtigt werden. Diese Änderung gelang auch deshalb so problemlos, weil die Hörgelder pauschaliert wurden, so dass es einkommensneutral war, ob man eine große Vorlesung oder eine kleinere Veranstaltung bekam. Weil damit den Privatdozenten dieselben Pflichten abverlangt wurden wie den Professoren, mussten sie auch mit einem Minimum an Hilfen ausgestattet werden. Das geschah dadurch, dass einige personell gut ausgestattete Professoren dafür Stellen zur Verfügung stellten. Das gelang, obwohl sich zunächst sowohl betroffene Professoren als auch Assistenten dagegen sträubten.

**Drittelparität führt zu Tumult**

Ein Hauptanliegen der rebellierenden Studenten war die Demokratisierung auch der Universität, indem die Entscheidungsgremien drittelparitätlich besetzt werden sollten. Ob und wie diese Neuerung bei den kleineren Einheiten funktioniert hat, die aus der Zerschlagung der großen Philosophischen Fakultät hervorgegangen waren, vermag ich nicht zu sagen. Bei den Juristen wirkte sie jedenfalls zunächst dysfunktional, weil die Fachbereichssitzungen wegen der schier Menge unter den obwaltenden erregten Zuständen schnell tumultuös wurden. Die alte Fakultät mit ihrer großen Zahl an Professuren war nämlich unverändert in den neuen Fachbereich umgewandelt worden. Das lag nicht etwa daran, dass die beiden maßgeblichen Hochschulreformer, Rudolf Wiethölter und Erhard Denninger (der zeitweilig nach Wiesbaden ins Ministerium gewechselt war), eine Teilung aus egoistischen Gründen verhindert hätten, wie böse Zungen behaupteten. Die fachliche Einheit war vielmehr deshalb erhalten geblieben, weil der Fachbereich Rechtswissenschaft denselben Ausbildungsauftrag wie die alte Fakultät hatte. Der Staat war aber an dem Zusammenhalt der verschiedenen Teilgebiete interessiert. Die Justizprüfungsordnung legte die Fächer fest, die im Staatsexamen geprüft werden sollten. Dadurch war die Juristische Fakultät universitätsreformerischen Maßnahmen nicht uneingeschränkt zugänglich.

Die Erweiterung der Fachbereichsgremien um die zweifache Zahl der Professoren blähte die Zahl der Teilnehmer so sehr auf, dass die Sit-



**HELMUT COING**

(1912–2000) kam nach seiner Promotion in Köln nach Frankfurt, wo er sich 1938 habilitierte. 1941 wurde er Professor für Römisches und Bürgerliches Recht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1948 wurde er als Ordinarius für Bürgerliches und Römisches Recht an die wiedererrichtete Universität berufen. 1955 bis 1957 war Coing deren Rektor. 1964 war Coing Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte und blieb bis zu seiner Emeritierung im Februar 1980 dessen Direktor.

zungen zum Teil chaotisch verliefen. Das beserte sich erst, als jede Gruppe nur noch eine festgelegte Anzahl von zu wählenden Vertretern entsenden durfte. Dadurch erhielt auch der Fachbereich Rechtswissenschaft eine funktionierende Form. Eine zweite Korrektur glich die Drittelparität in den universitären Entscheidungsgremien den Erfordernissen einer Universität an. Die reine Drittelparität hätte zur Folge gehabt, dass studentische und nichtwissenschaftliche Fachbereichsvertreter, die niemals selbst eine wissenschaftliche Leistung erbracht hatten, über Berufungen oder Qualifikationen wie Habilitationen hätten mitentscheiden dürfen. Deshalb wurde angeordnet, dass nur diejenigen Vertreter über Qualifikationen oder Beru-

fungen entscheiden dürfen, die dafür selbst qualifiziert sind.

### Ringens um die Juristenausbildung

Die schon vor 1968 laut gewordene Forderung nach einer Reform der Juristenausbildung trugen die rebellierenden Studenten mit gesteigerter Heftigkeit vor. Das zweiphasige Modell, in dem das Studium mit dem staatlichen Referendarexamen abgeschlossen wurde und dieser Phase die praktische Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen am Schluss folgte, galt als reformbedürftig. Nicht nur die Studierenden nahmen Anstoß am starken Einfluss der Praktiker auf die zweite Phase der Ausbildung, weil sie darin den Grund für die ausgeprägt konservative Sozialisation der jungen Juristen sahen.

Es wurden verschiedene Modelle einer einphasigen Juristenausbildung entwickelt und teilweise auch realisiert. Kurzen Theoriephasen an der Universität sollten ebenso kurze Praxisphasen folgen. Alle Gebiete der Rechtswissenschaft sollten auf diese Weise in »Sandwich-Manier« nacheinander abgearbeitet werden. Man erhoffte sich von der ständigen Rückkehr an die Universität eine Minderung des Einflusses der Praktiker. In einigen Modellen sollte jede Doppeleinheit mit einer Prüfung abgeschlossen werden, so dass am Ende nur noch ein zusammenfassendes Schlussexamen abzulegen wäre, wenn nicht gar ganz auf ein Schlussexamen verzichtet werden sollte. Das in Frankfurt diskutierte Modell war noch radikaler, weil die Professoren die Studierenden auch in den Praxisphasen begleiten wollten. Diese »Entstaatlichung« der Juristenausbildung wurde von den Praktikern verständlicherweise als zu weitgehend empfunden. Das Modell scheiterte deshalb am Widerstand in der Politik, in der Juristen aller Professionen stark vertreten waren.

Umso intensiver hat der Frankfurter Fachbereich Rechtswissenschaft den Vorlesungskanon inhaltlich reformiert. Die Vertreter der einzelnen Teilgebiete entwickelten unter Beibehaltung der durch die Prüfungsordnung vorgegebenen Materialien problemorientierte, stark theoriegeleitete Vorlesungen. Im Zivilrecht etwa war bislang der Stoff in Vorlesungen vorgetragen worden, die an den Büchern des BGB orientiert waren. Heutige Studienanfänger müssen nicht mehr – woran sich die meisten älteren Juristen mit Grausen erinnern werden – den besonders abstrakten und deshalb wenig anschaulichen Allgemeinen Teil des BGB schon im ersten Semester hören, weil er im ersten Buch des BGB abgehandelt wird. Nunmehr wurde der Stoff in Stoffeinheiten aufgeteilt (beispielsweise Vertragsrecht, Leistungsstörungen, Ausgleichsmechanismen), so dass alle zum jeweiligen Problembereich gehörenden Regelungen unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem der Bücher des



### ERHARD DENNINGER

Der 1932 in Kortrijk (Belgien) geborene Erhard Denninger wurde 1967 auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität berufen, den er bis 1999 innehatte. 1970 bis 1971 war Denninger Rektor (staatskommissarisch) und 1973/1974 Leiter der Hochschulabteilung im Hessischen Kultusministerium unter Ludwig von Friedeburg.



### RUDOLF WIETHÖLTER

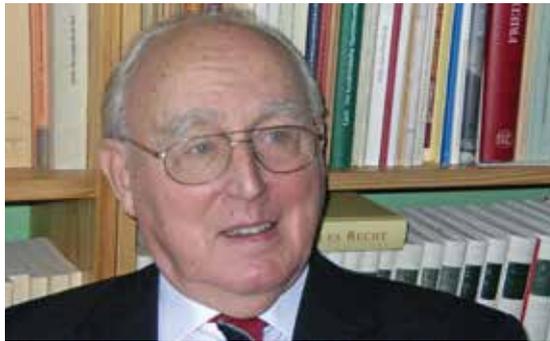
1929 in Solingen geboren, hatte von 1963 bis zu seiner Emeritierung 1997 den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Wirtschaftsrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main inne. 1970/71 war Wiethölter Prorektor (staatskommissarisch) der Universität.

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Den aufbegehrenden Jura-Studenten ging es durchaus um eine inhaltliche Auseinandersetzung. Professor Helmut Coing, Gründer des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, wurde in der Vorlesungsdiskussion so sehr in Bedrängnis gebracht, dass er seine Venia Legendi für Rechtsphilosophie zurückgab.
- Mit inhaltlichen Reformbegehren stießen die Studenten bei dem sich gerade verjüngenden Lehrkörper auf offene Ohren. Wer anders eingestellt war, verließ Frankfurt bei nächster Gelegenheit. Bei auswärtigen Kollegen stieß die Haltung der Frankfurter Professoren auf Kritik.
- Nicht zuletzt galt auch die Juristenausbildung als reformbedürftig. Man nahm Anstoß am starken Einfluss der Praktiker auf die zweite Phase der Ausbildung. Die Reform scheiterte am Widerstand aus der Politik, in der Juristen aller Professionen stark vertreten waren.
- Reformiert wurde der Vorlesungskanon. Die Vertreter der einzelnen Teilgebiete entwickelten problemorientierte, stark theoriegeleitete Vorlesungen. Mehr als bisher wurde Wert auf Methodenfragen und theoretische Grundlagen gelegt.
- Der Vorwurf, die eigene NS-Geschichte verdrängt zu haben, führte dazu, dass Veranstaltungen zu dieser Problematik angeboten wurden. Außerdem wurde der erste Lehrstuhl für Rechtliche Zeitgeschichte eingerichtet.

BGB behandelt werden konnten. Zudem wurde größerer Wert als früher auf Methodenfragen und theoretische Grundlagen gelegt.

Angriffe der Studenten auf das Übungs- und Benotungssystem in den Übungen mussten an den Anforderungen des Staatsexamens scheitern. Ein völliger Verzicht auf Benotung, durch die das angeblich im Notensystem liegende Repressionspotenzial der Ordinarien beseitigt werden sollte, widersprach der Justizprüfungsordnung. Ähnliches ist zu Versuchen zu sagen, das System zu unterwandern, indem die Studenten die Zulassung von Gemeinschaftsarbeiten forderten. Das Interesse an dieser angeblich so viel produktiveren Arbeitsweise erlosch schon dann, als der Fachbereich diese Form zuließ unter der Bedingung, dass die Einzelleistung jedes Beteiligten kenntlich und damit der individuellen Bewertung zugänglich zu machen sei. Auch der bornierteste Ideologe musste einsehen, dass keinem Studenten damit gedient gewesen wäre, wenn er die Universität ungeprüft hätte verlassen müssen, weil das Justizprüfungsamt ihn nicht zum Staatsexamen zugelassen hätte wegen des Fehlens der Leistungsnachweise, die die Justizprüfungsordnung



### Der Autor

**Bernhard Diestelkamp**, Jahrgang 1929, studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln, Göttingen und Freiburg, wurde 1961 promoviert und 1967 habilitiert. Noch im selben Jahr wurde er ordentlicher Professor für Bürgerliches Recht und Deutsche Rechtsgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, wo er bis zu seiner Emeritierung 1994 lehrte. In seiner Forschung beschäftigt sich Diestelkamp schwerpunktmäßig mit der höchsten Gerichtsbarkeit vom Mittelalter bis in die Neuzeit und der rechtlichen Zeitgeschichte. Er ist Ehrenmitglied der Internationalen Kommission für Stadtgeschichte, Mitglied der Historischen Kommissionen von Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und der Stadt Frankfurt am Main sowie Ehrendoktor der Universität Lund.

[bug.diestelkamp@t-online.de](mailto:bug.diestelkamp@t-online.de)

für die Zulassung zum Referendarexamen forderte. Diese harte Nuss war nicht zu knacken, auch wenn man noch so radikal gegen die angeblich im Benotungssystem liegende Ordinarienwillkür anging.

### Ein neuer Lehrstuhl für Rechtliche Zeitgeschichte

Dass die rebellierenden Studenten der älteren Generation vorwarfen, sich nicht ihrer NS-Vergangenheit gestellt zu haben, traf die solcherart Angegriffenen ins Mark. Universitär bedeutete dies, dass die Rechtshistoriker sich nicht um die wissenschaftliche Aufklärung der Verwicklungen der juristischen Professionen in das NS-Regime bemüht hätten. Dieser Vorwurf traf – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zu. Daher nahmen die jüngeren Fachvertreter im Frankfurter Fachbereich die Herausforderung an, indem sie nicht nur Veranstaltungen zu dieser Problematik anboten, sondern auch den ersten Lehrstuhl für Rechtliche Zeitgeschichte in der Bundesrepublik als Stiftungslehrstuhl einwarben, der bei der nächst folgenden Emeritierung eines Rechtshistorikers dauerhaft etabliert wurde.

Selbstverständlich war es zu massiven Störungen von Lehrveranstaltungen gekommen, deren späteres Ausbleiben niemand bedauert hat. Doch was ist eine Störung? Viele ältere Professoren empfanden schon Wortmeldungen während einer Vorlesung als Störung, weil es nicht üblich gewesen war, den Professor beim Vortrag zu unterbrechen. Solche Unterbrechungen des Vorlesungsablaufs werden heute nicht mehr als Störungen angesehen, sondern als Möglichkeit zur Vertiefung des Lehrstoffes begrüßt. Meinen Eindruck, dass sich am Fachbereich mit den intensiven Diskussionen eine gegenüber früher offenere Debattenkultur entwickelt habe, will ich nicht weiter vertiefen, weil ich mich damit auf das sehr dünne Eis des Subjektivismus begeben würde.

Gemessen an der Heftigkeit des Aufbegehrens ist das, was von 1968 am Frankfurter Fachbereich Rechtswissenschaft geblieben ist, wenig spektakulär. Die hierarchische Struktur der alten Fakultät hätte auch ohne 1968 abgebaut werden müssen, weil sie dysfunktional geworden war. Dasselbe gilt für die inhaltlichen Reformen des Lehrplans und die Beschäftigung mit der jüngeren Vergangenheit der eigenen Profession. Somit besteht kein Anlass, die Diskussion über 1968 und seine Folgen im Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität mit derselben Heftigkeit wie damals fortzuführen oder für diesen Sektor gar mit den 68ern und ihrem Erbe einen Pappkameraden aufzubauen, den man wegen seiner Gefährlichkeit bekämpfen müsse. ●

Alexander von Paleske, Jura-Student

## DIE STUDENTENREVOLTE HAT DIE LETZTEN NAZIS WEGGEFEGT

Jedes Mal, wenn ich in Frankfurt bin, eine Stadt, in der ich von 1960 bis 1980 gelebt habe und wo ich Ostern 1968, direkt nach meiner Entlassung aus der Bundeswehr, sofort an den großen Osterdemonstrationen teilgenommen habe – die Antwort auf das Attentat auf Rudi Dutschke –, zieht es mich in das alte Universitätsviertel an der Bockenheimer Warte.

Erinnerungen werden wieder wach an eine Studentenzeit mit Demos, Teach-ins im Hörsaal V und VI des neuen – nun alten – Hörsaalgebäudes. Dort trat – unter anderem – auch der jetzige »Industrie-Klinkenputzer« und »Chefopportunist« Joseph (Joschka) Fischer auf, er wurde für die (aufrechte) Speerspitze des Proletariats gehalten.

Und es zieht mich auf die Zeil, wo ich mit zwei weiteren Kollegen 1977 ein Anwaltsbüro aufmachte. Am Landgericht führte ich manches juristische Gefecht in Strafsachen, bis ich nach vier Jahren – nach Aufnahme meiner Tätigkeit als Arzt – die Anwaltszulassung wieder zurückgab.

»Was macht eigentlich...?« Diese Frage stellte ich mir, als ich mich daran erinnerte, wie ich seinerzeit von der Bahnhofspolizei auf dem Frankfurter Hauptbahnhof nach einem Flugblattverteilen misshandelt wurde, mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen. Was aber noch mehr schmerzte war die Demütigung, die damit verbunden war. »Was macht eigentlich die seinerzeit bearbeitende Staatsanwältin?«

Ich hatte Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Bahnhofswache erstattet, und zwar direkt bei der Staatsanwaltschaft, damals bereits als Rechtsanwalt zugelassen, aber noch Student der Medizin. Die Staatsanwaltschaft leitete pflichtgemäß ein Ermittlungsverfahren ein und beauftragte dann die Polizei, die Vernehmungen der Kollegen durchzuführen. Es kam, wie es kommen musste: Nach der Vernehmung der Bahn-

polizisten, die selbstverständlich alles abstritten, stellte die besagte Staatsanwältin das Verfahren ein.

Diese Staatsanwältin war mir nur deshalb in Erinnerung geblieben, weil sie als Studentin in einer gestörten Vorlesung des Strafrechtsprofessors Geerds einem der »Störer« einen Apfel anbot und ihn aufforderte, nun den Hörsaal zu verlassen. Über Google landete ich auf



**DR. ALEXANDER VON PALESKE, Jahrgang 1947, studierte von 1968 bis 1971 Rechtswissenschaften an der Goethe-Universität. Nach dem Referendarexamen 1972 war er bis 1975 Rechtsreferendar und legte 1976 das Assessorexamen ab. Von 1976 bis 1979 praktizierte er als Rechtsanwalt. Parallel dazu studierte er Medizin. Von 1972 bis 1978 studierte er Medizin an der Goethe-Universität. 1979 bis 1981 war er Assistenzarzt in Limburg an der Lahn und wechselte dann an die Uniklinik in Hamburg-Eppendorf, wo er sich 1986 als Facharzt für Innere Medizin und Hämatologie qualifizierte. Er praktiziert seit 30 Jahren in Afrika.**

der Alumni-Seite der Frankfurter Universität. Die Staatsanwältin hat erwartungsgemäß im Justizdienst Karriere gemacht, bevor sie vor einem Jahr in den hochverdienten Ruhestand ging.

### Knapp am Berufsverbot vorbei

Frankfurt, wo ich die mir im städtischen Krankenhaus zum Heiligen Geist angebotene Stelle als Assistenzarzt nicht antreten konnte, weil

auf Anfrage beim Verfassungsschutz Zweifel an meiner Verfassungstreue geäußert worden waren.

Ganz offensichtlich waren (und sind) diese Herrschaften vom Stamme Lausch und Horch nicht in der Lage, den Unterschied zwischen kritischem Rechtsdenken und Rechtsfeindschaft klar zu erkennen, ganz abgesehen davon, dass es bei der Ausübung ärztlicher Tätigkeit wohl kaum darauf ankommen dürfte.

Es war die Zeit der Berufsverbote, des Radikalenerlasses der damals sozialdemokratischen/freidemokratischen Bundesregierung. Stattdessen öffnete das erzkatholische Limburg an der Lahn seine Tore für mich und so trat ich am 1. Juli 1979 meine erste Stelle als Assistenzarzt am St.-Vincenz-Krankenhaus auf dem Schafsberg an.

Einer meiner Studienkollegen, damals ebenfalls dort als Assistenzarzt beschäftigt, teilte dem Chefarzt Dr. P. Becker gleich mit, dass ich als Student einer linken Organisation [dem Kommunistischen Bund Westdeutschland, KBW] angehört hätte, worauf dieser nur trocken meinte, »damit werden wir auch noch fertig«. Ich habe damals in Limburg weniger Angst während meiner Probezeit und danach ausgestanden als später im damals noch sozialdemokratisch regierten Hamburg. Zu den von mir behandelten Patienten gehörte übrigens auch die Frau eines der besagten Bahnpolizisten aus Frankfurt.

### Frankfurt, 17. Oktober 1970 – Zweite Hausbesetzung

Aber das wollte ich eigentlich gar nicht erzählen, sondern ein Ereignis, das nunmehr sich zum vierzigsten Mal jährt: Die ersten Hausbesetzungen in Deutschland, an deren zweiter – die erste fand kurz zuvor in der Eppsteiner Straße 47 statt – ich aktiv beteiligt war.

Am 17. Oktober besetzte eine Gruppe von Studenten und kinderreichen Familien das Haus Corneliusstraße 24. Dieses Haus war eines von mehr als dreißig Häusern im Frankfurter Westend, die leer standen, im Falle der Corneliusstraße 24 nicht ganz, denn im dritten Stock wohnte noch eine 90-jährige allein-

Alexander von Paleske und der damalige Polizeipräsident Knut Müller nach einer Demonstration im Jahr 1972.

# ZEITZEUGE

stehende Dame namens Lessing, verwandt mit dem Dichter G.E. Lessing.

Damals, das war die Zeit, als die Wohnhäuser des Frankfurter Westend nach den Plänen des Baudezernenten Kampffmeyer der Spitzhacke preisgegeben werden sollten, um Platz zu schaffen für das Finanzfurt-Bankfurt, damals, als in Vorbereitung zu diesem Kahlschlag 30 Wohnhäuser leer standen, während gleichzeitig für untere Einkommensgruppen erschwinglicher Wohnraum, insbesondere für Studenten, kaum bzw. gar nicht zu finden war.

Das Haus in der Corneliusstraße gehört(e) dem jüdischen Mitbürger Moritz Gertler, ehemaliger KZ-In-sasse, dem die Nazi-Schergen eine KZ-Nummer in den Oberarm einge-



Das ehemals von Paleske und seinen Mitstreitern besetzte Haus in der Corneliusstrasse 24 heute.

brannt hatten, der aber das Glück hatte, den Holocaust zu überleben. Wir trafen uns nach der Besetzung mit ihm. Trotz des Drängens des Polizeipräsidenten weigerte er sich, Strafantrag gegen uns Besetzer zu stellen.

[Die sozialen Probleme der kinderreichen Familien, die zuvor in Griesheim in Notunterkünften und Übergangswohnungen zusammengepfercht gewohnt hatten, haben wir damals total unterschätzt. Sie reichten von Alkoholismus bis zur Psychopathie. Wenn die Presse kam, hat Frau Lessing die Hausbesetzung stets verteidigt: »Das ist wunderbar, was die Studenten machen.« Wir haben uns Interviews mit der Regenbogenpresse wie der »Bunten« aus Prinzip bezahlen lassen.]

Das Haus wurde erst 1974, also vier Jahre nach der Besetzung, geräumt. Von der alten Besetzung sind mir noch zwei Namen in Erinnerung: Ludwig Salgo, mittlerweile Rechtsprofessor, und Thomas Eisenhardt, der Rechtsanwalt wurde.

Den ersten Hausbesetzungen folgten noch weitere. Die Räumung der Häuser in der Bockenheimer Landstrasse/Ecke Alleenring führte 1974 zu den härtesten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Ironie der Geschichte: Der damalige Polizeipräsident Knut Müller betrieb nach seiner Pensionierung eine Anwaltspraxis im Westend, in einem der Häuser, die dank der Hausbesetzungen und der Änderung der Bebauungspolitik nicht der Spitzhacke zum Opfer fielen.

#### Proletarier brauchen nicht studieren

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, auf einer Demonstration in Frankfurt – es war wohl 1972 – in einem Block vor diesen gewaltbereiten Putzern [u. a. Joschka Fischer] zu laufen. Diese Putztruppler trugen Plastikbeutel – Latscha-Tüten, wie sie damals hießen – mit sich. Warum, das sollte sich alsbald zeigen: Als der Demonstrationszug in die Einkaufsstraße Zeil einbog, wurden in den Plastiktüten mitgeführte große Steine auf die Fensterscheiben der Kaufhäuser geworfen. Unbeteiligte Passanten flüchteten vor dem Steinhaegel. Ein Wunder, dass niemand verletzt wurde.

[Ich habe die Spontis nie verstanden. Wut und Gewalt gegen den Staat ist keine Strategie der Veränderung. Bei einer der Demos habe ich fast einen Molotow-Cocktail abbekommen. Seit dem Tod von Ulrike Meinhoff im Jahr 1976 bis heute gibt es eine Allianz des Schweigens über die damaligen Täter.

Was mich geprägt hat, waren die politischen Ziele der 68er Jahre. Die Demonstrationen gegen den Totalitarismus, die uns mit Studenten in Griechenland, Spanien und Portugal verbanden. Wir haben damals gegen die Abschiebung des iranischen Studenten Ahmed Taheri, Mitglied der iranischen Studentenorganisation CISNU, protestiert. Der Verdacht lag nahe, dass die Polizei

einen lästigen Zeugen beseitigen wollte, denn Taheri war dem leicht angetrunkenen Hans-Jürgen Krahl zu Hilfe gekommen, als er sich vor dem Walter-Kolb-Studentenheim mit einer Zivilstreife der Polizei prügelte. Den doppelten Nasenbeinbruch erlitt den Krahl nach Aussage Taheris erst, als beide schon festgenommen und im Polizeiwagen auf der Fahrt zum Präsidium waren.

Die internationale Perspektive erstreckte sich auch auf das Erbe des Kolonialismus in Afrika. Ich habe den Werdegang des simbabwischen Politikers Robert Mugabe aufmerksam verfolgt. Meine Entscheidung, 1987 als leitender Arzt an das Mpilo-Hospital Bulawayo in Simbabwe zu gehen, hätte ich ohne die 68er-Zeit in Frankfurt nicht getroffen.]

#### Abrechnung mit der Nazi-Vergangenheit

Es war vor allem die Studentenbewegung, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen, die ihren Eltern Fragen stellten nach dem Unrecht und wie es überhaupt geschehen konnte. Die Eltern wehrten ab, sie hatten angeblich von alledem ja nichts gewusst.

Gerade auch gegen diese Heuchelei, dieses Nicht-wahrhaben-Wollen, aber auch gegen die Weiterbeschäftigung hoher und höchster, schwer belasteter Amtsträger in der Bundesrepublik, und gegen die Verbrechen, die nun von der Sieger- und Befreiungsmacht USA in Vietnam verübt wurden, richteten sich die Proteste der APO, der außerparlamentarischen Opposition, die 1968 ihren Höhepunkt erreichten. Selbst der israelische Botschafter Asher Ben Nathan bemerkte Jahre später über die APO: »Die hat ja immerhin die letzten Nazis weggefegt.«

Und diese Bewegung führte schließlich auch Willy Brandt an die Macht, der dann 1970 – nicht für sich selbst – stellvertretend für alle, auch die, die Abbitte zu leisten hatten, aber es nicht taten, in Warschau am Denkmal für die Opfer des Faschismus niederkniete. Brandt, der eine Versöhnungspolitik mit den von den Nazis geschundenen Ländern Osteuropas, insbesondere Polen, einleitete, die seine Vorgänger im Amt

des Bundeskanzlers nicht einleiten wollten oder konnten. Sein unmittelbarer Vorgänger: Kurt Georg Kiesinger, seinerzeit NSDAP-Mitglied und im Auswärtigen Amt beschäftigt. [Er wurde für seine Vergangenheit im November 1968 von der Journalistin Beate Klarsfeld öffentlich geohrfeigt.]

Viele der damals für die Ermordungen Verantwortlichen wurden niemals zur Rechenschaft gezogen und konnten nach dem Ende der Naziherrschaft weiter ungestört ihren Beruf ausüben. Mediziner wie der führende Ärztfunktionär Prof. Hans Joachim Sewering, der Patienten zur Euthanasie freigegeben hatte, machten im Nachkriegs-Deutschland Karriere und wurden noch in den 70er Jahren mit Orden überschüttet. Es waren nicht die Ärzte, die dies als einen Akt der Selbstreinigung aufdeckten, sondern der investigative Journalist Ernst Klee, der dieses finstere Kapitel mit Personendaten, Fallbeschreibungen

und aufrüttelnden Artikeln immer wieder in das öffentliche Bewusstsein hob.

Nicht zufällig erhielt Klee 1976 ein Hausverbot für die psychiatrische Universitätsklinik von dem Frankfurter Psychiater Prof. Hans-Joachim Bochnik. Ein Mediziner, der mir aus meiner Studienzeit in Frankfurt noch durch seinen offenbaren Mangel an Empathie und durch süffisante Bemerkungen nach den Patienten-vorstellungen in denkbar schlechter Erinnerung geblieben ist.

Der Beitrag besteht aus leicht modifizierten Auszügen von Blog-Beiträgen Alexander von Paleskes, ergänzt um Informationen aus einem Interview mit Anne Hardy am 8. März 2018. Diese sind durch Einschübe in eckigen Klammern gekennzeichnet.

**Link zum Blog von Alexander von Paleske**

<https://politicacomment.wordpress.com>

– Anzeige –

## IHRE VERANSTALTUNG AN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Wir bieten Ihnen Räume -  
so individuell wie Ihre Veranstaltung!



CAMPUS WESTEND -  
BEEINDRUCKEND



CAMPUS RIEDBERG -  
MODERN



CAMPUS BOCKENHEIM -  
TRADITIONELL

### Anlässe:

- Kongresse & Tagungen
- Workshops & Kurse
- Schulungen & Seminare
- Vorträge & Messen
- Festlichkeiten aller Art
- und vieles mehr...

### Facts:

- 📍 über 150 Räume
- 👥 Kapazitäten von 10-1.200 Personen
- 🎤 moderne Veranstaltungstechnik
- 🛠 Rundum-Service aus einer Hand
- ♿ barrierefrei
- 📍 gute Verkehrslage und zentral



**Walter E. Müller, Pharmaziestudent**

## GEGEN DAS AUTORITÄRE GEBAREN DER ORDINARIEN

Ich hatte im Wintersemester 1968 in Frankfurt mit dem Pharmaziestudium angefangen. Das pharmazeutische Institut lag ja damals in der Georg-Voigt-Straße, also nicht weit entfernt vom Zentrum der Studentenunruhen, dem Uni-Hauptgebäude mit der Aula. Daher haben wir einiges von den Protesten mitbekommen. Zum Beispiel haben wir immer die Plakatanschläge am Hauptgebäude gesehen, wenn wir in die Mensa gingen. Die eigentlichen Unruhen gingen aber doch von der geisteswissenschaftlichen Fakultät aus. Bezogen auf die Situation in den Naturwissenschaften könnte man nicht sagen, dass die ganze Universität in Aufruhr war. Wir mussten ja auch Kurse und Vorlesungen in anderen Fächern belegen, zum Beispiel in Chemie und in der medizinischen Fakultät, und das lief eigentlich mehr oder weniger normal.

Als ich 1968 mit dem Studium anfang, habe ich die Proteste als vergleichsweise friedlich erlebt. Man könnte fast sagen, dass die Revolution damals »mit Fun versehen war«. Wenn eine Straßenbahn in eine Studentendemonstration geriet, wurde gegebenenfalls der hintere Wagen abgekoppelt; damals bestanden die Straßenbahnen noch aus zwei Wagen. Ein oder zwei Jahre später – so habe ich es erlebt – schlugen die Proteste dann in militante Aktionen um: Ich hatte zusammen mit Kommilitonen eine Wohnung an der Ecke Bockenheimer Landstraße/Beethovestraße. Eines Tages, als wir aus dem Labor nach Hause gingen, sind wir in eine Riesendemonstration geraten. In der Höhe des Palmengartens hatten die protestierenden Studenten die Bockenheimer Landstraße aufgerissen, Pflastersteine herausgebrosen und sich eine Schlacht mit der Polizei geliefert.

In der Anfangszeit fand ich die Proteste zum Teil durchaus angebracht. Manche der extrem linken Parolen, die damals geäußert wur-

den, habe ich nicht mitgetragen. Aber gerade die Kritik an den strukturellen Bedingungen der Universität, die fanden wir eigentlich alle in Ordnung. Viele von uns haben sich dann inhaltlich von den Protestierenden gelöst, als das Ganze immer weiter in eine links-autoritäre Politik rutschte und in Gewalt umschlug. Das war zum Schluss so ein Zwischending von extremer politischer Äußerung und Freude an der Gewalt. Für uns war da der Punkt erreicht, wo wir die Forderungen der studentischen Aktivisten nicht mehr mittragen konnten.



**PROF. DR. WALTER E. MÜLLER, Jahrgang 1947, war von 1997 bis 2013 Direktor des pharmakologischen Instituts für Naturwissenschaftler. Als Professor für Pharmakologie und Toxikologie hat er sich mit den Wirkungsmechanismen von Antidepressiva, Anxiolytika (Angstlösern) sowie Antidementiva beschäftigt und die Neuropathologie der zugrunde liegenden Krankheiten erforscht.**

Ein paar Mal bin ich sicher auch bei uniweiten Vollversammlungen gewesen. Aber mit den dort vorgebrachten theoretischen Diskussionen konnte ich nicht so viel anfangen – ich hatte ja vor dem Studium ein zweijähriges Berufspraktikum absolviert, und dabei bekommt man schon einen anderen Blick auf die Dinge. Man sieht Missstände und möchte diese ändern. Das war damals ganz anders bei den Anführern der protestierenden Studenten aus den Reihen des SDS (= Sozialistischer Deutscher Studentenbund). Der Aufruhr an der Universität diente ihnen nicht primär dazu, die Zustände an der Universität zu verbessern. Vielmehr war für sie die

Situation an der Universität das Mittel zum Zweck, Kritik und Destabilisierung des politischen Systems zu erreichen. Im Gegensatz dazu haben mich die Versammlungen der Pharmaziestudenten immer wieder mitgerissen, weil es da primär um die Bedingungen in unserem Studium ging.

Ich erinnere mich auch, dass sich die Kritik der Pharmaziestudenten ganz besonders an manchen Ordinarien entzündete, vor allem am damaligen Direktor des pharmazeutischen Instituts, Professor Herbert Oelschläger. Er war ein sehr einflussreiches und aktives Mitglied der naturwissenschaftlichen Fakultät und des Senats. Er war autoritär und selbstherrlich und auch konstruktiver Kritik nur begrenzt zugänglich. An der alten Ordinarien-Universität war seine Stellung nahezu unangreifbar. Er konnte es sich beispielsweise erlauben, eine Prüfung für zwei Uhr anzusetzen und dann erst um sechs Uhr abzuhalten. Auf der anderen Seite hat er aber einige zukunftsweisende Neuerungen in der Frankfurter Pharmazie eingeführt, wie etwa die objektive Aufnahmeprüfung für die Zulassung zum Pharmaziestudium (die leider später vom Verwaltungsgericht gestoppt wurde) und die Öffnung des Pharmaziestudiums für eher medizinische Lehrinhalte. Davon habe ich später als Doktorand in der Pharmakologie der medizinischen Fakultät in Mainz deutlich profitiert. Als Folge der 68er-Umwälzungen wurde statt der Ordinarien-Universität die Gremien-Universität mit vielen Fachbereichen anstatt weniger Fakultäten eingeführt, also gewissermaßen Demokratie statt absoluter Monarchie – nicht perfekt, aber allemal ein Fortschritt.

Die Erinnerungen zeichnete Stefanie Hense auf.

Walter Müller mit seiner späteren Frau Heidrun, 1968/69



**Hans-Jürgen Birkholz, AStA-Vorsitzender an der Goethe-Universität von 1967 bis 1968, erinnert sich an sein ebenso forderndes wie vielfältiges Amt. Er bemängelt die seiner Ansicht nach einseitige Fokussierung vieler Rückblicke auf revolutionsverliebte Theoretiker.**

Sein Weg bis zum Studium an der Goethe-Universität ist ein weiter: Erst mit 26 schreibt sich Hans-Jürgen Birkholz in Frankfurt für die Rechtswissenschaften ein. Ein Jahr später, im Juni 1967, ist er bereits Vorsitzender des AStA, gewählt mit StuPa-Stimmen des SDS, des SHB und der Korporierten. In bewegten Zeiten versieht er ein Amt, das aus seiner Rückschau aber wenig Revolutionäres an sich hat. »Das Verhältnis zwischen AStA und Unileitung war damals keineswegs zerrüttet; auch der Rektor, der Soziologe Walter Rüegg, war an einer Erneuerung der Hochschule interessiert«, betont Birkholz im Gespräch. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Rektorat und AStA manifestiert sich für Birkholz auch in einer besonderen Personalie: Klaus

Viedebantt, tüchtiger Pressereferent des AStA, wird auf Wunsch des Rektors Pressereferent in der »Akademischen Presse- und Informationsstelle« der Goethe-Universität (vgl. S. 13).<sup>1</sup>

#### **Vollzeitjob: AStA-Vorsitzender**

AStA-Vorsitzender zu sein, ist damals ein »Vollzeitjob«, wie Birkholz betont: Er ist an der Goethe-Universität, die damals ca. 17 000 Studierende zählt, unter anderem verantwortlich für das Reisereferat, die Mensa und die Studentenwohnheime, Mitglied des Aufsichtsrates der bundesweiten Studentenkrankensversicherung und auch beehrter Ansprechpartner bei zahlreichen Presseanfragen. Sein Stellvertreter ist Wolfgang Streek, der nach dem Studium ein renommierter Soziologie-Professor wird. Auch Klaus Kreppel, den Vorsitzenden der Humanistischen Studentenunion und bewährten Mitstreiter, möchte Birkholz gerne in Rückblicken zu 68 erwähnt sehen. »Die heutige Sicht auf 68 konzentriert sich auf einige wenige Stars wie Cohn-Bendit, Dutschke oder Krahl. Aber es gab

**1 Hans-Jürgen Birkholz (r.) zusammen mit Hans-Jürgen Krahl.**

<sup>1</sup> Vgl. Olaf Kaltenborn: 50 Jahre Hochschulkommunikation an der Goethe-Universität. In: UniReport 6/2016, S. 1/14. [http://www.unireport.info/64338801/Unireport\\_6-16.pdf](http://www.unireport.info/64338801/Unireport_6-16.pdf)

auch viele andere, die sich damals politisch innerhalb und außerhalb der Uni engagiert haben«, unterstreicht Birkholz. Mit KD Wolff, dem damaligen SDS-Vorsitzenden, aber auch mit Hans-Jürgen Krahl hatte Birkholz durchaus viel Kontakt. Er erinnert sich an zwei denkwürdige Reisen: »Mit KD Wolff und mit Klaus Kreppel habe ich mich auf den Weg zu Willy Brandt nach Bonn gemacht, um über die Verschleppung des Frankfurter Studenten Chung



2

2 Diskussion mit Kultusminister Ernst Schütte auf dem Unigelände.

durch den koreanischen Geheimdienst zu sprechen, aber wir erhielten keinen Zugang zum Ministerium. Eine ebenso gescheiterte Mission passierte mir mit Hans-Jürgen Krahl: Wir fuhren zusammen mit dem Auto nach Berlin, um mit Rudi Dutschke über die Studentenproteste zu sprechen; der wollte sich an dem Tag aber lieber um seine Familie kümmern.« Auf vielen zeitgenössischen Fotos erscheint Birkholz als ein ordentlich gekleideter und gescheitelter junger Mann, der nur wenig Revoluzzerhaftes ausstrahlt. »Ich hatte so viele wichtige Ämter inne, da war ein entsprechendes Äußeres erforderlich«, betont Birkholz, der aber auch keinen Hehl daraus macht, dass die in den 60er Jahren aus Amerika nach Deutschland schwappende Hippiekultur ihn nie interessiert hat.

#### »Revolutionsspinnereien«

Wie so viele seiner Generation wird Birkholz vor allem durch den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und die unbefriedigenden Studienbedingungen an den Hochschulen politisiert. Seine Wahl zum AStA-Vorsitzenden findet nur wenige Tage nach dem Ereignis statt, dem im Hinblick auf die 68er-Proteste wohl eine Initialzündung zukommt: die Erschießung Benno

Ohnesorgs im Zusammenhang mit dem Schah-Besuch in Berlin. Birkholz, seit über 50 Jahren Mitglied der SPD, hat sich selber immer als Reformler gesehen, auch wenn er durchaus den linken Idolen der Zeit wie Mao Tse-tung und Che Guevara nacheifert. »Was ich aber über die beiden Ikonen der Linken im Nachhinein erfahren musste, hat mich entsetzt«, betont er heute. Mit den manchmal etwas abgehobenen Kommilitonen des SDS konnte er damals wenig anfangen, auch wenn er ihnen anfangs durchaus Respekt entgegen brachte. Dieser schwand aber in dem Maße, wie der SDS sich in »luftigen Ideen der Revolution verirrt«, wie Birkholz es heute beschreibt. In der Publikation »Der SPIEGEL fragte: Ist eine Revolution unvermeidlich?« werden 1968 Schriftsteller, Wissenschaftler und AStA-Vertreter zu einer These von Hans Magnus Enzensberger befragt, nach der das politische System der Bundesrepublik nicht mehr reparierbar und daher nur noch die Alternative Zustimmung oder Überwindung möglich sei. Birkholz als AStA-Vorsitzender der Goethe-Universität wendet sich im Buch vehement gegen Enzensbergers Entweder-oder-Denken: »Wir lassen uns nicht zu einer Wahl zwingen zwischen revolutionärem Biertisch und kritikloser Affirmation einer sich langsam faschisierenden Gesellschaft, solange wir Notstandsgesetze noch verhindern können. Das ist zwar anstrengender als das Hantieren mit theoretisch nicht ausgewiesenen Systembegriffen; dafür ist es aber auf die Dauer erfolgversprechender.« (S. 41/42) Auch heute noch nennt Birkholz Enzensbergers damalige Gedanken »Revolutionsspinnereien«.

#### Erschwerte Bildungsbiografie

Es mag unzutreffend sein, dass es sich bei der 68er-Generation ausschließlich um wohlbehütete Bürgersöhnchen und -töchterchen gehandelt habe. Auf Hans-Jürgen Birkholz würde das Klischee ohnehin nicht zutreffen, denn sein Weg an die Universität und in das Zentrum der Protestkultur ist ein in vielfacher Hinsicht beschwerlicher. Der 1940 in Eisenach Geborene nennt die Erinnerungen an zahlreiche Fliegerangriffe, an Hunger und Entsaugung traumatisch. Birkholz wächst in einer pietistisch geprägten Familie auf. Seine Mutter, die Anfang der 30er Jahre als Krankenschwester den letzten deutschen Kaiser im niederländischen Exil pflegt, erzieht ihre Kinder christlich und »kaisertreu«, sein Vater stirbt in der Kriegsgefangenschaft. Birkholz darf in der DDR nicht die Oberschule besuchen, weil seine Eltern angeblich dem höheren Bürgerstum entstammen. Schon in der Schule eckt er mit seinen Meinungen an; er vermutet heute, dass auch sein Studienwunsch »Theologie« dazu führt, dass er nur eine Lehre als Gärtner antreten kann. Weil er nicht Mitglied der Pio-



3

niere und der FDJ ist, kann er auch nicht die Gartenbaufachschule besuchen. Ende der 50er Jahre flüchtet er in den Westen, arbeitet auch hier anfangs in einem Gärtnerbetrieb. »In der DDR und dann auch im Westen habe ich körperlich sehr hart gearbeitet, das hat mich sehr geprägt.«

Doch Birkholz ist von Bildungshunger getrieben, er holt die Mittlere Reife nach und macht dann sogar das Abitur auf dem Hessenkolleg in Rüsselsheim. Nach dem Beginn des Studiums im Jahre 1966 tritt er in den SHB, den Sozialdemokratischen Hochschulbund, ein, der der SPD nahesteht.

**Politisiert bis ins hohe Alter**

Drei Semester lang bleibt Birkholz AStA-Vorsitzender, Ende 1968 wird er abgewählt. Durch die hohe Arbeitsbelastung hat er sein Jurastudium vernachlässigt, entscheidet sich schließlich zum Abbruch. Er sattelt um und studiert Lehramt für die Haupt- und Realschule. Nach dem Zweiten Staatsexamen erhält er keine feste Anstellung, wird stattdessen bei der Stadt Rüsselsheim Abteilungsleiter für die Jugendfreizeiteinrichtungen, steigt dann später auf zum stellvertretenden Kulturamtsleiter. Birkholz sieht sich nach wie vor als politischer Mensch, viele Ehrenämter belegen sein Engagement, unter anderem in den Gewerkschaften GEW und verdi, im Bund Umwelt und Naturschutz im

hessischen Landesvorstand, als 1. Vorsitzender des Rüsselsheimer Mietervereins, als Sprecher der Nauheimer Bürgerinitiative gegen den Flughafen ausbau in Frankfurt und als Vorsitzender des Naturschutzbeirates beim Regierungspräsidenten in Darmstadt. Bei den heutigen Studierenden vermisst er, dass sie sich nicht den vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart stellen, zum Beispiel gegen AfD und PEGIDA auf die Straße gehen. Dabei sieht Birkholz durchaus die Unterschiede zu seiner eigenen Sozialisation, in der die konservativen und bisweilen auch reaktionären Überzeugungen der Eltern- und Großeltern generation junge Menschen in den Protest trieben. Natürlich sei der Generationskonflikt heute weniger stark ausgeprägt, zudem die Welt komplexer und die politische Landschaft unübersichtlicher geworden, konzediert er.

Das im In- und Ausland viel diskutierte »Schmähgedicht« des Satirikers Jan Böhmerrmann auf den türkischen Präsidenten Erdogan hat Birkholz an eine Aktion seiner Amtszeit als AStA-Vorsitzender erinnert, auf die er heute noch stolz ist: Nach dem Schah-Besuch in Berlin werden Studenten angeklagt, ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt zu haben. »Ich rief meine Kommilitonen zur Solidarität mit den Angeklagten auf, und innerhalb kürzester Zeit gelang es, an den deutschen Unis 50 000 Selbstbezeichnungen einzusammeln.« Allein in Frankfurt sind es 10 000, die angeben: »Auch ich habe gerufen, dass der Schah ein Mörder ist« – die Verfahren in Berlin werden danach eingestellt. Birkholz zeigt sich daher sehr erleichtert darüber, dass der Majestätsbeleidigungsparagraf 103, auch »Schah-Paragraf« genannt, nach der Affäre um Böhmerrmanns Provokation endgültig abgeschafft wird. ●

**Literatur**

Hans-Jürgen Birkholz: 1968 und die Medizin in Frankfurt aus der Sicht des damaligen AStA-Vorsitzenden. In: Udo Benzenhöfer, Das kleine 68: Proteste von Medizinstudenten in Frankfurt am Main um 1968. Münster/Ulm: Klemm + Oelschläger 2011, S. 95–103.

**3** Der SPIEGEL fragte: Ist eine Revolution unvermeidlich? 42 Antworten auf eine Alternative von Hans Magnus Enzensberger. Herausgegeben vom SPIEGEL-Verlag, Hamburg 1968

**4** Hans-Jürgen Birkholz im »Mao-Anzug« (1968).

**5** Bei einer schlagenden Verbindung hält Hans-Jürgen Birkholz (M.) ein Referat über das politische Mandat der Studentenschaft.



4



5

**Alwin Schempp, Physikstudent**

## AUF NEUGIERDE FOLGTE ENTÄUSCHUNG

Ich habe 1964 in Frankfurt mit dem Physikstudium angefangen. Für mein Studium reichte das Geld nicht, ich musste nebenbei auf dem Bau arbeiten und im Semester zum Beispiel im Studentenschnelldienst. Aber diese Erfahrungen waren auch hilfreich und ich fand es später besser als bei einem Jura-Kommilitonen, der von seinen Eltern so viel Taschengeld erhielt, dass sein erstes selbst verdientes Gehalt niedriger ausfiel.

1967 bin ich für die Diplomarbeit in das Institut für Angewandte Physik eingetreten. Das Arbeitsgebiet des IAP-Direktors Hermann Dänzer war Beschleunigerphysik. Er war ein Ordinarius der alten Schule, der eine sehr gute Vorlesung hielt und die Studenten für »seine« Physik begeistern konnte und »seinen Leuten« viel Freiraum ließ. Hierarchische Strukturen habe ich kaum zu spüren bekommen. Ich kam in die neue Arbeitsgruppe von Horst Klein, der damals neuer außerplanmäßiger Professor war und nur ein paar Jahre älter als wir Studenten. Später wurde er Dänzers Nachfolger. Ich hatte viel Freiheit, meine Ideen im Labor des Instituts zu realisieren. Gruppenarbeit war eine Basis und so kamen auch Kollegen aus anderen Arbeitsgruppen zu uns und diskutierten, wie man bestimmte Dinge realisieren oder optimieren könnte. Wir hatten die Freiheit, uns damit neben der Diplomarbeit zu beschäftigen und uns gegenseitig zu helfen.

Weil Dänzer und Klein sehr liberale Gruppenleiter waren, hatte ich also nicht unter der Willkür von Ordinarien zu leiden gehabt, als 1968 die Studentenproteste begannen. Zu der Zeit hatte ich meinen ersten Uni-Job, ich war Hiwi im Praktikum und konnte mich auf mein Studium konzentrieren. Ich weiß noch: Walter Greiner, der gerade auf die Professur für Theoretische Physik berufen worden war, war total gegen die Studentenproteste. Ich bin zu den Vollversammlungen hingegangen.

Am Anfang war das ganz schön und interessant. Aber wir Naturwissenschaftler konnten es uns nicht leisten, bis um drei Uhr morgens zu diskutieren. Wir mussten am nächsten Tag um acht in der Vorlesung sein. Wenn wir die ausfallen ließen, waren wir schnell abgehängt.

Die meisten Beschlüsse im Namen aller Studenten wurden deshalb gefasst, wenn die aktiv, engagiert Studierenden wie zum Beispiel die Naturwissenschaftler nicht mehr da waren. Und was dabei herauskam, war für jemanden, der in Logik



**PROF. DR. ALWIN SCHEMP,** Jahrgang 1945, war von 1993 bis 2010 außerplanmäßiger Professor in der Arbeitsgruppe Ionenbeschleuniger am Institut für Angewandte Physik. Sein Spezialgebiet sind sogenannte RFQ-Beschleuniger, die Teilchen auf bis zu ca. eine Million Elektronenvolt beschleunigen und große statische Vorbeschleuniger ersetzen.

geschult worden war, auch widersprüchlich. Da wurde gesagt: »Wir demonstrieren gegen das Establishment, und folglich sind wir für die kommunistische Weltrevolution und für die Befreiung der Arbeiterklasse.«

Man kann gegen das Establishment sein, ohne die kommunistischen Ideen zu befürworten. Für mich war der Kommunismus keine Option, nachdem ich gelesen hatte, dass Karl Marx seine kinderreiche Familie fast hat verhungern lassen, während er in London das Kommunistische

Manifest schrieb! Was mich und auch meine Kommilitonen abgeschreckt hat, ist, dass die Anführer der Studentenbewegung den Protest gegen Missstände mit der Zustimmung zu einer bestimmten Ideologie gleichgesetzt haben. Das ist ein Missbrauch der Massen, eine unzulässige Instrumentalisierung.

Bei der Besetzung der Uni war ich noch dabei. Einmal war ich derjenige, der das Werkzeug mitbrachte, um die Eingangstür des Hauptgebäudes zu blockieren. Ich habe sie sachgerecht verkeilt. Aber als die Besetzung zu Ende war, habe ich die Keile ordentlich entfernt. Es war nichts beschädigt. Das ist mir wichtig. Gewalt und Sachbeschädigung habe ich immer abgelehnt und ich war es nicht gewohnt, dass mir jemand hinterherräumt.

Auch das Attentat auf Rudi Dutschke war für mich keine Legitimation dafür, Steine zu werfen. Ich weiß noch, wie ich das Foto in der Zeitung und dann vor der Mensa sah: In der Bockenheimer Landstraße waren Pflastersteine aus der Straße gerissen worden. Das war für mich das Ende.

Dennoch hatte ich in dieser Zeit viele politische Diskussionen mit meinen Kommilitonen. Auch wir fanden, dass eine Reform der Ordinarien-Universität notwendig sei. Obwohl ich betonen muss, dass Walter Greiner und Werner Martienssen als damals ganz junge Professoren uns nicht das Gefühl von Hierarchie gaben. Als dann 1970 das neue Universitätsgesetz in Kraft trat und die Ordinarien in Professuren übergeleitet wurden, hat man auch viele damalige Assistenten zu Professoren gemacht. Es gab also viel mehr junge Professoren und die hatten noch mehr Nähe zu den Studenten, weil sie zum Beispiel in Praktika Studenten betreut hatten und »näher dran« waren. Mit der Überleitung wurde auch der akademische Mittelbau gestärkt. So ergaben sich Möglichkeiten der Mitwirkung, der Mitarbeit und mehr Transparenz für die Entscheidungen im Fachbereich und im Institut. Das war ein Erfolg der 68er. Ich promovierte 1973 und wurde 1976 akademischer Rat. Seitdem habe ich Vorlesung gehalten,

Praktika geleitet und Studenten betreut und diese Stellung gab mir viel Freiheit, selbstständig zu arbeiten.

Für zahlreich geförderte Projekte und Zusammenarbeiten mit Forschungsinstituten und Universitäten haben wir im Rahmen von Diplom- und Doktorarbeiten RFQ-Beschleuniger entwickelt, realisiert und so auch die Examensarbeiten und Hiwi- und Mitarbeitergehälter finanziert.

Neue Ideen zu entwickeln und durch die Realisierung überprüfen zu können, war auch für die zahlreichen Doktoranden motivierend. Sie erlebten Teamarbeit, internationale Kollaborationen und Konferenzen. Das war attraktiver, als eine Arbeit zu schreiben, die in einem Schrank einer Bibliothek weitgehend ungelesen verbleibt.

Was mir noch einfällt: In den 68ern wurde auch die Idee des Studium generale propagiert. Damals habe ich zum Beispiel eine Vorlesung von Carlo Schmid gehört. Er war Professor für politische Wissenschaft und Bundestagsvizepräsident. Das war eine super Vorlesung. Mit Iring Fetscher konnte ich nicht viel anfangen, Habermas fand ich grauenvoll und Adorno zu weit weg. Und auch die Vorlesungen in Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Jura haben mir nichts gebracht. Zum Beispiel die Definition: »Ein Verlöbnis ist ein nicht einklagbares Versprechen.« Dafür verging eine Stunde Vorlesung. So etwas bin ich als Naturwissenschaftler nicht gewohnt, lieber eine Kurzfassung und Beispiele (nicht labern, sondern labore).



1 Alwin Schempp (kniend) und sein Team.

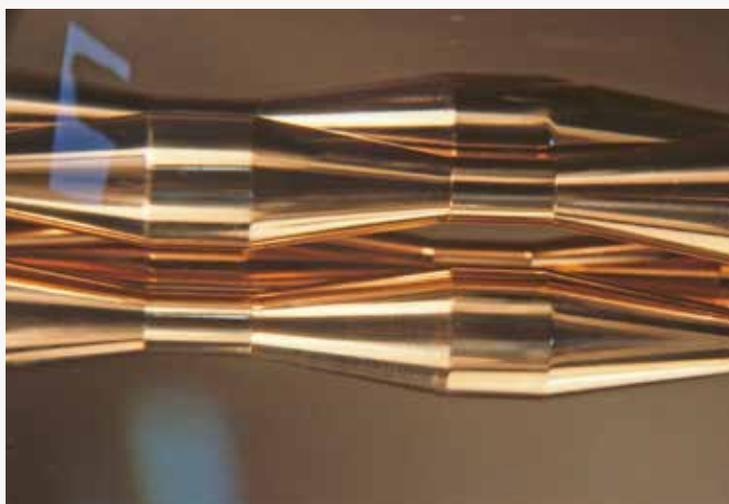
Ich wollte nicht so viel diskutieren, sondern lieber etwas tun.

Was mir an der 68er-Bewegung unverstündlich bleibt: dass meine Generation ihren Eltern das Schweigen über die nationalsozialistische Vergangenheit vorgeworfen hat. 1945 ging es doch erstmal um das Überleben und den Wiederaufbau. In meiner Familie wurden die Vorkriegs- und Kriegs- und Nachkriegszeiten oft thematisiert. Schon in der Realschule hatte ich einen sehr guten Unterricht in Geschichte und

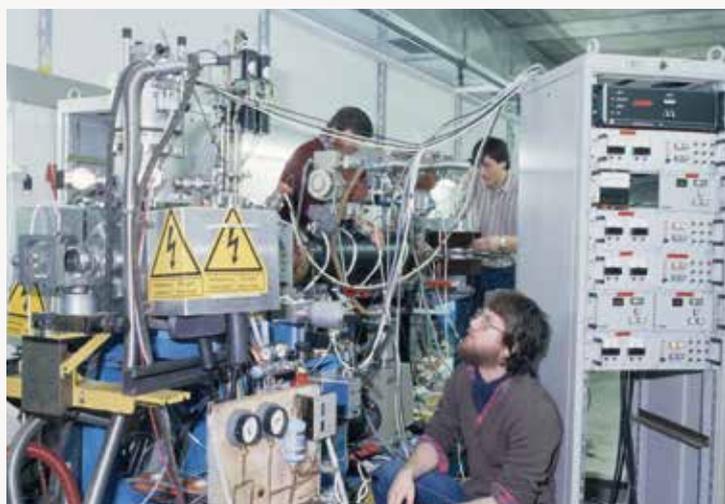
Sozialkunde. Darin kam natürlich auch die NS-Zeit vor, und zwar überproportional häufig. Genauso wichtig: die Ursachen dieser Entwicklungen. Das Wichtigste an diesem Schulunterricht war für mich: Wir haben Toleranz gelernt, wenn alle einer Meinung waren, war was faul. Ein anderer Blickwinkel verändert oft das Bild, aber nicht die Fakten. Auch deshalb war Radikalisierung für mich keine Option.

2 Details der Elektroden, zwischen denen eine Spannung von bis zu 100 000 Volt liegt.

3 Ein Messaufbau bei der Inbetriebnahme.



2



3



Im Einklang mit den Ideen von 1968: Viele Frauen in Bangladesch bauen sich heute mithilfe eines Kleinkredites eine eigene Existenz auf.

# »Ein paar Ideen des Jahres 1968 konnte ich umsetzen«

## Interview mit dem Ökonomie-Professor und Zeitzeugen Reinhard »Harry« Schmidt

**Stefan Terliesner:** Herr Professor Schmidt, Sie sind seit Jahrzehnten an der Goethe-Universität tätig – unter anderem als Student, Studentensprecher, Professor, Dekan und aktuell als Seniorprofessor. 1968 waren Sie 22 Jahre alt und haben hier Betriebswirtschaftslehre studiert. Wie erinnern Sie sich an dieses Jahr?

**Prof. Reinhard H. Schmidt:** Du liebe Güte, wie die Zeit vergeht... Von 1981 bis 1991 abgesehen, da war ich in Göttingen, Trier und Washington tätig, sowie einem ersten Semester in Heidelberg, war ich tatsächlich die ganze Zeit in Frankfurt. 1966 habe ich hier als Student angefangen. Begrüßt wurden wir Erstsemestler durch Professor Paul Riebel, den Begründer

der Deckungsbeitragsrechnung (sie unterscheidet in variable, von der Produktionsmenge abhängige Kosten und fixe Kosten. Erhöht sich der Ausstoß, fällt der relative Fixkostenanteil pro Stück, und der Gewinn steigt; Anmerk. des Autors), im Talar. Der Beginn war sehr spießig, noch mit Schlips und per Sie. Aber das änderte sich bald. 1968 war ein tolles Jahr. Es wehte ein intellektueller Wind durch die Republik. Auch in der Kultur. Bildlich gesprochen wurde Heidi Brühl durch die Beatles ersetzt. Vieles war in Bewegung und fast alles wurde infrage gestellt. Sehr spannend!

**Terliesner:** Wurde auch die Universitätspolitik infrage gestellt?

**Schmidt:** Oh ja. Frankfurt war neben Berlin und Heidelberg ein Zentrum der Studentenunruhen. Als in West-Berlin von Studenten ein selbstverwaltetes Studium eingeführt wurde, sie ihre Lehrpläne also selber schrieben, sagten auch wir: Jetzt müssen wir Marx studieren! Also organisierten wir ein Seminar über marxistische Ökonomie. Es gab sogar ein paar Professoren, die das interessant fanden und zu der Veranstaltung gekommen sind. Wir haben das drei Wochen lang gemacht, dann aber beendet, weil es Mumpitz war. Den Seminarinhalt stellten wir auf Wissenschaftstheorie um. Aber wir haben auch weiterhin für Demokratisierung und Mitbestimmung in der Universitätspolitik gekämpft. Vor allem haben wir das traditionelle Selbstverständnis der Universität als Ort der Suche nach Wahrheit mit zum Teil bösen Worten eingefordert. Das brachte uns die Sympathie vieler junger Professoren und sogar einiger älterer ein. Bei der einen oder anderen Aktion war das dann aber nicht mehr der Fall.

**Terliesner:** An welchen Aktionen haben Sie teilgenommen?

**Schmidt:** Wie vielen meiner Kommilitonen ging es mir vor allem um das Erzwingen von Diskussionen über bestimmte Themen. Das Rumsausenlassen

von Papierfliegern während eines Seminars jedenfalls war nicht meine Sache. Ich habe mich lieber auf Veranstaltungen vorbereitet und dem Professor sachlich widersprochen, indem ich ihm zum Beispiel vorwarf, seine Theorie sei konservativ, andere Theorien seien besser. Die Studentenbewegung insgesamt stellte ja die neoklassische Ausrichtung der gängigen Ökonomie infrage, also insbesondere die Modelle eines vollkommenen Marktes, der alle Probleme löst.

**Terliesner:** Und bestimmte Gruppen waren bei der Verfolgung ihrer Ziele nicht immer zimperlich. Wie haben Sie sich als Sprecher der Studenten verhalten?

**Schmidt:** Formal war ich stellvertretender Sprecher der Studierenden der damaligen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Weil der eigentliche Sprecher nicht aktiv sein wollte oder konnte, stand ich aber de facto an der Spitze. Damals hatte auch ich heftig für einen Boykott von Vorlesungen agiert. Um die Mehrheit der Kommilitonen zu mobilisieren, prangerten wir nicht nur den globalen Kapitalismus und Imperialismus an, sondern gezielt bestimmte Missstände vor Ort; schlechte Vorlesungen zum Beispiel. Das hat funktioniert. Der Streik fand statt. Es war der erste von Wirtschaftswissenschaftlern in Deutschland. Das war eine Sensation. Der Presse gegenüber begründeten wir den Ausstand aber nur als Kampf von Studenten gegen die bürgerliche Ökonomie und die Wiederkehr des Faschismus und nicht mit internen Missständen.

**Terliesner:** Hatte der Streikaufruf keine Konsequenzen für Sie?

**Schmidt:** Oh doch! Einer der ultrareaktionären Professoren sagte, Herr Schmidt propagiert Gewalt – was nicht stimmte. Dennoch stellte er im Fakultätsrat, wo ich als erster Studentenvertreter anwesend war, einen Antrag, mich von der Universität zu verweisen. Das war heftig und bedrohlich für mich, ich wollte doch an der Hochschule bleiben und einmal als Professor forschen, lehren und aufklären. Zu meinem Glück setzten sich einige Ordinarien, die mich aufgrund meiner Diskussionsfreude inzwischen gut kannten, für mich ein, und der Antrag wurde abgelehnt. Dennoch schaffte es später ein anderer sehr kon-

servativer Professor, dass der Bund Freiheit der Wissenschaft eine Personalakte über mich anlegte. Auf diese Weise sollte ich doch noch aus dem Wissenschaftsbetrieb ferngehalten werden. Dieser Bund hatte sich 1970 gebildet, und zwar als Reaktion konservativer Professoren auf die politischen Forderungen der linken Studenten und auch auf die zunehmende Gewalt von Teilen der Studentenbewegung gegen Andersdenkende an den Universitäten. Tatsächlich konnte ich den orthodox-marxistischen Splittergruppen der Nach-1968er-Zeit nichts abgewinnen. Das war nicht mehr meine »Bewegung«.

**Terliesner:** Es mag unter manchem Talar etwas muffig gerochen haben, aber die wissenschaftliche Sozialisation durch Professoren haben Sie dennoch gesucht?

**Schmidt:** Tatsächlich war ich sehr beeindruckt von einigen Professoren, zum Beispiel von Adolf Moxter, bei dem ich 1974 promovierte und 1980 habilitierte, oder dem Finanzwissenschaftler Fritz Neumark, dem geistigen Vater des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes von 1967. Insgesamt hat mich die universitäre Welt sehr angesprochen. Um 1970 waren gleich mehrere außergewöhnlich kreative Professoren zeitgleich in Frankfurt tätig, die intensiv auf dem Finanzgebiet forschten, lehrten und publizierten. Diese fachliche und persönliche Konzentration löste sich aber wenig später auf. Erst kurz vor der Jahrhundertwende

wurde diese Tradition von Jan Pieter Krahen, seit Jahren Direktor des Centers for Financial Studies im House of Finance, und mir wiederbelebt. Heute hat der Frankfurter Finanzschwerpunkt in Deutschland wieder eine ähnlich starke Stellung wie damals.

**Terliesner:** Lassen Sie uns den Finanzbereich als Stichwort nehmen für das Thema 1968. Er steht für die Macht der Banken. Wie sehen Sie das als linker Finanzprofessor, wie Sie selbst sich bezeichnen?

**Schmidt:** Man muss Banken differenziert betrachten, was weite Teile der 1968er-Bewegung nicht taten. Viele warfen alle Geldhäuser in einen Topf. In Deutschland besteht das Bankwesen aus drei Säulen: Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Sparkassen sowie private Geschäftsbanken. Mit dieser Struktur – ebenso mit der an Anspruchsgruppen orientierten Unternehmensverfassung – ist Deutschland ausgesprochen glücklich dran. Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass nur bei Privatbanken die Gefahr der Umwandlung in eine reine Profitmaschine real ist. Die breite Masse leidet dann.

**Terliesner:** Also war die Kapitalismuskritik der 1968er-Bewegung überzogen?

**Schmidt:** Das Thema 1968 muss man in einem internationalen Kontext sehen. Stichworte sind amerikanische Bürger-

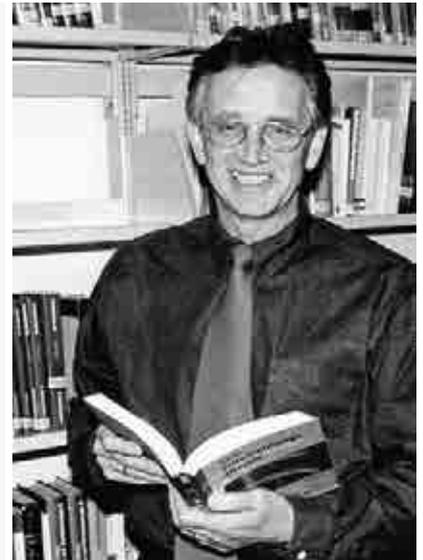


Vorläufer in Sachen Mikrokredit waren u.a. die deutschen Sparkassen, wie hier die Zweigstelle der Frankfurter Sparkasse 1822 im Johannesweg in Maintal-Dörnigheim.



## ZUR PERSON

**Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard H. Schmidt (72)** hat das Jahr 1968 als Student und Sprecher der Studentenschaft der damaligen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät aktiv miterlebt. 1974 wurde er promoviert, 1980 habilitiert. Nach Stationen in Göttingen, Trier und Washington kehrte er 1991 als Professor für Ökonomie des Welthandels an den Main zurück. In seiner Zeit als Dekan fiel der Beschluss, die enge Verbindung von Betriebs- und Volkswirtschaftslehre wiederzubeleben. Der daraus resultierende Schwerpunkt »Finance« stellt mit etwa 30 Professoren unterschiedlicher Disziplinen die größte Konzentration akademischer Kompetenz und Ressourcen auf diesem Gebiet in Deutschland dar.



rechtsbewegung, der Vietnamkrieg und die Klassenkämpfe in Lateinamerika. Gleichzeitig begann der Prozess der Globalisierung Fahrt aufzunehmen. Dies ließ viele Menschen zweifeln, ob eine auf Privateigentum gegründete Marktwirtschaft das beste System darstellen würde.

**Terliesner:** Inwiefern hat 1968 Ihre Arbeiten und Ihre Laufbahn beeinflusst?

**Schmidt:** In dieser Zeit wurde mir klar, dass ich kein Manager werden möchte,

obwohl ich ja Betriebswirtschaft studierte. Ich wollte aufklären, also Professor werden. Neben meinem sehr guten Examen haben ein paar glückliche Umstände meine wissenschaftliche Laufbahn beeinflusst. Einmal die starke Stellung Frankfurts im Fachbereich Finanzen, dann 1975/76 meine Gastprofessur in Stanford, wo ich fasziniert war von den Ideen des späteren Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz, einem Querdenker und scharfen Kritiker zum Beispiel des Internationalen Währungsfonds, und später dann die Umstände meines Rufs nach

Frankfurt als Hochschul-lehrer für Ökonomie des Welthandels. Ein früherer Ruf an den Main stieß stets auf erheblichen Widerstand des erwähnten Professors, der viel Einfluss hatte und mich wegen falscher Vorwürfe in Zusammenhang mit den Ereignissen damals als Forscher und Lehrer an der Frankfurter Universität verhindern wollte. Insgesamt aber ist es mir gelungen, ein paar Ideen des Jahres 1968 als Professor in die Praxis umzusetzen.

**Terliesner:** Zum Beispiel?

**Schmidt:** Das betrifft, wie ich meine Rolle als Lehrer sehe, und auch meine Forschungsinhalte. Ein Stichwort dazu heißt Mikrofinanzierung. In moderner Ausprägung entstand sie in

den 1970er Jahren. Deutsche Sparkassen und Genossenschaftsbanken des 19. Jahrhunderts sind übrigens ihre Vorläufer. In den meisten Ländern der Welt gibt es keine vergleichbaren regional verankerten Kreditinstitute. Als ich habilitierte, nahm ich an einer Inspektionsreise unter anderem nach Nicaragua zur Überprüfung der Wirksamkeit deutscher Entwicklungshilfe teil. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau hatte der dortigen Entwicklungsbank Kredite gewährt, die mit diesen Mitteln große Projekte fördern und damit primär die Möglichkeit schaffen sollte, Investitionsgüter zu importieren. Die Weitergabe der Mittel war an Bedingungen geknüpft. Vor allem sollte kein Geld beim Diktator und seinen Leuten landen. Tatsächlich landete jeder Pfennig dort, und nichts wurde zurückgezahlt. Das haben wir zu Papier gebracht. Anschließend wurde die deutsche Entwicklungshilfe nach und nach umgestellt. Heute versuchen etliche Staaten die Versorgung der ländlichen Regionen mit Finanzdienstleistungen über den Auf- und Ausbau von Mikrofinanzinstitutionen zu gewährleisten. Das ist eine Voraussetzung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort. Genau darum ging es ursprünglich der 1968er-Bewegung, die ein gegen den Kapitalismus gerichtetes globales Ereignis war. Zu dem Thema Mikrofinanzierung habe ich später sehr viel publiziert und auch als Berater gearbeitet.



## Der Autor

**Stefan Terliesner (50)** ist Dipl.-Volkswirt und Journalist. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt aus ordnungspolitischer Sicht sowie internationale Wirtschaftsbeziehungen. Beide Themen bewegten nicht nur die Studenten der 1960er Jahre, sondern bestimmen bis heute das Wohl aller Menschen. Terliesner schreibt für einen weltweit führenden Wissenschaftsverlag sowie für mehrere renommierte Magazine und Zeitungen.

[s.terliesner@web.de](mailto:s.terliesner@web.de)



Präsident Hans-Jürgen Krupp bei einer Konventssitzung in einem Hörsaal, der zuvor ein Kino war. Der Ort ließ sich gut polizeilich schützen.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp,  
Dekan, Vizepräsident, Präsident**

**»LIBERALITÄT WAR NUR  
MÖGLICH, WEIL WIR  
VIELE POLITISCHE ZIELE  
DER 68ER ABWEHREN  
KONNTEN«**

**50** Jahre nach 1968 nehmen viele als Anlass, ein Jubiläum zu feiern, bei dem die romantisierenden Töne überwiegen. Die eigentlichen Reformkräfte, zu denen ich mich zähle, erreichten Veränderungen aber nur unter harten Kämpfen, sowohl gegen die Konservativen als auch gegen die 68er.

Ich wurde 1969 als Ordinarius nach Frankfurt berufen. 1970 wurde ich schon Dekan der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Mit Prof. Erhard Kantzenbach, der 1971 zum ersten Präsidenten der Universität gewählt wurde, und anderen zusammen gründete ich die Hochschullehrergruppe »Liberale Hochschulreform«. Sie bemühte sich in einer drittelparitätlich bestimmten Universität mit Erfolg um eine mehrheitsfähige, gruppenübergreifende Koalition. 1973 wurde ich Vizepräsident und 1975 Präsident der Uni-

versität. 1979 verließ ich die Universität, um Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zu werden.

In der Dekade, die ich an der Universität erlebte, verloren studentische Aktionen wie die Störung von Vorlesungen oder Gremiensitzungen immer mehr die Rückendeckung der Mehrheit der Studenten. Die Beteiligung bei den AStA-Wahlen war rückläufig. Während sie 1972 noch



**PROF. HANS-JÜRGEN KRUPP,  
Jahrgang 1933, lehrte von 1969 bis  
1979 an der Goethe-Universität,  
1970 als Dekan, 1973 als Vizepräsi-  
dent, und ab 1975 als Präsident.**

bei 41,3 Prozent gelegen hatte, sank sie 1975 auf 24,4 Prozent. Aber in dem Maße, in dem die Wortführer die Mehrheit der Studenten nicht mehr hinter sich hatten, wurden ihre Aktionen rücksichtsloser, bis hin zu Aktivitäten, die man auch wohlwollend nur als kriminell bezeichnen kann.

#### **Der Engelskonflikt**

Prof. Wolfram Engels, ein Betriebswirt meiner Generation, der für die CDU als Bundestagskandidat angetreten war und sich später von der Universität beurlauben ließ, um Chefredakteur der Wirtschaftswoche zu werden, sollte im Wintersemester 1973/74 eine Einführungsvorlesung in die Wirtschaftswissenschaften halten. Er vertrat klar marktwirtschaftliche Positionen und hatte in der ihm eigenen Art auch keine Scheu vor Provokationen. Zunächst lehnte er Diskussionen mit Studenten ab. Am 19. November musste seine Vorlesung zum dritten Mal abgebrochen werden. Eine Woche später versuchte der Dekan, Prof. Fleischmann, die Situation dadurch zu retten, dass er im Einvernehmen mit Engels anbot, die Hälfte der Vorlesungszeit zur Diskussion zu verwenden. Nun zeigte sich, dass es nicht um die Diskussion ging. Schon

**ZEITZEUGE**

am 14. November hatte der AStA dazu aufgefordert, »nicht länger mit Engels zu diskutieren, sondern ihn dazu zu bringen, seine Vorlesung endgültig einzustellen«.

Am 3. Dezember musste die Vorlesung zum fünften Mal wegen massiver Störungen abgebrochen werden. Aufgrund einer Bitte der sich mit Engels solidarisch zeigenden Hochschullehrer und im Einvernehmen mit dem Dekan stellte Präsident Kantzenbach den Lehrbetrieb im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften für die Woche vom 4. bis 10. Dezember 1973 ein. Seine Begründung: »Es geht in diesem Konflikt nicht um die Forderung der Studenten nach Kritikmöglichkeit an den Lehrinhalten. Für diese Forderung habe ich immer Verständnis gehabt, und sie wurde auch von Professor Engels erfüllt. Hier wird vielmehr versucht, einen Hochschullehrer wegen der von ihm vertretenen Auffassungen mundtot zu machen und seine Lehrveranstaltung in eine politische Propagandaveranstaltung umzufunktionieren. Ähnliche Vorfälle haben sich in jüngster Zeit auch an anderen Universitäten zugetragen. Ich sehe in ihnen massive Angriffe auf die akademische Lehrfreiheit, die durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt

ist. Die angewandten Methoden erinnern erschreckend an den Beginn der Naziherrschaft vor vierzig Jahren, als jüdische und marxistische Professoren von rechtsextremen Studenten angegriffen wurden.«

Als die Vorlesung am 17. Dezember erneut gesprengt wurde, entschied sich Präsident Kantzenbach für Polizeischutz und Zugangskontrolle. Für einen Termin funktionierte das auch. Nachdem die Zugangskriterien aber bekannt waren, gelang es einer größeren Zahl von Störern sich einzuschleusen. Als Ultima Ratio stellte der Präsident nun im Einvernehmen mit den Hochschullehrern und dem Dekan des Fachbereichs das Grundstudium in den Wirtschaftswissenschaften bis zum Semesterende ein. Daraufhin riefen die kommunistischen Gruppen einen allgemeinen Lehrboykott aus, der zwar in einer vom AStA veranstalteten Abstimmung mit einer Beteiligung von 48 Prozent eine Mehrheit von 54 Prozent erhielt, sich aber letztlich nicht durchsetzte.

Die Widerstandsbereitschaft der Professoren war unterschiedlich. Manche meinten, Herr Engels hätte nicht provozieren müssen, sondern seine Vorlesung einfach abbrechen können. Ob das die Sache denn wert gewesen sei. Letztlich entschieden sich die Hochschullehrer des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften aber für ein gemeinsames solidarisches Handeln.

#### **Behinderung der demokratisch gewählten Gremien**

Zahlreiche Konflikte entstanden um die Sicherstellung der Arbeit der universitären Gremien. Durch das Hessische Universitätsgesetz von 1970 waren in allen Gremien wissenschaftliche und sonstige Mitarbeiter sowie die Studenten vertreten. Das führte dazu, dass die universitären Gremien nicht ungestört tagen konnten. Insbesondere, wenn es zu Entscheidungen kam, die von der Mehrzahl der studentischen Vertreter nicht akzeptiert wurden. Dazu kam, dass sie immer wieder versuchten, Entscheidungen auf Gebieten herbeizuführen, die nicht zu den Aufgaben des jeweiligen Gremiums gehörten. Die Sitzungen des Kon-

vents konnten oft nur unter Polizeischutz stattfinden. Herr Kantzenbach hatte die Idee, den ungestörten Ablauf wiederherzustellen, indem er die Konventssitzungen in den Römer verlegte. Den Ort konnte man polizeilich gut sichern und er war für die Störer unbekanntes Gelände.

Der damalige Oberbürgermeister, Rudi Arndt, stimmte zu. Aber bei den Bediensteten im Römer überragte die Ängste. Da man ihnen nicht zumuten wollte, womit Bedienstete der Universität ständig leben mussten, durften sie an diesem Tag früher nach Hause gehen. Deshalb wurden spätere Konventssitzungen wieder in die Universität verlegt, allerdings fanden sie nicht mehr in der Aula statt, sondern in einem isoliert stehenden Hörsaal, einem früheren Kino, das sich gut polizeilich schützen ließ.

Auch in den Gremien kannte der Heldenmut manchmal Grenzen. Das galt insbesondere für die Fachbereichsgremien, in denen nun auch die Studenten mitwirkten. Hier trugen Professoren Entscheidungen mit, obwohl sie schlicht und einfach rechtswidrig waren. Ein Beispiel sind die anonymen Klausuren, die Gremien in der Medizin beschlossen hatten. Nach deren Auffassung war die Klausur in erster Linie dazu da, den Erfolg des Lehrenden zu beurteilen. Die Zuordnung der Klausuren zu den teilnehmenden Studenten war daher nicht notwendig. Mit der Approbationsordnung war das aber nicht vereinbar. So mussten die Klausuren im Hauptgebäude in Bockenheim durchgeführt werden, organisiert von der Universität.

#### **Gefährdungen**

In der Phase der kriminellen Ausrichtung kleiner Gruppen kam es auch zu Gefährdungen von Personen. Die Formel »Nur Gewalt gegen Sachen, nicht gegen Personen« hatte an Bedeutung verloren, wie ich am eigenen Leib erfuhr. Harmlos war noch das Zerstechen der Reifen meines Privatwagens in der Tiefgarage. Offene Mordaufrufe an den Wänden der Universität wie »Tötet Krupp«, »Krupp an den Galgen«, »Krupp in die Supp« waren nicht so harmlos. Leider wurde das auch konkretisiert durch Drohanrufe, in



denen meiner inzwischen verstorbenen Frau täglich mitgeteilt wurde, wie viele Tage ich noch zu leben hätte. Die Polizei nahm die Drohungen ernst und stellte unser Haus unter Polizeischutz – schwierig auch für meine Söhne, die der Mode der Zeit folgend lange Haare trugen. Teilweise fuhr ich mit Polizeibegleitung zur Arbeit. Glücklicherweise erwies sich das Ganze als leere Drohung. Trotzdem war es eine erhebliche Belastung, nicht nur für mich, sondern für die ganze Familie.

### Der Abschied

1979, als ich die Universität verließ, begann die Aufgabe, die Universität wieder zur Gesellschaft hin zu öffnen. Meine Verabschiedung und die Einführung des neuen Präsidenten Hartwig Kelm durch Kultusminister Hans Krollmann fanden in der Aula statt. Zu dieser Feier waren die Repräsentanten von Stadt, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen. Wie damals üblich, waren wir auf Störungen vorbereitet. Die Festmusik wurde von Orgel und Trompete dargeboten, eine Kombination, die ich persönlich sehr schätze, die aber auch lautstärkemäßig nicht so leicht zu schlagen ist. Die Vorsorge erwies sich als richtig, denn der ASTA hatte in den der Aula gegenüberliegenden Räumen des Kindergartens leistungsfähige Lautsprecher installiert, welche nicht etwa Revolutionsmusik spielten, sondern Operette mit Borstenvieh und Schweinespeck (aus dem Zigeunerbaron). Es gelang uns, den Strom abzustellen. Aber die Ruhe war nur vorübergehend, denn nun kamen die Kinder des Kindergartens mit Blechtellern und Kochtöpfen zum Einsatz. Zu einer ernsthaften Störung der Veranstaltung reichte das zwar nicht, aber die versammelte Gesellschaft durchrieselte trotzdem ein wohliger Angstschauer. Sie hatten nun miterlebt, wie an der Universität gekämpft wurde und fühlten sich als eigentliche Helden des Tages.

Bei mir bleiben in der Erinnerung gemischte Gefühle zurück. Ich habe nie wieder so viel konzentriert gelernt oder lernen müssen, insbesondere politisch. Später habe ich gesehen, dass wir der Universität



Vizepräsident Hans-Jürgen Krupp bei der Präsidentenwahl am 5. Februar 1975. Am 1. April trat er sein Amt als Präsident an.

Frankfurt viel erspart haben, denn sie blieb funktionsfähig und konnte sich ihren eigentlichen Aufgaben in Forschung und Lehre widmen. Das ist nicht allen deutschen Universitäten so gelungen. Persönlich habe ich die Situation der Freien Universität Berlin und der Universität Hamburg kennengelernt. Beide haben Jahre gebraucht, um sich von den Schäden der 70er Jahre zu erholen.

Ich habe auch nach meiner Zeit an der Goethe-Universität nie wieder eine Funktion gehabt, die dazu führte, dass eine so große Zahl von Kollegen, Mitarbeitern, aber auch Studenten dankbar waren, dass wir die Unbilden dieser Zeit solidarisch bewältigt haben. Freilich wurde dies alles teuer erkaufte. Die persönlichen Belastungen waren erheblich.

### Liberal trotz der 68er

In Bezug auf die gesamtgesellschaftliche Wirkung der 68er-Bewegung fällt mein Urteil eher zurückhaltend aus. Die konkreten Ereignisse des Jahres 1968 galten nicht der Hochschulreform oder der Gesellschaftspolitik. Soweit sie überhaupt Reformen beabsichtigten, wurden diese nicht realisiert. Sie hatten allerdings eine positive Wirkung als Signal dafür, dass Reformen notwendig sind. Insofern stärkten sie die Reformkräfte und brachten so die Reformen zu mehr Liberalität schneller voran, obwohl diese von den 68ern als technokratisch abgelehnt wurden. Das Problem waren die politischen Ziele der Mehrheit

der linken studentischen Gruppen, die sich zumindest in den 70er Jahren nicht für mehr Liberalität oder mehr Demokratie einsetzten, sondern an kommunistischen Systemen sowjetischer oder maoistischer Prägung orientierten. Abwehr der 68er war deshalb Verteidigung der liberalen Demokratie und an der Universität Verteidigung der akademischen Freiheit.

Leider führte die Demokratisierung in vielen Hochschulen zusammen mit den Unruhen des Jahrzehnts nach 1968 in großen Teilen der Professorenschaft zu einer Bunkermentalität, die weitere Reformen und wissenschaftliche Vielfalt behinderte. Die Pluralität, die vor 1968 deutsche Fakultäten prägte, wurde nun als Gefahr in der universitären Auseinandersetzung angesehen. Bei Berufungen kam es jetzt darauf an, dass man sich auf den Kollegen in Bezug auf seine Grundanschauungen verlassen konnte. Das war ein Rückschritt, weil der wissenschaftliche Fortschritt auf unterschiedliche Positionen angewiesen ist.

Die Frage, ob die positiven oder negativen Auswirkungen dominieren, ist nicht einfach zu beantworten. Im politischen Raum kam es zur Ablösung der sozialliberalen Koalition Helmut Schmidts. Unter ihm hatte die Reformfreudigkeit bereits abgenommen. Vielleicht wäre es ohnehin dazu gekommen, aber ich will nicht ausschließen, dass die 68er-Bewegung dazu beigetragen hat.



KULTUR,  
SPRACHE,  
GESELLSCHAFT

# Steine & Scherben, Onkelz & Türen

## Ist 68 schuld an Frankfurts verheerender Poplosigkeit?

von Klaus Walter

**K**urz vor Mitternacht am 2. April 1968 bricht im Kaufhaus M. Schneider auf der Zeil ein Feuer aus. Kurz darauf ertönt der Feueralarm im Kaufhof an der Hauptwache. Menschen werden nicht verletzt, der Schaden beträgt nach heutigem Geldwert rund eine Million Euro. Unter den Tätern sind Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Beide werden zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Brandanschläge auf die Frankfurter Kaufhäuser sind die Geburtsstunde der Roten Armee Fraktion – das wissen wir heute. Im April 68, weiß zunächst niemand, wer oder was dahinter steckt. Ein Brandanschlag auf einen Konsumtempel, bei dem keine Menschen zu Schaden kommen – so eine Aktion stößt bei vielen auf Verständnis. Anfang der Siebziger sympathisiert etwa ein Viertel der jungen Deutschen mit der RAF. Beim Prozess veralbern Ensslin und Baader das Gericht, sie treten auf wie Popstars. Oder wie Kingangster, ein bisschen Seberg & Belmondo in »Außer Atem«, ein bisschen Dunaway & Beatty in »Bonnie & Clyde«. Der Pop-Appeal der frühen RAF spiegelt sich in vielen Popsongs. Nicht nur deutschsprachige Künstler wie Jan Delay, FSK (Freiwillige Selbstkontrolle) oder die Goldenen Zitronen machen dieses Kapitel des 68er-Erbes zum Thema. Auch Brian Eno und Phil Collins – nicht der Künstler, der Genesis-Drummer – haben eine RAF-Vergangenheit. Mit Judy Nylon und Patti Palladin alias Snatch produzieren sie 1977 den Track »R.A.F.«, dabei sampeln sie Telefon-O-Töne mutmaßlicher RAF-Leute, die vom BKA zu Fahndungszwecken verbreitet wurden. Phil Collins darf man unterstellen, dass er nicht wusste, dass es sich bei der RAF nicht um die Royal Air Force handelte. Brian Eno dagegen darf man unterstellen, dass er wusste, was er tat. 1976 hatte ein Kommando der PFLP (Volksfront zur Befreiung

Palästinas) ein Flugzeug nach Entebbe entführt, um unter anderen auch RAF-Leute freizupressen. Unterstützt wurde die Aktion von den deutschen Genossen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann. Dabei kam es zu einer Selektion: Sämtliche Geiseln, die die Entführer als nicht-jüdisch bzw. nichtisraelisch identifizierten, wurden vorzeitig freigelassen. »Diese Selektion wurde von den deutschen Terroristen Böse und Kuhlmann übernommen. Als ein Holocaustüberlebender Böse dabei seine eintätowierte Häftlingsnummer zeigte und ihn so an die Selektion in den Konzentrationslagern erinnerte, erwiderte Böse auf den darin implizierten Vorwurf, er sei kein Nazi, sondern Idealist.« (Wikipedia) Der 1949 in Bad Cannstatt geborene Wilfried Böse studierte in Frankfurt Soziologie und arbeitete beim Verlag Roter Stern. Dort lernte er Johannes Weinrich kennen, mit dem er 1972 die Revolutionären Zellen gründete. 1975 gingen Böse und Weinrich in den Untergrund und genossen eine Guerilla-Ausbildung bei der PFLP. Brian Eno, Mitschöpfer des »R.A.F.«-Tracks, ist heute neben Roger Waters Aktivist von BDS (Boycott, Divestment, Sanctions). Die Organisation fordert dazu auf, nicht bei Juden zu kaufen, pardon, den Staat Israel zu boykottieren. Roger Waters sieht derweil kein Problem, 2018 in Budapest und Moskau aufzutreten. Eno und Waters sind keine Einzelfälle, für BDS engagieren sich auch Jarvis Cocker, Kate Tempest oder Robert Wyatt. Antisemitische bzw. »israelkritische« Strömungen in der britischen Linken sind ein Relikt ihrer antikolonialen und antiimperialistischen Geschichte. Ein bisschen RAF-Folklore macht sich da ganz dekorativ. Die britische Band Chumbawamba fragt 1990 in ihrem Song »Ulrike«, was wohl aus der RAF-Gründerin geworden wäre. »Who wants to be a green

**1** Der Sound der Gegenkultur: Die Doors spielen 1968 für die ZDF-Sendung »4-3-2-1 Hot and Sweet« vor dem Römer.



MP?«. Wer möchte für die Grünen im Parlament sitzen? Die Antwort liefern Chumbawamba gleich mit: »I don't«.

### Geschichtsklitterung der Frankfurter Linken

Damit treffen sie einen wunden Punkt der deutschen, namentlich der Frankfurter Linken: die nachträgliche Exkommunizierung der RAF durch ehemalige (Weg-)Genossen, die heute in Machtpositionen sitzen, Grüne im Parlament, Minister, Präsidenten. Für diesen Karrierepreis müssen die einstigen Linksradikalen ausblenden, wie nah sie selbst dran waren, am bewaffneten Kampf in den Siebzigern. Wie zufällig die einen bei RAF oder RZ (Revolutionäre Zellen) landeten und die anderen vom RK – dem Revolutionären Kampf, der Organisation der Frankfurter Spontis um Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer – so gerade eben die Kurve gekriegt haben in Richtung Green MP. Aus Ulrike Meinhof wurde keine Grüne, sie starb am 9. Mai 1976 im Gefängnis in Stammheim. Am Tag darauf gab es in Frankfurt eine große Demonstration: »Ulrike, das war Mord!« Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde ein Polizist durch einen Molotow-Cocktail lebensgefährlich verletzt. Der Werfer der Brandflasche wurde nie gefunden, verdächtigt wurde zunächst die sogenannte Putzgruppe des RK um Joschka Fischer (»Ich war einer der letzten Rock'n'Roller der deutschen Politik«), Johnny Klinke und Ralf Scheffler. Als Leiter des Frankfurter Tigerpalastes zählt Klinke heute zur Lokalprominenz und unterstützte 2012 bei der Oberbürgermeisterwahl den CDU-Kandidaten Boris Rhein mit dem Slogan: »Boris Rhein ist nicht Roland Koch«. Scheffler managt seit Jahr-

zehnten die Frankfurter Batschkapp und betrieb in dieser Funktion die Metamorphose vom linken Spontizentrum zur kommerziell erfolgreichen Veranstaltungsbühne, komplett mit »Narrenkapp-Faschingsparty« und »80er90er00er-Ohrwürmerparty«. Was wäre geschehen, wäre der Polizist bei der Meinhof-Demo gestorben? Wäre der Molotow-Cocktail-Werfer gefunden worden, wie wäre sein weiteres Leben verlaufen? Müsste die Geschichte der BRD neu geschrieben werden? Die RAF, das waren nicht *Sechs gegen Sechzig Millionen*, wie Heinrich Böll formulierte. Die RAF entwickelte sich aus der Außerparlamentarischen Linken post 68 und genoss zunächst viele Sympathien in der Neuen Linken. Wenn heute ehemalige Linke an der geschichtsklitternden nachträglichen Exkommunizierung festhalten, dann tun sie das vor allem: im eigenen Interesse. Und im Interesse der eigenen Deutungshoheit. Mit seiner breitbeinigen Selbstverortung als letzter Rock'n'Roller der deutschen Politik beansprucht Fischer die doppelte Definitionsmacht: Ich weiß, wie Rock'n'Roll geht und ich weiß wie Politik geht! Und ich werde mir diese hegemoniale Position nicht von dahergelaufenen Nachgeborenen nehmen lassen. Es liegt auch an machtversessenen Männern wie Fischer, Klinke und Scheffler, dass der Schatten von 68 in keiner deutschen Großstadt so lang ist wie in Frankfurt und dass in keiner deutschen Großstadt popkulturell seit 68 so wenig Aufregendes passiert ist wie in Frankfurt. Was passiert ist: Die Böhsen Onkelz aus Frankfurt wurden zu einer der populärsten Bands im wiedervereinigten Deutschland. Eine biedere Hardrock-Band mit vielen rechten Fans. In sogenannten national befreiten Zonen gehören Onkelz-Shirts nach wie vor zum Dresscode, auch wenn die Band sich in offiziellen Statements von ihrer Vergangenheit distanziert. Der Siegeszug der Onkelz ist auch eine Spätfolge von 68 in Frankfurt.

### Etablierte Gegenkultur marginalisiert Punk

Die nächste große kulturelle und politische Zäsur nach 1968 passiert 1976/77, ihr Name ist Punk. In der Bundesrepublik Deutschland hat Punk nicht die Strahlkraft und Wirkmacht wie in Großbritannien. Dort trifft Punk auf den am Horizont aufziehenden Thatcherismus und wird stark gemacht von mächtigen Pop-Medien. In der alten BRD bleibt Punk über Jahre ein marginales, subkulturelles Phänomen, so marginal, dass sich in gewissen linken Milieus lange Zeit das Gerücht hält, Punk sei rechts, rassistisch oder gleich Nazi. Auch in der Frankfurter Sponti-Szene. Wie in der Mauerstadt Berlin, der UK-affinen Hafenstadt Hamburg und dem japanoiden Düsseldorf der Fehlfarben machte Punk in Frankfurt in den späten Siebzigern Ärger.

2 In gewissen linken Milieus hält sich lange Zeit das Gerücht, Punk sei rechts, rassistisch oder gleich Nazi – auch in der Frankfurter Sponti-Szene. Die britische Punkband The Sex Pistols (1977).

Hippie-Bashing & Hippies-Jagen auf dem Flohmarkt, ein großer Samstags-Spaß für junge Punks. Identitätsstiftende, eigentlich harmlose Abgrenzungs- und Ablösungsrituale. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass die politisch imprägnierten Hippies in Frankfurt resistenter waren als ihre softeren Artgenossen in Restdeutschland. Dass diese hedonistische Linke im speziellen Lokal-Format Sponti-Szene keineswegs bereit war, ihre seit 1967 akkumulierte Macht über Definitionen und Räume, über Logistik und Infrastruktur an ein paar dahergelaufene Kurzhaarträger abzugeben. In Frankfurt stellten die Spontis bis in die späten Siebziger das dominierende und attraktivste Gegenmilieu. Länger als anderswo waren sie im Besitz von Politik und Musik, Sex, Drogen, Straßenfights, Medien und Locations. Auf eine derart form(at)ierte, wertkonservative, inzwischen den Status eines urbanen Machtfaktors anvisierende Szene trifft also plötzlich das Gerücht Punk. Von aggressiven Umgangsformen ist die Rede, von spuckenden Typen mit sicherheitsnadeldurchbohrten Visagen. Attitüden und Haltungen, die zwar strukturell den rebellischen Erfahrungen der rockistischen Altspontis ähneln, in ihren Erscheinungsformen – Haare, Ästhetik, Künstlichkeit etc. – diesen jedoch diametral gegenüberstehen. Diesen Widerspruch muss die Szene auflösen.

Aus Gründen der Machterhaltung müssen die Herren der subkulturellen Hegemonie, die *Hippies in Control*, die Infragestellung ihres Terrains durch eine neue Alterskohorte, eine neue Bewegung, die ihrerseits handschlagartig ein Monopol auf harte, aggressive Musik & Attitudes beansprucht, bekämpfen und abwehren.

Dies geschieht auf drei Arten:

- Ignorieren: Man setzt seine eigene Biografie als allfällig gültige Matrix von Rebellion. Entweder es läuft nach unserem Muster, oder es läuft gar nicht. Diese Ignoranz wird flankiert von der (Nicht-)Rezeption von Punk in der BRD. Entweder schweigen die Medien oder sie verbreiten Unsinn.

- Ausgrenzen: Um Punk pauschal unter Naziverdacht zu stellen, kommen Fotos von Siouxsie und Sid Vicious mit Hakenkreuzen ebenso gelegen wie Berichte von National-Front-Aktivistinnen bei Sham-69-Konzerten. Eric Claptons Flirt mit der National Front zur selben Zeit wird weniger ernst genommen. Der hatte ja den Sheriff erschossen.

- Integrieren: Nachdem der Angriff von Punk auf die Rockkulturindustrie abgewehrt ist, greift die integrative Methode. Post festum wird Punk als erfrischendes Update der Rolling Stones eingemeindet. It's only rock'n roll but I like it. Ein Ort dieser historischen Bewältigung ist die Batschkapp. Das ehemalige Kino in

Eschersheim wurde Ende der 70er von einer erodierenden Sponti-Szene angemietet. Nach dem Schock des Deutschen Herbstes und dem Tod der RAF-Gefangenen im Oktober 1977 waren Fundamente und Gewissheiten linksradikaler Politik ins Wanken geraten. Und die Universität als logistisches Zentrum, als Safe Space der Szene gleich mit. Der Umzug vom halbwegs öffentlichen Raum Uni im citynahen Bockenheim im Magnetfeld der Häuserkämpfe, in den quasi privaten Raum Batschkapp im verschlafenen Suburb, markiert eine Wende in der Geschichte Frankfurter Subkulturen. Zunächst tagt in der Batschkapp das Sponti-Plenum, bald darauf halten alternative Theatergruppen Einzug, mit Brühwarm auch die junge Schwulenzbewegung. Aus der Sponti-Szene selbst entspringt Karl Napps Chaos Theater, zunächst als selbstreferentielle Bearbeitungsplattform des eigenen Scheiterns, wobei womöglich genau damals genau dort damit angefangen wurde, Scheitern nicht mehr ohne den Zusatz »als Chance« zu denken, eine der vielen ursprünglich linken bis libertären Parolen, die mit der

3 Der Erfolg der Böhsen Onkelz – ein Resultat von 68? Böhsen Onkelz (1998).





4 »Ich war einer der letzten Rock 'n' Roller der deutschen Politik«. Joschka Fischer als Abgeordneter im Deutschen Bundestag (1984).

Zeit von rechts bis neoliberal gehijackt und umcodiert wurden, siehe auch: »sich neu erfinden«. Von Karl Napps Chaos Theater bleibt schließlich Matthias Beltz übrig als Repräsentant eines mal irgendwie links gewesenen Frankfurtersischen Humors. Anfang der Achtziger kommen die ersten Rockbands nach Eschersheim, die Batschkapp wird Konzerthalle und Diskothek. Für Kontinuität im Wandel steht Ralf Scheffler, Alt-Sponti und Kumpel von Fischer, Klinke & Co. Anfangs ist Scheffler einer von vielen im Kollektiv, recht bald Primus inter Pares und sehr bald unangefochtener Boss der Batschkapp, bossige Allüren inklusive.

#### Unaufhaltsamer Aufstieg der »Hippies in control«

Die Struktur des Funktionswandels von politischem Zentrum über alternative Kulturstätte hin zur kommerziellen Mehrzweckhalle darf als frankfurtypisch gelten. Langer Marsch in die Institution absolviert, Klassenziel erreicht.

Die subkulturelle Hegemonie der Sponti-Szene in Frankfurt kann durch Punk nicht erschüttert werden. Nirgendwo sonst bleibt die alte Sponti-Linke so lange *in control*, so dominant als Immer-Noch-Jugendkultur. Diese Punk-never-happened-History unterscheidet Frankfurt von anderen deutschen Großstädten. Sie ist auch eine Ursache für die sagenhafte Poplosigkeit dieser Stadt. Die wurde erst durch die – widerspruchreiche – Erfolgsgeschichte von Frankfurt als Techno-Boomtown beendet. Punk never happened ist auch Voraussetzung für die gelungene Transformation der Spontilinken zur »linksradikalen Neu-Aristokratie«. Auf diese bestechende Formulierung kam der ehemalige Tempo-Autor Matthias Horx. Heute nennt er sich Trendforscher, in den späten 70ern war

Horx Mitgründer des Uni-Sponti-Organs Fuzzy, aus dem sich später das Stadtmagazin »Pflasterstrand« entwickelte. Vermutlich meinte Rudolf Bahro diese »linksradikale Neu-Aristokratie«, als er von einer »alternativen Bourgeoisie« sprach.

Die Kehrseite der Sponti-Hegemonie zeigt sich in den achtziger Jahren: Ihr bornierter Konservatismus in ästhetischen Fragen führt dazu, dass künstlerisch interessantere Strömungen und Gruppierungen sich von dieser Linken distanzieren, dass sie ihre Distanz, Opposition oder Dissidenz »unpolitisch«, oder »antipolitisch« codieren. Oder gleich »rechts«.

Das Frankfurter Hippie-Establishment ist links und intellektuell, also schütten die wenigen Frankfurter Punks das Kind mit dem Bad aus und rebellieren gegen linke Intelligenz, also gegen Linke und gegen Intelligenz. Strategisch inszenierte Biertrinker-Dumpfkopf-No-Future-Attitudes von englischen Vorbildern werden so gründlich und ernsthaft kopiert, bis nur noch richtiges, ödes Leben übrig bleibt. Wenn Londoner Art-School-Punks wie Siouxsie Sioux Nazi-Paraphernalia mit SM-Schnickschnack und Crossdressing kombinieren, dann treffen solche Style-Manöver auf ein zeichenkundiges Publi-

### AUF DEN PUNK GEBRACHT

- In Frankfurt stagniert seit 1968 die popkulturelle Entwicklung, weil die allmählich zum kulturellen Establishment aufsteigende linke Sponti-Fraktion ihren liebgewonnenen Protest-Sound gewissermaßen institutionalisiert.
- Auch als der Sound der Stones, Doors & Co in die Jahre gekommen ist und seinen gegenkulturellen Nimbus längst eingebüßt hat, werden neue Bewegungen wie Punk und New Wave in Frankfurt ignoriert oder bekämpft.
- Bands wie die aus Frankfurt stammenden Böhse Onkelz übernehmen die Provokationen, nicht aber das zeichenhafte Spiel damit von ihren britischen Punk-Vorbildern. Mit rechten Symbolen und rassistischen Texten suchen sie die Konfrontation mit den Frankfurter Linken.
- Nach der Wiedervereinigung erschließen sich die Böhse Onkelz mit ihrem Skandalimage bundesweit einen großen Zuspruch rechter Rockfans; schließlich wird die Band, nachdem sie sich offiziell von ihren radikalen Texten distanziert hat, von führenden Kulturmachern und Politikern sogar rehabilitiert.

kum. Wo Maskerade und (De-)Konstruktion zur Party gehören, werden Beimwortnehmer zu Spaßverderbern, die keinen Kontext kapieren. Anders in Frankfurt: Hier sind die 70er 1980 noch lange nicht zu Ende. Ton Steine Scherben, Doors und Stones liefern den allmählich staatstragenden Soundtrack zur Hegemonie einer Szene, die erste Nachrichten von einer Jugendrevolte namens Punk argwöhnisch zur Kenntnis nimmt. Droht da Rebellenkonkurrenz?

Was folgt, ist ein komplementäres, am Ende für beide Seiten produktives Missverständnis: Die Sponti-Elite missversteht und diskreditiert Punk bewusst als Naziding und behauptet so ihre subkulturelle Vormachtstellung. Auf der anderen Seite übertragen ein paar Teenage Prolls vom Frankfurter Berg die hochcodierte Distinktions-Dramaturgie von Londoner Bühnen eins zu eins ins hessische Pop-Sibirien. Sie nennen sich Böhse Onkelz, flirten mit Swastikas und spielen Hippie-Bashing. Und kriegen prompt eins zu eins in die Fresse von wehrhaften Polit-Hippies. So kriegen pubertäre Provo-Punk-Witze plötzlich einen unhintergehbaren Ernst.

»Türken raus, Türken raus, Türkenfotze naßrasiert, Türkenfotze glattrasiert, Nur bis jetzt haben immer die Kanaken gesiegt. Deutschland den Deutschen!« (Böhse Onkelz)

### Schicksalsgemeinschaft der vermeintlich Deklassierten

Mit solchen Texten bauen sich die zu Skinheads konvertierten Onkelz – »Die Hippies haben Punk kaputtgemacht«, Stephan Weidner, Kopf der Onkelz – in den Achtzigern eine Fangemeinde auf, in der BRD und in der DDR, wo ihre Platten im Untergrund kursieren. Beschlagnahmen, Zensur, Auftrittsverbote staatlicherseits und mit klassistischer Herablassung unterfütterte Distinktionsgesten seitens der alten Hippieinken schweißen Band und Fans zu einer Schicksalsgemeinschaft der vermeintlich Deklassierten zusammen – darüber werden die Onkelz zu einer der reichsten Bands des Landes.

Im Schulterchluss mit ihren Idolen bildet die Fangemeinde der Onkelz eine blutsbrüderchaftliche Schutz- & Trutz-Truppe gegen die feindliche Außenwelt.

Notorisch Zukurzgekommene und aus dem Diskurs Gefallene finden hier Anschluss, sie sind »Willkommen im Reich der Onkelz«, wie es in einem Song heißt. Aufgenommen werden Wiedervereinigungsentwurzelte, vermeintliche Globalisierungsverlierer und Modernisierungsoffer mitsamt ihren Sentiments und Ressentiments. Wenn sich gelegentlich aus der Mitte dieses verschworenen Haufens eine Sturmabteilung zum Fidschiklatschen oder Dönermorden löst, dann sind dafür nicht die Onkelz verantwortlich. Das komplementäre Missverständnis zwischen Onkelz

und Spontis erlebt 1992/93 ein spätes Happy End. Im Winter der Lichterketten nach Rostock-Lichtenhagen startet Frankfurts Dezernent für Multikulturelles, Sponti-Altstar Daniel Cohn-Bendit, mit seinem Fellow-Sponti-Altstar Matthias Beltz eine Kampagne, um den angeblich geläuterten Onkelz in ihrer Heimatstadt Auftrittsmöglichkeiten zu verschaffen. Somit verdankt die Lieblingsband der männerbündelnden, homophoben und rassistischen Deutschen Rechten ihre Rehabilitation zwei ehemaligen Linksradikalen, darunter einem deutschfranzösischen Juden. Und einem Schwulen sowie einer lesbischen Feministin. Alfred Biolek und Alice Schwarzer zeigten sich in ihren Talkshows angegan von der subproletarischen Authentizität und dem raubeinigen Charme von Onkelz-Chef Stephan Weidner. So gesehen ist der Erfolg der Böhse Onkelz auch ein Resultat von 68. Wer ärgert sich wohl mehr über diesen Befund: die Onkelz oder die 68er? ●



### Der Autor

**Klaus Walter**, Jahrgang 1955, lebt in Frankfurt am Main und schreibt seit Mitte der 1970er Jahre über Popkultur, Fußball und Politik. In den 1980er Jahren war er Redakteur bei der Zeitschrift Pflasterstrand, seit 1984 Radio-DJ beim Hessischen Rundfunk. Seine Sendung »Der Ball ist rund« wurde von den Lesern der Fachzeitschriften »Spex« und »Intro« mehrfach zur besten Radiosendung Deutschlands gewählt. Seit 2008 arbeitet Walter als Redakteur und Moderator beim Internetradio ByteFM, unter anderem gestaltet er die Sendung »Was ist Musik«. 2005 erschien »Plattenspieler«, ein gemeinsames Gesprächsbuch mit Frank Witzel und Thomas Meinecke, 2009 kam die Fortsetzung unter dem Titel »Die Bundesrepublik Deutschland.« Seit den neunziger Jahren gibt Klaus Walter regelmäßig Workshops und Seminare zu Pop und Radio, unter anderem an der Goethe-Universität im Rahmen des Fortbildungsprogramms Buch- und Medien-Praxis. Zurzeit arbeitet Walter an einem Buch über die Geschichte Frankfurter Subkulturen.



# Kunst der Revolte – Revolte der Kunst

Die Goethe-Universität als  
Schauplatz des ästhetischen  
Aufbruchs

von Michaela Filla-Raquin

Als Ort der legendären Studentenbewegung ist der Campus Bockenheim der Goethe-Universität fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Doch kaum jemand weiß noch, dass das Quartier in den 1960er Jahren auch Schauplatz einer ästhetischen Revolte war.

Wer weiß heute zum Beispiel, dass Daniel Spoerri legendäre Eat-Art-Restaurants und Bankette im ehemaligen Studentencafé ihren Ausgang nahmen? Oder dass bedeutende Vertreter der Fluxus- und Happening-Bewegung wie Nam June Paik, Charlotte Moorman, Wolf Vostell, Dick Higgins und Alison Knowles im Studierendenhaus Aktionen durchführten? Auch ist kaum noch bekannt, dass die Frankfurter Studentenzeitung »diskus« in den 1960er Jahren nicht nur ein Organ linker Freidenker war, sondern auch ein weit über Frankfurt hinaus bekanntes Forum der künstlerischen Avantgarde.

Nukleus des kulturellen Lebens auf dem Campus war das Studierendenhaus, das damals freilich noch Studentenhaus hieß. Neben der Redaktion des »diskus« waren auch die auf nationalen wie internationalen Festivals gefeierte »neue bühne« und die in der Bundesrepublik einzigartige studentische Initiative für neue Tendenzen in der Bildenden Kunst, die »studiogalerie«, hier ansässig. Im Laufe der 1960er Jahre entwickelte sich dieses Quartier einer literarisch-ästhetischen Alternative zu einem

1 Installationsansicht der Ausstellung *Serielle Formationen in der »studiogalerie«*, 1967. Kunstrichtungen, die an der Objektform festhielten, galten den protestierenden Studenten später als »konterrevolutionär«.

Schauplatz der politischen Revolte. Die dort vorhandenen kulturellen Initiativen haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Sie sind aus der Bewegung hervorgegangen und haben sie zugleich auch angetrieben.

### Theater der Neugierigen

Die »neue bühne« wurde 1953 kurz nach der Einweihung des neuen Studentenhauses von Matthias Büttner und Ulrich Hüls gegründet. Anfangs standen »literarische Ausgrabungen« (z. B. »Die Matrone von Ephesus«/»Ein Phoenix zuviel« von Lessing) und modernes Theater (wie Jean Cocteau »Taschentheater«) auf dem Programm. Als der damalige Literaturstudent und spätere Verleger Karlheinz Braun 1957 die Leitung übernahm, kamen Uraufführungen von Texten junger Autoren wie Günter Grass und Wolfgang Hildesheimer hinzu. Mit Stücken von Bertolt Brecht und aktuellen Autoren übte die »neue bühne« schon zu Beginn der 1960er Jahre Kritik an einer scheinbar erfolgreichen, wirtschaftlich prosperierenden Gesellschaft, die im Grunde aber in soziale und politische Widersprüche verstrickt war. Aufsehen erregte die »neue bühne« z. B. mit dem Stück »Die ehrbare Dirne« von Jean-Paul Sartre (1960), »Das Leiden Israels. Eli« von Nelly Sachs (1961), das die nationalsozialistischen Verbrechen thematisierte, oder »Schau auf Deutschland. Eine zeitkritische Revue mit Texten von Hans Magnus Enzensberger, Berthold Brecht, Martin Walser, Peter Weiss und anderen« (1964). Die »neue bühne« behandelte mit diesen und anderen Stücken brisante Themen wie Rassendiskriminierung, die verdrängte NS-Vergangenheit oder auch den wiedererstarkenden Nationalismus. Bemerkenswert waren auch die Bühnenbilder. Gunthard Lamche, ein junger Architekt, der nach seinem Studium an der Hochschule für Gestaltung Ulm

2 Die Fotografie von Inge Werth zeigt Nam June Paik und Charlotte Moormann 1965 bei einem Fluxuskonzert in der »studiogalerie«.



als Assistent von Ferdinand Kramer, dem damaligen Baudirektor der Universität, nach Frankfurt gekommen war, baute für die Uraufführung von Günter Grass' erstem inszenierten Stück »Hochwasser« 1957 eine Bühnenarchitektur komplett aus Stahlrohren. Das war überaus progressiv in einer Zeit, in der Bühnenbilder üblicherweise gemalt wurden.

### AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Das Frankfurter Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim entwickelte sich in den 1960er Jahren vom Quartier einer literarisch-ästhetischen Alternative zum Schauplatz der politischen Revolte.
- Die hier ansässigen kulturellen Initiativen »neue bühne«, »diskus«, »studiogalerie« haben zu dieser Entwicklung beigetragen, indem sie die etablierte Ordnung durch neue kulturelle Ideale und Formen von Gegenöffentlichkeit infrage stellten.
- In dem Maße, in dem sich die Studentenbewegung nach der Erschießung Benno Ohnesorgs im Juni 1967 und dem Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 verstärkt der politischen Praxis zuwandte, schwand ihr Interesse an künstlerischen, nicht explizit politischen Ausdrucksformen.

Die Kontakte der »neuen bühne« zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren seit Beginn der 1960er Jahre eng. In dem 1964 abgerissenen Studentenwohnheim an der Ginnheimer Landstraße (an dessen Stelle der Architekt Paul Posensenske das heutige setzte) wohnten neben Mitgliedern der »neuen bühne« auch Mitglieder des SDS, so auch das Ehepaar Lamche. Die Grafikerin Ann Lamche gestaltete die seit 1961 erscheinende Theoriezeitschrift des SDS »neue kritik«. Wie die der »neuen kritik« sehr ähnlichen Programmhefte der »neuen bühne« zeigen, wurden hier parallel die vom Bauhaus inspirierte quadratische Form und die programmatische Kleinschreibung eingesetzt. Laut Karlheinz Braun gehörte der SDS zum Stammpublikum der »neuen bühne«. Günther Rühle bezeichnet das studentische Theater der frühen 1960er Jahre gar als Nährboden für den SDS, der die Revolte der Studenten später anführte. Die Radikalisierung der studentischen Bewegung nach der Ermordung Benno Ohnesorgs im Juni 1967 wirkte sich aber auch

umgekehrt auf das studentische Theater aus. Mitglieder der »neuen bühne« schlossen sich den Unruhen an, agierten nun auch im öffentlichen Raum bei Protestveranstaltungen des sozialistischen Straßentheaters.

### Ein Feuilleton wird zum Vorbote sozialer Umbrüche

Ab 1951 erschien der »diskus« als Zeitung von Studenten für Studenten. Die besondere Funktion dieser Studentenzeitung lag über fast zwei Jahrzehnte darin, dass sie die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Bundesrepublik auf verschiedenen Gebieten widerspiegelte und sich seit Ende der 1950er Jahre zugleich zu einem Forum der künstlerischen und literarischen Avantgarde entwickelte. Neben der Berichterstattung zu rein studentischen Themen wie Hochschulpolitik oder Studentenalltag fand hier in den 1960er Jahren eine kritisch-kontroverse Auseinandersetzung mit Gegenwartsproblemen politischer, gesellschaftlicher und kultureller Art statt. Zu den immer öfter in konservativen Kreisen Empörung auslösenden Inhalten – beispielsweise wurde auf die nationalsozialistische Vergangenheit einiger Professoren hingewiesen – passte das 1960 eingeführte, ebenfalls vom Bauhaus inspirierte avantgardistische Layout.

Die Redakteure des »diskus«, seit 1959 insbesondere Ror Wolf, bauten zudem das Feuilleton immer weiter aus. Hier erschienen nicht nur Formexperimente der Konkreten Poesie, unter anderem von Franz Mon, Ferdinand Kriwet und Pierre Garnier, sondern auch Erstveröffentlichungen junger, experimenteller Autoren wie Peter Weiss, Bazon Brock und Peter Handke. Die Titel- und Rückseiten wurden meist von Künstlern und Grafikern, darunter Peter Roehr, Thomas Bayrle oder Hans Hillmann, gestaltet. Außerdem war die an sozialen Themen interessierte Abisag Tüllmann seit Ende der 1950er Jahre bis in die Mitte der 1960er hinein die Hauptfotografin des »diskus«. Besprechungen marxistischer Theorie, dadaistisch anmutende Collagen, die den bürgerlichen Wertekosmos ironisch kommentierten, und bald auch Phänomene der Popkultur gehörten ebenso zu einer im »diskus« versammelten Bewegung, die die erstarrte Gesellschaft der Adenauerzeit zum Tanzen bringen wollte.

Auch für den »diskus« blieb die nach den Berliner Ereignissen zu beobachtende verstärkte Ausrichtung der Bewegung auf die politische Praxis nicht ohne Konsequenzen. Hatte das Feuilleton bis dahin noch eine große Rolle gespielt, verschoben sich die Gewichte nun zugunsten der Politik. Obwohl sich die Beiträge im Kulturteil als Angriff auf die bürgerliche Kultur verstanden, hatten sie sich noch in deren Rahmen bewegt. Was laut Tim Darmstädter die

Spannung ergab, der der gesamte »diskus« seine Form verdankte, wurde ihm schließlich zum Verhängnis. Bereits in der siebten Ausgabe von 1968 wurde der bürgerlichen Kultur demonstrativ der Kampf angesagt, das Feuilleton abgeschafft und Kunst zur »Scheiße« erklärt. Die Parole dazu lautete: »Zerschlagt den »diskus« und macht einen neuen.«

### Die »studiogalerie« als Gegeninstitution

Eine weitere kulturelle Initiative an der Universität, deren Geschichte eng mit der Studentenbewegung verknüpft ist, war die »studiogalerie«, die von 1964 bis 1968 über neueste Entwicklungen in der damaligen Kunst informierte. Die Initiatoren schufen mit der vom ASTA finanzierten, nicht kommerziellen Galerie einen Raum für Positionen, die nur zögerlich und im kulturpolitisch konservativen Frankfurt

3 »Insgesamt ging es den Künstlern und Intellektuellen in den 60er Jahren nicht um Provokation, sondern um Evokation«: Bazon Brock, hier 1962 mit Blätterbuch. Ein Bild aus dem Privatarchiv von Hartmut Rekor.



3

noch viel später als anderswo als Kunst anerkannt wurden. Die in der »studiogalerie« ausgestellten Werke und gezeigten Aktionen spiegelten ein neues Bewusstsein gegenüber den Auswirkungen des technologischen Fortschritts auf die soziale Wirklichkeit.

Aktionsformen wie Fluxus und Happening schufen ein Klima des Widerstands und Aufbruchs und gingen schließlich sogar in studentischen Protestformen auf. Wichtige Vertreter dieser Strömungen, die an der Grenze zur Wirklichkeit operierten und statt dem abgeschlossenen Werk Situationen kreierten, waren Nam



4



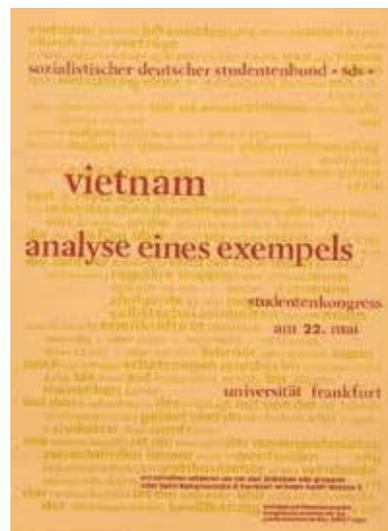
5



6



7



8

4 DISKUS-Titelblatt der Ausgabe 6/1962  
5 Bazon Brocks und Hermann Göpferts Donnerstagsmanifest von 1962

6 Programmheft der »neuen bühne«, 1961  
7 DISKUS-Titelblatt der Ausgabe 5/1967  
8 Eberhard Fiebig, Plakat zum Frankfurter Vietnamkongress 1966

June Paik und Charlotte Moormann, die gleich zweimal jeweils im Sommer 1965 und 1966 in der »studiogalerie« performten. Mit seinen Fluxus-Konzerten griff das Duo etablierte Kulturideale an und stellte die traditionelle Musik infrage, indem es technische Geräte und Geräusche einbezog, klassische Instrumente zerstörte und eine bis dahin nicht gekannte Freizügigkeit vorführte. Auch im Zuge des studentischen Protests wurden Symbole zerstört und Bilder gestürmt. Während der Präsidiumsbesetzung der Goethe-Universität im Mai 1968 rissen die Studenten die Talare ihrer Professoren aus den Schränken und demonstrierten damit ihre Ablehnung gegenüber tradierten Hierarchien. Obwohl gerade Fluxus und Happening den jungen Leuten ein neues Lebensgefühl vermittelten, waren auch diese Formen, da sie nicht explizit politisch waren, vielen Revolütierenden in der späten Phase der Bewegung suspekt. Kunstrichtungen, die an der Objektform festhielten, wie Minimal Art und Konzeptkunst aus Ost und West, die die »studiogalerie« 1967 in zwei Gruppenausstellungen (»Serielle Formationen«, kuratiert von Peter Roehr und Paul Menz, und »Konstruktive Tendenzen aus der Tschechoslowakei«, kuratiert von Hans-Peter Riese) zeigte, wurden von den immer stärker politisierten Studenten sogar als »konterrevolutionär« abgelehnt.

Von den hier kurz skizzierten studentischen Initiativen erfährt vor allem die »studiogalerie« neuerdings große Aufmerksamkeit. Eine Re-Inszenierung der Ausstellung »Serielle Formationen 1967« in der »studiogalerie« wurde im vergangenen Jahr von der Daimler Art Collection Berlin realisiert. Im Museum Giersch der Goethe-Universität widmet sich seit März eine Übersichtsschau der Geschichte der »studiogalerie« von 1964 bis 1968. Von März bis Mai zeigte die Ausstellung »Kunst der Revolte // Revolte der Kunst« im Studierendenhaus und im Ausstellungsraum des Universitätsarchivs Dante 9 die Aktivitäten der »studiogalerie« sowie der anderen studentischen Initiativen im Kontext der kulturellen und politischen Ereignisse in Frankfurt. Letztere machte vor allem auch die Akteure hinter den Ereignissen sichtbar.

### Vorgänge werden zu Kunstwerken erklärt

Ein für Frankfurt und auch den studentischen Kontext sehr wichtiger Impulsgeber und Netzwerker für die überregionale und internationale Kunstszene war der Künstler und spätere Professor für Ästhetik Bazon Brock, der bei Adorno studierte und schon zu Beginn der 1960er Jahre mit ungewöhnlichen Aktionen auffiel. Zusammen mit dem Galeristen Rochus Kowallek und dem Künstler Hermann Göpfert verteilte er nicht nur Flugblätter an der Hauptwache mit progressiven Slogans wie »Wir erklären Vor-

gänge zu Kunstwerken«. Mit der »Bloom-Zeitung«, einer Parodie der Bild-Zeitung, in der alle Substantive durch »Bloom« ersetzt waren, dem Namen der Hauptfigur aus James Joyces Roman Ulysses, nahm er bereits 1963 die Auseinandersetzung der Studenten mit dem Springer-Konzern vorweg.

Bazon Brock hat das kurzzeitige, aber dennoch weitreichende Verhältnis zwischen Kunst und Revolte sehr treffend beschrieben: »Insgesamt ging es den Künstlern und Intellektuellen in den 60er Jahren nicht um Provokation, sondern um Evokation, also um ein ›Hervorrufen‹ von Kräften, die bis dato keinen Anlass gefunden hatten, sich zu zeigen und in Wirkung zu setzen. Zum Beispiel den Mut, sich gegen angebliche Sachzwanglogik zu wehren, gegen Willkür von Entscheidern der Bürokratie, gegen legalisierte, weil kollektiv begangene Kriminalität (zum Beispiel durch Waffengeschäfte Kriege zu unterstützen), gegen Lügen als fürsorgliche politische Haltung (Spiegel-Affäre). Evokation hieß: ›Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen...‹, Provozieren hieß, jemanden zu Unrecht und Dummheit zu verführen, indem man situativ Wutausbrüche oder Exzesse der Radikalisierung stimulierte.« ●



### Die Autorin

**Michaela Filla-Raquin**, Jahrgang 1982, ist freie Autorin, Kunstvermittlerin und Kuratorin. Nach dem Studium der Kunstgeschichte sowie der Mittleren und Neueren Geschichte an der Goethe-Universität hat sie sich auf dem Feld der kuratorischen Praxis weitergebildet und u. a. bei der Neukonzeption des ATELIERFRANKFURT mitgewirkt. Seit 2014 ist sie zudem Dozentin an der Freien Kunstakademie Frankfurt und schreibt auf ihrem blog [www.puddingexplosion.de](http://www.puddingexplosion.de) über aktuelle und historische Kunstereignisse in Frankfurt. Die Arbeit an ihrer Dissertation zum Thema »bilderSTURM. Kunst und Revolte an der Goethe-Universität Frankfurt in den 60er Jahren«, die sie an der Hochschule für Gestaltung Offenbach einreichen wird, hat sie gut auf das Jubiläumsjahr vorbereitet: Zusammen mit der Berliner Kuratorin Andrea Caroline Keppler organisierte sie im Rahmen des Jubiläumsprogramms der Universität das Symposium »bilderSTURM. Kunst und Revolte an der Goethe-Universität Frankfurt in den 60er Jahren« sowie die Ausstellung »Kunst der Revolte // Revolte der Kunst«.

[info@puddingexplosion.de](mailto:info@puddingexplosion.de)



# Politik des Bewusstseins

## LSD und andere Drogen bei den 68ern

von Bernd Werse

LSD war bei den »68ern« eine »angesagte« Droge. Doch bei Weitem nicht alle machten damit gute Erfahrungen. Zudem war vielen die aus der US-Hippie-Szene stammende »LSD-Ideologie« suspekt. Damals avancierte Cannabis zur massenhaft konsumierten Droge der jungen Rebellen.

*»Da hab' ich dann auch öfter mal LSD genommen, also ... vielleicht insgesamt zwölf Trips über Jahre verteilt, also, da waren sicher ein, zwei Monate, zuerst, und dann hat man noch längere Zeit dazwischen gelegt, dass man sowas genommen hat ... weil man dann nachher immer Wochen braucht, um das wieder abzuarbeiten, was da so passiert, ne. Wenn alles so ... voller Elektrizität ist, und die ganze Welt mit dir atmet, und alles nur so prickelt, und du Sachen erkennst, an die du vorher gar nicht gedacht hättest ... das fand ich schon beeindruckend.«*  
(Napoleon, heute 72 Jahre alt)

Die 68er werden hierzulande häufig auch als Startpunkt für eine massenhafte Ausbreitung illegaler Drogen betrachtet. Tatsächlich hatten noch Ende der 1960er Jahre in Deutschland nur sehr wenige Jugendliche Erfahrungen mit Cannabis oder anderen illegalen Substanzen; bis 1972 stieg ihr Anteil dann auf rund ein Viertel (Reuband, 1994). Die meisten dieser Stoffe waren erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts global verboten worden und fanden zuvor rege Verbreitung als Arznei- und Stärkungsmittel für viele Gelegenheiten. Zudem war der Gebrauch von Drogen wie Cannabis, Opium oder Koka in vielen Ländern Teil der Kultur (Werse, 2007).

Relativ neu hingegen war zu dieser Zeit LSD, rund 20 Jahre zuvor als stärkstes bekanntes Halluzinogen erstmals synthetisiert (siehe »Die Entdeckung des LSD«, Seite 60). Ab Mitte der 1960er Jahre wurde der Konsum der Droge in den USA u.a. durch den Erfolgsautor Ken Kesey (»Einer flog über das Kuckucksnest«) propagiert. Er veranstaltete mit seiner bunten Truppe »Merry Pranksters« sogenannte »Acid Tests« – große Partys, auf denen LSD verteilt wurde. Ein weiterer Propagandist war der Psychologe Timothy Leary, der bereits zuvor in Harvard LSD-Experimente durchgeführt hatte. Beide teilten einen »bewusstseinspolitischen« Ansatz: Die Vorstellung, dass die Droge durch die tiefen

Erkenntnisse beim Einzelnen positive Veränderungen in der Gesellschaft bewirken könne. Diese Vorstellung war ein zentrales Moment der zu diesem Zeitpunkt aufkeimenden Hippie-Bewegung. Der vor allem durch Kleidung und Musik stark ästhetisierende Hippie-Stil stand von Beginn an in einem gewissen Spannungsfeld zur explizit politischen Protestbewegung. Überschneidungen waren indes häufiger als Konfliktlinien – auch unter den deutschen 68ern, bei denen zunächst der explizit politische gegenüber dem »bewusstseinspolitischen« Ansatz dominierte.

### LSD bei den deutschen 68ern

Wie sah es nun hierzulande mit der Bedeutung des Drogenkonsums, insbesondere der geradezu paradigmatischen Substanz LSD aus? Dazu sind im Folgenden (wie schon im Eingangszitat) einige Aussagen von Personen wiedergegeben, die zwischen 1998 und 2001 im Rahmen des DFG-Projekts »Umgang mit illegalen Drogen im bürgerlichen Milieu« (Kemmesies, 2004) interviewt wurden. Ausgewählt wurden hierfür Zitate von älteren Befragten, die um 1968 herum erste Drogenerfahrungen machten (mit den selbst gewählten Codenamen versehen).

Zu beachten ist dabei, dass LSD von den wenigsten Konsumenten häufig genommen wird. Bei vielen beschränken sich die Erfahrungen auf wenige Male, da die Erfahrung eines LSD-Rauschs oft sehr intensiv ist und »verarbeitet« werden muss (siehe Eingangszitat). Wiederholter Gebrauch innerhalb weniger Tage ist wegen der stark abgeschwächten Wirkung praktisch sinnlos. Nahezu unmöglich ist es, von LSD abhängig zu werden. Zudem werden bei Weitem nicht immer positive Erfahrungen mit der Substanz gemacht, wie Tim (68 J.) lapidar mit »pff, hab mal einen genommen, fand's furchtbar« bestätigt. Ein anderer Interviewpartner stellt seine



eigenen negativen Wahrnehmungen in einen Kontext zur LSD-Euphorie anderer Zeitgenossen:

*»So mit 18 hab' ich dann LSD probiert, weil, das war so in jedem Mund. Ich habe Leute kennengelernt, die LSD genommen haben und beschrieben, wie fantastisch das war. Ich hab' das dann selbst ausprobiert und war eher enttäuscht, das hat mich eher... ich fand das eher verwirrend.« (Hobbit, 67 J.)*

Dass die Droge zu dieser Zeit tatsächlich – zumindest in gewissen Kreisen – sehr populär war, wird auch durch eine Aussage von Tim illustriert:

*»Das war auch so die Zeit, 68, wo Drogen insgesamt, gesellschaftlich Einzug gehalten haben. Verbrämt mit Bewusstseinsweiterung, und bli und bla, und so sahen dann halt auch die Partys aus, auf Partys gab's dann öfters auch dann Drogen, zum Beispiel LSD war damals sehr modern.« (Tim, 68 J.)*

Bemerkenswert ist, dass von den hier dargestellten vier Befragten nur einer (Napoleon; s. o.) über positive Erfahrungen mit LSD berichtet. Gleichzeitig wird betont, dass die Substanz seinerzeit »angesagt« war. Offenbar hat der »bewusstseinsweiternde« Ruf der Droge aus den USA hierzulande in bestimmten Kreisen zu hoher Provierbereitschaft geführt. Womöglich hat dann das Fehlen von Konsumregeln zu dieser Zeit zu häufigen schlechten Erfahrungen

geführt (die Wirkung von LSD ist stark vom aktuellen Gemütszustand und dem Umfeld abhängig). So zeigt eine Studie über die Zeit zwischen 1965 und 1975, dass die Anzahl LSD-bedingter Psychosen bei etwa gleichbleibenden Konsumentenzahlen deutlich zurückging

**1** Der Bus der »Merry Prankster«, einer Gruppe LSD-Befürworter. Sie fuhren durch die USA und luden Menschen zu »Acid-Tests« ein, damit sie die Wirkung der damals noch legalen Droge erfahren konnten.

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Die Vorstellung, dass die bewusstseinsweiternde Wirkung von LSD auch politische Veränderungen bewirken würde, erhöhte bei den 68ern die Provierbereitschaft für die synthetische Verbindung des Schweizer Pharmakonzerns Sandoz.
- Berichte von Zeitzeugen bestätigen, dass die 68er-Revolution in Deutschland eine »Drogenwelle« auslöste. Man fühlte sich beim Konsum verbotener Drogen subversiv – auch das war Teil des Protests.
- Fehlende Konsumregeln für LSD brachten viele negative Erfahrungen mit sich. Stattdessen etablierte sich der eigentlich seit Jahrhunderten bekannte Cannabis als neue »Jugenddroge«.

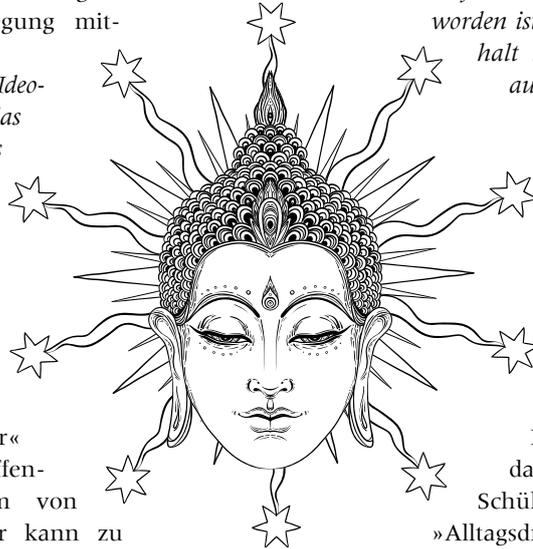
Rechte Seite:  
 Timothy Leary bei einem  
 Vortrag vor Hippies 1967  
 im Golden Gate Park,  
 San Francisco.

(Bunce, 1982). Dies wurde auf das allmähliche Ausbilden subkulturellen Wissens über die Droge zurückgeführt. Möglicherweise waren die jungen deutschen Konsumenten im Jahr 1968 nicht ausreichend auf den Konsum von LSD vorbereitet. Andererseits stieß gerade das propagierte Moment der Selbsterkenntnis durch LSD selbst bei Drogen-affinen Anhängern der Bewegung mitunter auf Widerspruch:

»Gegen diese LSD-Ideologie, mit Leary, (...) das war für mich sowieso alles eher suspekt. So, dieses ... du musst so diese tiefe introspektive Reise machen, ich glaub' das alles nicht.«  
 (Hobbit, 67 J.)

#### Kiffen statt Trips werfen?

Weitaus »erfolgreicher« zu dieser Zeit war offensichtlich der Konsum von Cannabis. Auch dieser kann zu diesem Zeitpunkt als kulturelle Innovation betrachtet werden. Wie beim LSD nahmen dabei jugendkulturelle Vorbilder aus den USA die zentrale Rolle ein: Über kiffende Jazzmusiker der 1920er bis 1940er Jahre etablierte sich der Cannabiskonsum zunächst unter deren weißen Anhängern (»Hipster«). Aus diesen Kreisen wiederum entstand die Keimzelle der Hippies. Dass Cannabis sich so deutlich in der US-»Gegenkultur« etablierte, ist dabei auch als Reaktion



auf die Illegalisierung und Verteufelungskampagne in den 1930er und 1940er Jahren zu betrachten (Werse, 2007). In Deutschland setzte dieser kulturelle Import dann eher schlagartig gegen Ende der 1960er ein. Erstaunlich ist dabei das Tempo, in der sich die Droge etablierte:

»In Folge von diesem ersten Mal gab's kaum noch Partys, wo sowas nicht konsumiert worden ist. Macht halt locker, macht halt leicht ... (...) War dann auch so Bestandteil dieser Bewegung, in die man auch reingekommen ist ähm, diese sogenannte Studentenbewegung, oder Studentenrevolte, da war das eigentlich dann schon auch sehr angesagt einfach.«  
 (Tim, 68 J.)

Ein etwas jüngerer Befragter bestätigt dabei, dass Cannabis auch in Schülerkreisen sehr rasch zur »Alltagsdroge« wurde, assoziiert mit politischem Anspruch:

»In der Abiturzeit, da haben wir auch in Pausen geraucht. (...) Wie das heutzutage die ganzen Kids auch wieder machen (Lachen). Und da war die Schule nicht irgendwie dahinter her, weil das war damals ne Aufbruchstimmung, Schülerdemo, Notstandsgesetze, Schulstreiks und wir waren zu der Zeit auch sehr politisch aktiv.« (M., 66 J.)

Die eingangs angedeutete Rolle der 68er als Auslöser einer »Drogenwelle« bestätigt sich also

## DIE ENTDECKUNG DES LSD

**LSD** steht für Lysergsäurediethylamid, ein Derivat der Lysergsäure. In der Natur kommt die hochgiftige Ausgangssubstanz im Mutterkornpilz vor, der Getreide befällt. Bis ins 20. Jahrhundert verursachte der Pilz wegen seines hohen Anteils an Alkaloiden schwere Vergiftungserscheinungen, die als »Antoniusfeuer« bezeichnet wurden. Die Betroffenen litten u.a. an Darmkrämpfen, Kreislaufstörungen und Halluzinationen.

Auf der Suche nach medizinisch relevanten Wirkstoffen der Lysergsäure erforschte der Schweizer Chemiker Albert Hofmann beim Pharmakonzern Sandoz verschiedene Derivate. Am 16. November 1938 synthetisierte er zuerst die Variante mit der Bezeichnung LSD-25, die in der 68er-Bewegung massenweise als Halluzinogen eingesetzt werden sollte. Hofmann erlebte aber zunächst eine Enttäuschung: Im Tierversuch zeigte die Substanz nicht die erhoffte kreislaufanregende Wirkung. So verschwand das Projekt erst ein-



mal in der Schublade, bis er sich fünf Jahre später wieder daran erinnerte.

Am 19. April 1943 unternahm Albert Hofmann einen Selbstversuch mit 250 Mikrogramm LSD. Das war die Dosis, bei der man aufgrund der Erfahrung mit Mutterkornpräparaten gerade noch eine Wirkung erwarten konnte. Der Rausch setzte ein, als Hofmann sich mit seinem Fahrrad auf dem Weg nach Hause befand, weshalb die späteren LSD-Anhänger den Jahrestag der Entdeckung als »Bicycle Day« feierten. Die halluzinogene Wirkung des LSD erwies sich als deutlich stärker, als Hofmann erwartet hatte. Es genügen schon 20 Mikrogramm für einen Trip.

Die erste Anwendung in einem medizinischen Kontext fand LSD 1949, als Sandoz es unter dem Handelsnamen »Delysid« auf den Markt brachte. Es wurde aber nicht von Patienten, sondern von Ärzten eingenommen, damit sie die Erlebnisse von Menschen mit Wahnvorstellungen und Panikattacken nachfühlen konnten. In den 1950er Jahren testete die CIA das Potenzial von LSD an Mitarbeitern, Angehörigen des Militärs und der Regierung, Ärzten, psychisch Kranken und Prostituierten – meist ohne deren Wissen oder Einwilligung.





anhand dieser Aussagen von Zeitzeugen. LSD mit seinem vermeintlich bewusstseinsweiternden und gesellschaftsverändernden Potenzial spielte dabei wohl eher eine Nebenrolle. Zwar fühlten sich viele angesichts des Rufes der Droge bemüßigt, sie irgendwann auszuprobieren. Doch die intensiven, schwer handzuhabenden Wirkungen verhinderten ohnehin eine Etablierung als Alltagsdroge. Und trotz ausgeprägtem »Gegengeist« standen viele Beteiligte gerade der assoziierten Ideologie eher skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Protestbewegungen der 1960er Jahre haben in Deutschland vor allem Cannabis als »Jugenddroge« etabliert. Zwar waren die medizinischen wie auch Rauschwirkungen der Hanfpflanze bis Anfang des 20. Jahrhunderts hierzulande gut bekannt. Einige Jahrzehnte der Illegalität (seit der 2. Internationalen Opiumkonferenz 1925) hatten dann aber gereicht, die Substanz weitgehend vergessen zu machen. Neu war seit etwa 1968 nicht nur die Konsumentengruppe der Jungen, sondern – damit zusammenhängend – die Verwendung als politisches Symbol. Man konnte sich subversiv fühlen, wenn man Haschisch konsumierte, dessen Verbot natürlich als Unrecht wahrgenommen wurde. Gleichzeitig und im Unterschied zu LSD ist die Wirkung von Cannabis vergleichsweise mild, was eine niedrige Hemmschwelle zum Probieren und zum regelmäßigen Konsum mit sich brachte.

### Drogen der 68er – gestern und heute

Seit den 1990er Jahren wird Cannabis von deutlich mehr jungen Menschen konsumiert als zu Zeiten der 68er. Gerade bei erfahreneren Konsumenten spielt das subversive Moment dabei allenfalls noch eine Nebenrolle. Für viele Jugendliche diverser Generationen hat sich allerdings für die Rahmung des *Erstkonsums* die Assoziation mit Protest, Hippies und 68ern

beständig erhalten (Werse, 2007). Im Hinblick auf die Breitenwirkung war und ist also Cannabis die wichtigere »68er-Droge«.

Dennoch spielt LSD im Hinblick auf Außenwirkung, Ästhetisierung und »Bewusstseinspolitik« eine zentrale Rolle im Kontext der Bewegung. Seit einigen Jahren ist das Interesse an der Substanz sowie anderen Psychedelika wieder gestiegen (Hanske & Sarreiter, 2015). Das betrifft unter anderem die Idee des »Microdosing« – den Einsatz von geringen Mengen LSD zur mentalen Leistungssteigerung. Womöglich nicht zufällig entstand dieser Gedanke – unweit der »Brutstätte« der Hippie-Szene – in der digitalen Elite des Silicon Valley, deren Gründerväter nicht selten aus der damaligen Protestbewegung kamen. ●



### Der Autor

**Dr. Bernd Werse**, Jahrgang 1970, ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre for Drug Research des Fachbereichs Erziehungswissenschaften. Er beschäftigt sich u. a. mit Drogentrendforschung, neuen psychoaktiven Substanzen und erforscht den Drogenhandel.

[werse@em.uni-frankfurt.de](mailto:werse@em.uni-frankfurt.de)

[www.uni-frankfurt.de/cdr](http://www.uni-frankfurt.de/cdr)

### Literatur

Bunce, R. (1982), Social and political sources of drug effects: The case of bad trips on psychedelics, in: N.E. Zinberg & W.M. Harding (Hg.), Control Over Intoxicant Use: Pharmacological, Psychological, and Social Considerations, Human Sciences Press: 105–125.

Hanske, P.P. & Sarreiter, B. (2015), Neues von der anderen Seite. Die Wiederentdeckung des Psychedelischen, Berlin, Suhrkamp.

Kemmesies, U.E. (2004), Zwischen Rausch und Realität. Drogenkonsum im bürgerlichen Milieu. Unter Mitarbeit von B. Werse, Wiesbaden, VS Verlag.

Reuband, K.H. (1994), Soziale Determinanten des Drogengebrauchs. Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Gebrauchs weicher Drogen in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Westdeutscher Verlag.

Werse, B. (2007), Cannabis in Jugendkulturen. Kulturhistorische und empirische Betrachtungen zum Symbolcharakter eines Rauschmittels, Berlin, Archiv der Jugendkulturen.

# Vom Weiberrat zur Frauenprofessur

Die Neue Frauenbewegung und der 1968er-Aufbruch

von Ulla Wischermann

Schon kurz nachdem die Studentenbewegung begonnen hatte, formierte sich innerhalb dieser neuen sozialen Bewegung eine Frauenopposition – eine Revolte innerhalb der Revolte. Frankfurt war neben Berlin einer der wichtigsten Schauplätze für den Kampf um Selbstbestimmung.



1 Kampagne Lohn für Hausarbeit aus Courage, 2, 1977.

**1968** formierte sich in Westberlin ein »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen«, an dessen Treffen regelmäßig über 100 Frauen teilnahmen. In den Diskussionen ging es um eine Kritik an der Alleinverantwortung von Frauen für Haushalt und Kinder sowie um die Forderung, diese privaten Tätigkeiten zu vergesellschaften, eine Forderung, die sich später in der sogenannten Kinderladenbewegung realisierte. Die Akteurinnen waren bereits in der Studentenbewegung engagiert und hatten nach kurzer Zeit die Erfahrung gemacht, dass die männlichen Genossen in ihrem Bemühen um radikale gesellschaftspolitische Veränderungen die Interessen und Forderungen von Frauen nicht wichtig nahmen und Frauen im politischen Kampf vor allem die Zuarbeit für die männlichen Revolutionäre übernehmen sollten.

### Der legendäre Tomatenwurf in Frankfurt

Dass Frauenfragen kein Nebenwiderspruch, sondern gesellschaftlich relevant sind, stand im Mittelpunkt einer Rede von Helke Sander auf der 23. Delegiertenkonferenz des »Sozialistischen Studentenbundes« (SDS) in Frankfurt am 13. September 1968, in der sie das Private für politisch erklärte (abgedruckt im Frauenjahrbuch 1975). Die Filmstudentin war Mitglied des Westberliner »Aktionsrates zur Befreiung der Frauen« und wurde wenige Jahre später eine renommierte feministische Filmemacherin. Sie machte die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben für die Isolation und die Unterdrückung von Frauen verantwortlich. Um Frauen für den politischen Kampf zu gewinnen, sei es wichtig, an ihren unmittelbaren Erfahrungen anzuknüpfen. Für am leichtesten politisierbar hielt sie Frauen mit Kindern, die durch starke Unrechtserfahrungen geprägt und zum Protest bereit seien. Die Planung, Gründung und Organisation von Kinderläden stellte die praktische Seite dieser neuen Politik des Privaten dar. Die Genossen interessierten sich nicht für diese neuen feministischen Ideen und wollten ohne Diskussion der Rede zur Tagesordnung übergehen, was bekanntlich damit endete, dass die hochschwängere SDS-Frau Sigrid Rieger den Vorstand mit Tomaten bewarf.

Auch wenn der Beginn sozialer Bewegungen nicht datierbar ist, gilt dieses Ereignis in der Rückschau als ein wichtiger Auslöser der Neuen Frauenbewegung. In vielen Städten der Bundesrepublik kam es zur Gründung weiterer Aktionsräte und Weiberräte. Nicht nur die Ignoranz der Studentenbewegung, auch die Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen etablierter Politik führten zu einer Erweiterung des Politikbegriffs durch die Neue Frauenbewegung. Das Konzept »Das Private ist politisch« wurde zur

Parole in vielen (westlichen) Ländern und in zahllosen Selbsterfahrungsgruppen umgesetzt und reflektiert. Damit wurde ein kollektiver Lernprozess in Gang gesetzt, der Frauen zu Selbstbestimmung und Autonomie befähigen sollte. Feministische Presse entstand, expandierte und organisierte gemeinsame Fraueninteressen.

### Körper und Sexualität

Die Enttabuisierung sexualpolitischer Themen ist kennzeichnend für die Zeit um 1968. Kommunen und Wohngemeinschaften entstanden, die in den Medien viel Aufmerksamkeit erregten und stark skandalisiert wurden. Hier wurde die Politisierung des Privaten beim Wort genommen: Durch neue kollektive Lebensformen galt es, den Alltag zu revolutionieren – dazu gehörte auch das freie Ausleben von Sexualität. Gerahmt waren diese Experimente durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, in denen die prüde und restriktive Sexualmoral der Nachkriegszeit zunehmend kritisch gesehen wurde. Sexshops, Aufklärungsfilm und Erotikdarstellungen bildeten die »Rezeptur« für die sexuelle Befreiung, ja sogar von »sexueller Revolution« war bald die Rede. In diese Zeit fiel auch die folgenreiche medizinisch-technische Erfindung der



Pille, ein Quantensprung in Sachen Verhütung. Gleichwohl blieben grundlegende sexualstrafrechtliche Gesetze noch lange unangetastet: die Strafbarkeit von Homosexualität und von Abtreibung.

Das prominente Thema Sexualität erreichte bald auch die Universitäten: Sexuallforschung fand in Deutschland bis zu Beginn der 1970er Jahre nur an der Hamburger Universität statt. Dort wurde 1972 die weltweit erste Habilitation im Fach Sexualwissenschaft angenommen, eingereicht von Volkmar Sigusch, der im gleichen Jahr einen Ruf an das neu in Frankfurt gegründete »Institut für Sexualwissenschaft« annahm. Diese Professur behielt er bis zu seiner Emeritierung

2 Titelblatt der ersten Nummer der Frauenzeitung, 1973.



3

**3 Frauen-Demonstration für das Recht auf Abtreibung.**

2006 und verschaffte der Sexualwissenschaft und der Goethe-Universität in dieser Zeit viel internationale Anerkennung. Die Schließung des Instituts und die Umwidmung der Stelle in Sexualmedizin erregte landesweit Aufsehen und Widerstand, auch außerhalb der Universität, der Kampf dagegen blieb allerdings erfolglos (»FAZ« vom 24. August 2006: »Aus für Sexualwissenschaft«).

Im Zeitgeist der sexuellen Revolution spielte der Anspruch von Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung jedoch kaum eine Rolle. Wiederum war Geschlechterstreit angesagt: Feministinnen hielten marxistischen Sexaktivisten entgegen, dass sexuelle Selbstbestimmung von der sinnlich gelebten Körperlichkeit bis zur freien Entscheidung über Mutterschaft einen Kernpunkt des Geschlechterverhältnisses als Machtverhältnis trifft. Der (männliche) Zugriff auf den weiblichen Körper verdeutlicht sich – bis heute! – insbesondere in der Abtreibungsgesetzgebung. Der Kampf dagegen ist eng mit der Geschichte der Frauenbewegung verwoben: Schon im Jahr 1908 traten frauenbewegte Frauen erstmals öffentlich für die Streichung des § 218 ein. In der Weimarer Republik blieb eine aus sozialistischen und kommunistischen Kreisen erneut geführte Kampagne gegen die Kriminalisierung

der Abtreibung erfolglos. Nachdem die Bestrafung von Abtreibung im Nationalsozialismus drastisch verschärft worden war, stand die Reform des § 218 nach 1945 wiederum für kurze Zeit und genauso ergebnislos wie zuvor auf der Agenda der Nachkriegsgesellschaft.

Der Kampf gegen die Strafbarkeit der Abtreibung hatte also historische Kontinuität. Die damit verbundene Artikulation von Unrechtserfahrungen bildete – auch international – in den 1970er Jahren den Auftakt der Neuen Frauenbewegung. Am 6. Juni 1971 erschien in der Illustrierten »Stern« unter dem Titel »Wir haben abgetrieben« eine Selbstbezeichnung von 374 z.T. prominenten Frauen. Die in der Parole »Mein Bauch gehört mir« zusammengefasste Forderung nach Streichung des Abtreibungsparagrafen wirkte außerordentlich mobilisierend, und zwar Schichten übergreifend: Schon einen Monat später lagen 86 000 Solidaritätserklärungen vor. Vielfältige Protestformen und Selbsthilfeaktionen, wie Abtreibungsfahrten nach Holland, zeigten einen zivilen Ungehorsam, der selbstbewusst Gesetzesverstöße in Kauf nahm. Die vom Bundesverfassungsgericht durchgesetzte Indikationslösung war weit von den ursprünglichen Forderungen der Frauenbewegung entfernt. Auch die Rechtsreform nach der Wiedervereinigung blieb ambivalent und mit Rechtsunsicherheiten verbunden, wie der jüngste Prozess gegen eine Gießener Gynäkologin dokumentiert.

Auch in anderen tabuisierten Bereichen gelang es der Neuen Frauenbewegung, Frauen zu ermutigen, ihr Schweigen zu brechen. Dabei war die Thematisierung und Analyse von Gewalt gegen Frauen und Mädchen besonders folgenreich. In diesem Bereich sind viele und nicht mehr wegzudenkende Selbsthilfeprojekte entstanden: Frauennotrufe für Vergewaltigungsoffer, Beratungsstellen für sexuell missbrauchte Mädchen und vor allem die Häuser für geschlagene Frauen, wovon das erste 1976 in Berlin und 1978 eines in Frankfurt eröffnet wurde.

Der Kampf gegen die Vermarktung des Frauenkörpers durch Werbung, Medien, Pornografie und Prostitution bezieht sich ebenfalls auf den Zusammenhang von Sexualität und Gewalt und auf Sexismus als gesellschaftlicher Strukturkategorie. Wie sehr Sexualität für Frauen eine Auseinandersetzung mit der Enteignung und Aneignung des weiblichen Körpers war und ist, zeigt sich in vielen Ambivalenzen. Wurde die sexuelle Befreiung einerseits als alter und neuer Zwang gesehen, bot sie andererseits aber auch die Möglichkeit, andere Formen, etwa die gleichgeschlechtliche Sexualität, zu akzeptieren und auszuprobieren. Ab 1973 bildete sich innerhalb der Neuen Frauenbewegung eine Lesben-

bewegung, die auf den großen internationalen Lesbenpflingstreffen Kommunikation und Geselligkeit unter Frauen förderte und sich, ab 1975, in politischen Aktionsbündnissen (z. B. das Lesbische Aktionszentrum, Berlin, LAZ) mit eigenen Zeitschriften (z. B. Unsere Kleine Zeitung, UKZ) zusammenschloss.

Der Kampf um die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen hat historisch und aktuell viele Austragungsorte gehabt. Viele Aspekte dieses Kampfes sind, jenseits wechselnder Konjunkturen, heute immer noch relevant. Sexismus, sexuelle Belästigung und Gewalt im Geschlechterverhältnis haben Kontinuität. Und Frauen protestieren vehement dagegen, wie die Hashtags #ausnahmslos und #metoo nachdrücklich belegen. Neu auf die Liste der Enteignung des weiblichen Körpers ist in den vergangenen Jahren zudem der »Schauplatz« Gen- und Reproduktionstechnologie gekommen, bis hin zur umstrittenen Leihmutterchaft.

### Autonomie versus Institutionalisierung

Als Spezifikum der westdeutschen Frauenbewegung gilt ein radikaler Autonomieanspruch, der ihr häufig den Vorwurf des Separatismus eingebracht hat. Gleichwohl forcierte dieser Anspruch den Aufbau einer eigenen Frauen-



5

bewegungskultur mit eigenen Räumen und vielfältigen Projekten. Erst in diesem Rahmen konnten gegenkulturelle Lebens- und Arbeitsentwürfe ausprobiert werden. Am Beispiel Frankfurt, neben Berlin das wichtigste Zentrum der westdeutschen Frauenbewegung, lässt sich diese Vielfalt gut nachvollziehen: 1973 wurde das Frauenzentrum in der Eckenheimer Landstraße gegründet; 1976 entstand der Frauenbuchladen in Bockenheim; im gleichen Jahr wurde das Lesbenzentrum eröffnet; 1978 schuf der »Verein Frauen helfen Frauen« ein Haus für geschlagene Frauen und ihre Kinder; ebenfalls 1978 wurde eine feministische Zeitschrift gegründet – das »Frankfurter Frauenblatt«; 1981 wurde der Frauennotruf eingerichtet. Kneipen für Frauen, Musikgruppen und Kabarets,



4

Gründungsinitiativen wie die Frauenbetriebe, ein Gesundheitszentrum und die »Frankfurter Frauenschule«, gefolgt von Mädchen- und Migrantinnenprojekten und vieles mehr kennzeichnen, z. T. bis heute, die Frankfurter Frauenszene.

Diskriminierungs- und Ausschlussverfahren trotz formaler Gleichberechtigung – das war der Kontext, dem der Autonomiegedanke der Neuen Frauenbewegung in der BRD geschuldet war. Dem Misstrauen und der Verweigerung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen lag die Auffassung einer alle Lebensbereiche durchdringenden Unterdrückung zugrunde. Als deren Ursache galten das Patriarchat und der Kapitalismus als männerprivilegierendes Herrschaftssystem. Die Neue Frauenbewegung suchte bewusst basisdemokratische Politikformen und verfolgte Strategien von Selbstveränderung und Selbsthilfe.

Der Wille zur Unabhängigkeit von Institutionen zeigt sich in den bereits erwähnten autonom organisierten Frauenprojekten: Auch die legendären Sommeruniversitäten (ab 1979) und viele Frauenbildungsprojekte wie die »Frankfurter Frauenschule« (ab 1983) zählten dazu. Gleichzeitig versuchten Frauen aus dem Mittelbau innerhalb der Universität eigene Räume und Möglichkeiten jenseits der etablierten Lehr- und Forschungsformen einzurichten. Im Wintersemester 1973/1974 wurde in Frankfurt während eines aktiven Streiks die erste Uni-Frauengruppe gegründet, die schon damals einen Frauenlehrstuhl forderte. Trotz Zustimmung des Fachbereichs Soziologie ließ die Besetzung dieses bundesweit ersten Frauenlehrstuhls mehr als zehn Jahre auf sich warten, bis schließlich nach vielen Kämpfen 1987 Ute Gerhard berufen wurde. Zehn Jahre später initiierte sie gemein-

4 SDS-Studentinnen (»Aktionsrat zur Emanzipation der Frau«) bei einer Protestaktion mit Transparenten während eines Festaktes in der Paulskirche in Frankfurt zum 50. Jahrestag des Frauenwahlrechts; am Rednerpult der Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert.

5 Frauenzeitung zur Lesbenbewegung, Heft 7, 1975.



6 Berliner Frauenuniversität 1976: »Frauen und Wissenschaft«

Literatur

- 1 Dackweiler, Regina (1995), *Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften*, Münster (Westfälisches Dampfboot).
- 2 Frankfurter Frauen (Hrsg.) (1975), *Frauenjahrbuch '75*, Frankfurt (Roter Stern).
- 3 Gerhard, Ute (2009), *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, München (Beck).
- 4 Holland-Cunz, Barbara (2003), *Die alte neue Frauenfrage*, Frankfurt/M. (Suhrkamp).
- 5 Lenz, Ilse (Hrsg.) (2008), *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*, Wiesbaden (VS).
- 6 Schäfer, Reinhild (2001), *Demokratisierung und Geschlechterverhältnisse. Die politischen Strategien der Neuen Frauenbewegung gegen Gewalt*, Bielefeld (Kleine Verlag).
- 7 Wischermann, Ulla; Rauscher, Susanne; Gerhard, Ute (Hrsg.) (2010), *Klassikerinnen feministischer Theorie. Grundagentexte, Bd. II (1920–1985)*, Sulzbach/Taunus (Ulrike Helmer Verlag).

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Mit der Parole »Das Private ist politisch« forderten Frauen auf der Delegiertenkonferenz des SDS 1968 in Frankfurt, ihre Geschlechtsgenossinnen für den politischen Kampf zu gewinnen. Die Ignoranz der Genossen provozierte den »Frankfurter Tomatenwurf«.
- Am Paragrafen 218 entzündete sich der Streit um das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen. Das Thema mobilisierte Frauen Schichten übergreifend.
- Aus dem Autonomiegedanken der 68er Bewegung entstand eine eigene Kultur mit vielfältigen Angeboten für Frauen. Sie bildeten auch die Basis für die Einrichtung der ersten Frauenprofessur Deutschlands 1987 an der Goethe-Universität.

sam mit drei Kolleginnen aus anderen Fachbereichen das interdisziplinäre »Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse« (CGC), das sie bis zu ihrer Emeritierung im Jahr 2004 leitete. Diese Professur und das CGC haben – im Gegensatz zur abgeschafften Sigusch-Professur – mit der Nachfolgerin Helma Lutz bis heute Kontinuität und große nationale und internationale Anerkennung behalten.

In der Wissenschaftsforschung wird davon gesprochen, dass sich die Frauen- und Geschlechterforschung von einer Gegen- zu einer Interventionskultur entwickelt hat. Sie wird in vier Phasen eingeteilt: 1. Die eng mit der Frauenbewegung verbundene eher außeruniversitäre Aufbruchphase (Sommeruniversitäten, Frauenforen), 2. die Ausbreitungs- und Durchsetzungsphase in die Universität hinein (Frauenseminare in den Unis), die von der Diskussion um Autonomie versus Institution geprägt ist, und 3. die Professionalisierungsphase, in der Frauen- und Geschlechterforschung zunehmend koordiniert und verankert wird und eine erste wissenschaftlich aktive Frauenforschungs-Generation Professuren antritt. Die 4. Phase, die sogenannte Institutionalierungsphase, beginnt Mitte der 1990er Jahre und ist landesweit gekennzeichnet durch die Gründung von Zentren für Frauen- und Geschlechterstudien. Auch die Kanonisierung als Disziplin ließ nicht lange auf sich warten. Inzwischen können Gender Studies an vielen Universitäten in Deutschland studiert werden.

Von der Autonomie zur Institutionalisierung – das gilt auch für andere von der Frauenbewegung initiierte Projekte. Der Weg, der damit beschritten wurde, barg Gewinne und Verluste zugleich und wurde immer wieder reflektiert und kritisch hinterfragt. Sich gleichermaßen drinnen, draußen und zwischendrin zu bewegen, ist bis heute kennzeichnend für die Frauenbewegung und den Feminismus. Schon dieser knappe und auf wenige Themen beschränkte Einblick in die Geschichte der Neuen Frauenbewegung zeigt, dass der Kampf um Gleichberechtigung und Emanzipation viele Protestanlässe aufwies und bis heute aufweist. Das ist insofern nicht überraschend, als es einen grundlegenden Widerspruch gibt zwischen dem Gleichheitsversprechen der Moderne und den realen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, der bis heute nicht gelöst ist. Für die Beantwortung der Fragen, wie weit wir gekommen sind und was wir weiter verändern können, ist es wichtig, an die Fortschritte und Emanzipationsschübe, die es durch soziale Bewegungen wie die Frauenbewegung gegeben hat, zu erinnern und sie zu analysieren. Nicht, um Siege zu feiern, sondern um herauszufinden, was soziale Bewegungen in Bewegung hält. ●



Die Autorin

**Prof. Dr. Ulla Wischermann**, Jahrgang 1952, ist apl. Professorin im Ruhestand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität und langjährige Direktorin im »Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien«. Forschungsschwerpunkte u. a.: Feministische Theorie, Antigenderismus, Gender Studies, Soziale Bewegungsforschung und Öffentlichkeitstheorie. Sie ist Mitherausgeberin von drei im Ulrike Helmer Verlag erschienenen Quellenbänden »Klassikerinnen feministischer Theorie«, die sich mit der Geschichte und Theorie von Frauenbewegung und Feminismus befassen.

[wischermann@soz.uni-frankfurt.de](mailto:wischermann@soz.uni-frankfurt.de)

Sibylla Flügge, Jura-Studentin

AUFBRUCHSTIMMUNG  
IM »WEIBERRAT«

**D**en Anfang der Studentenrevolte in Frankfurt habe ich nicht miterlebt, weil ich erst zum Wintersemester 1969 aus Hannover hergekommen bin. Aber 1968 war ich schon in der Schülerbewegung aktiv, einem Pendant zum SDS. Ich erinnere mich noch an eine Delegiertenkonferenz des SDS in der Stadthalle von Hannover, zu der SDSler aus ganz Westdeutschland und Berlin angereist waren. Von meinem Platz auf dem Balkon sah ich, wie eine Gruppe Frauen hereinkam und Flugblätter durch die Luft schneien ließ. Es handelte sich um den »Rechenschaftsbericht des Weiberrats der Gruppe Frankfurt«, auf dem die Karikatur von der Frau mit Beil und Penistrophäen zu sehen ist. Auf der Rückseite des Flugblatts kritisierten die Frauen das patriarchalische Verhalten ihrer SDS-Genossen und endeten mit der Aufforderung: »Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!« Das war zugegebenermaßen aggressiv, aber wir fanden es auch lustig. Die Studentinnen gingen dann nach vorn und verlasen eine vorbereitete Erklärung. Auf mich wirkten sie trotz ihres gewagten Auftritts verschüchtert. Die Genossen reagierten darauf ein wenig höhnisch und machten nach der kurzen Unterbrechung einfach weiter im Programm.

Die 68er-Revolution war ja zu Anfang hauptsächlich von Männern geprägt. Es ging um die Auflehnung gegen die Väter und deren vom Nationalsozialismus geprägte Werte, gegen den autoritären Erziehungsstil, die körperliche Züchtigung als erlaubte Gewalt gegen Unbotmäßige – das alles gehörte mit zu den Auslösern der Bewegung. Die Genossen vom SDS lehnten sich zwar gegen patriarchalische Strukturen und Autoritäten auf, aber es war für sie nicht leicht, anders zu sein als ihre Väter. Die Gesellschaft war damals sehr gewaltgeprägt. Von Passanten bekamen wir bei Demonstrationen zu hören: »Ihr

gehört ins KZ! Euch haben sie wohl bei der Vergasung vergessen!« Und die Bild-Zeitung forderte uns auf »Geht doch rüber!«

Anders als wir Frauen hatten die Männer wenigstens Leitfiguren und theoretische Texte, um ihr Unbehagen an der Gesellschaft und den politischen Verhältnissen ausdrücken zu können. Sie lasen und diskutierten die Werke von Marx und Adorno. Für uns gab es aber noch fast keine Literatur und keine Forschung, die analysierte, woran wir als Frauen litten.



**PROF. DR. SIBYLLA FLÜGGE, Jahrgang 1950, studierte von 1969 bis 1974 Jura an der Goethe-Universität. Nach dem 2. Staatsexamen 1977 wollte sie feministische Anwältin werden, was sich aber damals nicht mit ihrer Mutterschaft vereinbaren ließ. Sie arbeitete als Teilzeitkraft in wechselnden Kanzleien. Von 1990 bis 1994 arbeitete sie als Referentin für Gesundheitspolitik und Prostitution beim Frauenreferat der Stadt Frankfurt und schloss 1993 ihre Dissertation zur Geschichte des Hebammenrechts ab. Von 1994 bis 2016 hatte sie eine Professur für »Recht der Frau« an der Frankfurt University of Applied Sciences inne, wo sie über 20 Jahre auch als Frauenbeauftragte tätig war.**

Eines der wenigen Bücher, auf die ich mich als Juristin beziehen konnte, stammte von Marianne Weber, der Frau Max Webers, aus dem Jahr 1911. Die Psychoanalyse war noch auf dem Stand der Freudianer. Wenn wir gegen die männlichen Genossen

rebellierten, hieß es, wir hätten Penisneid. Feministische Forschungen zur weiblichen Sexualität und zu anderen frauenspezifischen Themen gab es noch nicht. Gegen diese Sprachlosigkeit halfen uns Texte der amerikanischen Frauenbewegung, die wir übersetzten und mit Hilfe KD Wolffs in dessen Verlag »Roter Stern« veröffentlichten.

Als ich 1969 zum Jurastudium an die Goethe-Universität kam, war die erste Errungenschaft der Revolte für mich das Wiethölter-Projekt. Rudolf Wiethölter war Zivilrechtler. Gemeinsam mit dem Staatsrechtler Erhard Denninger entwickelte er einen Reformstudiengang. Das sah so aus, dass wir uns begleitend zu den Vorlesungen in kleinen Gruppen trafen und lernten, Gesetzestexte und Gerichtsentscheidungen aus der Perspektive der kritischen Theorie zu lesen. Wiethölter hatte Tutoren aus dem SDS angestellt, die mit uns hauptsächlich sozialwissenschaftliche Aspekte der Rechtsprechung in den Fokus nahmen. Das war ein konfliktreicher Ansatz. Der Professor für Strafrecht, zum Beispiel, hielt davon gar nichts. Wir Studentinnen und Studenten haben gegen die traditionellen Lehrveranstaltungen immer wieder protestiert. Es gab »Go-ins«, bei denen wir zum Beispiel vor der Tür des Professors auftauchten und ein selbstbestimmtes Studium auch im Strafrecht forderten.

Das Strafrecht war damals stark von christlichen Moralvorstellungen geprägt. So wurde im Sexualstrafrecht zwischen »sittlichem« und »sittenwidrigem« Verhalten unterschieden. Viele Formen der Sexualität wurden als Sittenwidrigkeit geahndet: Homosexualität, Ehebruch oder »Kuppelei«. Männer konnten die »Erfüllung der ehelichen Pflicht« einfordern; sexuelle Gewalt innerhalb der Ehe galt bis 1998 nicht als Vergewaltigung. 1974 erfolgte – angeregt durch die Studentenbewegung und die damit verbundene »sexuelle Revolution« – eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechts mit der der Begriff der »sexuellen Selbstbestimmung« Eingang in das Gesetz fand. Die Frauenbewegung thematisierte ab Mitte der 1970er Jahre die vielfältigen Formen sexu-

ZEITZEUGIN



Der Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen 218 wurde zum entscheidenden, alle vereinenden Thema der Frauenbewegung – hier zum Beispiel eine Demonstration, die Mitte der 1970er Jahre in der Frankfurter Innenstadt stattfand.

eller und häuslicher Gewalt und Übergriffe und kämpft bis heute für einen effektiven Schutz von Frauen vor Gewalt im sozialen Nahraum und sexuellen Übergriffen zum Beispiel auch an Hochschulen.

Der Frankfurter »Weiberrat« wurde 1970 gegründet, nachdem der SDS sich bereits aufgelöst hatte. Die meisten von uns waren Studen-

tinnen, einige standen schon im Berufsleben, wenige hatten Kinder; insgesamt etwa 90 Frauen. Einmal in der Woche trafen wir uns privat in kleinen »Schulungsgruppen« und im Plenum, das im Gemeinschaftsraum des Bonhoeffer-Hauses in der Beethovenstraße stattfand, einem Studentenwohnheim der evangelischen Studentengemeinde. Anfangs

trafen wir uns zur »Kapitalschulung«. Aber allmählich fragten wir uns, ob wir nicht auch eigene, frauenpolitische Themen haben. Als wir 1971 in einer Umfrage im Weiberrat wissen wollten, wie jede von uns persönlich als Frau unterdrückt wird, gab es nur wenige Antworten. Nach außen traten wir vor allem bei Demonstrationen der linken Gruppen auf. Eigene Themen wollten wir in Strategiediskussionen entwickeln, kamen dabei aber nicht weit.

Im Sommer 1971 besuchte Alice Schwarzer den Frankfurter Weiberrat, um uns für eine Protestaktion gegen den § 218 zu gewinnen. Sie kam gerade aus Paris, wo sie unter anderem mit französischen Schauspielerinnen eine Selbstbezüglichungsaktion zur Abtreibung organisiert hatte. In Frankfurt reagierten wir zurückhaltend auf ihren Vorschlag, eine ähnliche Aktion in Deutschland zu machen. Erst nach der Stern-Kampagne, bei der bekannte deutsche Frauen auf der Titelseite bekannten »Ich habe abgetrieben«, kristallisierte sich die Opposition gegen den § 218 als das entscheidende, alle vereinende Thema der Frauenbewegung heraus. In der »Aktion § 218« schlossen sich neu entstehende Frauengruppen aus vielen Städten zusammen. Im März 1972 organisierten wir im Frankfurter Haus der Jugend einen bundesweiten Frauenkongress der »Aktion 218«, auf dem wir die politischen Strategien und Forderungen der Frauenbewegung festlegten. Das war ein solcher Erfolg, dass seither von der Neuen Frauenbewegung gesprochen wurde.

Es herrschte eine großartige Aufbruchsstimmung. In der Generation unserer Mütter waren Frauenprobleme wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Gewalt in der Ehe noch Tabuthemen. Jetzt konnten wir sie ansprechen. Es gab Solidarität zwischen den Frauen und die Hoffnung, die Probleme künftig strukturell lösen zu können. Wir gingen für unsere Anliegen auch auf die Straße, aber wir waren bei Demos nicht auf Konfrontation mit der Polizei aus. Für viele Männer standen Schlägereien mit Polizisten

stellvertretend für die Auseinandersetzung mit ihren autoritären Vätern und dem Staat. Aber wir im Weiberrat hatten Angst vor Gewalt. Klar wollten wir provozieren und Grenzen überschreiten, aber wir haben uns dazu lustige Aktionen und Straßentheater ausgedacht, haben uns verkleidet und sind zum Beispiel mit Kochlöffeln auf Töpfe trommelnd durch die Straßen gezogen.

Den Höhepunkt unserer Aktionen bildeten bundesweite Aktionswochen im Februar und März 1974, vor der Verabschiedung der Fristenregelung im Bundestag. Aus Protest gegen Ärzte, die Abtreibungen nur mittels Ausschabung unter Vollnarkose vornahmen, nahmen 14 Berliner Ärztinnen und Ärzte eine Abtreibung mit der Absaugmethode ohne Narkose vor, die am 11. März 1974 in der Sendung Panorama des NDR gezeigt werden sollte. Dies wurde von der Sendeleitung im letzten Moment verboten, so dass der Fernseher für die Sendezeit schwarz und stumm blieb. In Frankfurt organisierten wir am 14. März 1974 ein Tribunal gegen den § 218 und am nächsten Tag traten viele von uns demonstrativ aus der Kirche aus. Im April verabschiedete der Bundestag überraschend die sogenannte Fristenregelung. Diese wurde jedoch sogleich vom Bundesverfassungsgericht kassiert, das am 25. Februar 1975 entschied, dass eine Regelung, die der Frau erlaubt, selbst über ihre Schwangerschaft zu entscheiden, gegen die Verfassung verstoße. Das Urteil führte uns schmerzhaft vor Augen, was es bedeutet, wenn nahezu ausschließlich Männer entscheiden, was Recht und Unrecht ist. Wir reagierten im Frauenzentrum mit der Aktion »Wir fahren nach Holland«. Frauen, die im Frauenzentrum aktiv waren, organisierten über Jahre jede Woche eine Busfahrt zu Abtreibungskliniken nach Holland.

Rückblickend würde ich sagen: Die Frauenbewegung war nachhaltiger als die Studentenrevolte, denn sie hatte viel konkretere Anliegen, die nach wie vor Frauen bewegen. Wenn man zum Beispiel damals ungewollt schwanger wurde, bedeutete das oft Unfreiheit, verlorene Träume, finanzielle Abhängigkeit



oder Armut. Heute können wir uns für oder gegen ein Kind entscheiden und auch Frauen, die keine Kinder gebären, werden wertgeschätzt. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, und Frauen können politische und gesellschaftliche Macht ausüben. Was für Frauen heute schwieriger ist, sind die vielen Wahlmöglichkeiten. Insbesondere durch die Reproduktionsmedizin werden viele neue Fragen aufgeworfen, die sich Frauen stellen, wenn sie ein Kind wollen oder schwanger sind.

»Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!«: Mit diesem Flugblatt rückten die Frauen vom Frankfurter Weiberrat ihren dominanten männlichen Kommilitonen karikaturistisch zu Leibe.

Die Erinnerungen zeichnete Anne Hardy auf.

**MIT  
»SIT-IN« UND  
»TEACH-IN«  
ZUR WELT-  
REVOLUTION**

Erinnerungen an den Sprachgebrauch der »68er«

*von Horst Dieter Schlosser*

**S**it-in« und »Teach-in«? – Wer 1968 noch kein Zeitgenosse war, wird beides nur für zwei der im 20. Jahrhundert immer beliebter werdenden, aber oft unverstandenen Fremdwörter aus dem Englischen halten. Heute sind beide weitgehend vergessen, so brandaktuell sie auch einmal waren. Mit ihnen wurde nicht weniger gemeint als eine Sitzblockade vor Hörsälen und die Verhinderung einer regulären Lehrveranstaltung, indem man sie in ein Agitationsforum »umfunktionierte«. Die traditionellen Vorlesungen wurden ohnehin als »säkularisierte Predigten« verhöhnt. Als ersten Frankfurter Hochschullehrer traf es ausgerechnet den Staatsrechtler Carlo Schmid, immerhin einen der Väter des Grundgesetzes, der seine Vorlesung abbrechen musste.

### Amerikanische Importe

Tatsächlich stammten diese Aktionsformen von den US-amerikanischen Universitäten, wo sich eine mächtige Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg und gegen das politische »Establishment« gebildet hatte. Die despektierliche Bezeichnung der politisch und wirtschaftlich Herrschenden als »Establishment« übernahmen die deutschen Studenten in ihr Protestvokabular – bis hin zum scherzhaften »Wer zweimal



mit derselben pennet, gehört schon zum Establishment«. Auch die Mixtur von politischer Protesthaltung und Demonstration sexueller Freiheit, wie sie in dem amerikanischen Slogan »Make love not war« zum Ausdruck kam, wurde bei den 68ern gern zitiert. Die USA wurden für die Studenten in Deutschland zum Feind schlechthin, wobei in Parolen sogar eine enge Verbindung mit der deutschen Vergangenheit hergestellt wurde, etwa auf Frankfurter Transparenten in der Verschmelzung der Kürzel »USA«, »SA« und »SS« zu »USSA«.

Mit den Protestierenden in den USA war man sich in jedem Fall einig, wenn es um die Unterdrückung von Freiheitsbewegungen ging, insbesondere beim militärischen Vorgehen gegen den Vietcong. Dessen Führer wurde zum Revolutionsidol, das auf deutschen Demonstrationen tausendfach mit dem Ruf »Ho-Ho-Ho Tshi Minh« gefeiert wurde. Dass man sich damit in einem »antiimperialistischen Kampf« befinde, war freilich eine eher deutsche, zumindest keine spezifisch amerikanische Deutung; sie verwies auf eine bestimmte ideologische Grundlage, die

# Go-in

der »Sozialistische Deutsche Studentenbund« (SDS) mit seiner strengen Orientierung am Marxismus geschaffen hatte. Bereits 1960, auf dem ansonsten noch »zahmen« 6. Deutschen Studententag in Berlin, bot der SDS im Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin Einführungskurse in die Marx'sche Theorie an.

### Gegen den »Muff von 1000 Jahren«

Die Berliner Proteste gegen den Schah-Besuch 1967, bei denen der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen worden war, galten im Sinne des SDS als erste Stufe des »antiimperialistischen Kampfes«. Die Empörung entlud sich in bundesweiten Demonstrationen, die von dem Vorwurf geprägt waren, dass es sich bei der Tötung Ohnesorgs um einen »politischen Mord« gehandelt habe.

Auf dieses Ereignis spielte vier Monate später auch die spektakuläre Aktion zweier Hamburger Jurastudenten an. Am 9. November 1967 trugen sie den zum Rektoratswechsel in das Auditorium Maximum der Hamburger Universität einziehenden akademischen Würdenträgern ein Transparent voran, dessen Tuch ursprünglich eine Trauerfahne zur Beerdigung Ohnesorgs gewesen war. Im darauf geklebten Slogan »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren« kamen zwei wiederum spezifisch deutsche Protestmotive zum Ausdruck: zum einen die von Talarträgern repräsentierte »Ordinarienuniversität«, die zu keiner Hochschulreform, wie sie schon längere Zeit dringend angemahnt war, willens war; zum anderen die verdrängte Auseinandersetzung mit der unheilvollen Verstrickung vieler Disziplinen in die Barbarei des »Tausendjährigen Reiches«.

Einen Rückfall des gesamten Staates in NS-Verhältnisse befürchteten Anfang 1968 viele angesichts der Pläne der ersten Großen Koalition, Notstandsgesetze in Kraft zu setzen. Die »Antinotstandskampagne« mit Parolen wie »Demokratie im Notstand« schlug sich in zahlreichen Protestveranstaltungen der »Außerparlamentarischen Opposition« (APO) nieder. Treibende Kraft war auch hierbei der SDS. Auf einer dieser Veranstaltungen in Frankfurt, kurz vor Verabschiedung der Gesetze, hofften die rebellierenden Studenten – vergeblich –, dass es zu einer Einheitsfront für eine umfassende revolutionäre Umwälzung komme. Ausdrücklich forderte aber nur der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, »endlich, auch in Deutschland, franzö-

# Teach-in

# Alle Reaktionäre sind Papiertig

sische Zustände«, d. h. letztlich eine bürgerkriegsähnliche Situation zu schaffen, wie sie gleichzeitig im sogenannten »Pariser Mai« herrschte. Dort gingen Studenten und Arbeiter gemeinsam gegen die Regierung de Gaulle auf die Barrikaden. Zu einem solchen Schulterschluss kam es

in Frankfurt jedoch nicht. Mit entsprechenden Forderungen solidarisierten sich am wenigsten die real existierenden Angehörigen der beschworenen, de facto aber imaginären »Arbeiterklasse«. Erst recht passte der Begriff nicht zu Jungakademikern aus meist gutbürgerlichen Familien, die vor Werkstoren zugunsten des »Klassenkampfes« zu agitieren versuchten, wobei ihnen überdies die Theorielastigkeit ihrer Sprache im Wege stand. Die Arbeiter wurden umso leichter von der Hetze der Springer-Presse gegen »die« Studenten angesprochen, welche wiederum ihre Attacken in Wort und Tat insbesondere gegen BILD richteten. Zentrale Parole war »Enteignet Springer!«

## Havannas und Mao im Original?

Den Status von Revolutionsidolen erlangten neben Ho Chi Minh Fidel Castro und Ernesto Che Guevara. Die Faszination, die beide Revolutionäre auf die deutsche Studentenrevolte ausübten, äußerte sich auch in

Äußerlichkeiten. So stellte etwa ein besonders aktiver Frankfurter Germanistikstudent seine Rauchgewohnheiten auf dicke Zigarren um (echte Havannas wären unerschwinglich gewesen), um damit seine Sympathie für Fidel Castro

kundzutun. Und Che Guevaras Porträt hing als Plakat in zahlreichen Studentenbuden. Die Taktik des lateinamerikanischen Guerillakrieges wurde schließlich auch in Deutschland als »Stadtguerilla« nachgeahmt. Sie wurde dann jedoch zur Keimzelle des »bewaffneten Kampfes«, der in zahlreichen Morden der RAF seinen traurigen Höhepunkt erreichen sollte. Aus Kampfmetaphern wurden tödliche Waffen.

Zum leuchtenden Stern von Revolutionshoffnungen stieg, nicht nur in Deutschland, auch der chinesische Staatschef Mao Tse-tung auf. Seine Lehren, die als handliche »Mao-Bibel« (offizieller Titel: »Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung«) weltweit verbreitet wurden, erhielten in weiten Kreisen der 68er eine geradezu kanonische Geltung. Die »Mao-Bibel« bot einen reichen Fundus, aus dem immer wieder, auch in deutschen Wandparolen, zitiert wurde, etwa »Alle Reaktionäre sind Papiertiger«. Durch eine den Chinesen nachgeahmte »Kulturrevolution« sollte die Gesellschaft revolutioniert werden, wobei den meisten Aktivisten damals nicht bekannt gewesen sein dürfte, mit welchen Verbrechen die chinesische Kulturrevolution einhergegangen war. Die Faszination aber ging so weit, dass in Frankfurt zur Überraschung des damaligen Sinologen die Teilnehmerzahlen beim Chinesisch-Unterricht auffällig stiegen, jedoch nach ersten Erfahrungen mit der Komplexität der Materie schnell wieder fielen. Mao im Original zu lesen, war dann doch zu mühsam.

Impulse für eine revolutionäre Entwicklung, die sich vom Marxismus-Leninismus der Ostblockstaaten unterscheiden sollte, erhoffte man sich vom Reformkommunismus in der ČSSR, wie er sich im »Prager Frühling« unter der Devise eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« angekündigt hatte. Mit dem Einmarsch sowjetischer und anderer Ostblocktruppen in die ČSSR am 21. August 1968 wurde diese Hoffnung allerdings schnell wieder zunichte.

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Eine eigene »Sprache der 68er« hat es nie gegeben. Dennoch lassen sich im Sprachgebrauch der Studentenbewegung gewisse Eigenarten beobachten.
- Die deutschen Rebellen orientierten sich am Wortschatz des Marxismus und sprachen z. B. von »antiimperialistischem Kampf«, »Spätkapitalismus« und »Arbeiterklasse«. Mit Parolen wie »Demokratie im Notstand« traten sie einer Rückkehr des Faschismus entgegen.
- Durch die Studentenproteste in den USA kamen Anglizismen nach Deutschland, die besondere Aktionsformen bezeichneten wie Sit-in, Teach-in, Go-in. Mit der Mao-Bibel unterm Arm trat man für eine »Kulturrevolution« chinesischer Prägung ein. Und in Anlehnung an die Freiheitskämpfe in Lateinamerika wurde eine »Stadtguerilla« gefordert und zum »bewaffneten Kampf« aufgefordert.
- Die Theorielastigkeit der studentischen Sprache mag einer der Gründe gewesen sein, warum sich die Arbeiterschaft nicht wie gewünscht agitieren ließ.

# re er

## Dominanz marxistischer Schlüsselbegriffe

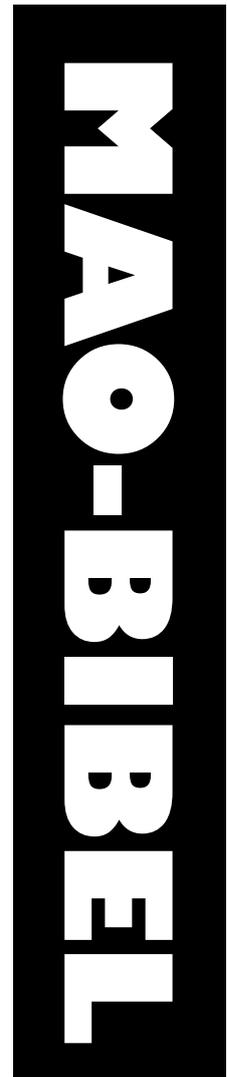
Die marxistische Orientierung des SDS bestimmte trotz wachsender interner Spannungen die immer wieder bemühten sprachlichen Kennmarken der 68er-Bewegung. Zum Zauberwort, mit dem alle Umwälzungen als legitim erklärt werden konnten, wurden die »gesellschaftlichen Interessen«. Ihnen hatte sich alles unterzuordnen, auch die Kunst, der keinerlei Eigenwert mehr zugestanden werden sollte. Im legendären »Kursbuch 15« wurde gar der »Tod der Literatur« ausgerufen, denn sie habe den Weg in die NS-Diktatur nicht verhindert. Jede Hoffnung auf Reformen wurde als reaktionärer »Reformismus« diskriminiert.

Der bestehende Staat und seine Politik galten als Inkarnation des »Faschismus«. Dieser aber war nach marxistischer Lehre das Kennzeichen des »Spätkapitalismus«, dessen Ende man zu beschleunigen hatte. Unbeirrt hielt der SDS an der Theorie des »Klassenkampfes« und an der zentralen Bedeutung der »Arbeiterklasse« fest. Dabei musste manche Realität begrifflich zurechtgebogen werden. So war die Lahmlegung der traditionellen Universität nicht einfach nur ein Boykott, sondern sollte über einen »aktiven Streik« erfolgen. Damit berief man sich auf das traditionelle Kampfmittel der Arbeiterschaft, das durch einen sprachlichen Trick einer ganz anderen, nicht-proletarischen Bevölkerungsgruppe zugestanden wurde. Studium wurde zu einer »Produktivkraft« erklärt, die sich durch einen »Streik« zu wehren hatte. Der aber sollte zugunsten einer neuen, »Kritischen Universität« »aktiv« gestaltet sein. »Sit-ins«, »Teach-ins« und Institutsbesetzungen sollten die Studenten für einen umfassenderen revolutionären Umbruch in permanenter Bewegung halten. Äußerlicher Höhepunkt dieser Art von Marx-Adaption in Frankfurt wurde am 27. Mai 1968 nach einer Rektoratsbesetzung die Umbenennung der Universität in »Karl-Marx-Universität«, wie die Überklebung des Traditionsnamens über dem Eingang zum Hauptgebäude in Bockenheimer Kundtat.

Beschlossen wurden die Aktionen in »Vollversammlungen« und in »Basisgruppen«, die an vielen Instituten ins Leben gerufen wurden, die aber auch der Vertiefung der Marx-Kenntnisse dienten. Dabei wurden als erster Schritt zur totalen Umwälzung auch Projekte wie die »Drittelparität« in Gremien, bestehend aus Professoren, »Mittelbau« (Assistenten und andere Nicht-Habilitierte) und Studenten, entwickelt. Für studentische Gremienmitglieder aber sollte das »imperative Mandat« gelten, das sie verpflichtete, die Positionen einer Basisgruppe oder Vollversammlung kompromisslos zu vertreten. Gleichwohl waren die Veranstaltungen von schier endlosen Diskussionen geprägt. Auch in linken Wohngemeinschaften sollte alles »ausdiskutiert« werden. Jede Position musste »hinterfragt« werden – ein Begriff, der eigentlich aus der Bibel-exegese des 19. Jahrhunderts stammt.

## Das Ende der »Symbiose« von Theorie und Aktionismus

Doch gab es bei der Interpretation dessen, was die »richtige« Auslegung von Marx sei, auch im SDS selbst, durchaus verschiedene Akzentuierungen, die immer wieder, auch 1968, zu internen Richtungskämpfen führten. Das Spektrum der Positionen reichte von anarchistischen Tendenzen, teilweise mit Happening-Charakter, bis zur sturen Orthodoxie. Von besonderer Sprengkraft war der Aufstand der »Weiberräte« gegen das »Patriarchat« der SDS-Genossen. An der Verselbstständigung der Positionen zerbrach der SDS schließlich.



# Make love not war

Quer zum angestrebten Kollektivgeist stand auch der seinerzeitige Aufschwung der Psychoanalyse, die das Individuum in den Blick nahm. Das Vokabular dieser Disziplin, etwa »ausagieren«, »internalisieren«, »rationalisieren«, verbreitete sich nicht zuletzt über die wachsende Zahl gerade studentischer Klienten bis in die Alltagssprache. Individuelle Probleme waren im Geist von »Kollektiven« offenbar doch nicht lösbar.

# Reformismus, Faschismus, Spätkapitalismus

Schließlich brach auch eine wesentliche theoretische Stütze der Bewegung, die »Kritische Theorie« der »Frankfurter Schule«, weg. Deren von vornherein prekäre »Symbiose« mit dem Aktionismus von rebellierenden Studenten machte Frankfurt nach Berlin zwar zum zweiten Zentrum der 68er-Bewegung. Theoreme wie Terminologie des neomarxistischen Konzepts der Soziologie beeinflussten mehr oder weniger alle 68er. Doch nur relativ wenige Wortführer der studentischen Bewegung erreichten das argumentative Niveau der Kritischen Theorie. Manche suchten in der Theorie nur handlungsleitende Argumente und gaben sich mit Schlagwörtern

zufrieden. Immerhin galt die 1968 (bis heute) viel zitierte Sentenz Adornos von 1944, »Es gibt kein richtiges Leben im falschen« als ein Schlüssel zu angestrebten Veränderungen. Gemeint war ja nicht mehr und nicht weniger, als dass die Herstellung idealer gesellschaftlicher Strukturen Vorrang vor jedem Versuch nur individueller Lebensentwürfe haben müsse.

Mit der studentischen Besetzung des Frankfurter Instituts für Sozialwissenschaften, Hort der Kritischen Theorie, im Januar 1969 endete die lange Zeit geltende gegenseitige Sympathie. Dem sonst so hochverehrten Leiter des Instituts, Theodor W. Adorno, schleuderten die Besetzer respektloseste Sätze wie »Halt die Klappe!« entgegen. Adorno ließ das Institut durch die Polizei räumen und stellte Strafantrag.

Alles in allem erwies sich der Sprachgebrauch der 68er – auch unabhängig von den sehr unterschiedlichen Kommunikationsformen – als eine bunte Mischung von sehr verschiedenen Stilebenen. Deren Bandbreite reichte von theoriegeleiteten, »akademischen« Äußerungen über ideologische Zitatwörter, Ironismen und bissige Sarkasmen bis zu platten Injurien. ●



## Der Autor

**Horst Dieter Schlosser**, Jahrgang 1937, war von 1972 bis 2002 Professor für Deutsche Philologie an der Goethe-Universität, von 1976 bis 1978 und von 1988 bis 1999 deren Vizepräsident. In seiner Forschung interessierte sich Schlosser insbesondere für den Sprachwandel des gesprochenen und geschriebenen Wortes im Deutschen. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde er als Initiator und Sprecher der sprachkritischen Aktion »Unwort des Jahres«. Sein jüngstes Buch trägt den Titel »Die Macht der Worte: Ideologien und Sprache im 19. Jahrhundert« und erschien 2016 im Kölner Böhlau Verlag.

[schlosser@lingua.uni-frankfurt.de](mailto:schlosser@lingua.uni-frankfurt.de)

Stadtguerilla



**Jan Kubiček**  
**Konkrete Kombination I, 1967**  
Acryl auf Leinwand, 135 x 135 cm

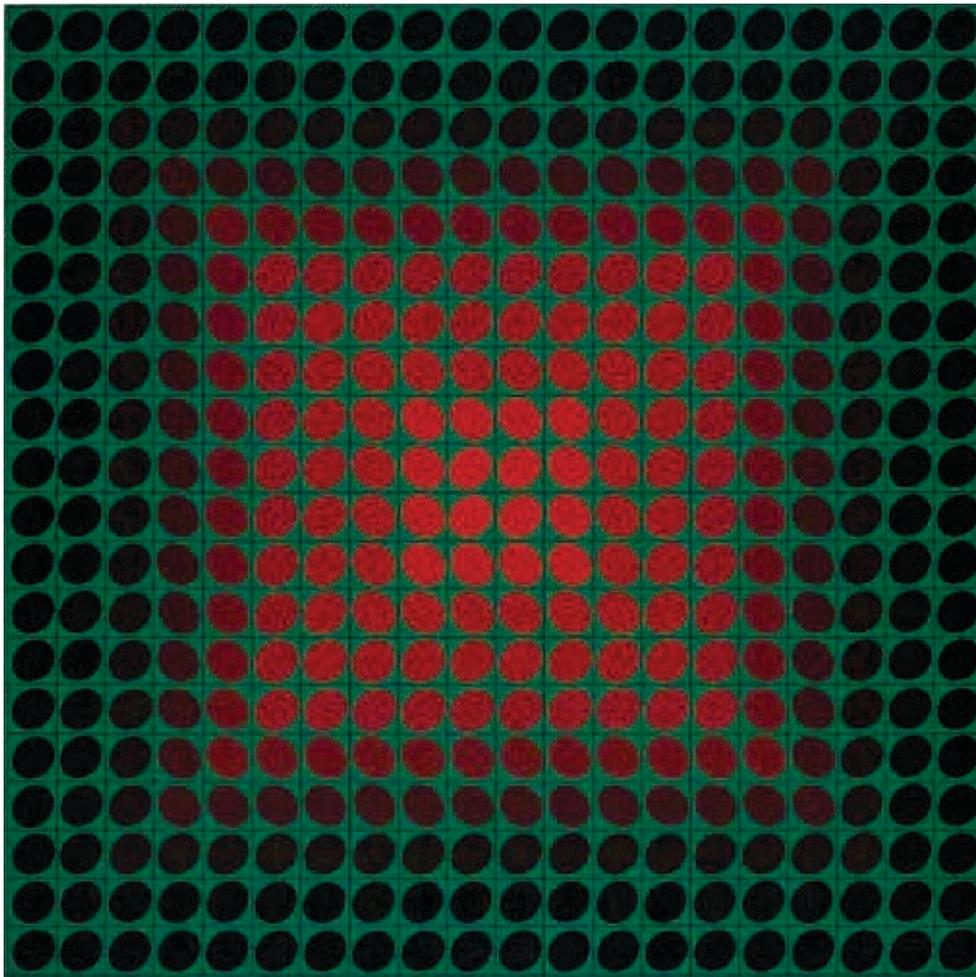
Das quadratische Gemälde war eines von drei Werken, die Jan Kubiček (1927–2013) 1967 in der »studiogalerie« ausstellte, alle drei zeichnen sich durch einen spielerischen Umgang mit geometrischen Strukturen aus. Kubičeks Werke entsprachen nicht der staatskonformen Kunst in der Tschechoslowakei. Vielmehr setzte er den Traditionsstrang konstruktivistischer Kunst fort, der nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten 1939 verboten worden war.

# studiogalerie >>

DAS MUSEUM GIERSCH ZEIGT WERKE AUS DEM LEGENDÄREN STUDENTISCHEN KUNSTPROJEKT

**D**ie Ausstellung »Freiraum der Kunst«, die bis 8. Juli 2018 im Museum Giersch der Goethe-Universität zu sehen ist, zeichnet die Geschichte der »studiogalerie« nach. Dieses vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) betriebene Forum präsentierte im Studentenhaus auf dem Campus Bockenheim von 1964 bis 1968 Ausstellungen und Veranstaltungen der nationalen und internationalen Avantgarde. Malerei und Objekte der Licht-Kunst und Kineti-

schen Kunst, der Konkreten Kunst, des Neuen Realismus, der Op-Art, der Hard-Edge- und Farbmalerie, aber auch Fluxus-Konzerte und Happenings sollten als studentischer Beitrag zur Demokratisierung von Kunst und Gesellschaft verstanden werden. Legendär wurde die Ausstellung »Serielle Formationen« von 1967. Im Zuge der Radikalisierung der Frankfurter Studentenschaft kamen die Aktivitäten jedoch 1968 zum Erliegen (s. auch Beitrag auf Seite 53).

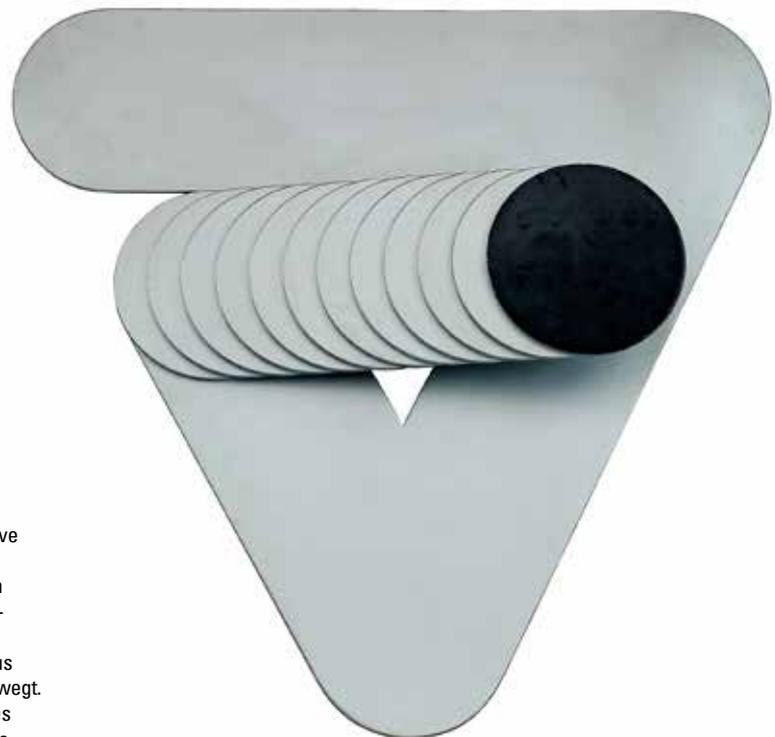


**Victor Vasarely**

**CTA 102, 1966**

Farbserigraphie auf Karton,  
70,9 x 70,9 cm

Victor Vasarely (1906–1997) ist ein Mitbegründer der Op-Art, einer Kunstrichtung, die das menschliche Auge mit kinetischen Effekten und optischen Phänomenen irritiert. Der Künstler, der mehrfach an der »dokumenta« teilgenommen hat, ließ in seinen Bildern geometrische Formen miteinander korrespondieren und brachte mithilfe von Simultankontrasten das Bildmotiv in Schwingung. Bestimmte Bildpartien scheinen sich nach vorn zu wölben oder in die Bildtiefe zurückzufallen. Die Vielfalt der möglichen optischen Phänomene und deren suggestive Wirkung lässt sich durch die serielle Aneinanderreihung der quadratisch angelegten Werke erfahren.



**Thomas Lenk**

**Relief 18, 1965**

Lack auf Holz, 103 x 105,5 cm

Seit den 1960er Jahren verarbeitete der Bildhauer Thomas Lenk (1933–2014) unterschiedliche Materialien – Holz, Plexiglas, Metall – zu Schichtplastiken, die sein gesamtes künstlerisches Schaffen kennzeichnen. Mitte der 1960er Jahre schuf der Künstler eine Werkgruppe, die sich mit dem Thema »Relief«

befasste. Durch die additive Fortschreibung jeweils identischer Rundscheiben entwickelte er eine Reliefstruktur, mit der sich das dreieckige Wandobjekt aus der Fläche in den Raum bewegt. Die einfarbige Fassung des Holzes findet eine abschließende Akzentuierung in einer schwarzen Kreisscheibe.

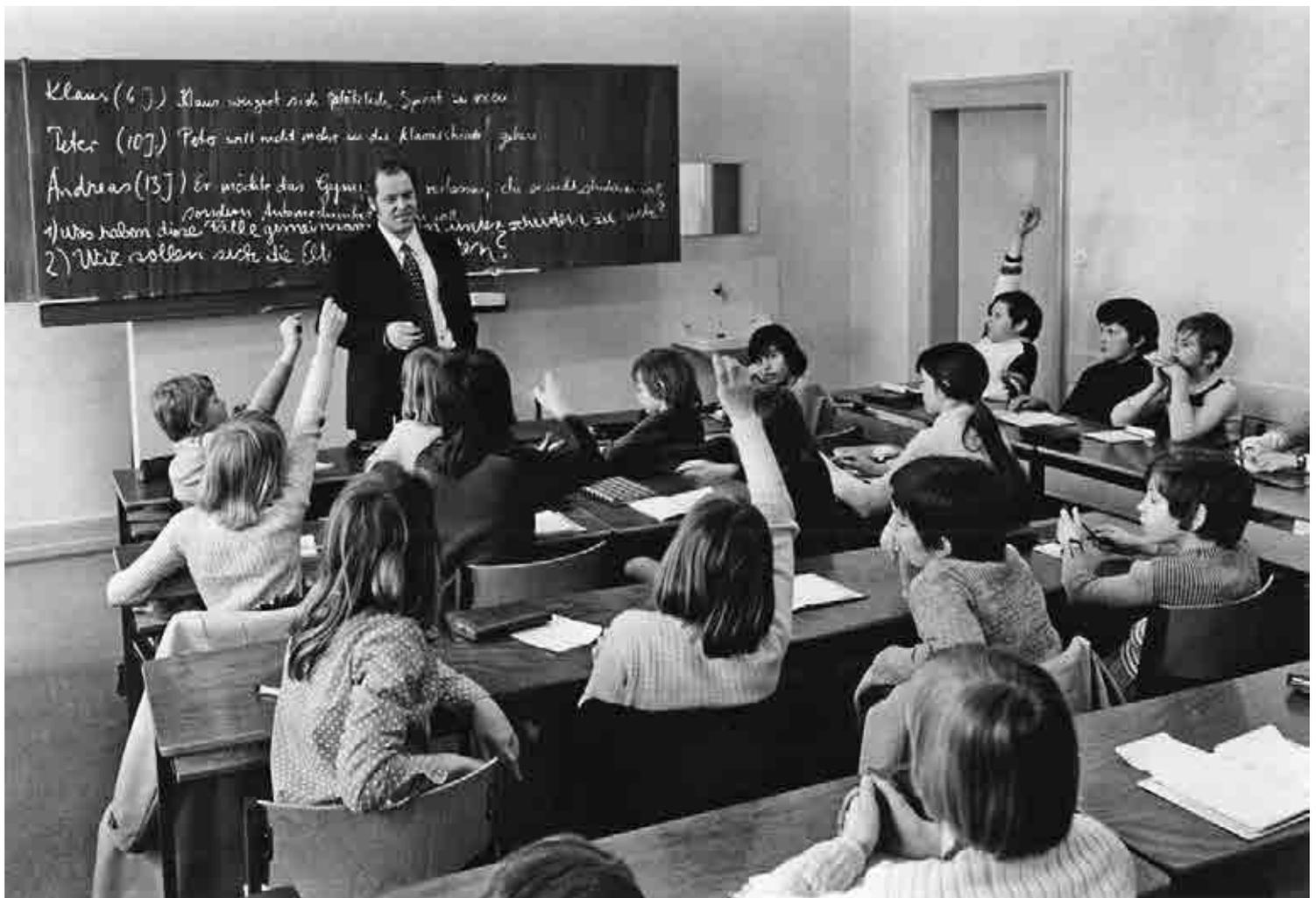


**Rupprecht Geiger**  
**382/63 (Rotes Rund), 1963**  
Öl auf Leinwand, 146 x 131 cm

Als Mitglied der Gruppe »ZEN49« erlangte Rupprecht Geiger (1908–2009) mit seinen abstrakten Motivfindungen bereits Ende der 1940er Jahre überregionale Bekanntheit. Sein Hauptinteresse galt der Farbe, insbesondere der Farbe Rot, deren Intensität er ab Mitte der 1960er Jahre durch Leuchtpigmente noch

verstärkte. Für ihn war Farbe neben Luft, Wasser, Feuer und Erde ein weiteres Element mit geradezu kosmischen Dimensionen: »Farbe macht Licht, Raum, Bewegung und Zeit.«





# Von der Akademisierung der Erziehung

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität entstand zur Zeit der Studentenbewegung

von Anke Sauter

Erziehung – für »die 68er« war sie bald der Schlüssel zu einer neuen Gesellschaft. So fanden viele Vertreter dieser Generation eine Heimat im neuen Fachbereich Erziehungswissenschaften, als Studierende, aber auch als Dozenten.

**F**rank-Olaf Radtke macht es kurz: »Die 1968er haben mit großen politischen Ambitionen begonnen, sind freilich als Pädagogen geendet. Aus der Politisierung aller Lebensbereiche wurde deren Pädagogisierung.« Der emeritierte Professor für Allgemeine Pädagogik sieht seinen eigenen Werdegang als Beleg für seine These. »Ich bin ein gutes Beispiel dafür: Ich habe eigentlich Soziologie studiert, wurde dann aber Professor für Pädagogik«, erklärt er mit leicht ironischem Unterton. Radtke selbst hat die Revolte in Frankfurt und Berlin erlebt, wo er als Student bei Vorlesungsstreiks, Happenings und Demonstrationen mit dabei war.

Eigentlich liegt es nahe, dass die Studentenrevolte und die Entstehung des Fachbereichs

Erziehungswissenschaften unmittelbar miteinander zu tun haben. Denn in den Augen der deutschen »68er« wurde, zumal in Frankfurt, die Pädagogik, die Nähe zur »Kritischen Theorie« suchend, zur Schlüsseldisziplin für den Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaft, in der die Gräueltaten des Nationalsozialismus nicht mehr möglich wären: Theodor W. Adorno und Max Horkheimer verwiesen in verschiedenen Werken auf die bedeutende Rolle der Erziehung für die Gesellschaft – die schon im Titel von Adornos Radiobeiträgen »Erziehung nach Auschwitz« von 1966 zum Ausdruck kommt. Das NS-Regime habe sich darauf stützen können, dass die Deutschen schon als Kinder zu autoritätsgläubigen Menschen erzogen worden seien. Im Rückgriff auf Adornos Konzept der autoritären Persönlichkeit forderte Rudi Dutschke eine »antiautoritäre Erziehung«.

### »Bildungskatastrophe« als Ausgangssituation

Dass in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre quer durch die Bundesrepublik Fakultäten und Fachbereiche für Erziehungswissenschaft gegründet wurden, hatte allerdings weniger mit der Revolte zu tun als mit der allgemeinen Alarmstimmung in Sachen Bildung: die Studentenbewegung gab der Reform aber einen besonderen, egalitären und emanzipatorischen Dreh. Das Schlagwort von der »Bildungskatastrophe« machte die Runde, über Parteigrenzen hinweg waren sich Politiker einig, dass sich im Bereich von Erziehung und Bildung etwas tun müsse. Geprägt hatte den Begriff der Pädagoge Georg Picht in einer Beitragsserie für das Magazin »Christ und Welt«, die 1964 erschienen war. Seine Kritik: Deutschland gebe im internationalen Vergleich viel zu wenig Geld für Bildung aus, die Abiturientenquote sei deutlich zu gering, und das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land müsse nivelliert werden. Picht forderte grundlegende Reformen des gegliederten Schulsystems und führte schon damals als Begründung Nachteile im internationalen Wettbewerb an. Nur ein kleiner Bruchteil eines Jahrgangs besuchte ein Gymnasium, Mädchen und ganze Bevölkerungsschichten waren deutlich unterrepräsentiert.

Genau auf diese Ungleichverteilung zielte Ralf Dahrendorf 1965 in seinem Aufruf »Bildung ist Bürgerrecht«. Der Soziologe sah die bundesdeutsche Demokratie gefährdet, wenn zu vielen Menschen zu wenig Bildung vermittelt werde. Dahrendorf und Picht lösten – mit unterschiedlicher Akzentuierung – eine breite gesellschaftliche Debatte aus. Beide hatten humanistische Beweggründe für ihre Forderungen, Picht führte zudem das Argument an, mehr Bildung sei auch im Interesse der Wirtschaft. Selten gab es so viel Aufbruchsstimmung im Schulwesen – insbesondere in Hessen.

Die Ziele der Bildungsreform der 1960er Jahre könne man mit drei E's zusammenfassen, sagt Prof. Radtke: »Expansion, Effektivität und Emanzipation«. Schon die demografische Entwicklung zwang zum Ausbau des Schul- und Hochschulwesens, die Wirtschaft benötigte außerdem dringend mehr qualifizierte Arbeitskräfte, und die Menschen sollten dank Bildung ein selbstbestimmteres Leben führen können. »Wirtschaftliche Interessen und emanzipatorische Überlegungen gingen Hand in Hand – und da genug Geld vorhanden war, konnte man die unterschiedlichen Ziele im Kompromiss auch umsetzen«, erklärt Radtke. Das ist bei Bildungsreformen bis heute oft so – man denke nur an die Motive für den aktuellen Ausbau der Kinderbetreuung.

### Aus einer Abteilung wird ein Fachbereich

Am Anfang steht die Lehrerbildung. Um das Bildungssystem auf ein neues Fundament zu stellen, sollten mehr und besser qualifizierte Lehrer ausgebildet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Ausbildung der Volksschul- und der Realschullehrer in Hessen ganz praxisbezogen im Modus der Meisterlehre an Pädagogischen Instituten in Weilburg und Jugenheim statt. Diese Institute waren nicht darauf ausgelegt gewesen, den hohen Bedarf an Lehrkräften für den quantitativen Ausbau des Schulwesens und dessen Reform zu decken. »Schon 1958

1 »Mehr Lehrer für weniger Kinder« – diese Forderung brachte Eltern und Lehrer im Mai 1970 auf die Straße. An den Universitäten sollten mehr Lehrer ausgebildet und wissenschaftlich auf ihren Beruf vorbereitet werden, auch, um kleinere Grundschulklassen zu ermöglichen.



hatte es den politischen Beschluss gegeben, dass alle Lehrer an einer Uni studiert haben sollten«, erinnert sich Egon Becker, bis 2000 Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaften. 1960 wurden die Ausbildungsstätten von Jugenheim nach Frankfurt, von Weilburg nach Gießen



**2 Unterricht vor und nach 1968: Disziplin, Ordnung und Geschlechtertrennung waren vor 1968 noch gang und gäbe an deutschen Schulen (oben rechts eine Volksschulklasse in den 1950er Jahren). Nicht nur an Montessori-Schulen (Bild links) lösten sich die strengen Formen zugunsten alternativer Konzepte auf. Besonders fortschrittlich: Kinder mit und ohne Behinderung lernten gemeinsam in einer Volksschulklasse.**

verlagert an neu gegründete Hochschulen für Erziehung (HfE). Infolge des Hessischen Hochschulgesetzes von 1966 wurde die bisher der Universität nur angegliederte HfE als »Abteilung für Erziehungswissenschaft« (Afe) integriert. »Die Afe sollte ausdrücklich keinen eigenen Fakultätsstatus bekommen und war auch keiner Fakultät zugeordnet. So gab es auch keinen Dekan, sondern nur einen Vorsitzenden des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften, das war zunächst Friedrich Roth, Professor für Didaktik der Sozialkunde«, beschreibt Becker, heute 81, den Status des Faches innerhalb der Universität. Für die Afe habe es damals weder ein Promotionsrecht noch eine Stimme im Senat gegeben.

Mit Gründung der »Abteilung für Erziehungswissenschaft« veränderte sich die Lehrerbildung erheblich – man setzte auf wissenschaftliche Innovation. Bis in die 1960er Jahre wurden nur angehende Gymnasiallehrerinnen und -lehrer an der Universität ausgebildet. Die notwendigen Kenntnisse in Pädagogik wurden in wenigen Semesterwochenstunden vom Institut für Pädagogik vermittelt, das an der Philosophischen Fakultät angedockt war. An der Afe wurden neben Erziehungswissenschaft, Soziologie der Erziehung und Politischer Bildung auch Didaktiken der unterschiedlichen Schulfächer angeboten. Nun sollten Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung als Voraussetzung ihrer Professionalisierung erhalten.

War die Afe zunächst in einer alten Fabrik hinter dem Bockenheimer Depot und in zahlreichen anderen Gebäuden untergebracht, sollte der anschwellende Raumbedarf bald durch einen Hochhausneubau gedeckt werden. Der inzwischen legendäre »Afe-Turm« wurde allerdings erst 1972 fertiggestellt, da gab es die Afe

schon gar nicht mehr: 1971 waren die klassischen Fakultäten in meist kleinere Einheiten, die Fachbereiche, umgewandelt worden; in diesem Zusammenhang wurde ein eigener Fachbereich Erziehungswissenschaften geschaffen. Die aus der Afe kommende Erziehungswissenschaft und das kleine Pädagogische Institut der Philosophischen Fakultät bildeten gemeinsam diesen neuen Fachbereich, der – wie auch heute – aus den Instituten für Allgemeine Erziehungswissenschaft, für Grundschulpädagogik, für Schulpädagogik der Sekundarstufe, aber auch für Sonderpädagogik, für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung, bestand. Die Afe-Fachdidaktiken indes wurden in die verschiedenen Fachbereiche eingegliedert – was teils zu heftigen Diskussionen führte, wie Egon Becker sagt: »Manche Fächer hatten einfach Angst, sie würden von Lehramtsstudenten überspült oder für die Lehrerbildung instrumentalisiert«. Dabei sollte die Anbindung an die Fach- und Sozialwissenschaft die größte Neuerung in der Ausbildung von Volks- und Realschullehrern sein – eine Lösung, die freilich bis heute nicht unumstritten ist.

Die Studierendenzahlen waren schon mit Gründung der Afe rasant in die Höhe gegangen. »Das hing mit der Bildungsreform zusammen: Es war ein zukunftssträchtiges Studium«, erklärt Prof. Becker. Weil die Seminare und Vorlesungen so überfüllt waren, dass man keinen Platz mehr fand, war es an der Afe zu den ersten Protesten und Streiks gekommen – Vorläufer der Unruhen, die 1968 ihren Höhepunkt hatten. Heftige Proteste gab es auch nach dem »Schütte-Erlass«: Kultusminister Ernst Schütte zielte damit 1969 auf eine Verkürzung des Lehramtsstudiums ab, was durch die studentischen Proteste verhindert wurde.

Erst allmählich gab es mehr Personal. Um die angespannte Personalsituation zu lindern, waren zahlreiche Lehrkräfte an die AfE beordert worden – was nach Gründung des Fachbereichs für Unmut sorgte, da die Regierungspräsidien, die für die Lehrerzuweisung an die Schulen verantwortlich waren, dafür keinerlei Ausgleich erhielten, wie aus einem Schreiben des Kultusministeriums vom Dezember 1971 hervorgeht. (UAF, Abt. 50, Nr. 1431, Bl. 24) Die finanzielle Ausstattung des Fachbereichs war wohl insgesamt nicht rosig. So erwog die Betriebseinheit Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung im Herbst, für notwendige Tutorenstellen eine öffentliche Sammlung in der Innenstadt zu veranstalten. (UAF, Abt. 50, Nr. 1431, Bl. 49)

Unter den an die AfE berufenen Wissenschaftlern, die in den neuen Fachbereich Erziehungswissenschaften kamen, waren etliche, die eine interessante Biografie vorzuweisen hatten. Zu den Professoren der ersten Jahre gehörten Hans-Joachim Heydorn, Mitglied der Bekennenden Kirche und im Zweiten Weltkrieg als Deserteur zum Tode verurteilt, Ernest Jouhy, der im französischen Widerstand kämpfte, oder der Auschwitz-Überlebende Berthold Simonsohn, der das neue Institut für Sonder- und Heilpädagogik gründete, verheiratet mit Trude Simonsohn, der späteren Ehrenbürgerin der Stadt Frankfurt, die bis heute als überlebende Zeitzeugin pädagogisch tätig ist. Das Institut für Sonderpädagogik leitete später eine der ersten Professorinnen am Fachbereich, Helga Deppe. Zudem kamen Hochschullehrer von der Marburger Universität, sie hatten bei Wolfgang Klafki Erziehungswissenschaften studiert. Auf Wunsch der Politik wurden die Institute für Theorie bzw. Didaktik der Leibesübungen in den neuen Fachbereich eingegliedert. »Die Uni-Spitze wollte damit für politische Ausgewogenheit sorgen«, meint Becker über diese später revidierte Strukturentscheidung.

### Dipl.-Päd. – ein neuer Abschluss entsteht

Über die Schule hinaus entstanden damals zahlreiche andere pädagogische Aufgabenfelder und warteten auf qualifiziertes Personal. Bis zur Einführung des Diplomabschlusses in der Pädagogik Mitte der 1970er Jahre gab es für Studierende der Erziehungswissenschaften, die nicht Lehrer werden wollten, nur die Promotion als alternativen Abschluss zum Staatsexamen. »Viele Studenten kamen wegen der Soziologie nach Frankfurt, wechselten dann aber zu den Erziehungswissenschaften. Viele wurden Lehrer, aber gerade auch die Bereiche Erwachsenenbildung und Sozialpädagogik hatten viel Zulauf«, berichtet Prof. Becker. Der Anspruch der Universität sei gewesen, die Führungsebene neuer Berufsfelder zu besetzen, wo Absolventen



3 Der AfE-Turm sollte – wie der Name sagt – ursprünglich die »Abteilung für Erziehungswissenschaft« beherbergen. Bei seiner Fertigstellung war diese Abteilung bereits Geschichte, inzwischen gab es den anders zugeschnittenen Fachbereich Erziehungswissenschaften. Der »Elfenbeinturm« beherbergte bis 2013 Büros und Seminarräume der Fachbereiche Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Psychologie. Generationen von Studierenden verbindet mit ihm eine Art Hassliebe.

der FH-Studiengänge eher als Berater arbeiten. »Es fehlen in der Praxis in allen Bereichen der angewandten Erziehungswissenschaft wissenschaftlich ausgebildete Experten«, heißt es in einem Papier des länderübergreifenden Fachausschusses für die Diplomprüfungsordnung der Pädagogik vom Dezember 1968. Der Diplomstudiengang wurde unter den Aspekten Berufsbezogenheit, Differenzierung nach Schwerpunkten sowie einer sozialwissenschaftlichen Orientierung angelegt. Soziologie und Psychologie werden als wichtigste Nachbardisziplinen definiert, da sie bereits zur Analyse der Erziehungswirklichkeit beigetragen hätten. Philosophische Reflexionen sollten bewusst in das Fach-

gebiet selbst integriert werden. Der Ausschuss legte zudem einen Katalog späterer Tätigkeitsfelder vor. (UAF, Abt. 50, Nr. 1089, Bl. 49-56)

»Hinter dem Titel Diplom-Pädagoge verbirgt sich ein Paradoxon: Die Absolventen einer universitären Disziplin, die sich auf die theoretische Reflexion des Erziehungssystems bezieht, sollten für die Praxis ausgebildet werden«, erklärt Radtke. Doch die Diplomstudiengänge in Soziologie, Psychologie und Pädagogik waren stetig stärker nachgefragt. Zum Teil musste sich diese Generation später ihr berufliches Feld selbst schaffen. Meinungsforschungsinstitute, Werbeagenturen, Akademien, Verlage, Medien, Verwaltungen: All diese Bereiche wurden zunehmend von diplomierten Soziologen, Psychologen und Pädagogen besiedelt. Und neue Tätigkeitsfelder kamen hinzu von der Erziehungs- bis zur Suchtberatungsstelle, von der Schwangerehenkonfliktberatung bis zur Eheberatung – allerdings oft weit unter Tarif bezahlt.

## ZUR PERSON



**Prof. Frank-Olaf Radtke (72)** hat 1965 an der Frankfurter Wöhlerschule Abitur gemacht, wo ihn ein Lehrer für die Soziologie begeisterte. Er begann mit dem Studium an der Goethe-Universität, wo er die Studentenrevolte wesentlich als »ästhetisches Projekt« erlebte: Mitglied beim Studententheater »neue bühne«, gehörte er zur Sponti-Szene und war häufig bei Aktionen und Demos dabei. Zur Erziehung kam Radtke schon nach dem Vordiplom: Der Direktor der Wöhlerschule bat ihn um Unterstützung bei dem Versuch, revoltierende Schüler zu beschwichtigen: Probeweise wurde Soziologie zum Unterrichtsfach. Nach dem Studium fing Radtke bei einer KMK-Arbeitsstelle für die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen in Hannover an. »Wir sind mit revolutionären Ideen gestartet und im Schulversuch gelandet«, scherzt er. Promoviert wurde Radtke an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld, wo er sich auch habilitierte. Von 1994 bis zu seiner Pensionierung war er Professor für Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität mit den Schwerpunkten Erziehung, Politik und Gesellschaft.

[f.o.radtke@em.uni-frankfurt.de](mailto:f.o.radtke@em.uni-frankfurt.de)



**Prof. Egon Becker (81)** hat an der TH Darmstadt Physik und Mathematik und an der Goethe-Universität Philosophie und Soziologie studiert und wurde mit einer Arbeit in Theoretischer Festkörperphysik 1967 promoviert. 1967 ging er als Physiker nach Yale (USA), kehrte aber im Herbst 1968 zurück nach Deutschland, wo er sich als Assistent in der Physik und in der Bundesassistentenkonferenz hochschulpolitisch engagierte. Da sein Vertrag aufgrund dieses Engagements

nicht verlängert wurde, nahm er 1972 eine Professur für Wissenschafts- und Hochschulforschung am Fachbereich Erziehungswissenschaften an, die er bis 2000 innehatte. Egon Becker ist Mitgründer des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) und Mitverfasser des Memorandums »Hochschule neu denken«.

[e.becker@em.uni-frankfurt.de](mailto:e.becker@em.uni-frankfurt.de)

### Mehr Wissenschaftlichkeit in der Lehrerbildung?

Das Versprechen »mehr Wissenschaftlichkeit in der Lehrerbildung« sei erst allmählich eingelöst worden, sagt Radtke. Durch die eigene Herkunft aus den pädagogischen Seminaren beeinflusst, hat das Personal der ersten Stunde zum Teil auf einer praktisch-normativen Pädagogik bestanden, die wiederum sehr unterschiedlich ausgelegt werden konnte. Aus dem Lehrerbildungsinstitut in Jugenheim und Weilburg kamen über die AIE auch Professoren, die aufgrund ihrer erziehungspraktischen Erfahrungen als Lehrkräfte oder Schulrektoren ohne Promotion berufen worden waren. Bis in die 1990er Jahre hinein habe es Diskussionen über die Wissenschaftlichkeit des Faches gegeben, erst dann rückte eine andere Generation universitär ausgebildeter Erziehungswissenschaftler nach.

Egon Becker, promovierter Physiker und dann erst zu den Erziehungswissenschaften gekommen, vermisste damals eine Debatte darüber, was die Identität des Faches ausmache. »Ein gemeinsamer Nenner bestand darin, dass man das dreigliedrige Schulsystem ablehnte«, erinnert er sich. Ob aber eine kooperierende oder integrative Gesamtschule besser sei, darüber wiederum wurde leidenschaftlich gestritten. Politik überlagerte die notwendige methodologische Selbstvergewisserung, der »Schulkampf« überschattete alles.

Bereits die amerikanischen Alliierten hatten nach dem Zweiten Weltkrieg die in Deutschland übliche frühe Trennung der Schüler nach vermeintlich kognitiven Fähigkeiten beanstandet, doch die wiedererstandenen Kultusbehörden hielten am System fest. In den 1960er Jahren schien die Zeit für einen Paradigmenwechsel reif, schließlich sollten Kinder aus allen gesell-

schaftlichen Schichten in den Genuss höherer Bildung kommen können; eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit schien die beste Voraussetzung dafür zu sein. Als 1969 Ludwig von Friedeburg, Soziologe am Institut für Sozialforschung, SPD-Kultusminister wurde, schienen die Weichen in Richtung Gesamtschule gestellt zu sein. Seine rasch umgesetzten Reformpläne stießen jedoch bei Eltern und Lehrern auf erbitterten Widerstand. Nach herben Verlusten bei der Landtagswahl 1974 musste von Friedeburg gehen, sein Nachfolger Hans Kröllmann (SPD) bremste das Reformtempo deutlich. Endgültig begraben wurde das Projekt, in ganz Hessen flächendeckend Gesamtschulen als einzige Schulform einzurichten, aber erst 1987, als die CDU die Landtagswahl mit dem Wahlversprechen der »freien Schulwahl« gewann. »Das ist bis heute der Grundkonflikt im Schulwesen: Wie erreicht man in einem demokratischen Rechtsstaat, dass alle die gleichen Chancen der Teilnahme und Teilhabe bekommen?«, sagt Frank-Olaf Radtke.

### Große Freiräume für Spezialprojekte

Für die verschiedenen Spezialgebiete habe es einen großen Freiraum gegeben, sagt Egon Becker. Er selbst war mit seinem Fach »Wissenschafts- und Hochschulforschung« zunächst am eher praktisch ausgerichteten Didaktischen Zentrum angedockt, hat sich aber sehr um die Wissenschaftlichkeit in der Pädagogik bemüht. Gemeinsam mit dem aus Indien stammenden Patrick Dias hat er in den 1980er Jahren den Aufbaustudiengang »Erziehung und Internationale Entwicklungen« vorangetrieben, der aus der von Ernest Jouhy und Günther Böhme begründeten »Pädagogik in der Dritten Welt« hervorgegangen war. Doch aus Mangel an Unterstützung sei das Projekt 1998 eingestellt worden. »Wir hatten eine riesige Spielwiese, aber das Geld für Projekte mussten wir uns selbst besorgen«, so Becker.

Viele Gedanken und Ideale der 1968er-Bewegung deckten sich schon seinerzeit mit den vorherrschenden Strömungen im Fachbereich. Neben starken marxistisch-leninistischen Tendenzen wie in der »Roten Zelle Pädagogik« gab es auch einen liberalen Ansatz: »Die Erziehungswissenschaft als aufklärerische Sozialwissenschaft, wie sie Klaus Mollenhauer betrieben hat«, das war Micha Brumliks Verständnis. Brumlik hat in den 1960er Jahren an der Goethe-Universität Erziehungswissenschaften studiert und war später Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Leiter des Fritz Bauer Instituts. »Wie können wir Schüler zu verantwortungsbewussten Citoyens erziehen?«, diese Frage stand für ihn im Zentrum der Pädagogik.

»Die Erziehungswissenschaften müssen immer die Spannung aushalten, dass sie aus einem praktisch-normativen Zweig, der Pädagogik, bestehen, und einer deskriptiv-analytischen Seite, der Erziehungswissenschaft, die Anschluss an die Sozialwissenschaften gefunden hat«, sagt Prof. Radtke. Diese beiden Bereiche stünden jedoch nicht in Konkurrenz zueinander, sondern würden sich, wie in allen professionsbezogenen Disziplinen, sei es das Recht oder die Medizin, bestenfalls gegenseitig anregen. Erst allmählich sei die Dominanz der geisteswissenschaftlichen Richtung der Pädagogik mit modernen Theoriemitteln und Methoden überwunden worden; nach dem – wie manche vermuten, von der OECD inszenierten – »PISA-Schock« kam es jüngst zu einer politisch forcierten Stärkung der empirischen Bildungsforschung, woraus neue Konflikte und Kontroversen in der Disziplin entstanden sind.

Die Probleme der Erziehung bleiben jedoch vielschichtig, und so bleiben es wohl auch die Erziehungswissenschaften. ●



### Die Autorin

**Dr. Anke Sauter** (49, links im Bild) ist im Jahr 1968 geboren. Auch wenn's auf diesem Bild (mit Mama Christl) nicht so scheint: Sie soll ein eher friedliches Baby gewesen sein, das wenig Anlass zum Protest hatte. Es hat etwas gedauert, bis ihr klar wurde, was es mit ihrem Geburtsjahr auf sich hat. In ihrer Schulzeit im Badischen ist sie dann manchem Referendar begegnet, dessen Unterricht wohl deutlich vom 68er-Geist geprägt war. Gut erinnern kann sie sich etwa an den netten Axel, bei dem leider immer Tumult im Klassenzimmer herrschte. Seit 2014 arbeitet Anke Sauter in der Abteilung PR und Kommunikation der Goethe-Universität.

[sauter@pvw.uni-frankfurt.de](mailto:sauter@pvw.uni-frankfurt.de)



1968



2018

# »Das wundert mich noch heute: dass wir keine Angst hatten.«

Bewegte Studenten gestern und heute:  
KD Wolff im Gespräch mit Thomas Dumke und Jonas Pußel

**Dr. Anke Sauter:** Herr Wolff, in der Ausgabe von Forschung Frankfurt zum Jubiläumsjahr werden Sie mit dem Satz zitiert: »Die Offenheit der Debatten, die die 68er erkämpft haben, lässt sich nicht mehr zurücknehmen.« Vor Kurzem wurde an der Goethe-Universität heftig über Meinungsfreiheit gestritten. Die Frage war: Darf man den Polizeigewerkschafter Rainer Wendt zur Diskussion an die Uni einladen. Hat Ihre Aussage nach wie vor Bestand?

**KD Wolff:** In meiner Aussage steckt ja schon auch drin, dass ich mir das wünsche. Ich kann ja keine Behauptung darüber aufstellen, wie das mit der Öffentlichkeit weitergeht. Wenn man Freiraum nicht benutzt, dann schrumpft er, das ist klar.

**Thomas Dumke:** Die Offenheit der Diskurse wird immer mehr auch von rechtspopulistischen Gruppen genutzt. Neonazis geben sich intellektuell und versuchen, die eigene Hetze auch mit der Chiffre der Meinungsfreiheit salonfähig zu machen. Ist das ein Kollateralschaden der Diskursoffenheit,

oder ist das für Sie eher ein Rückschritt in eine faschistoide Kleinbürgerlichkeit?

**Wolff:** Diese Debatten zeigen doch, dass die Offenheit nicht von vorneherein inhaltlich bestimmt ist. Aber ich glaube, dass man nicht jede Diskussion gleich abschneiden sollte, indem man sagt: »Das sind Neonazis.« Klar sind in der AfD auch Neonazis. Aber die Leute, die aus Protest solche Gruppen wählen, müssen keine Neonazis sein. Das merkt man auch dann, wenn es in der Partei Krach gibt und sofort die Umfragewerte sinken. Die haben keine faschistische Gefolgschaft.

---

*»Wir haben immer unsere  
Gegner eingeladen.«*

KD Wolff

---

**Dumke:** Wenn die Offenheit von Debatten nicht von vorneherein inhaltlich bestimmt ist: Welcher normativer Kriterien bedarf es, um so eine Offenheit nicht ins Gegenteil umschlagen zu lassen?

**Wolff:** Das kann ich nicht sagen. Jedenfalls ist es schon interessant, dass wir zu Diskussionen, über den Vietnamkrieg zum Beispiel, immer unsere Gegner eingeladen haben. Wir hatten keine Angst davor, dass irgendwelche CDU-Abgeordnete, die sogar den Einsatz von deutschen Soldaten im Vietnamkrieg forderten, bei uns sprechen. Die aber hatten Angst, mit uns über die Geschichte des anticolonialen Befreiungskampfes zu sprechen. Es ist schon interessant, dass heute eher Linke in der Defensive sind.

**Sauter:** Die CDU war damals sicher konservativer als heute, aber eine bürgerliche Partei. Hätten Sie auch Vertreter einer Partei eingeladen, die rechts von der CDU gestanden hätte?

**Wolff:** Ich glaube nicht, nein. Ende 1966 hatte die NPD ein paar Landtagsmandate gewonnen. Da kam Adolf von Thadden, der damalige Vorsitzende der NPD, zu einer großen Veranstaltung nach Freiburg. Da waren 90 Prozent der Leute, die dort waren, Gegner von Herrn Thad-

den, die haben mit ihren Trillerpfeifen die Veranstaltung gesprengt.

**Dr. Dirk Frank:** Aber immerhin, er war da. Herr Dumke, die Frankfurter Uni hat ja eine dezidiert linke Tradition. Sehen Sie denn real die Gefahr, dass die AfD auf den Campus drängt? Ist es nicht so, dass der Campus von linken und liberalen Kräften so stark geprägt ist, dass die AfD keine Chance hat, sich zu etablieren?

**Dumke:** Der AStA und die politischen Gremien sind sicher eher links geprägt. Es gibt aber diese Gruppe der Jungen Alternative Frankfurt, die sich als eine Jugendorganisation der AfD versteht und mit Aktionen auf den Campus drängt. Mitglieder setzen sich in Veranstaltungen, die in der Tradition von kritischen Theorien stehen, stören gender-reflexive Seminare. 2017 hat die »Junge Alternative« Zettel an der Uni aufgehängt mit dem Aufruf »Wenn ihr von kritischen Dozierenden links-grün indoktriniert werdet, dann meldet die bitte an unsere Organisation«. Das hat schon eine neue Qualität.

**Sauter:** Herr Wolff sagte eben, er habe den Eindruck, die Linke sei in der Defensive. Mir kommt es auch manchmal so vor, als traue man den Studierenden nicht zu, dass sie sich selber eine Meinung bilden. Wie sehen Sie das, Herr Pußel?



**Thomas Dumke (27)** studiert an der Goethe-Universität im Masterstudiengang Erziehungswissenschaften. Zuvor hat er an der Evangelischen Hochschule Darmstadt seinen Bachelor in Sozialer Arbeit gemacht. Sein Interessenschwerpunkt liegt bei der Kritischen Pädagogik und auf der Frage, wie diese mit der Tradition der linkspolitisch geprägten Frankfurter Schule in Verbindung gebracht werden kann.

Themenkomplexen bilden zu können. Ich denke, dass es immer einen sehr lauten Teil an der Uni geben wird, der diesem Vorurteil entgegenwirken wird.

**Sauter:** Das ist klar, dass es diesen »sehr lauten Teil« gibt. Aber kann es sein, dass diese Gruppe der politisch Aktiven Bedenken hat, was den Rest der Studierenden angeht? Dass die irgendwie, wenn der falsche Redner an die Uni kommt, Gefahr laufen könnten, infiltriert zu werden oder eben so einem Aufruf zu folgen?

**Dumke:** Hinsichtlich der Flugblätter hat sich ja auch die Uni aktiv gezeigt, die Zettel wurden entfernt, das wurde dann auch in Vorlesungen thematisiert. Aber es gibt, gerade in der Pädagogik, struktu-

der eignen Disziplin nicht mehr selbstverständlich stattfinden können.

**Frank:** Herr Wolff, Sie waren 1968 ja ganz vorne mit dabei bei der deutschen Studentenbewegung. Ab wann hatten Sie selbst das Gefühl, dass das eine ganz große Protestbewegung ist?

**Wolff:** Die Bewegung, die nach zehn Jahren dann »68er-Bewegung« genannt wird, hat eigentlich schon 1966/67 angefangen. Ich war ja in Freiburg damals. Im Freiburger SDS waren wir bis dahin 20 Leuten. Wir haben Flugblätter gemacht und Veranstaltungen organisiert, wir haben Bahman Nirumand eingeladen, über den Schah zu sprechen. Nach der Ermordung Benno Ohnesorgs merkten die Leute, dass unsere Themen ja mit der Situation in Berlin zusammenhängen, wo die Polizei auf einen Anti-Schah-Demonstranten schießt. Ja, und dann entsteht auf einmal eine wirkliche Massenbewegung. Auf einmal geht abends ein Fackelzug durch die Stadt mit mehr als 2000 Leuten, von denen wir fast keinen kannten. Und dieser Sprung, der da passiert ist, bewirkte, dass wir uns zwar einerseits bedroht fühlten, andererseits aber war diese unerwartete Mobilisierung der Massen ein wunderbares Gefühl: Dass jetzt alles besser wird, dass es eine neue Welt wird, dass sich alles ändert.

**Frank:** Es war also direkt spürbar: Hier ist ein Aufbruch, hier findet etwas statt, also wir sind quasi eine Bewegung von jungen Leuten, von Studenten, die eine Bedeutung bekommen haben.

**Wolff:** Es waren nicht nur Studenten. Sehr bald haben sich alle möglichen Jugend-



**Jonas Pußel (27)** studiert Erziehungswissenschaften im zwölften Semester und möchte später als Kinder- und Jugend-Psychotherapeut arbeiten. Er engagiert sich seit seinem zweiten Studiensemester als gewähltes Mitglied in der Fachschaft, dabei geht es ihm vor allem um die Verbesserung der Studienbedingungen. Innerhalb der Fachschaft ist er im Haushaltsausschuss aktiv, organisiert Fachschaftswochenenden und andere Veranstaltungen.

**Pußel:** Es kann gut sein, dass man den Studierenden zu wenig zutraut. In meiner »hochschulpolitischen Karriere« habe ich auch oft miterlebt, dass man den Studierenden abspricht, sich fundierte Meinungen zu bestimmten

relle Entscheidungen wie die Qualifizierung der Einführungsvorlesung zur NS-Pädagogik von Benjamin Ortmeier zum Spezialthema, die dazu führen, dass Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalismus oder mit der Geschichte

lichen an den Demonstrationen beteiligt. In Frankfurt zum Beispiel an der großen Demonstration zur Blockierung der Bild-Zeitung waren 10 000 Demonstranten, die sich um die Druckerei rum auf den Boden setzten. Davon waren ein gutes Drittel Studenten. Die anderen waren Schüler, Lehrlinge, junge Gewerkschafter, katholische Jugend. Und man merkte, das war wirklich ein Aufbruch, der unsere ganze Generation anging.

**Dumke:** Dieser »Sprung«, von dem Sie eben sprachen, der alle möglichen Schichten und Klassen erfasst hat – braucht es dafür einen Gewaltakt wie die Ermordung Benno Ohnesorgs als Auslöser?

**Wolff:** Ich weiß nicht. Sicher hat der Gewaltakt eine Rolle gespielt. Aber wenn da nicht die Bereitschaft gewesen wäre, sich diesem Aufbruch anzuschließen, wäre es nicht dazu gekommen. Das wundert mich noch heute: dass wir keine Angst hatten. Ich erinnere mich an Diskussionen mit Leuten wie Wolfgang Abendroth oder Helmut Ridder, dem Juristen gegen die Notstandsgesetze. Die haben uns dringend gebeten, unsere Demonstrationsaufrufe nach dem Attentat auf Rudi Dutschke zu den Osterdemonstrationen 1968 zurückzunehmen. Sie haben uns vor den Gewaltmitteln des Staates gewarnt. Aber wir fanden das absurd. Das war die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt etwas machen konnten. Wir hatten vielleicht zu wenig Angst.

**Sauter:** Sie waren eben sehr jung.

**Wolff:** Ja. Und da fiel eben der Bruch im Gefühl der Generationen, der fiel überein mit dem, was wir weltpolitisch machen wollten. Ja, das war was, darauf hatte in uns alles gewartet.

**Sauter:** Dass das eine weltweite Bewegung war, das hat sicher auch eine Rolle gespielt, oder?

**Wolff:** Ja. Vor allem die Beziehungen, die wir zu Studentenverbänden in Frankreich, England und Amerika hatten, die haben eine große Rolle gespielt. Wir haben uns gegenseitig besucht. Bei der Eröffnung des Westberliner Vietnamkongresses im Februar 1968 waren Gastdelegierte von Studenten- und Jugendbewegungen aus der ganzen Welt und

haben Grußworte gesprochen. Auf einmal waren wir in einer Bewegung, wo sich wirklich Tausende von Leuten aus internationalen Bewegungen zusammenfanden.

*»Ich wollte tatsächlich auswandern.«*

KD Wolff

**Sauter:** Sind Sie denn insgesamt mit dem zufrieden, was Sie damals erreicht haben, Herr Wolff? Ist das eher die Gesellschaft, in der Sie leben wollen?

**Wolff:** Na, jedenfalls glaube ich, dass man in dieser Gesellschaft leben kann.

Und dann fing die Revolte an und auf einmal merkte ich: »Ich kann hierbleiben. Ich kann hier leben. Ich kann das hier versuchen.«

**Dumke:** Ich glaube, das ist der entscheidende Unterschied. Bei der Generation der 68er war der Bruch offensichtlicher: Die schweigenden Mütter und Väter, die mittelbar und unmittelbar für die NS-Verbrechen mitverantwortlich waren, einerseits, die jungen Leute mit ihren vielen Fragen andererseits. Die Gesellschaft heute ist in vielen Bereichen komplexer, globalisierter, widersprüchlicher. Es ist ein deutliches Mehr an Lebentwürfen lebbar. Zugleich haben wir eine zunehmende Markt- radikalisation und Neoliberalisierung



**Karl Dietrich – genannt KD – Wolff** (75) gehört zu den Frankfurter Protagonisten der 68er-Bewegung. In Marburg geboren, wuchs KD Wolff in Battenberg an der Eder und Wallau/Lahn auf. 1959/60 war er als Austauschschüler in den USA. Nach dem Wehrdienst begann er sein Studium in Marburg und ging dann zum Jura-Studium nach Freiburg. 1967 wurde er Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und wechselte nach Frankfurt, wo das Bundesvorstandsbüro des SDS angesiedelt war. Die Turbulenzen jener Jahre haben verhindert, dass KD sein Studium abschloss. Dennoch hat der Gründer des Stroemfeld Verlages einen Dokortitel – nämlich den Dr. honoris causa der Universität Basel. Er ist außerdem Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Das ist ja schon viel. Und wenn man unser Lebensgefühl Ende der 50er Jahre anguckt und vergleicht, da hatten wir buchstäblich das Gefühl, dass wir keine Luft kriegten. Das war eine derartige Bedrückung. Jetzt lach ich vielleicht drüber –, aber ich wollte tatsächlich auswandern, nach Brasilien. Ich hatte keine Ahnung, was in Brasilien los war, ich wollte einfach weg.

der Gesellschaft, die ja auch immer wieder Anlass zu größeren Aktionen sind und Protest hervorrufen. Blockupy zum Beispiel oder die Hamburger G20-Proteste. Da werden Massen an Leuten mobilisiert, aber vielleicht eher themenbezogen.

**Wolff:** Überhaupt sind ja viel mehr Leute auf den Straßen als früher. Was für eine



Aufregung entstand um Demonstrationen damals! Dabei waren die zum Teil ganz klein. Als wir im Herbst 1967 den Universitätssenaat belagerten, um durchzusetzen, dass Studenten endlich auch in den Senat gewählt werden, waren wir vielleicht 150 Leutchen. Am nächsten Tag erschien darüber eine halbe Seite in der »Rundschau«. Das wäre heute undenkbar.

*»Universität wird als  
›Bildungsfabrik‹ gesehen.«*

Jonas Pußel

**Frank:** Ist für Sie als heutige Studenten die 68er-Bewegung eine »Bürde«? Kann man heute als junger Mensch eher weniger erreichen? Sind alle Schlachten schon geschlagen, wird man vielleicht sogar ein bisschen neidisch, was damals möglich war?

**Pußel:** Ich glaube, dass sich die Demonstrationenkultur und der Wille, etwas zu verändern, auf andere Dinge verschoben haben. Heutzutage werden »heiße

Themen« vor allem über die sozialen Medien verhandelt, dort ist es einfacher, sich einer Bewegung anzuschließen. Die #Metoo-Debatte ist ja gerade in den sozialen Medien groß geworden. Ich glaube aber auch, dass, wenn die Leute eine gesellschaftliche Veränderung wollen und die Bedingungen gegeben sind, dann wird sich das trotzdem noch, wie 1968 auch, in einer Bewegung auf den Straßen zeigen. Beim arabischen Frühling zum Beispiel haben die Leute auch angefangen, sich über die sozialen Netzwerke zu organisieren, dann aber gab es die Massenproteste auf den Straßen, die wirklich zu gesellschaftlichen Veränderungen geführt haben. Hier in Deutschland sind wir an einem anderen Punkt. Klar ist es ein wenig schade, dass zu bestimmten Themen nicht genug demonstriert wird. Aber es gibt sie ja noch, die Großdemonstrationen zum Beispiel gegen die Polizeigewalt bei Blockupy. Als es mit PEGIDA losging, gab's eine riesige Gegendemonstration hier an der Hauptwache.

**Frank:** Bei den Wahlen fürs Studentenparlament, für den Senat, da gibt's seit

Jahren eine sehr niedrige Wahlbeteiligung, in Frankfurt liegt sie bei etwa zwölf Prozent. Haben Sie dafür eine Erklärung?

**Dumke:** Meine Erklärung dafür ist: Uni ist eine multifunktionelle Organisation, wo ein ganz enormer Teil an Studierenden einfach hingehht, um eine Ausbildung zu absolvieren und später eine Arbeitsstelle zu bekommen, um seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Deswegen ist es ein bisschen fehlplatziert, von allen zu erwarten, sich politisch zu engagieren. Ähnlich wäre es, von allen Beschäftigten zu erwarten, sie sollten sich in Betriebsräten engagieren.

**Pußel:** Es ist immer schade, dass gerade unser Fachbereich Erziehungswissenschaften eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen hat, obwohl wir eigentlich auch ein sehr großer Fachbereich sind und unsere Themen natürlich sehr politisch sind. Ich glaube auch, dass im Zuge der Bologna-Reformen der Druck an den Universitäten nochmal größer geworden ist, dass Universität als »Bildungsfabrik« gesehen wird, um schnellstmöglich seine Punkte zusammenzukriegen. Und die

Größe der Goethe-Universität mit 50 000 Studierenden trägt sicher auch dazu bei, dass die Leute sich nicht unbedingt um politische Probleme kümmern wollen. Viele müssen ja auch neben dem Studium arbeiten.

**Sauter:** Zur Wahl zu gehen, das kostet ja nicht viel Zeit. Sie haben als Fachschaft ja auch einiges vorzuweisen, dass zum Beispiel die Studienordnung geändert wurde. Lässt sich das in der heutigen Zeit nicht viel einfacher so kommunizieren, dass es alle Kommilitonen erreicht?

**Puβel:** Wer möchte, kann sich über die sozialen Medien informieren, aber alle erreicht man damit nicht. Einen fachbereichsweiten Newsletter zum Beispiel können wir als Fachschaft nicht versenden – nur an diejenigen, die sich dafür anmelden. Aber ich glaube, dass die geringe Wahlbeteiligung vor allem damit zusammenhängt, dass die Leute die Reichweite dieser Entscheidungen, die an der Uni getroffen werden, nicht verstehen. Wie sollten sie auch? Es erklärt einem niemand wirklich, wer die Spielregeln bestimmt, unter denen man sich dort aufhält und studieren muss.

### »Niemand erklärt die Spielregeln.«

Jonas Puβel

**Wolff:** Die Beteiligung war auch früher schon nicht so toll. Vielleicht lag sie nicht gerade bei zwölf Prozent, aber ich erinnere mich, dass wir uns bei Studentenrats- und Fachschaftswahlen auch mächtig anstrengen mussten, um Leute dazu zu kriegen, zu den Wahlen zu kommen. Man konnte die Wahlergebnisse ja nicht einfach fälschen.

**Sauter:** Nicht immer.

**Frank:** Wie haben die Studenten damals eigentlich ihren Lebensunterhalt bestritten? Musste man nebenbei arbeiten geben?

**Wolff:** Der Anteil der Studenten, die von ihren Familien finanziert wurden, war viel höher als heute, das ist sicher. Aber sonst, Honnef zu kriegen, war ungefähr genau so leicht oder schwer, wie es heute möglich ist, BAföG zu beziehen.

[Das »Honnefer Modell« war ein Vorläufer des heutigen Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) zur finanziellen Unterstützung von Studenten während ihres Studiums, die Red.]

### »Kaum jemand hat Adorno wirklich gelesen.«

Thomas Dumke

**Dumke:** Das ist doch ein gutes Zeichen: Bei allen Klassenimplikationen, die diese Form von höherer Bildung immer noch hat, haben im Vergleich zu dieser Generation heute vielleicht immerhin mehr Menschen aus weniger elitären Kreisen die Möglichkeit, an der Uni zu studieren. Auch wenn das immer noch ein wahnsinniger gesellschaftlicher Reproduktionsmechanismus ist, der da abläuft.

**Frank:** Wenn über 68 gesprochen wird, wird natürlich immer auch der »Cheftheoretiker« Adorno wieder genannt. Adornos Texte wurden gelesen, die anderer Theoretiker auch, Theorie hatte eine eigene »Sexyness«. Gibt es auch für heutige Studierende noch Denker, die eine vergleichbare Bedeutung haben?

**Dumke:** Eher nicht. Und mit dem »Adorno-Mythos«, wenn man das so nennen darf, verhält es sich heute so ähnlich wie mit Marx: Da werden immer wieder Passagen oder Bonmots zitiert, ohne dass es groß irgendjemand tatsächlich gelesen hätte, außer den wenigen, die sich explizit in einem Seminar oder privat damit beschäftigt haben. Das hat aber auch damit zu tun, dass an der Uni Frankfurt, die historisch eng mit diesem Feld der Kritischen Theorie verknüpft ist, dieser Zweig an Theoriebildung systematisch klein gehalten wird.

**Sauter:** Die Atmosphäre in den Veranstaltungen war in den 60er Jahren sicher anders als heute, formalistischer. Auch der Umgang der Studierenden untereinander. Haben Sie Ihre Kommilitonen noch gesiezt?

**Wolff:** Ganz bestimmt.

**Sauter:** Vor allem hatte man zu den Professoren eine erheblich größere Distanz, da war mehr Autorität im Spiel. Wie ist

das heute: Haben Sie das Gefühl, den Lehrenden auf Augenhöhe zu begegnen?

**Puβel:** Also ich würde sagen, das ist sehr unterschiedlich. Das hängt sicher auch vom Fachbereich ab. Und vielleicht auch von so etwas wie der Architektur: Also im AfE-Turm – ich hab da auch noch studieren dürfen, wenige Semester, bevor er dann gesprengt worden ist – war in den Seminarräumen das Pult für die Professoren nicht erhöht, der Boden war einfach eben. Man stand schon physisch auf derselben Augenhöhe. In den neuen Uni-Gebäuden ist das anders, da ist das wieder getrennt. Aber generell ist es schon so, dass man ganz gut miteinander umgeht.

**Dumke:** Bei meinem Bachelor-Studium der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, da wurde tatsächlich mehr auf Augenhöhe diskutiert. Hier an der Uni ist das eher die Ausnahme, dass man ein Seminar mit sechs Leuten besucht und kollektiv beschließt, das Ganze im Café in Bockenheim stattfinden zu lassen anstatt im Seminarraum. In Darmstadt haben wir kollektiv über Prüfungsleistungen diskutiert, über die Sinnhaftigkeit von Anwesenheitslisten und so weiter.

**Frank:** Wie war das zu Ihrer Zeit, Herr Wolff? Sie haben ja Jura studiert, da gab es vielleicht ein anderes Selbstverständnis als in den Erziehungswissenschaften. Ich habe gelesen, dass da SDS-Leute aufgestanden sind und einfach Fragen gestellt haben und damit auch die professorale Autorität herausgefordert haben. Gab es das so auch bei den Juristen?

**Wolff:** Das gab's auch bei den Juristen. Also später sowieso, die berühmte »Putzgruppe«, die hat ja gerade die Juristen angegriffen. Da gab es diese schöne Aktion, wo im Hörsaal 6 hinten von der Treppe her Leute mit 'nem Feuerwehrausgang kamen und die Assistenten des Juraprofessors buchstäblich vom Pult weggespritzt haben. Die konnten sich dann wochenlang nicht mehr in der Mensa sehen lassen, weil die Assistenten und ihre Freunde nur drauf warteten, um sie verhaften zu lassen. Aber das hat Joschka Fischer nicht daran gehindert, Außenminister zu werden.



# Weg mit den Talaren!

## Vom Wandel der Zeremonialität an deutschen Universitäten

*Von Tilman Allert*

»Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren«: Dieser Slogan steht wie kaum ein anderer für die Aufbruchstimmung der 68er-Generation. Damit zielten die Hamburger Studenten auf das Verschweigen der NS-Vergangenheit ab, anschließend ging es aber auch den Talaren selbst an den Kragen. Seit einigen Jahren wird im zeremoniellen Raum der Universitäten vielfach experimentiert: Die Fächer bilden eine jeweils eigene Feierkultur aus – auf der Suche nach einem Übergang von der Universität in das berufliche Leben.

Die Zeremonialität, wie sie an den Universitäten landauf landab gepflegt wurde, bildete für die 68er einen willkommenen Angriffspunkt, um den Unmut über den Zustand der akademischen Institutionen zu artikulieren. Polemisch fassten es die Hamburger Studenten in dem legendären Plakat »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« zusammen, womit sie den seinerzeit zu Semesterbeginn üblichen Auftritt der Professorenschaft dem Gespött preisgaben. Der Protest richtete sich primär gegen die mangelnde Bewältigung der NS-Vergangenheit und die beschämende personelle Kontinuität in Forschung und Lehre. In Frankfurt hatte während der NS-Zeit ein Drittel des Lehrkörpers die Universität verlassen müssen. Auch dieses »feine Schweigen« (Fritz Stern) der Eliten war im Protest gegen den »Muff« mitgemeint. Aber der Protest richtete sich auch gegen die professorale Selbstdarstellung, eine von Standesdünkel und steriler Zeremonialität bestimmte akademische Kultur, die als unangemessen, herrschaftsstabilisierend, »bürgerlich«, wie es damals schnell hieß, empfunden wurden. Der



# Hoch die Doktorhüte!

Ruf nach einer neuen Interaktionsordnung im universitären Binnenmilieu und damit nach Hochschulreformen wurde unüberhörbar.

## **Lässigkeit schuf neue Kleiderordnung**

Die überkommenen Diskussionsformate – verfahrenslogisch durch die institutionalisierte Struktur der Beteiligung einzelner Statusgruppen gerechtfertigt – ließen zu wünschen übrig. Die anfängliche Streitfreude, in der seinerzeit in Frankfurt etwa Professoren wie Jürgen Habermas, Alexander Mitscherlich oder Ludwig von Friedeburg studentische Forderungen aufgriffen, war keineswegs selbstverständlich und eher die Ausnahme. Im Universitätsalltag wirkten belastende Traditionen nach, nur zaghaft und von daher skurril erschienen Versuche, sich im Habit und in den Verkehrsformen um Alternativen zu bemühen. In den Seminaren waren die Gesprächsrollen asymmetrisch verteilt und entsprechend schwerfällig war das Prozedere. Fragen und Beiträge erfolgten entlang dem Statusgefüge und immobilisierte spontane Impulse, sich an Diskussionen zu beteiligen. Keineswegs

überall und keineswegs von heute auf morgen setzte sich das demonstrativ Lässige durch. Allerdings fand der Wunsch, die Diskurse zu mehr Liberalität zu öffnen, selbst in der Kleiderordnung Parallelen, was hingegen nicht etwa als sozialer Zwang empfunden wurde, sondern als Ausdruck eines Wunsches nach einer entkrampften Bürgerlichkeit willkommen war. Soziologie in Freiburg zu studieren, machte einen etwa zu einem Pfeifenraucher. Der obligatorische Rollkragenpullover und die Farbe Schwarz markierten dabei die Zugehörigkeit zu einem empfundenen Avantgardemilieu – so etwas gibt es ja heute noch. Während meines Studiums an der Universität Tübingen, als ich mich als damaliges Mitglied des SDS am Institut für Soziologie für den Fachschaftsvorsitz zur Wahl stellte, war die einzige Forderung, mit der sich mein »Programm« von dem meines Mitbewerbers von der liberalen Hochschulgruppe unterschied, Fragen während statt nach der Vorlesung zuzulassen – ein Beispiel für zarte Versuche, die verfestigte Welt des Akademischen zu verflüssigen.

**1+2** Sakralisierte Formen der Zeremonialität: In Talar und Festtagskleidung wurde die Immatrikulation begangen. Das Bild links zeigt die Feier zu Beginn des Sommersemesters 1961 in der Aula der Goethe-Universität. Heute schaffen sich die Fächer ihre jeweils eigene Feierkultur: Hier die Abschlussveranstaltung der Absolventen des Fachbereichs Medizin im Jahr 2015 (oben). Gefeierte wird zweimal jährlich im großen Hörsaal am Campus-Westend.

### Bürokratie ersetzt Ordinarienherrlichkeit

Im Zuge der Universitätsreformen schränkten Satzungsänderungen die Sanktionsautorität der Professorenschaft ein und öffneten Spielräume für Agitation und Aktion und zunehmend auch für die Artikulation von Minderheitsrechten. Nicht ausschließlich durch studentische Kritik initiiert, vielmehr von manchen Landesregierungen sogar vor Ausbruch der Unruhen auf den Weg gebracht, veränderte sich in den Folgejahren die Organisationsstruktur der Universitäten. Sichtbarster Ausdruck war die Gruppenuniversität. Nicht nur auf der Leitungsebene werden Managementkriterien eingeführt, und die Universität wird als Dienstleistungsorganisation mit neuen Leitbildern versehen, sondern im Binnengefüge der Fakultäten werden Forderungen nach mehr Mitbestimmung aufgegriffen und institutionalisiert, allerdings um den hohen Preis einer Bürokratisierung der Entscheidungsprozesse in den Gremien. Diese Vorgänge hat der Soziologe Niklas Luhmann früh als »Wabuwabu in der Universität«, als »Diktatur des Sitzfleisches« lakonisch karikiert. Das Amtsverständnis der Professoren hat sich geändert: An die Stelle kollegialer Disziplinierung tritt externe Leistungskontrolle, die Mitglieder der Universität zerfallen in Statusgruppen, die sich als Interessengruppen verstehen, wie selbstverständlich gewerkschaftlich organisiert.

Ein halbes Jahrhundert ist seit »68« verstrichen, die akademische Bildung, das Studium ist für die meisten eines Jahrgangs biografische Normalität geworden. Die »Ordinarienuniversität« ist Geschichte, was an die Stelle getreten ist, zieht neue Probleme nach sich. Der Strukturwandel im Binnengefüge der Universitäten bedroht deren operative Fiktion, ihren instituti-

onellen Auftrag, das Ziel, Erkenntnisbildung über das exemplarische Einüben von Theorie und Methodologie zu ermöglichen und alle Beteiligten statusneutral als eine »community of scientists« in den »universe of discourse« einzubinden. Die für die klassische Universität typische Einheit von Forschung, Lehre und Selbstverwaltung zerfällt zugunsten einer Großorganisation zur Berufsvorbereitung und institutionell in »Drittmittelprojekten« ausgelagerte Forschung sowie auf die Lehre spezialisierte Kompetenzprofile. Dergleichen Vorgänge finden ihren anschaulichen Ausdruck im Wandel der universitätsspezifischen Kommunikation, den Anredeformen und Selbstbezeichnungen, mit Ratlosigkeit und normativer Konfusion als Folge. »Kommilitonin, Kommilitone« sind aus dem Sprachgebrauch so gut wie verschwunden.

### »Studierende«: Zeitgeist statt Statusstolz

Solche Veränderungen gilt es nicht zu bedauern, vielmehr sollte man zu verstehen versuchen, was geschehen ist: Die soziale Zugehörigkeit zu einem gesellschaftlich privilegierten Raum teilt sich nicht mehr ohne Weiteres mit, und das erschwert die Antwort auf die Frage, welche Rolle man in diesem Gefüge eigentlich spielt, wer man ist. Unvergesslich ist mir eine Seminar-situation, in der zu Beginn von den hinteren Reihen zwei DIN-A4-Seiten – es handelte sich um ein Protokoll – nach vorn gereicht wurden und ich auf meine Frage, von wem sie stammten, die Antwort erhielt: »Von dem Mädchen dahinten«. Eine Kleinigkeit aus dem Alltag, dennoch signifikant: Wer bin ich als Mitglied der Universität, wenn mir die Statusbezeichnungen verschlossen sind, wenn sie als verpönt nicht mehr artikulierbar sind und man aus Ver-

3 In den 70er Jahren war das Zeremonielle im Rückzug begriffen: Mit Zigarette und Pfeife (allerdings ohne Rollkragenpullover) begaben sich Studentinnen und Studenten zur Immatrikulation im Jügelhaus.



## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Auch die akademische Kultur und die Umgangsformen gerieten in den Fokus der studentischen Revolte. Sie galten als unangemessen, herrschaftsstabilisierend, bürgerlich.
- Die Kommunikation in universitären Veranstaltungen war stark statusabhängig, Fragen der Studierenden während der Vorlesung waren nicht üblich.
- Es war im Sinne der Studentenbewegung, dass die Ordinarienuiversität vonseiten der Landesregierungen durch die Gruppenuniversität ersetzt wurde. Der Wandel manifestiert sich auch in den universitären Umgangsformen und in der spezifischen Sprache.
- Die zeremoniale Armut lässt den Wunsch nach neuen Möglichkeiten einer Zeremonialität entstehen. Die Kultur der Begegnungen hat gewonnen, im Vergleich zu vor 1968 finden sie aber einen je nach Fach und Jahrgang sehr unterschiedlichen Ausdruck.

legenheit auf die Elementarkategorien aus der Kindergartenzeit zurückgreift?

Der Wandel der Zeremonialität lässt sich an nichts so deutlich veranschaulichen wie an dem semantischen Ungetüm »Studierende«, einer Bezeichnung, die dem Zeitgeist folgt, in seiner angestregten Verkrampftheit die studentischen Mitglieder um ihre Würde bringt und ihren Stolz auf Teilnahme an einem wissenschaftsvermittelten Diskurs verwässert – mittlerweile von kaum jemandem infrage gestellt, von vielen aber nur achselzuckend als eine konventionalisierte Praxis hingenommen. Bemerkenswert ist auch die inflatorische Verbreitung des »Genau« in der Rhetorik des mündlichen Vortrags, eine Partikel der studentischen Selbstdarstellung, die bei aller normativ verpflichtenden Lässigkeit durchscheinen lässt, wie ein Performance-Ideal, ein Beschwören der Genauigkeit, das Hypothetische des wissenschaftlichen Argumentierens droht zum Verschwinden zu bringen – Anzeichen dafür, dass die Regeln des Auftretens, die Kultur der Begegnung ins Wanken geraten sind.

### Neues Bedürfnis nach Zeremonialität

Kaum wird es verwundern, dass die zeremoniale Armut den Ruf nach neuen Möglichkeiten einer Zeremonialität laut werden lässt. Zeremonien

begleiten Statusübergänge, sie sakralisieren Anfänge ebenso wie Zäsuren und Abschiede. Somit stehen Festformate wie die Zeugnisübergabe im Zentrum der Aufmerksamkeit, Situationen, in denen der transitorische Status besiegelt wird, aber doch der eigene Beitrag als eine biografisch bedeutsame Phase des Lebens Erinnerungsfähig gehalten werden soll. Der unendliche Diskurs der Wissenschaften kontinuiert und ist von daher affektiv neutral, wohingegen die einzelne Person vom Verlassen des hypothetischen Raums und der Würde des Streitens affektiv berührt wird. Diese unhintergehbare Ambivalenz, so ließe sich argumentieren, erhöht den Zeremoniebedarf der Universität als Institution. Ob Doktorhüte, die auf Kommando des Fotografen zu Hunderten in die Höhe geworfen werden, den Weg für eine neue Zeremonialität weisen werden, sei dahingestellt – als eine Art Steigerung der glamourösen Abiturfeiern an Gymnasien gelingt ihnen immerhin demonstrative Statusaspiration.

Anlass, die Frage nach einer neuen Zeremonialität gelassen zu verfolgen, bietet die Vielfalt fachspezifischer Feierkulturen, wie sie sich auch an der Goethe-Universität beobachten lässt. Vermutlich ist Zeremonialität heutzutage gar nicht mehr fachübergreifend verpflichtend zu denken, sondern bleibt dem Eigensinn der Fächer, vielleicht sogar nur einzelner Jahrgänge überlassen. Ein abschließendes Urteil über den »Talarbedarf« der Universitäten ist schwer zu fällen. Zweifellos hat die Kultur der Begegnungen gewonnen. Gemessen an der Sterilität der akademischen Selbstdarstellung zu Zeiten der Ordinarienuiversität, lässt sich eine höhere Elastizität im Umgang unter den Statusgruppen beobachten. Ob es den Universitäten gelingt, ihrem institutionellen Eigenrecht entsprechend eine würdevolle Interaktionsordnung einzurichten, die dem Privileg der Mitgliedschaft ebenso gerecht wird wie dem Stolz auf exemplarische Teilhabe an einem Diskurs, in dem nichts als das bessere Argument zählt, hängt vom Selbst- und Stilverständnis aller Beteiligten ab. Zeremonien bilden Ordnungen ab und werden von ihnen bestimmt. ●



### Der Autor

**Prof. Tilman Allert, 71**, lehrt an der Goethe-Universität Soziologie und Sozialpsychologie mit dem Schwerpunkt Bildungssoziologie, seit 2012 als Seniorprofessor. Allert hat in Freiburg, Tübingen und Frankfurt studiert und wurde an der Goethe-Universität promoviert. Seine Habilitationsschrift zum Thema »Die Familie. Fallstudien zur Unverwüstlichkeit einer Lebensform« schloss er 1994 an der Universität Tübingen ab. Zu seinen jüngeren Veröffentlichungen zählen »Gruß aus der Küche, Die Soziologie der kleinen Dinge«, 2017, und »Der deutsche Gruß, Geschichte einer unheilvollen Geste«, 2005.

[tilman.allert@t-online.de](mailto:tilman.allert@t-online.de)



UNTER DEN TALAREN

MUFF

# Mehr Partizipation wagen

Einfluss der 68er-Studentenrevolte  
auf die politischen Strukturen deutscher  
Universitäten

*Von Michael Dobbins*

**U**nter dem Schlagwort »68er-Bewegung« werden verschiedene linksgerichtete Protestbewegungen, Bürgerrechtsdemonstrationen und antiautoritäre Aktionen zusammengefasst, die ab Mitte der 1960er in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern stattfanden und auf eine Umwälzung bestehender sozialer und politischer Strukturen zielten. Als »Kulturrevolution«, »Aufbruch einer neuen Generation« oder »Ära der Rebellion« stellten die Bewegungen kritische Weichen für die gesellschaftspolitische Entwicklung Deutschlands und anderer Länder. Durch öffentlichkeitswirksame Massenproteste auf allen Ebenen sollten verkrustete und autoritäre soziale, politische und akademische Strukturen durchbrochen und sollte eine grundlegende Transformation der Gesellschaft

herbeigeführt werden. Auch 50 Jahre später haben die vielfältigen Proteste der späten 1960er Jahre noch einen fast mythischen Charakter und die Frage nach deren Auswirkungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche bleibt immer noch Gegenstand empirischer Forschung.

## **Hintergründe**

Nach dem Wirtschaftswunder der 1950er und frühen 1960er Jahre stagnierte die deutsche Wirtschaft und es herrschten knapp 20 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer noch erhebliche Demokratiedefizite. Nach wie vor befanden sich in den Reihen der politischen Elite ehemalige NS-Mitglieder, ein Großteil der deutschen Verlage gehörten der Axel-Springer-Gruppe und es



Parole an der Wand  
des Rektorats, 30.5.1968.

regierte ab 1966 eine unbeliebte große Koalition (CDU-SPD) ohne starke Opposition (nur die FPD mit ca. 10 Prozent der Sitze im Bundestag). Auch das deutsche Hochschulwesen, welches in der Nachkriegszeit auf der Grundlage des historischen Humboldt'schen Universitätsmodells wiederhergestellt wurde, galt als verstaubt, hierarchisch und Bastion einer kleinen »akademischen Oligarchie«. Ähnlich verhielt es sich mit dem ebenso wiederhergestellten Schulsystem, dessen dreigliedrige Struktur von immer mehr Menschen als elitär und als Mittel zur Reproduktion von sozialen Ungleichheiten empfunden wurde. Gleichzeitig nahm die Kritik an den mangelnden Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten im politischen, akademischen und wirtschaftlichen Umfeld zu.

Eine der Figuren, die grassierende Unzufriedenheit in größere Protestaktionen kanalisierte, war das aus der DDR geflohene Führungsmitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), Rudi Dutschke, der sich zunehmend als Sprachrohr einer neuen linken »außerparlamentarischen Opposition« (APO) zu den Regierungsparteien profilierte. Nach Meinung von Dutschke und seinen Anhängern befanden sich das politische und akademische System Westdeutschlands nach wie vor in den Händen von NS-Funktionären. Dutschke und der SDS plädierten für einen offenen Kampf gegen die politische Ordnung durch einen »langen Marsch durch die Institutionen« und machten durch die Belagerung von Hochschulräumen und öffentlichen Plätzen (sogenannte »sit-ins«) und andere Blockaden auf ihre Ziele aufmerksam, die bestehende gesellschaftspolitische Ordnung zu transformieren und demokratisieren und eine offene, transparente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit herbeizuführen.

Beflügelt wurde die Protestbewegung durch weitere parallel verlaufende Ereignisse sowohl in Westdeutschland als auch im Ausland. Die Bürgerrechtsproteste in den USA, Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, die von Che Guevara geführten Aufstände in Südamerika sowie die sexuelle Revolution und Frauenbewegung dienten als Legitimitätsanker für die Studentenproteste in Europa, vor allem in Deutschland und Frankreich. In Anlehnung an diese internationalen Protestbewegungen – und inspiriert durch die Frankfurter Schule – forderte die deutsche Studentenbewegung die Demokratisierung aller Lebensbereiche und mehr Selbstbestimmung sowie kulturelle Offenheit und die Gleichberechtigung von Frauen, Homosexuellen und anderen Gruppen. Dabei folgten deren Anhängerinnen und Anhänger der Kant'schen Maxime, dass Menschen – im Gegensatz zu anderen Lebewesen – nicht nur bloße Mittel für Zwecke anderer seien, sondern ein Recht auf Mitbestimmung haben.

### Frankfurt und West-Berlin als Mittelpunkte der Bewegung

Mitte der 1960er Jahre wurde Frankfurt am Main – neben West-Berlin – zu einem der Epizentren der intellektuellen Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen und Machtstrukturen in Deutschland. Nach der Erschießung von Benno Ohnesorg (Juni 1967) und dem Attentat auf Rudi Dutschke (April 1968) breitete sich die Revolte deutschlandweit sich massiv aus. Dabei wurden nicht nur die allgemeinen politischen Verhältnisse in Deutschland angeprangert, sondern auch die Bedingungen an deutschen Universitäten: überfüllte

Hörsäle, bildungspolitischer Konservatismus, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten angesichts von akademischen Oligarchien und starke Unterrepräsentation von Frauen in Wissenschaft und Forschung. Während der Beratungen zu den sogenannten Notstandsgesetzen im Deutschen Bundestag im Mai 1968 weiteten sich die Proteste sowohl an der Universität als auch in der Stadt Frankfurt aus. In zahlreichen Frankfurter Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt, während der SDS einen alternativen Lehrplan für die Universität entwickelte. Nach einem aktiven Streik an der Goethe-Universität, an dem 2000–3000 Personen teilnahmen, wurde der normale Lehrbetrieb eingestellt und wurden von Anhängern der Bewegung alternative Vorlesungen zu Themen wie »Autoritärer Staat und Faschismus«, »Geschichte und Gewalt«,

»Enteignet Springer« und »Autoritäre Schule und Widerstand« angeboten. Dabei wurde die Universität von den Protestierenden symbolisch in »Karl-Marx-Universität« umbenannt und vor dem damaligen Hauptgebäude der Universität ein Transparent mit dem Slogan »Dieser Eingang ist offen für NS-Befürworter und Fachidioten« aufgehängt.

Nachdem die Idee der »Kritischen Universität« bereits einige Monate zuvor an der Freien Universität Berlin umgesetzt wurde, kam es auch in Frankfurt zu engen Verbindungen zwischen Vertretern der Studentenbewegung und jenen der Kritischen Schule. Es fanden zahlreiche Diskussionsveranstaltungen mit Theodor Adorno, Jürgen Habermas und anderen Vertretern statt, die zwar die radikalen, revolutionären Ansätze des SDS kritisierten, aber durchaus auch durch mehr soziale Gerechtigkeit eine friedlichere Transformation der Gesellschaft herbeiführen wollten. Auch im Hinblick auf ihre Forderungen an die deutsche Hochschulpolitik vertraten die protestierenden Studierenden und die Vertreter der Kritischen Schule unterschiedliche Sichtweisen. Zwar unterstützen Adorno und andere Vertreter das Konzept einer Reformuniversität, sprachen

sich jedoch dagegen aus, dass Studierende selber ihre Lerninhalte festlegen, da dadurch das Leistungsprinzip untergraben würde. Infolgedessen wurde das Frankfurter Institut für Sozialforschung von SDS-Mitgliedern besetzt.

In dieser Phase rückte auch die Lage der Frauen in Deutschland verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Insbesondere Frankfurt wurde zu einem wichtigen Schauplatz des Kampfes gegen männlich dominierte Machtstrukturen, der durch die 68er-Proteste maßgeblich flankiert wurde. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist der Frankfurter »Weiberrat«, der im Zuge der 1968er-Bewegung gegründet wurde und für ein neues Selbstbewusstsein der Frauen sowie einen Fokus auf Geschlechterbeziehungen in der Analyse gesellschaftlicher Machtstrukturen plädierte.

### Das Erbe der 68er

Was bleibt von der 68er Bewegung an deutschen Universitäten und insbesondere der Goethe-Universität? Im Gegensatz zu den niedergeschlagenen Revolten in Osteuropa brachten die Akademikerproteste in Westeuropa, so der 2014 verstorbene Frankfurter Politikwissenschaftler Iring Fetscher, einen enormen Schub an Energie und Innovation sowohl für das deutsche Bildungswesen als auch fürs gesellschaftspolitische Leben in Deutschland und Westeuropa im Allgemeinen. Im Hinblick auf das Bildungswesen kam es auf administrativer und pädagogisch-didaktischer Ebene zu weitreichenden Veränderungen, welche besonders stark an der Goethe-Universität ausfielen. Auf administrativer Ebene wurde ab Ende der 1960er Jahre versucht, die interne Steuerung von Universitäten zu »demokratisieren« und die Macht der bisher als »feudalistisch« geltenden Professorenschaft aufzuweichen. Dabei entstand das Konzept der »Gruppenuniversität, die die Beteiligung eines breiteren Spektrums an Akteuren an der universitären Selbstverwaltung durch erweiterte Stimmrechte ermöglichen sollte. Spezifisch wurde versucht, das Konzept der »Drittelparität« durchsetzen, d. h. ein Drittel der Sitze in universitären Gremien sollten von Studierenden besetzt werden. Zwar wurde die Drittelparität Ende der 1970er in einigen Bundesländern zurückgenommen, dennoch wurden Studierende, (Post-)Doktoranden sowie technisches und administratives Personal auf allen Ebenen verstärkt in universitäre Entscheidungsprozesse einbezogen. Neben den akademischen Senaten entstanden an den meisten deutschen Universitäten auch Studierendenparlamente und weitere Vertretungsorgane der Interessen Studierender.

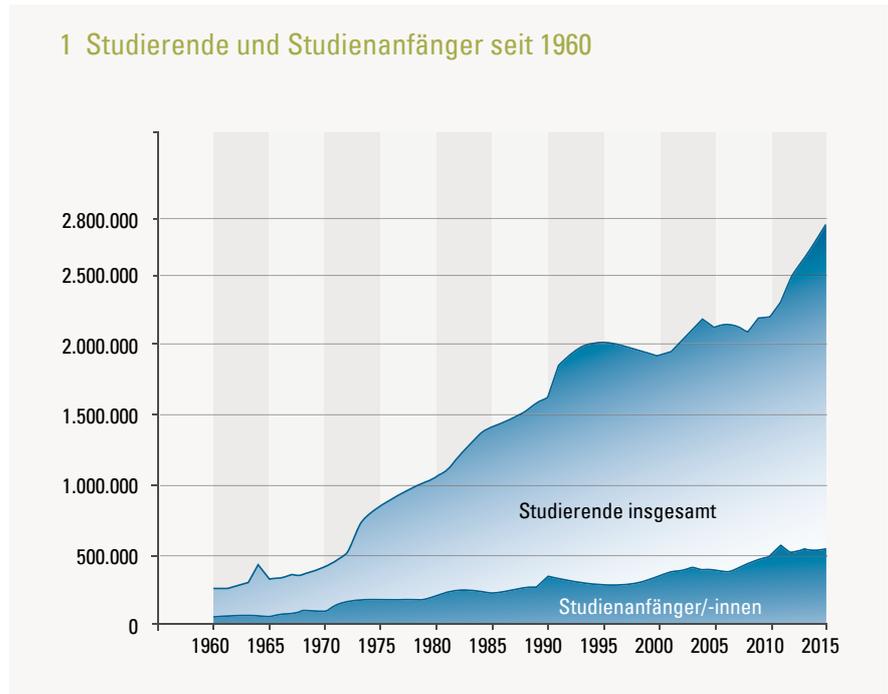
Allerdings muss rückblickend konstatiert werden, dass dieser als »Demokratisierung« angeordnete Prozess auch ein Stück weit die

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- In den frühen 60er Jahren gelten das deutsche Hochschulwesen und das Schulsystem als verstaubt und hierarchisch. Die Kritik an den mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten nimmt im politischen, akademischen und wirtschaftlichen Umfeld zu.
- Neben West-Berlin wird Frankfurt zum Zentrum eines Protestes gegen die allgemeinen politischen Verhältnisse, aber auch gegen die Bedingungen an deutschen Universitäten, der im Mai 68 an der Goethe-Universität zum Streik und zur Einstellung des Lehrbetriebs führt.
- Auf administrativer Ebene wird ab Ende der 1960er Jahre versucht, die interne Steuerung von Universitäten zu »demokratisieren« und die Macht der bisher als »feudalistisch« geltenden Professorenschaft aufzuweichen.
- Trotz unumstrittener Errungenschaften bleibt das gesellschaftspolitische und akademische Erbe der 68er-Bewegung nicht ohne Kritik: Angeführt werden unter anderem ein (vermeintlicher) Verlust von Disziplin und Autorität und der Rückgang des Leitungsprinzips an Universitäten, die Verbreitung von anti-bürgerlichen, antiwestlichen, anti-kapitalistischen Tendenzen und eine vermeintlich allgegenwärtige politische Korrektheit an deutschen Universitäten oder der massive Widerstand gegen Studiengebühren vonseiten linksgerichteter Studierender.

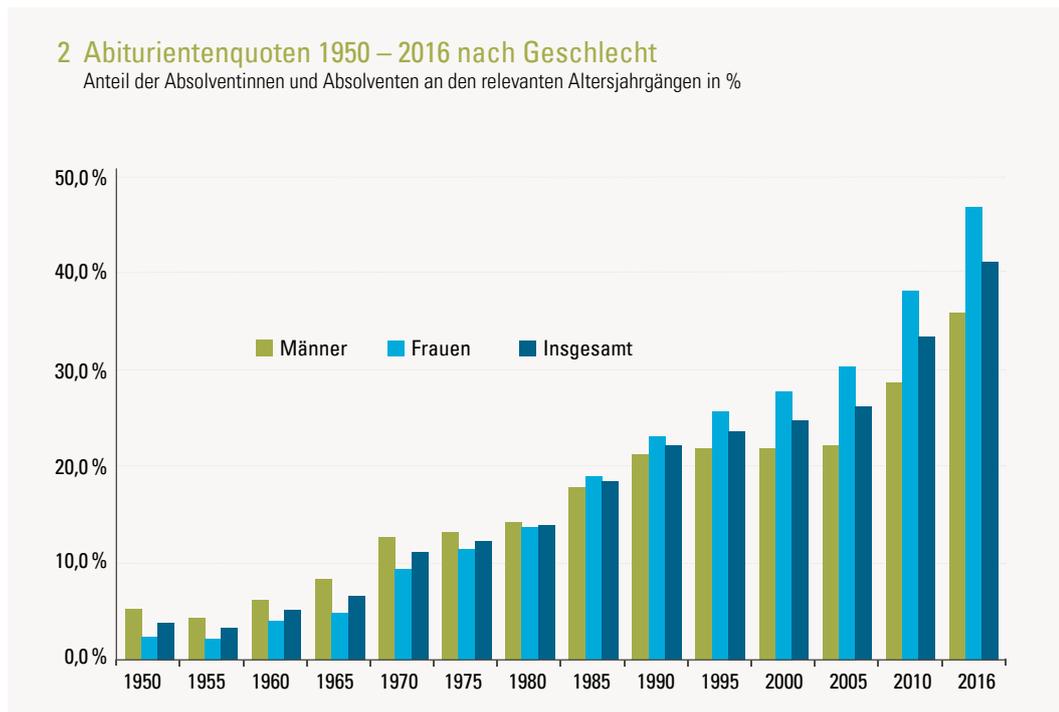
ohnehin schwache kollektive Handlungsfähigkeit deutscher Universitäten reduzierte und zu einer noch komplexeren Verschachtelung von Entscheidungskompetenzen führte. Dennoch konnten deutsche Universitäten ihren Ruf als Bastionen akademischer Eliten ohne Rücksicht auf die inhaltlichen, beruflichen Interessen und Selbstverwirklichungsperspektiven ihrer Studierenden und Nachwuchsakademikern abschütteln und sich einer neuen Gesellschaft kritischer Bürgerinnen und Bürgern und deren basisdemokratischen Ambitionen öffnen.

Diese Entwicklung setzte sich auch auf pädagogisch-didaktischer Ebene fort. Bisher galt im deutschen Hochschulwesen weitgehend das Humboldt'sche Prinzip des wertfreien Wissens und der freien Forschung ohne Rücksicht auf sozioökonomische Belange. Durch die 68er Bewegung setzte sich die Überzeugung zunehmend durch, dass Universitäten mehr als nur »Elfenbeintürme«, die sich lediglich an der wissenschaftlichen Gemeinschaft orientieren, sein sollen und sich auch ihrer sozialen Verantwortung stellen müssen. Dieser Gesinnungswandel war besonders stark an der Goethe-Universität Frankfurt zu spüren. Bereit in seiner 1962 erschienenen Habilitationsschrift plädierte der Frankfurter Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas dafür, dass öffentliche Angelegenheiten nicht nur in der Presse und politischen Institutionen verhandelt werden sollen, sondern auch innerhalb von gesellschaftlichen Institutionen wie Universitäten, Schulen und Verbänden. Es entstanden sowohl innerhalb des Lehrbetriebs als auch im Rahmen von anderen



universitären Veranstaltungen neue Freiräume für Diskussion, Dialog und kritische Fragen. Auch wenn die universitäre Lehre in Deutschland nach wie vor häufig als Nebenprojekt der Forschung wahrgenommen wird, kam es im Zuge der 68er-Bewegung zur Diversifizierung von Lehr- und Lernmethoden sowie zu einer stärkeren Problemorientierung der Studieninhalte. Auch in der Lehrerbildung setzten sich infolge der 68er-Bewegungen neue pädagogische Strömungen wie zum Beispiel die repres-

1+2 Öffnung der höheren Bildungswege nach 68.



sionsfreie Pädagogik durch. Im Gegensatz zu bisherigen eher autoritären, disziplinierten pädagogischen Ansätzen rückten die Emanzipation von Individuen und Konzepte von Bildung als Schlüssel zur Demokratisierung in den Vordergrund.

Eine weitere nennenswerte Errungenschaft der 68er-Proteste, aber auch anderer namhafter Bildungsphilosophen der Ära wie zum Beispiel Georg Picht („Die Deutsche Bildungskatastrophe, 1964) und Rolf Dahrendorf („Bildung als Bürgerrecht, 1965) war die Öffnung der höheren Bildungswege für bisher stark benachteiligte Gruppen (z. B. Arbeiterkinder). So kam es in den 1970er Jahren zum massiven Ausbau der Fachhochschulen, um Forderungen nach einem stärker humankapitalorientierten Verständnis von Bildung gerecht zu werden. Die durch die 68er-Bewegung beflügelten größeren Bildungsaspirationen öffneten auch neue Türen für Mädchen und Frauen zur höheren Bildung: Auch wenn Frauen in der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland trotz positiver Tendenz nach wie vor unterrepräsentiert sind, stellten Frauen im Jahre 2015 mit 53 Prozent mehr als die Hälfte aller Studiumanfänger. Ende der 1968er lag der Frauenanteil sowohl in der BDR als auch in der DDR bei gerade mal ca. 15 Prozent der Studierendenschaft.



### Der Autor

**Prof. Michael Dobbins** ist Juniorprofessur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Policy Analyse & Bildungspolitik an der Goethe-Universität; seine Forschungsinteressen liegen im Bereich Bildungspolitik im internationalen Vergleich (v. a. Steuerung des Bildungswesens, Internationalisierung von Bildungspolitik), Hochschulpolitik im internationalen Vergleich (v. a. Steuerung des Hochschulsystems, Internationalisierung/Europäisierung von Hochschulpolitik, Politikgestaltung in der EU, Innenpolitik der USA, Interessengruppenpolitik, Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa sowie Innen- und Außenpolitik der Kaukasus-Länder.

[dobbins@soz.uni-frankfurt.de](mailto:dobbins@soz.uni-frankfurt.de)

Trotz unumstrittener Errungenschaften bleibt das gesellschaftspolitische und akademische Erbe der 68er-Bewegung nicht ohne Kritik. Bereits seit Jahren werden deren Leitfiguren dafür kritisiert, dass sie sich nicht viel früher mit der terroristischen RAF (Rote Armee Fraktion), die zumindest teilweise aus der APO hervorging, kritisch auseinandersetzten. Andere Kritiker sehen den vermeintlichen Verlust von Disziplin und Autorität und den Rückgang des Leitungsprinzips an Universitäten als Spätfolgen der-68er Ideologie. Wissenschaftliche Forschungen zeigen außerdem, dass linksgerichtete Gruppierungen klar die Oberhand in studentischen Vertretungsorganen gewonnen haben – ein Eindruck, der bei einem Spaziergang über den Frankfurter Campus vor universitätsinternen Wahlen schnell bestätigt wird. Zudem machen Kritikerinnen und Kritiker die heutigen Erben der Bewegung für die Verbreitung von antibürgerlichen, antiwestlichen, antikapitalistischen Tendenzen und eine vermeintlich allgegenwärtige politische Korrektheit an deutschen Universitäten verantwortlich. Wenn sie überhaupt zu Vorträgen eingeladen werden, sehen sich Gastredner aus dem bürgerlich-konservativen oder auch liberalen Spektrum häufig mit Anfeindungen und Protesten im universitären Umfeld konfrontiert.

Zu guter Letzt sehen nicht wenige Bildungsökonominnen den massiven Widerstand gegen Studiengebühren vonseiten linksgerichteter Studierender, die sich bei ihren Protestaktionen gerne der Leitbilder der 68er-Bewegung bedienen, kritisch. Obwohl weitgehend bekannt ist, dass das deutsche Bildungswesen im Vergleich der westlichen Industrieländer aufgrund seiner einseitigen staatlichen Finanzierung massiv unterfinanziert ist, werden insbesondere von linker Seite weitere Bildungsexpansionen und bessere Studienbedingungen bei gleichzeitiger lautstarker Kritik an den Missständen an deutschen Hochschulen gefordert. Dabei erscheint es einigen Bildungsforscher durchaus als paradox, dass vor allem linke Gruppierungen – trotz ihren weitreichenden Mitbestimmungsmöglichkeiten und ihrer starker Präsenz in universitären Entscheidungsprozessen – in der Regel nicht bereit sind, einen größeren (jedoch maßvollen) monetären Beitrag zur Optimierung der Studienbedingungen zu leisten sind. ●



# 1968 als Gründungsmoment

Heutige linke Bewegungen beziehen sich vielfältig auf die Studentenrevolte

von Priska Daphi und Jens Zimmermann

In den zahlreichen Beiträgen zum »Jubeljahr der 1968er-Bewegung« kommen oft ehemalige Aktive, Historikerinnen und Experten<sup>1</sup> zu Wort. Doch wie blicken eigentlich Aktivistinnen und Aktivisten des 21. Jahrhunderts auf diese Zeit zurück? Dieser Frage hat sich ein zweijähriges Forschungsprojekt am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität gewidmet.

Die Wissenschaft hat sich bislang wenig dafür interessiert: Wie deuten heutige Aktivist:innen die Rolle der 68er-Bewegung für ihr eigenes Engagement? Ein zweijähriges Forschungsprojekt am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität ist dieser Frage jetzt nachgegangen. Das Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung

(BMBF) im Rahmen eines internationalen Verbundprojektes des 7. Rahmenprogramms der Europäischen Union gefördert wurde, hat untersucht, wie sich die Vertreter aktueller Protestbewegungen an die 68er-Bewegung erinnern. Diese Erhebung wurde dann mit Erinnerungen an 1968 verglichen, wie sie im öffentlichen Diskurs stattfinden. Es wurden semistrukturierte Interviews mit aktuellen Aktivist:innen unterschiedlichen Alters geführt, eine Analyse überregionaler Zeitungen vorgenommen (v. a. »Süddeutsche Zeitung«, »Die Zeit«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«) sowie Social-Media-Inhalte und Publikationen aktueller Bewegungen untersucht. Der vorliegende Beitrag greift einige Ergebnisse der Studie heraus, konzentriert sich dabei jedoch auf Erinnerungen insbesondere der Blockupy-Bewegung an »1968« (18 Interviews)

**1** Demonstration als Massenevent: Am 18. März 2015 gingen anlässlich der Eröffnung des EZB-Gebäudes am Osthafen Tausende Globalisierungsgegner auf die Straße und demonstrierten gegen die Politik der EZB.

<sup>1</sup> Wie in diesem Magazin üblich, sind auch in diesem Beitrag jeweils beide Geschlechter gemeint, auch wenn nur die eine Form verwendet wird.



und vergleicht diese mit dem öffentlichen Diskurs zum Thema, wie er in den oben genannten Zeitungen stattfindet.

### 1968 als zentraler Bezugspunkt

Blockupy, ein Zusammenschluss verschiedener linker, überwiegend kapitalismuskritischer Gruppen, wurde vor allem durch die deutschlandweit umfassenden Proteste gegen die europäische Spar- und Krisenpolitik allgemein bekannt. Das Blockupy-Bündnis, das Nicht-Regierungsorganisationen (NGO), Parteien und Gewerkschaften, aber auch linksradikale Gruppen unter seinem Dach vereint, wurde im Jahr 2012 gegründet und hat seinen räumlichen Schwerpunkt in Frankfurt (siehe z. B. Mullis, 2017). Im Rahmen verschiedener Kampagnen hat das Bündnis Proteste organisiert, wie die sehr sichtbaren Aktionstage vor der Eröffnung der Europäischen Zentralbank um den 18. März 2015. Die Interviews unserer Studie mit Blockupy-Aktivisten unterschiedlicher Bündnis- und Altersgruppen (ältere Aktivisten waren z. T.

**2 Passiver Widerstand 2012:**  
Eine mit verdünnter  
Wandfarbe beschmierte  
Demonstrantin wird von der  
Polizei abgeführt. Das Camp  
der Occupy-Bewegung vor  
der Zentrale der EZB in  
Frankfurt am Main wird am  
16. Mai 2012 vor Beginn  
der Blockupy-Proteste in  
der Stadt geräumt.

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- Ein zweijähriges Forschungsprojekt am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität ist der Frage nachgegangen, wie Aktive heutiger Protestbewegungen auf die Zeit um 1968 blicken.
- Die Untersuchung ergab unter anderem: Die 68er-Bewegung stellt einen zentralen Bezugspunkt für aktuelle linke Bewegungen wie Blockupy dar. Aktivistinnen und Aktivisten des Blockupy-Bündnisses heben insbesondere Kontinuitäten in Bezug auf Themen wie Internationalismus und Antifaschismus hervor.
- »1968« dient jedoch auch als Abgrenzungsfolie: Die damalige Bewegung sei stärker von internen Spaltungen geprägt gewesen, heute gelingt es nach Ansicht der Aktiven besser, Bündnisse verschiedener linker Strömungen zu schaffen.
- Heutige Aktive kritisieren die Konzentration der Presse auf den Aspekt der kulturellen Emanzipation als eine Verkürzung der inhaltlichen Schwerpunkte und Vermächtnisse von »68«.
- Die Erinnerung an eine gemeinsame linke Geschichte spielt als emotionales und kognitives Bindeglied zwischen den Aktiven eine zentrale Rolle in der Verstärkung des politischen Engagements.

selbst bereits in der 68er-Bewegung aktiv) verdeutlichen, dass die 68er-Bewegung für heutige politische Aktivitäten einen zentralen Bezugspunkt darstellt. Sie wird über Alters- und Gruppengrenzen hinweg als »Gründungserfahrung« einer neuen linken Tradition in Deutschland beschrieben. Heutige linke Bewegungen wie Blockupy werden als Teil dieser Tradition gesehen, so hebt beispielsweise eine Aktivistin der jüngeren Generation hervor, sie sehe die 68er-



Bewegung als »Geburtsstunde (...) einer politischen Traditionslinie, in der ich mich selbst verorte«. Zentrales Definitionsmerkmal dieser neuen linken Tradition ist den Aktivisten zufolge die Betonung des außerparlamentarischen politischen Engagements auf Basis der Überzeugung, dass Politik nicht nur in institutionalisierter Form im Rahmen von Parteien und Verbänden stattfindet, sondern auch oder vor allem »auf der Straße«. Vor diesem Hintergrund betonen sowohl jüngere als auch ältere Aktivisten, dass »1968« einen großen Einfluss hat auf ihr heutiges politisches Engagement, auch wenn es sich hierbei nicht immer um direkte Bezüge handelt.

»1968« stellt jedoch auch eine wichtige Bezugsgröße im Sinne der Abgrenzung dar. So haben Aktivisten in unseren Interviews auch Unterschiede zwischen der 68er-Bewegung und heutigen linken Bewegungen, insbesondere Blockupy, hervorgehoben. Unterschiede werden z.B. bei den Aktions- und vor allem den Organisationsformen ausgemacht. Die

heutigen Aktiven heben besonders hinsichtlich der inneren Bündnisfähigkeit Unterschiede zwischen heute und früher hervor. Aktivisten verschiedener Alters- und Gruppenzugehörigkeit sind sich darüber einig, dass die 68er-Bewegung stärker geprägt war von internen Spaltungen und der Konkurrenz zwischen verschiedenen ideologischen Gruppen. Aus diesen Erfahrungen wurde den Aktivisten zufolge seither gelernt. Heutige Kampagnen- und Organisationsarbeit, speziell im Kontext von Blockupy, wird in diesem Sinne als ein erfolgreicher Versuch gesehen, die auch in der Gegenwart immer noch sehr heterogene Linke temporär zusammenzubringen, wenn es um ein bestimmtes gemeinsames Ziel geht. »Das ist damals nie gelungen«, resümiert ein Aktivist der älteren Generation. Gerade diese Fähigkeit, unterschiedliche linke Strömungen zu vereinigen, stellen viele unserer Interviewpartner als einen der wichtigen Unterschiede zwischen heutigen Kampagnen und damaliger Organisationskultur dar.

**3 Passiver Widerstand 1967:**  
Beim Schah-Besuch in  
Hamburg am 4. Juni 1967  
tragen Polizisten einen  
Demonstranten fort.

4 Protest als Happening:  
Im Euro-Zeichen vor  
dem damaligen Sitz der  
Europäischen Zentralbank  
(EZB) am Willy-Brandt-Platz  
hat ein Demonstrant  
am 16. Mai 2012 sein Zelt  
aufgeschlagen (rechte Seite).

### Kontinuitätslinien Internationalismus und Antifaschismus

Hinsichtlich der Ziele der 68er-Bewegung identifizieren die Aktivisten der Gegenwart indes starke Kontinuitätslinien. Hierbei handelt es sich um politische Themen und Deutungsmuster, die laut den Interviewten seit damals einen festen Platz in linker Politik erhalten haben. Neben Fragen der individuellen und sexuellen Emanzipation betrifft dies insbesondere die Themen Antifaschismus und Internationalismus (d.h. die Solidarität mit unterdrückten und benachteiligten Weltregionen und die Infragestellung der internationalen Machtstrukturen, die dahinterstehen). So heben die Aktivisten über Alters- und Gruppengrenzen hinweg einerseits hervor, dass der Internationalismus der 68er-Bewegung eine zentrale Errungenschaft gewesen sei und bis heute stark in linke Bewegungen hineinwirke: »Also der ganze



#### Die Autoren

**Dr. Priska Daphi** leitet die Nachwuchsgruppe »Konflikt und Soziale Bewegungen« am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität. In ihren Forschungsprojekten zu aktuellen Protesten in Europa ist sie immer wieder auf Referenzen zur 68er-Bewegung gestoßen und hat deshalb das hier besprochene Projekt initiiert.

[daphi@soz.uni-frankfurt.de](mailto:daphi@soz.uni-frankfurt.de)

**Jens Zimmermann** ist Dipl.-Sozialwissenschaftler und assoziiertes Mitglied der HSK-Nachwuchsgruppe »Konflikt und Soziale Bewegungen«. Von 2016 bis 2017 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität, er schreibt seine Doktorarbeit zur Anti-AKW-Bewegung. Über 1968 nachzudenken und zu forschen, hat auch seinen Blick auf heutige Protestbewegungen verändert.

[j.zimmermann@soz.uni-frankfurt.de](mailto:j.zimmermann@soz.uni-frankfurt.de)

Internationalismus der 68er (...) das prägt schon meine politische Praxis«, hebt ein Aktivist der jüngeren Generation hervor. Der Hinweis auf diese Kontinuitätslinie ist keineswegs selbstverständlich – zum einen, weil in linken Protesten der vergangenen Jahre eine Tendenz zur Lokalisierung beobachtet wurde (z. B. Flesher Fominaya, 2017 oder Daphi, 2017), zum anderen, weil die mit dem Internationalismus oft verbundene antiimperialistische Politik seit den 1990er Jahren in der deutschen Linken z.T. kontrovers diskutiert wird, da ihr von einigen antiamerikanische und antisemitische Ressentiments unterstellt werden (siehe z. B. Ullrich, 2008).

Darüber hinaus weisen die interviewten Aktivisten auf die Bedeutung des Antifaschismus der 68er-Bewegungen für heutige linke Bewegungen und für die Gesamtgesellschaft hin. So betonen Aktivisten unterschiedlicher Alters- und Gruppenzugehörigkeit, dass die 68er-Bewegung sehr erfolgreich die damalige deutsche Gesellschaft mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit und dem Fortbestehen faschistischer Tendenzen konfrontiert habe. »68« habe, so hebt z. B. ein Aktivist der jüngeren Generation hervor, wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit »Faschismus, Neonazismus, Rassismus« gesetzt, die stets »mitlaufen in der Beschäftigung mit den heutigen Themen«. »1968« habe damit den Antifaschismus nicht nur fest in der linken Agenda verankert, sondern auch in den öffentlichen Diskurs getragen. Verbunden mit diesem Thema heben Aktivisten auch allgemeiner die Kritik autoritärer Strukturen in politischen Organisationen und der Gesellschaft hervor und den Beitrag, den die 68er-Bewegung hierzu geleistet hat.

#### Abgrenzung zum Medienbild

Der Vergleich der Erinnerung an »1968« seitens der Blockupy-Aktivisten mit der Berichterstattung in überregionalen Zeitungen (Analysezeitraum: 2007–2009) bringt interessante Überschneidungen, aber auch deutliche Unterschiede zutage. So sind sich die Erinnerungen von Aktivisten und Medien einerseits in einigen Punkten ähnlich: So wird »1968« hier wie da als stärker politisierte und konflikthafte Epoche dargestellt und betont, wie sehr die linken Gruppen untereinander zu jener Zeit gespalten waren und wie stark sie miteinander konkurrierten. Zugleich unterscheiden sich die Erinnerungen deutlich voneinander, was die thematischen Schwerpunkte und Vermächtnisse der damaligen Bewegung anbelangt. Die Medienanalyse zeigt, dass »1968« in den Zeitungen vor allem als eine kulturelle Modernisierungsbewegung dargestellt wird, die sich besonders deutlich in der sexuellen Emanzipation und dem Abstreifen überkommener autoritärer Werte niederschlägt,



wohingegen die politischen Ziele der Revolte weitestgehend gescheitert seien. Die interviewten Blockupy-Aktivist\*innen hingegen halten die kulturelle Emanzipation zwar auch für eine wichtige Errungenschaft von »1968«, empfinden diese Darstellung jedoch als eine Verkürzung, Entpolitisierung und »Banalisierung« der 68er-Bewegung. Indem sie den Akzent auf das internationalistische und antifaschistische 68er-Erbe für heutige linke Politik legen, grenzen sich die Gesprächspartner hier klar von dem Bild ab, das die untersuchten Zeitungen von 1968 zeichnen. In dieser Hinsicht teilen Aktivist\*innen und Aktivist\*innen der Blockupy-Bewegung eine sogenannte »counter-memory« (z.B. Molden, 2016), eine kollektive Erinnerung, die sich von in der allgemeinen Öffentlichkeit gängigen Narrativen absetzt und diese bewusst kritisiert.

### Fazit

Die besprochenen Ergebnisse der Studie machen deutlich, dass die 68er-Bewegung einen zentralen Bezugspunkt für aktuelle linke Bewegungen wie Blockupy darstellt: Protestbewegungen konstituieren sich nicht in einem geschichtsfreien Raum, sondern sind maßgeblich geprägt durch frühere Bewegungen und gesellschaftliche Konflikte. Neben Lerneffekten aus früheren Protesten (was hat funktioniert, was nicht?) spielt dabei der Prozess des Erinnerns an eine gemeinsame linke Geschichte als emotionales

und kognitives Bindeglied zwischen den Aktivist\*innen eine zentrale Rolle in der Verstärkung des politischen Engagements (siehe hierzu auch Daphi, 2017). Hierzu müssen die Bezüge zu »1968« nicht immer explizit sein, sondern können auch implizit Eingang in die politische Praxis der Aktivist\*innen finden.

Der Vergleich der bewegungsspezifischen und medialen Erinnerung an 1968 hat jedoch auch gezeigt, wie sich Erinnerungsarbeit von sozialen Bewegungen in Interaktion mit öffentlichen und speziell medialen Diskursen vollzieht – sowohl im Sinne einer Beeinflussung als auch im Sinne einer Abgrenzung. Und auf übergeordneter Ebene macht dieser Beitrag deutlich, wie fruchtbar die Verbindung von politikwissenschaftlicher Forschung und insbesondere der Erforschung von sozialen Bewegungen mit der Erinnerungsforschung (z.B. Erll, 2017) sein kann. ●

### Literatur

Daphi, Priska, *Becoming a Movement. Identity, Narrative and Memory in the European Global Justice Movement*, Rowman & Littlefield International, London, 2017.

Erl, Astrid, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen: Eine Einführung*. Springer-Verlag, Stuttgart, 2017

Flesher Fominaya, Christina, *European anti-austerity and pro-democracy protests in the wake of the global financial crisis*, *Social Movement Studies*, 2017, 16(1), 1–20.

Mullis, Daniel, *Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment*, Westfälisches Dampfboot, Münster, 2017.

Molden, Berthold, *Resistant pasts versus mnemonic hegemony: On the power relations of collective memory*, *Memory studies*, 2016, 9(2), 125–142.

Ullrich, Peter, *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Dietz, Berlin, 2008.



# Das Private ist politisch!

Eine Re-Aktualisierung im Lichte von Facebook & Co

Von Sandra Seubert

**D**as Private ist politisch! – 68 war der Slogan eine auf Ganze gerichtete Perspektive der Kritik und ein Impuls für die Revolutionierung des Alltagslebens: Es ging bei den Diskussionen und Analysen um die »Weltherrschaft des Kapitals« und den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus immer zugleich um die Manifestationen von Herrschaft und Unterdrückung in den Kapillaren des Alltäglichen. In den Blick gerieten dabei nicht zuletzt die Autoritätsstrukturen der bürgerlichen Familie und damit die (im Sinne marxistischer Gesellschaftsanalyse) sogenannte »Nebenwidersprüche« des Privaten: das Verhältnis der Geschlechter, Fragen von Liebe und Sexualität,

Kindererziehung, Eigentumsfragen und Besitzdenken. Der Slogan wurde darüber hinaus zum Leitspruch der Frauenbewegung, die vor Augen führt, wie politisch das Private gerade in Fragen von Nachwuchs und Alltagsorganisation ist. Insgesamt schien 68 klar, dass Wurzel allen Übels die von kapitalistischer Ideologie durchzogene bürgerliche Gesellschaft war.

Theoretische Unterfütterung konnten diese Perspektiven aus der älteren Kritischen Theorie gewinnen. Für die Kritische Theorie war das Private nie unschuldig. Im Gegenteil: Es wurde verdächtigt, der Ort zu sein, an dem sich soziale Machtverhältnisse auf besonders hinterlistige Weise reproduzieren (Horkheimer/Adorno 1989

[1944]). Was hier interessierte, waren nicht allein die äußeren, sondern die inneren Gefährdungen der Freiheit und ihre Effekte auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Dabei ging es letztlich um zwei Fragen: zum einen, wie sich soziale Machtverhältnisse und individuelle Freiheitseinschränkungen in den alltäglichen, privaten Handlungsvollzügen der Individuen selbst reproduzieren; zum anderen, wie sich diese jeweils privaten Handlungsvollzüge als symptomatische Ausdrücke einer kollektiven Lebensform kritisieren lassen. Auf diese Weise deutet die Kritische Theorie umfassend auf die Möglichkeit einer sozialtheoretischen Kritik des Privaten hin, was sie auch heute wieder für die Analyse von neuen Formen der Beherrschung anschlussfähig macht.

Die Kritische Theorie hat stets ein besonderes Augenmerk auf die Analyse von Alltagsroutinen gelegt, ohne sich dabei jedoch affirmativ auf einen Begriff des Privaten zu beziehen (wie es im heutigen »Gefährdungsdiskurs« des Privaten zumeist der Fall ist). Im Gegenteil: Die Alltäglichkeit und vermeintliche Selbstverständlichkeit privater Handlungsvollzüge rückt hier unter die Lupe (ideologie-)kritischer Betrachtung. Auf sie richtet sich der Verdacht, dass sie soziale Machtverhältnisse hinter dem Rücken der Subjekte perpetuieren.

In ihren Überlegungen zur *Kulturindustrie* gehen Horkheimer und Adorno der Frage nach, wie technische Innovationen und ihre spezifische privatwirtschaftliche Nutzung die sozialen Beziehungen und Interaktionen der Menschen verändern. Dabei ist es nicht allein die Tatsache, dass (dem damaligen Stand technischer Entwicklung entsprechend) immer mehr Menschen Rundfunk und Fernsehen nutzen, und auch nicht die rein technische Möglichkeit der Reproduzierbarkeit von kulturellen Gütern, auf die sich ihre Kritik richtet, sondern die Beeinflussung – sie sprechen gar von: Manipulation – individueller Bedürfnisse, die dadurch möglich wird. Technischer Fortschritt, so ihr Argument, ist untrennbar verschlungen mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen. »[D]er Boden, auf dem die Technik Macht über die Gesellschaft gewinnt, (ist) die Macht der ökonomisch Stärksten über die Gesellschaft (...). Technische Rationalität heute ist die Rationalität der Herrschaft selbst« (Horkheimer/Adorno 1989 [1944], 129).

### Gleichförmigkeit und Standardisierung

Im Fokus der Analyse stehen kapitalistische Modi der Produktion, insbesondere eine Kritik der Warenlogik, die mehr und mehr alle Bereiche der Kultur und der kulturellen Produktion durchdringt. Der Logik des systemischen Gesamtzusammenhangs folgend, werden auch kulturelle Produkte von der ökonomischen Logik der

Verwertung erfasst. Kunst und Kultur verkommen zum bloßen Schein, zum Effekt. An die Stelle des Gebrauchswerts in der Rezeption von Kulturgütern tritt der Tauschwert, »anstelle des Genusses tritt Dabeisein und Bescheidwissen, Prestigegewinn anstelle der Kennerschaft« (ebd., 143). Ähnlich wie bei industriellen Waren, etwa Autos, die sich nur begrenzt voneinander unterscheiden, wird auch in der Kulturindustrie ein scheinbar differenziertes Angebot geschaffen, um verschiedene Bedürfnisse zu befriedigen. Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses Angebot aber als gleichförmig – geeignet, jedes Individuum auf besondere Weise in das übergreifende System zu integrieren. Die Gleichförmigkeit und Standardisierung der Produktionsweise ebenso wie des Konsums haben weitreichende Auswirkungen auf das Individuum, nicht nur als Konsument\*in der Kulturwaren. Dadurch, dass sie Bedürfnisse erzeugt, anstachelt und gleichzeitig wieder diszipliniert, trägt die Kulturindustrie dazu bei, die Massen ans kapitalistische System zu binden und die existierenden Machtstrukturen zu stabilisieren. Die Kulturkritik von Adorno und Horkheimer ist natürlich breit kritisiert worden, insofern sie kaum Raum für Differenzierungen und zugleich keine Möglichkeit der ironischen oder gar kritischen Rezeption der kulturindustriellen Medieninhalte zulässt.

Für die aktuelle Problemlage eines »digitalen Kapitalismus« interessant ist jedoch die Annahme, dass sich die in der bürgerlichen Gesellschaft äußerlich scheinbar so klaren Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben auflösen. Arbeits- und Freizeitverhalten gleichen sich an. Erholung in der Freizeit erscheint lediglich als eine Ausweitung des Arbeitstages. In ihrer Gleichförmigkeit kopiert sie den Arbeitsalltag und ergänzt ihn zugleich – sie liefert Unterhaltung entlang derselben etablierten und engen Pfade, die jede Individualität und kritische Reflexion unterdrücken. »Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus« (ebd.: 145).

Indem sie die Identifikation mit bestehenden Machtverhältnissen herbeiführt, fördert die Kulturindustrie die Bereitschaft zur Akzeptanz des gesellschaftlichen Status quo. Durch eine Perfektionierung der Kontrolle über die Freizeit wird eine Perfektionierung der

1 Diskussion in einer Wohngemeinschaft (1968).

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- 68 ging es bei den Diskussionen und Analysen um die »Weltherrschaft des Kapitals« und den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus immer zugleich um die Manifestationen von Herrschaft und Unterdrückung in den Kapillaren des Alltäglichen.
- Dabei konnte man auf die (ältere) Kritische Theorie zurückgreifen, die stets ein Augenmerk auf die Analyse von Alltagsroutinen gelegt und diese ideologiekritisch betrachtet hat.
- Mit der umfangreichen Digitalisierung der kommunikativen Infrastruktur sind heute neue Potenziale der Kommodifizierung persönlicher Daten und privater Kommunikationen entstanden.
- Eine kritische Theorie des Privaten kann die Paradoxien von scheinbar freiwilligen Entscheidungen, die de facto aber freiheitseinschränkend sein können, gezielt in den Blick nehmen.

Unterwerfung unter das kapitalistische System bewirkt. Sie garantiert die Loyalität der Massen und macht diese zu Komplizen ihrer eigenen Unterdrückung. Adorno und Horkheimer haben hier vor allem zwei Dinge im Blick: zum einen die kulturkritische These, dass die immergleiche kulturindustrielle Produktion individuelle Bedürfnisstrukturen schafft, die in Form von immergleichen Subjektivierungsprozessen die Individuen an den gesellschaftlichen Status quo binden und zugleich ihre Kritikfähigkeit – ja überhaupt die Fähigkeit zu denken, dass sich auch anders leben ließe –, beschädigen, wenn nicht unmöglich machen; zum anderen – und diese These ist für Überlegungen zur Reaktualisierung besonders wichtig – diagnostizieren sie eine zunehmende, medienvermittelte Marktförmigkeit privater Freizeitgestaltung, die selbst zum Teil der Wertschöpfungskette wird und auch die Strukturmerkmale kapitalistischer Arbeitsverhältnisse nachmodelliert.

### Trennung von privat und öffentlich verschwimmt im digitalen Zeitalter

Einer Verlängerung des Arbeitstages in die Freizeit, wie sie Adorno und Horkheimer diagnostizierten, eröffnen sich heute schier unerschöpfliche Möglichkeiten. Mit der umfangreichen Digitalisierung der kommunikativen Infrastruktur sind neue Potenziale der Kommodifizierung persönlicher Daten und privater Kommunikationen entstanden. Diese eröffnen sich freilich



#### Die Autorin

**Prof. Sandra Seubert** ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Theorie an der Goethe-Universität. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Demokratietheorie, Theorien politischer Bürgerschaft, insbesondere mit Blick auf Europäisierung, sowie einer Politischen Theorie der Privatheit. Sandra Seubert ist Projektkoordinatorin in dem von der Volkswagenstiftung geförderten Projekt »Strukturwandel des Privaten«.

[seubert@soz.uni-frankfurt.de](mailto:seubert@soz.uni-frankfurt.de)

zugleich erst dadurch, dass die Mitglieder der digitalen Kommunikationsgemeinschaft vielfach selbst ihre Daten mehr oder weniger freiwillig zu Verfügung stellen. Der Begriff der »Informationsgesellschaft« bezieht sich in diesem Zusammenhang auf eine gesellschaftliche Konstellation, in der alle Lebensbereiche zunehmend von Informations- und Kommunikationstechnologien durchdrungen werden, in der Kommunikation selbst zur »Produktivkraft« geworden ist.<sup>1</sup> Diese Durchsetzung bzw. Überwölbung aller Lebenssphären durch digitale Kommunikationsmedien führt nun gerade im Internet dazu, dass nicht nur die Trennung zwischen privaten und öffentlichen Räumen verschwimmt, sondern auch die jeweiligen sozialen Rollen unklar werden, die Nutzer\*innen im Internet einnehmen.<sup>2</sup> Besonders auf Social-Media-Plattformen wie Facebook vermengen sich mittlerweile soziale und freundschaftliche mit ökonomischen Interessen und es wird darin zunehmend unklar, welche Rollenanforderungen Individuen sich hier gegenüber sehen. Vielfach sind es die Nutzer\*innen selbst, die mit ihrem *privaten* Handeln die Bedingungen und Strukturen einer neuen Datenökonomie schaffen. Die Gefährdung der Privatheit lässt sich folgerichtig nicht alleine als eine begreifen, die von außen auf die Individuen einwirkt, sondern zugleich aus ihrem eigenen Handeln, also aus den inneren Handlungsdispositionen selbst resultiert. Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern es Autonomie untergräbt, wenn sich freundschaftlich-zweckfreie Kommunikation mit ökonomischen Kommunikationsstrategien mischt, wenn die »Authentizität« des Persönlichen als ökonomische Ressource eingesetzt wird. Das wird etwa im Kontext von Social Media und auf Videoplattformen wie YouTube relevant. Vor allem sogenannte Vlogger, die mit Haushalts- oder Schönheitstipps Millionen von Abonnenten erreichen – der Kanal von der wohl bekanntesten Beauty-Vloggerin Dagi Bee etwa hat 3,7 Mio. Abonnenten –, drehen Videos über private Themen und oftmals direkt aus ihren Privaträumen, die sie zugleich der Öffentlichkeit bereitwillig preisgeben. Die vermeintliche Authentizität, die sich gerade aus dieser privaten Ansprache ergibt, wird nun in vielen Fällen konterkariert, indem nicht nur hintergründiges *product placement* betrieben wird, sondern es vielfach direkt angeschlossene Online-Shops gibt, in denen die in den Videos angepriesenen Produkte gekauft werden können.<sup>3</sup>

Michael Betancourt spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen Form der Ausbeutung, die den digitalen Kapitalismus kennzeichne.<sup>4</sup> Durch die Erosion der Idee der Autorenschaft, die bereits durch die digitale und serielle Kulturproduktion und die post-

moderne Kritik am souveränen Autor vorbereitet wurde, wurde es möglich, dass der digitale Kapitalismus auf private Daten und Kommunikationen einfach zugreifen kann und mit dem Verweis auf ihr Algorithmen-gestütztes Re-Arrangieren die ursprüngliche Produktivität und Ressource der Daten – die alltägliche Praxis der Menschen selbst – als originäres Moment der Mehrwertproduktion einfach negieren kann. So gesehen verlängert sich der Arbeitstag (im Sinne der ökonomischen Wertschaffung) tatsächlich bis in die feinsten Verästelungen alltäglicher Kommunikation; dies überhaupt als eine Form der Arbeit, der Autorenschaft zu beschreiben, die es auch zu entlohnen gilt: Darin liegt der Wert von Betancourts Analyse des digitalen Kapitalismus, die erstaunliche Überschneidungen zu einigen kulturkritischen Thesen der Kritischen Theorie aufweist.

### Aktualität einer Kritik von Lebensformen

Denn der Kritischen Theorie ging es in ihren Sozialstudien zur alltäglichen Reproduktion sozialer Machtverhältnisse nicht darum, eine grundsätzliche Kritik an der Idee der Privatheit im Ganzen zu üben. Ebenso wenig stand bei den Autoren im Fokus, das je private Handeln von einzelnen Individuen zu kritisieren. Gegenstand ihrer sozialtheoretischen Kritik war vielmehr eine *Kritik von Lebensformen* (vgl. Jaeggi 2014), die in alltäglichen und privaten Handlungsvollzügen nach Reproduktionsmechanismen sozialer Machtverhältnisse sucht und diese jeweils als symptomatische Ausdrücke einer kritikwürdigen Lebensform begreift.<sup>5</sup> So widmet sich die Kritische Theorie den (privaten) Alltagsphänomenen vor allem deshalb, um diese »als bis ins Leiblich-Geistliche hineinreichende Ausdrucksformen der kapitalistischen Lebensform«<sup>6</sup> zu dechiffrieren, die sich als kollektive, sozial *strukturierende* Praxis wiederum auch gegen die Verwirklichungsmöglichkeiten der Freiheit der in sie eingebundenen Individuen richten kann, weil sie sich in deren je privatem Alltag auf hintergründige Weise reproduziert.

Ausgehend von einer solchen theoretischen Stoßrichtung wird eine differenzierte Erschließung des Wertes, aber auch der Kritik des Privaten möglich: Insofern individuelle Handlungsakte immer auch Ausdruck kollektiver Praxis als Lebensform sind, eröffnet sich nämlich das Paradox, dass scheinbar freiwillige Entscheidungen de facto freiheitseinschränkend sein können. Eine kritische Theorie des Privaten kann ein solches Paradox immerhin gezielt in den Blick nehmen und erklären und muss sich nicht mit den *Prima-facie*-Äußerungen der Subjekte zufriedengeben. Mit Blick auf neue Formen der Beherrschung lassen sich so kritikwürdige Aspekte von sich



2 Das Smartphone, erst seit 2007 mit nennenswerten Marktanteilen, hat dem digitalen Kapitalismus ganz neue Chancen eröffnet.

im digitalen Zeitalter verändernden Lebensformen benennen.

Wenn der *Chaos Computer Club* den Slogan »Das Private ist politisch!« heute umdreht – »Das Politische ist privat!« (Frank Rieger) – so ist damit kein Plädoyer für eine Privatisierung des Politischen gemeint, sondern vielmehr die Aufforderung, wieder grundsätzlich zu politisieren, welche Herrschaftsmuster sich in den alltäglichen privaten Handlungen spiegeln. ●

### Literatur

Bentancourt, Michael (2015): *The Critique of Digital Capitalism: An Analysis of the Political Economy of Digital Culture and Technology*. New York.

Boyd, Danah, Marwick, Alice E. (2014): *Networked Privacy. How teenagers negotiate context in social media*. In: *new media & society*, Vol. 16 (7), 1051–1067.

Castells, Manuel (1996, 1997, 1998): *The Information Age*, Bd. 1: *The Rise of The Network Society*, Bd. 2: *The Power of Identity*, Bd. 3: *End of Millenium*. Cambridge: Cambridge UP.

Cunningham, Stuart, Craig, David (2017): *Being »really real« on YouTube: authenticity, community and brand culture in social media entertainment*. In: *Media International Australia*, Vol. 164 (1), 71–81.

Honneth, Axel (2005): *Eine Physiognomie der kapitalistischen Lebensform: Skizze der Gesellschaftstheorie Adornos*. In: Ders.; et al. (Hrsg.): *Dialektik der Freiheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 165–188.

Horkheimer, Max, Adorno, Theodor W. (1989) [1944]: *Kulturindustrie. Aufklärung als Massenbetrug*. In: dies.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.

Jaeggi, Rahel (2014): *Kritik von Lebensformen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Rössler, Beate, Mokrosinska, Dorota (2013): *Privacy and social interaction*. In: *Philosophy & Social Criticism* 39(8), 771–791.

<sup>1</sup> Vgl. Castells 1996-98.

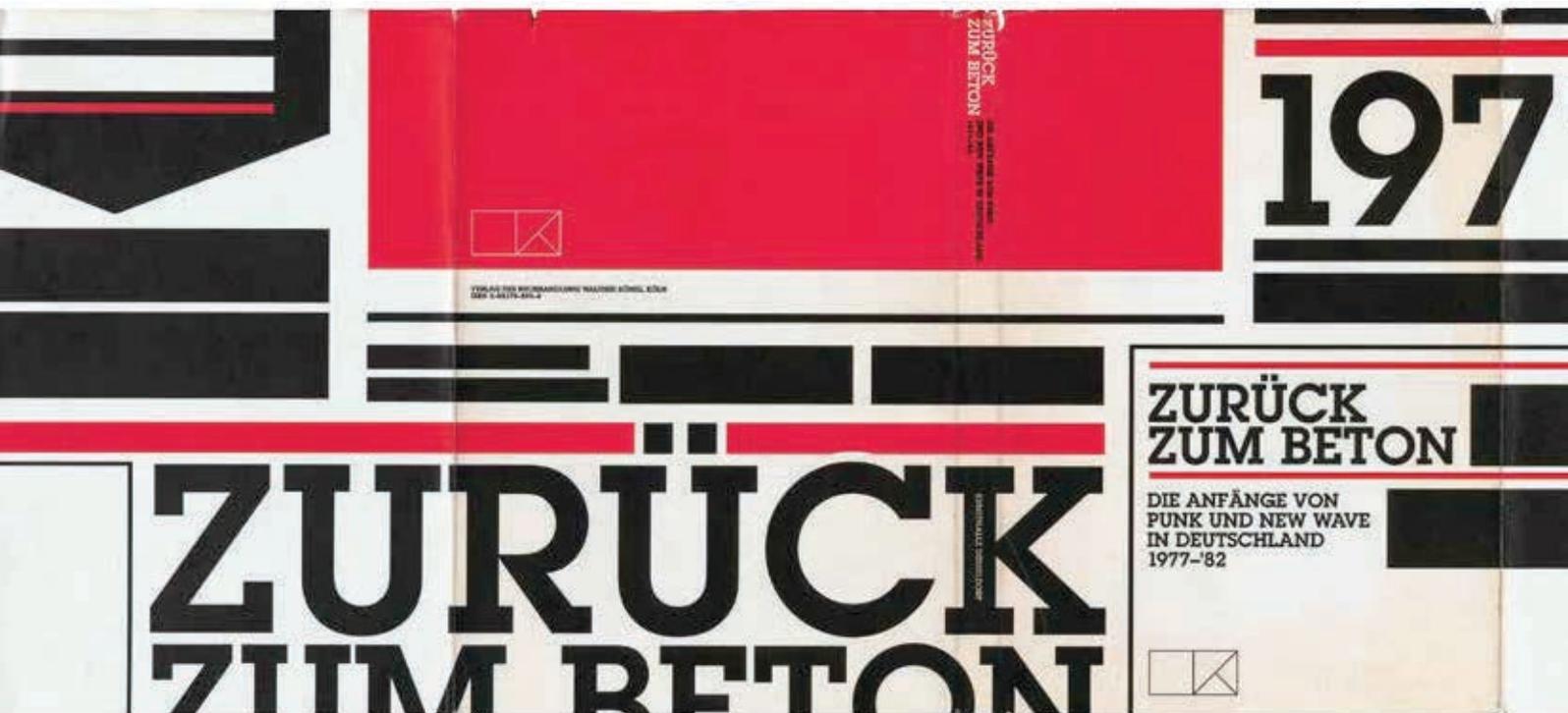
<sup>2</sup> Vgl. Rössler/Mokrosinska 2013, auch: boyd/Marwick 2014.

<sup>3</sup> Vgl. umfassend dazu: Cunningham/Craig 2017, 71-81.

<sup>4</sup> Vgl. Betancourt 2015, v.a. Chapter 5

<sup>5</sup> Vgl. Jaeggi 2014, 67ff.; 332ff.

<sup>6</sup> Honneth 2005, 165.



# Gegengegenkultur(en)

Kritik an »68« seitens  
der 78er-Generation und  
der Generation Golf

von Dirk Frank

Über die Bedeutung des geistigen Erbes von 68 wird 50 Jahre später trefflich gestritten. Mögen die politischen Ideen des Aufbruchs und das daran anknüpfende Handeln heute für Kontroversen sorgen, so erfreut sich hingegen der Sound der Revolution, der damals zum Ärger orthodoxer Kommunisten ganz klar von der Rockmusik dominiert wurde, einer nahezu ungebrochenen Begeisterung: Das »Weiße Album« der Beatles, »Electric Ladyland« von Jimi Hendrix oder »Beggars Banquet« von den Rolling Stones, alle 68 erschienen, werden heute mehr denn je bewundert. Im Zeichen einer grassierenden »Retromania« (Simon Reynolds) gewinnt der mit Mythen und Heldengeschichten aufgeladene Sound der Vergangenheit mit zunehmendem zeitlichen Abstand sogar noch an Bedeutung. In ihrer Frühphase ist die Popmusik noch ein Wettstreit verschiedener Stile, Techniken und auch Bands. Ihre steigende gesellschaftliche Akzeptanz lässt aber spätestens in den 70er Jahren Zweifel laut werden an ihrer weiterhin behaupteten und auch inszenierten Widerständigkeit.



### No Future

Das vermeintlich Neue wiederholt auch nur das etablierte Anderssein, zumindest in den Augen einer neuen Generation: Mit äußerster Ablehnung wird plötzlich der Rockmusik begegnet, und es sind nicht etwa kulturkonservative Kreise, sondern es ist die Gegen- und Subkultur selber, die aufbegehrt. Mit der in Großbritannien sich formierenden Punkkultur, die dann mit Verspätung auch nach Deutschland schwappt, erfolgt ein Bruch, neue zornige Bands treten auf den Plan, die sich auf die berüchtigten drei Akkorde beschränken oder manchmal auch subtiler elektronische Instrumente einsetzen, um der im Bombast und Akademismus erstarrten Rockkultur mit bewusstem Dilettantismus und strategischer Künstlichkeit zu begegnen. Damit geht wie bei den Sex Pistols, die von dem situationistisch geschulten Malcolm McLaren gemanagt werden, eine bewusste Zurschaustellung von Käuflichkeit und Kommerzialität einher.

Aber auch textlich dürfte das, was ab Ende der 70er Jahre dann auch in den popkulturellen Zentren Deutschlands – in Düsseldorf, Hamburg und Berlin, weniger in Frankfurt (s. dazu auch den Beitrag von Klaus Walter, S. 47ff.) – zu hören ist, für die Anhänger der Gegenkultur eine Zumutung gewesen sein. So fordert die Düsseldorfer Band S.Y.P.H. in ihrer Anti-Öko-Hymne »Zurück zum Beton«: »Ekel, Ekel, Natur, Natur/ Ich will Beton pur/Blauer Himmel, blaue See/ Hoch lebe die Betonfee/Keine Vögel, Fische. Pflanzen/ Ich will nur im Beton tanzen.« Die im Proberaum unter dem Düsseldorfer Club Ratin-

ger Hof ihre Karriere startende Band DAF (=Deutsch-Amerikanische Freundschaft) provoziert äußerlich mit zackigen Seitenscheitelfrisuren, musikalisch mit aggressiven Synthieklängen und Songzeilen wie »Wir tanzen Adolf Hitler«; verunsicherte Pädagogen vermuten in Unkenntnis des zeichenhaften Umgangs mit Symbolen nichts anderes als eine reaktionäre Gesinnung. Oft geht der neue Protest von Sozialisierungserfahrungen mit 68er-Lehrenden aus, wie auch Peter Hein, Sänger der Band Fehlfarben und prominentes Sprachrohr einer neuen Musikergeneration, in Erinnerung an seine Schulzeit bestätigt: »Es war alles nur langweilig. Und wir waren eben ein paar, die dagegen waren. Gegen die, die dagegen waren. Ich sagte dann auch Sachen wie: ›Vietnamkrieg ist toll.‹ Oder wir haben alle gebrüllt: ›Wir wollen autoritär erzogen werden.‹«

Der Pop-Theoretiker Diedrich Diederichsen, Jahrgang 1957 und damit wie Hein ein Angehöriger der so genannten 78er-Generation, hat für diese Provokationen den paradox anmutenden Begriff der Gegengegenkultur geprägt. Er sieht den Angriff auf die Gegen- und Alternativkultur als eine Art von Meta-Protest: eine Haltung, die den »Konformismus des Andersseins« (Norbert Bolz) der Vorgängergeneration negiert und dekonstruiert, aber immer auf sie bezogen bleibt: »77 war die Romantik zur Aufklärung von 68.« An die Stelle einer sinnentleerten, weil nunmehr institutionalisierten Rebellion tritt eine zerstörerische Geste (»No future!«), die aber, um Verwirrung beim »feindlichen« Lager zu erzeugen, auch mal im Gewand der Affirmation (»wir wollen autoritär erzogen werden.«) daherkommt.

### Rabiate Ablehnung und offensive Affirmation

Nicht nur in der Musik, sondern auch in der Literatur macht sich diese neue Haltung in Deutschland bemerkbar, wenn auch mit etwas zeitlichem Abstand. Der Schriftsteller Bodo Morshäuser etwa sieht rückblickend den neue Sound aus Großbritannien als geeignetes Medium einer offenen Kritik an der Vorgängergeneration: »Gegen Langhaarigen-Larmoyanz und Staatsdienstgeilheit, gegen die permanente Diskussion mit ihren Verständnisschlaufen war Punk die noch nicht definierte Härte.« So greift Maxim Biller in seiner Tempo-Kolumne »100 Zeilen Hass« den nihilistischen Geist auf und überzieht Zeitgenossen und -phänomene erbarmungslos mit Spott und Hass. In dem 1984 erschienenen Band »Rawums« finden sich Texte, die ganz symptomatisch für die Aufbruchsstimmung in der deutschsprachigen Literatur stehen. Der Herausgeber Peter Glaser beschreibt in seinem Vorwort die bilderstürmerische Attitüde: »Strategien zwischen rabiaten Ablehnung und offen-

1 Punk im Museum: Katalog der Ausstellung »Zurück zum Beton. Die Anfänge von Punk und New Wave in Deutschland 1977–'82« in der Kunsthalle Düsseldorf.



Foto: Eglisea006/Flash Wikipeedia

2 »Was ist geblieben von der Revolte? Nun, eine ganze Menge Geld.« (Benjamin v. Stuckrad-Barre), Bühne der »Bigger Bang-Tour« der Rolling Stones (2006).

siver Affirmation werden erprobt. Damit kann man den Textkonsumenten wirksamer hochgehen lassen als bisher.« In »Rawums« enthalten ist auch Rainald Goetz' Text »Subito«, der im Titel den Namen einer berühmten Hamburger New-Wave-Kneipe aufgreift. In dieser Welt von namhaften Künstlern, Musikern und Journalisten, die allesamt dem herrschenden Kultur- und Literaturbetrieb feindlich gesinnt sind, entfaltet der Nervenarzt Raspe Verbalattacken und Gewaltphantasien. Der Text antizipiert in Form einer selbsterfüllenden Prophezeiung seine Lesung beim Ingeborg-Bachmann-Preis, die Raspe respektive den Schriftsteller Goetz endgültig bekannt machen soll. »Mann, nichts wie hin nach Klagenfurt«, sagt Raspes Freund »Neger Negersen« (ein Wortspiel mit dem Namen des Popkritikers Diedrich Diederichsen), zum »NullenAnschauen und -Verhöhnern, auf nach Klagenfurt, vielleicht kann man beiläufig irgendeine Minderheit verunglimpfen oder ein paar Deppen sauber quälen«. Der Verfasser von »Subito« reist dann wirklich nach Österreich, am Ende seines Vortrages ritzt sich der promovierte Mediziner Goetz fachmännisch die Stirn, Blut läuft über sein Gesicht und wird auch in seine blond gefärbte Punker-Mähne verteilt, zum Entsetzen der Zuschauer. Nun ist die 68er-feindliche Attitüde, wenn auch mit etwas Verspätung, endgültig im Literatur- und Kulturbetrieb angekommen.

### Von der 78er-Generation zur Generation Golf

Gegen die als dominant empfundene Alternativkultur und ihre Ästhetik zu wettern, wie es Goetz in seiner Klagenfurter Literatur-Performance sehr anschaulich zeigt, wird irgendwann zum Kennzeichen eines weit verbreiteten »Jungmännerzynismus« – so gewohnt hellstichtig der Satiriker Max Goldt:

»Ihrer Abneigung gegen bestimmte äußerliche Überbleibsel des vorangegangenen Jahr-

zehnts, Bärte, »Jutekutteln«, lange Haare bei Männern und vor allem gegen das Phänomen »Betroffenheit«, verliehen sie Ausdruck mit antipodischer Verbissenheit: Kurze Haare, Plastikkleidung, und vor allen Dingen musste möglich kalt und scharf geredet werden gegen alles, was nach Fürsorge und Nachsicht, nach »Toleranz« zu rufen schien.«

Rainald Goetz verzichtet in den späten 80ern auf seine Weltverachtung und schwenkt um auf eine emphatische Bejahung von Techno und House. Trotz dieser neuen Einflüsse in Musik und Mode vermag nun kein Stil mehr eine Zäsur zu initiieren, wie es Punk noch vermocht hatte. Aufkommende Retrophänomene in den 90ern deuten sogar an, dass man geschichtlichen Originalen wohl nichts mehr entgegenzusetzen hat, das Ende der großen popkulturellen Auseinandersetzungen wird nun eingeläutet. An dieser Stelle tritt nun ein Zeitgeist auf den Plan, der dem Ende der Generationskonflikte sogar etwas abgewinnen kann. Die zwischen 1965 und 1975 Geborenen müssen nun gar nicht mehr »anders« sein, sondern dürfen sich gerne im Bestehenden einrichten – so lautet die These von Florian Illies in seinem Buch »Generation Golf«. Anders sein wollte demnach ja immer nur die Vorgängergeneration, die spöttisch als Alterskohorte von »Gemeinschaftskundelehrern«, »Liegeradfahrern« und »Zigaretten-selbstdrehern« bezeichnet wird. »Es wirkte befreiend, daß man endlich den gesamten Bestand an Werten und Worten der 68er-Generation, den man immer als albern empfand, auch öffentlich albern nennen konnte.« Florian Illies spricht hier den Roman »Faserland« des Tempo-Journalisten Christian Kracht an, der 1995 erscheint, eine große Leserschaft findet und die neuere deutsche Popliteratur begründet, ebenso aber die Literaturkritik aufs Unermessliche reizt.

### Verschwinden oder Verreißen?

Und auf den ersten Blick mag Illies Recht haben: Der großbürgerliche Romanheld, der aus Sicht vieler Rezensenten als ein Wiedergänger seines Autors fungiert, schickt sich an, auf seiner Deutschland-Reise die Gesellschaft mit einer nie gekannten Arroganz und Häme in Augenschein zu nehmen. Steht hier ein Roman für eine »konservative Revolution«, ist Kracht wirklich der große 68er-Basher? Der Held, der unter anderem das Edelinternat in Salem besucht hat, reist durch sein »Faserland« (eine lautmalersche Verballhornung von »Fatherland«). Nicht, dass der Held seiner eigenen Schicht unbedingt mit einer größeren Sympathie begegnen würde. Aber es sind vor allem Vertreter einer linksalternativen Protest- und Gegenkultur, die er ins Visier nimmt: Demonstranten, Szene- und Sub-

kulturinsider, Pädagogen, Medienschaffende, aber auch Betriebsräte. Der beliebte Shabby-Look studentisch-künstlerischer Bohemiens erscheint ihm zur Konvention erstarrt, allerdings vermag er dem nicht wirklich eigene stilistische Präferenzen entgegenzusetzen; die berühmte Barbour-Jacke, Ausdruck eines eher bürgerlich-wertkonservativen Stils, scheint dafür sicherlich ungeeignet. Anti-bürgerliche Eskapaden, wie sein Münchener Freund Rollo praktiziert, stören ihn, weil man damit nur in die Fußstapfen der 68er-Eltern trete, denn diese suchten mit ihrem »Hippietum« die Flucht aus der »furchterregenden Leere« ihres Lebens. Eine »Kampfhaltung« diagnostiziert er ferner seiner Umwelt dem »grauenhaften Nazi-Leben« gegenüber; es ist eine erstarrte Distinktion, die der Held bei anderen kritisiert und bei sich selbst auch feststellt, wenn auch nicht wirklich reflektiert, die ihn immer mehr ermüdet und in eine Art von Leere treibt. Keine Befreiung von den »albernen«

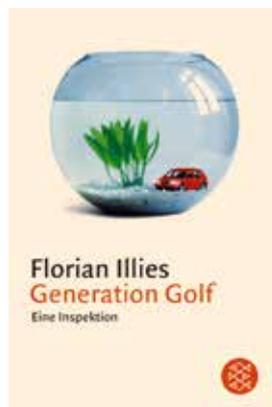
Werten der 68er also, wie von Florian Illies unterstellt, sondern eine Identitätskrise, die postmoderne Züge trägt. Die in früheren Dekaden der Popkultur noch vorhandene Alternative von Rebellion und Anpassung ist im Deutschland der 90er Jahre einem auf Dauer gestellten und doch inhaltsleeren Abgrenzungsspiel gewichen, dem sich Krachts Held verweigern möchte. Dies ist gewissermaßen das Bewegungsgesetz der Geschichte, die schließlich mitten auf dem Zürichsee in der Schweiz endet.

Krachts popliterarischer Verbündeter in den 90ern ist Benjamin von Stuckrad-Barre, dessen Roman »Soloalbum«, aber vor allem seine Kurztexte und Rezensionen, im Unterschied zum Kracht'schen Oeuvre weit weniger im Modus literarischer Mehrdeutigkeit und Vorbehaltlichkeit verfasst sind. Stattdessen nutzt Stuckrad-Barre die rhetorische Überwältigungskraft eines Comedians (er hat für Harald Schmidt Texte geschrieben und gestaltet seine Lesungen als Shows), um die Inszenierungsformen gestandener Show- und Kulturgrößen zu verreißen. In der 1999 im SPIEGEL erschienenen Rezension von Salman Rushdies Roman »Der Boden unter den Füßen« kümmert sich der Jungkritiker (Jg. 1975) herzlich wenig um postmoderne Erzähl- und Verweistexte, stattdessen inspiziert er Rushdies (Jg. 1947) generationsspezifische Beschreibung popkultureller Phänomene. »Rushdies rockistisches Vokabular gereichte einem Bon Jovi zur Ehre, und so lesen wir von »Monster-Riffs«, »wahnsinnigen Schlagzeugern,

»konkurrierenden Gitarren«, Stimmen sind »Tequila-geölt«, die Sängerin trägt »Lederhose und goldbesticktes Oberteil«, sie ist – man ahnt es – eine »Sexmaschine«.« In seinen Kritiken etablierter Deutschrockhéroen wie Udo Lindenberg, Herbert Grönemeyer oder Marius Müller-Westernhagen beschäftigt sich Stuckrad-Barre fast überhaupt nicht mehr mit deren Musik,

denn in seiner Beschreibung ist der in die Jahre gekommene »Sound der Revolte« bereits komplett hinter der Vermarktung verschwunden. Wenn er Konzertfilme, Tonträger oder Zeichnungen rezensiert, zeigt er wenig Interesse an der künstlerischen Qualität, sondern inspiziert vielmehr den begleitenden PR-Sprech, den die unkritischen »Rockisten«-Medien aus seiner Sicht scheinbar distanzlos übernehmen. Einen Bericht über ein Konzert der Rolling Stones leitet Stuckrad-Barre mit dem verblüffenden Bekenntnis ein, dort gar nicht gewesen zu sein. Mithilfe einer Zusammenstellung von

musikjournalistischen Phrasen und Klischees (»die vier Rocker im Rentenalter räumten gnadenlos ab«) liefert er dann einen Text, dessen sprachliche Klischees mit den musikalisch-ästhetischen auf der Bühne gewissermaßen korrespondieren. Die Rockkultur befindet sich, so der junge Popkritiker, im Zeitalter ihrer dauerhaften Simulation und wird letztlich nur noch aus ökonomischen Gründen aufrechterhalten: »Was ist geblieben von der Revolte? Nun, eine ganze Menge Geld.« ●



3 Gegen die »Gemeinschaftskundelehrer«, »Liegeradfahrer« und »Zigarettenselfst-dreher«: Florian Illies' Buch »Generation Golf«.



## Der Autor

**Dirk Frank, 52**, ist Pressereferent an der Goethe-Universität. Der promovierte Germanist hat u. a. den Band »Popliteratur – Texte und Materialien für den Unterricht« (Reclam-Verlag, 2003) herausgegeben.

[frank@pvw.uni-frankfurt.de](mailto:frank@pvw.uni-frankfurt.de)

## Literatur

Diederichsen, Dierich: Die Gegengegenkultur. In: Süddeutsche Zeitung v. 24.2.2001

Frank, Dirk: Die Nachfahren der ‚Gegengegenkultur‘. Die Geburt der Tristesse Royale aus dem Geiste der achtziger Jahre. In: Text + Kritik, Sonderband Pop-Literatur. 2003, S. 218-233

Goldt, Max: Der Krapfen auf dem Sims. Berlin 2001

Illies, Florian: Generation Golf. Eine Inspektion. Berlin 2000

Kracht, Christian: Faserland. Köln 1995

Rawums. Texte zum Thema. Hg. v. Peter Glaser. Köln 1984

Stuckrad-Barre, Benjamin v.: Remix. Köln 1999

Text + Kritik 216: Christian Kracht. Hg. v. Christoph Kleinschmidt. München 2017

Zurück zum Beton. Die Anfänge von Punk und New Wave in Deutschland 1977–’82. Kunsthalle Düsseldorf, Köln 2002

# IMPRESSUM

**FORSCHUNG FRANKFURT**  
Das Wissenschaftsmagazin der Goethe-Universität



## IMPRESSUM

**Herausgeber** Die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main  
V.i.S.d.P. Dr. Olaf Kaltenborn, Leiter der Abteilung Marketing und Kommunikation  
Theodor-W. Adorno-Platz 1, Campus Westend, PA-Gebäude, 60323 Frankfurt

**Redaktion** Dr. Anke Sauter, Referentin für Wissenschaftskommunikation  
(Geistes- und Sozialwissenschaften), Telefon (069)798-13066, E-Mail: sauter@pww.uni-frankfurt.de  
Dr. Anne Hardy, Referentin für Wissenschaftskommunikation  
(Naturwissenschaften und Medizin), Telefon (069)798-12498, E-Mail: hardy@pww.uni-frankfurt.de  
Dr. Dirk Frank, Pressereferent, Telefon (069)798-13733, E-Mail: frank@pww.uni-frankfurt.de

**Grafisches Konzept und Layout** Nina Ludwig, Kommunikationsdesignerin, M.A.,  
Telefon (069)798-13819, E-Mail: ludwig@pww.uni-frankfurt.de

**Satz** Nina Ludwig, Goethe-Universität Frankfurt und Dagmar Jung-Zulauf Medienwerkstatt, Niddatal

**Litho** Peter Kiefer Mediendesign, Frankfurt

**Bildrecherche** Tobias Lang, Goethe-Universität Frankfurt

**Lektorat** Astrid Hainich, Bonn, und Ariane Stech, Meckenheim

**Vertrieb** Helga Ott, Theodor-W. Adorno-Platz 1, Campus Westend, PA-Gebäude,  
Raum 4P.36A, 60323 Frankfurt, Telefon (069)798-12472, Telefax (069) 798-763-12531,  
E-Mail: ott@pww.uni-frankfurt.de

**Forschung Frankfurt im Internet** [www.forschung-frankfurt.de](http://www.forschung-frankfurt.de)

**Druck** Societätsdruck, Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH,  
Kuhressenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf

**Bezugsbedingungen** »Forschung Frankfurt« kann gegen eine jährliche Gebühr von 12 Euro  
(Schüler und Studierende 8 Euro) abonniert werden. Das Einzelheft kostet 6 Euro (4 Euro ermäßigt).  
Abonnement und Einzelverkauf siehe Vertrieb.

Für Mitglieder der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität  
Frankfurt am Main e.V. sind die Abonnementgebühren für »Forschung Frankfurt« im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

Hinweis für Bezieher von »Forschung Frankfurt« (gem. Hess. Datenschutzgesetz): Für Vertrieb und  
Abonnementverwaltung von »Forschung Frankfurt« werden die erforderlichen Daten der Bezieher in  
einer automatisierten Datei gespeichert, die folgende Angaben enthält: Name, Vorname, Anschrift  
und Bezugszeitraum. Die Daten werden nach Beendigung des Bezugs gelöscht.

Die Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist nach  
Absprache möglich.

## ABBILDUNGSNACHWEIS

**Titel** Forster, Universitätsarchiv Frankfurt

**Aus der Redaktion** Seite 1: Forster, Universitätsarchiv Frankfurt.

**1968 – Jugend – Aufstand** Seite 4/5: Universitätsarchiv Frankfurt am Main 1969 Nr. 246; Seite 5: Uni-  
versitätsarchiv Frankfurt am Main 1968 Nr. 580; Seite 6: Abb. 2 von Barbara Klemm, Abb. 3 von Manfred  
Rehm dpa picture alliance; Seite 7: Foto von Barbara Klemm; Seite 8 oben links: Foto von dpa picture alli-  
ance/SZ Photo, oben rechts: Foto von Stroemfeld Verlag, unten links: Foto von Peter Hillebrecht dpa pic-  
ture alliance, unten rechts: Foto von Roland Witschel dpa picture alliance; Seite 9: Foto von Erika Sulzer-  
Kleinemeier; Seite 10: Foto von ullstein bild; Seite 11: Abb. 7 von Erika Sulzer-Kleinemeier, Abb. 8 von  
ullstein bild; Seite 12: Autorenfoto von Marc Latzel; Seite 13: Foto unten von Uwe Dettmar; Seite 14: Foto  
von Barbara Klemm; Seite 16: Zeichnung von F. W. Bernstein; Seite 17: Foto H. B. Offermann, Universitäts-  
archiv Frankfurt; Seite 18: Foto Bildagentur Kunst, Kultur und Geschichte (Abisag Tüllmann Archiv); Seite  
19: Autorenfoto von Rolf Wiggershaus; Seite 20/21: dpa picture alliance; Seite 23: Foto von Roland Wit-  
schel dpa picture alliance; Seite 24: Foto von Klaus Lehnartz bpk Bildagentur; Seite 25: Abb. 6: dpa picture  
alliance, Autorenfoto von Uwe Dettmar.

**Innenansichten** Seite 26: Foto von dpa picture alliance; Seite 28 oben: Universitätsarchiv Frankfurt am  
Main Abt. 854 Nr. 2403, unten: Universitätsarchiv Frankfurt am Main Abt. 854 Nr. 2004; Seite 29 oben:  
Universitätsarchiv Frankfurt am Main Abt. 854 Nr. 598, unten: Universitätsarchiv Frankfurt am Main  
Abt. 854 Nr. 1866; Seite 30: Autorenfoto von privat; Seite 31: Ausschnitt aus der Frankfurter Rundschau,

1972; Seite 32: Foto aus dem Privatarchiv von A. v. Paleske; Seite 34: Foto aus dem Privatarchiv von W. E.  
Müller; Seite 35 bis 37: Fotos von Hans-Jürgen Birkholz; Seite 38 und 39: Fotos aus dem Privatarchiv von  
A. Schempp; Seite 40: Foto von SZ-Photo; Seite 41: Frankfurter Sparkasse; Seite 42: Fotos von Professor  
Schmidt: privat/Universitätsarchiv Abt. 854 Nr. 1493, Autorenfoto von privat; Seite 43 bis 45: Fotos aus  
dem Privatarchiv von H. J. Krupp.

**Kultur, Sprache, Gesellschaft** Seite 46: ullstein bild – dpa; Seite 48: Nationaal Archief/Wikimedia;  
Seite 49: ullstein bild – AP; Seite 50: ullstein bild – Poly-Press; Seite 51: Autorenfoto von Ralf Barthelmes;  
Seite 52/53: Foto von unbekannt, Privatarchiv Paul Maenz; Seite 54: Foto von Inge Werth ISG Frankfurt;  
Seite 55: Foto von Hartmut Rekort, Privatarchiv Hartmut Rekort; Seite 56: Abb. 4 bis 7: Universitätsarchiv  
Frankfurt am Main, Abb. 8: Plakat zum Vietnamkongress von Eberhard Fiebig, Foto von Ferdinand Sander;  
Seite 57: Autorinnenfoto von privat; Seite 58 bis 60: Cannabisblätter von Anton Burakov Shutterstock; Seite  
59: Foto von Joe Mabel ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Furthur\\_01.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Furthur_01.jpg)); Seite 60: Zeichnung  
von Gorbash Varvara Shutterstock, Foto im Kasten: SZ-Photo; Seite 61: Foto von Robert W. Klein dpa pic-  
ture alliance, Autorenfoto von Uwe Dettmar; Seite 62: Foto aus Courage 2, 1977; Seite 63: Titelblatt der  
Frauenzeitung 1973; Seite 64: Foto von Eckhard Supp, Hamburg; Seite 65: Abb. 4: ullstein bild, Abb. 5:  
Frauenzeitung Heft 7, 1975; Seite 66: Autorinnenfoto von privat; Seite 67 und 68: Fotos von Eckhard Supp;  
Seite 69: Flugblatt aus dem Jahr 1968; Seite 74: Autorenfoto von privat; Seite 75: Foto von Martin Polák;  
Seite 76: VG Bild-Kunst, Bonn 2018; Seite 77: VG Bild-Kunst, Bonn 2018; Seite 78 und 79: Fotos von Erika  
Sulzer-Kleinemeier; Seite 80 oben links: ullstein bild, oben rechts: SZ-Photo; Seite 81: Foto von Uwe Dett-  
mar; Seite 82: Foto Rathke von H. Akdenit, Foto Becker von Anke Sauter; Seite 83: Autorinnenfoto von  
Wolfgang Sauter.

**1968–2018** Seite 84 oben: Foto von Eckhard Supp, unten: Foto von Mehmet Kaman dpa picture alliance;  
Seite 86 bis 88: Fotos von Uwe Dettmar; Seite 90: Universitätsarchiv Frankfurt am Main Abt. 850 Nr. 724;  
Seite 91: Foto von Thomas Heilmann; Seite 92: Universitätsarchiv Frankfurt am Main Abt. 850 Nr. 741;  
Seite 93: Autorenfoto von Uwe Dettmar; Seite 94/95: Universitätsarchiv Frankfurt am Main; Seite 97:  
Zahlen Statistisches Bundesamt; Seite 98: Autorenfoto von privat; Seite 99: Foto von Mehmet Kaman dpa  
picture alliance; Seite 100: Foto von Frank Rumpenhorst dpa picture alliance; Seite 101: Foto von ullstein  
bild; Seite 102: Autorenfotos von privat; Seite 103: Foto von Boris Roessler dpa picture alliance; Seite 104:  
Foto von Abisag Tüllmann; Seite 106: Autorenfoto von privat; Seite 107: David-W-/Photocase; Seite 108  
und 109: Kunsthalle Düsseldorf, Ausstellungskatalog »Zurück zum Beton. Die Anfänge von Punk und New  
Wave in Deutschland 1977–82«; Seite 110: Bild von Egghead06 auf [https://commons.wikimedia.org/wiki/  
File:ABiggerBangTwickenham4.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ABiggerBangTwickenham4.JPG); Seite 111: Abb. 3: Buchcover »Generation Golf« von Florian Illies,  
Fischer Taschenbuch Verlag; Autorenfoto von Uwe Dettmar.

**Vorschau** © Prof. Dr. med. Dr. h.c. Frank Louwen, Universitätsklinikum Frankfurt.

Wir haben uns bemüht, die Urheber- und Nutzungsrechte für die Abbildungen zu ermitteln und deren Ver-  
öffentlichungsgenehmigung einzuholen. Falls dies in einzelnen Fällen nicht gelungen sein sollte, bitten wir  
die Inhaber der Rechte, sich an die Goethe-Universität, Abteilung PR und Kommunikation, zu wenden.  
Berechtigte Ansprüche werden selbstverständlich abgegolten.



# DAS NÄCHSTE MAL



## UMGANG MIT UNGEWISSHEIT

In modernen Gesellschaften wird das Leben immer komplexer. Hatte man bis ins 20. Jahrhundert hinein geglaubt, Ungewissheiten durch mehr Forschung beseitigen zu können wie die weißen Flecken auf einer Landkarte, scheint es nun immer mehr, als wäre die Zunahme des Wissens untrennbar mit dem Entstehen von Nicht-Wissen verbunden. Das erläutern die Soziologin Claudia Peter und der Neonatologe Rolf Schlößer in der kommenden Ausgabe von Forschung Frankfurt am Beispiel der pränatalen Diagnostik: Wie sollen Eltern damit umgehen, wenn während der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt Fehlbildungen diagnostiziert werden, mit denen Säuglinge vor wenigen Jahren noch nicht überlebt hätten?

**Erscheinungstermin: Dezember 2018**

Kongressgalagipfel  
messeturnierkickoff  
conventionshowfeier  
hauptversammlungball  
ausstellungskonzert  
bankettkonferenz?

Veranstaltungen in all ihren Facetten sind unser Tagesgeschäft, aber bestimmt kein Alltag. Seit 777 Jahren stecken wir unsere Erfahrung und Leidenschaft nicht nur in eine der erprobtesten Eventlocations der Welt, sondern in jedes Veranstaltungsdetail. Denn Ihre Begegnungen sind uns eine Herzensangelegenheit.